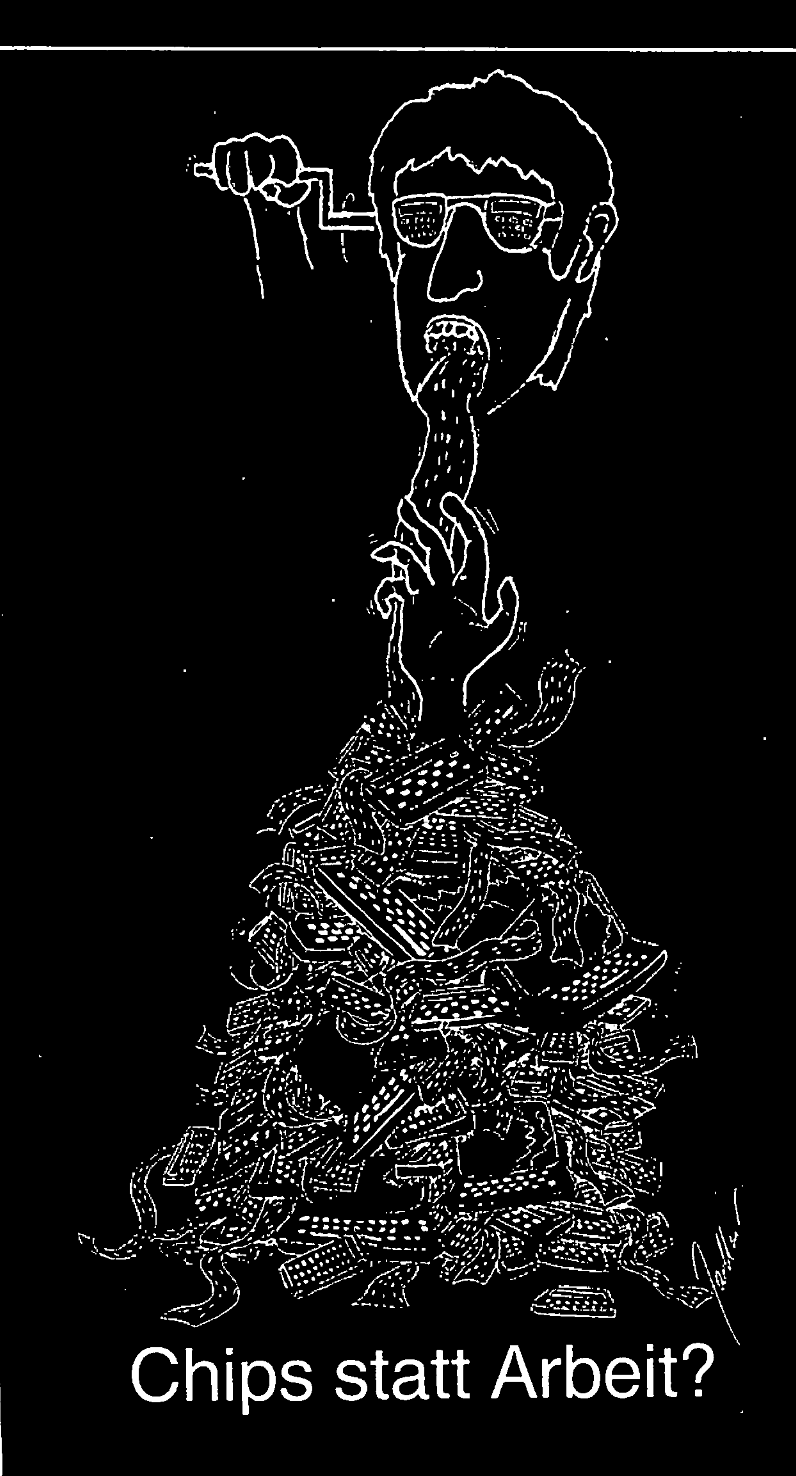
M 3477 F

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Chips statt Arbeit?

NACHRICHTEN UND BERICHTE:

Themenblock:

Außerdem:

Nr. 130 Dezember 1985 DM 5,00

Liebe Leserinnen und Leser!

Eigentlich hatten wir für diese Nummer den Themenschwerpunkt „Frauen und Entwicklung“ geplant. Leider ist es nicht gelungen, termingerecht damit zu einem **guten** und für uns befriedigenden Ende zu kommen.

Deshalb wird dieser Themenschwerpunkt erst im Februar erscheinen.

Mit herzlichen Grüßen eure Frauen vom „iz“.

impressum

blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-12 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Alf Baier, Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Gerhard Braun, Georg Cremer, Ferdos Forudastan, Wolf-Matthias Gall, Uwe Göde, Christine Grieshaber, Claudia Haid, Daniela Heuberger, Hans-Martin Holub, Peter Hübner, Christa Kernbichl, Werner Kobe, Claudia Koenig, Michael Krischer, Rainer Luick, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Theo Niewerth, Mariele Pelster, Bernd Riegraf, Matthias Rommel, Dietmar Saier, Peter Schmidt, Alexander Spermann, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Hildegard Wenzler, Daniela Zimmermann

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 326187

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641) 77053

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

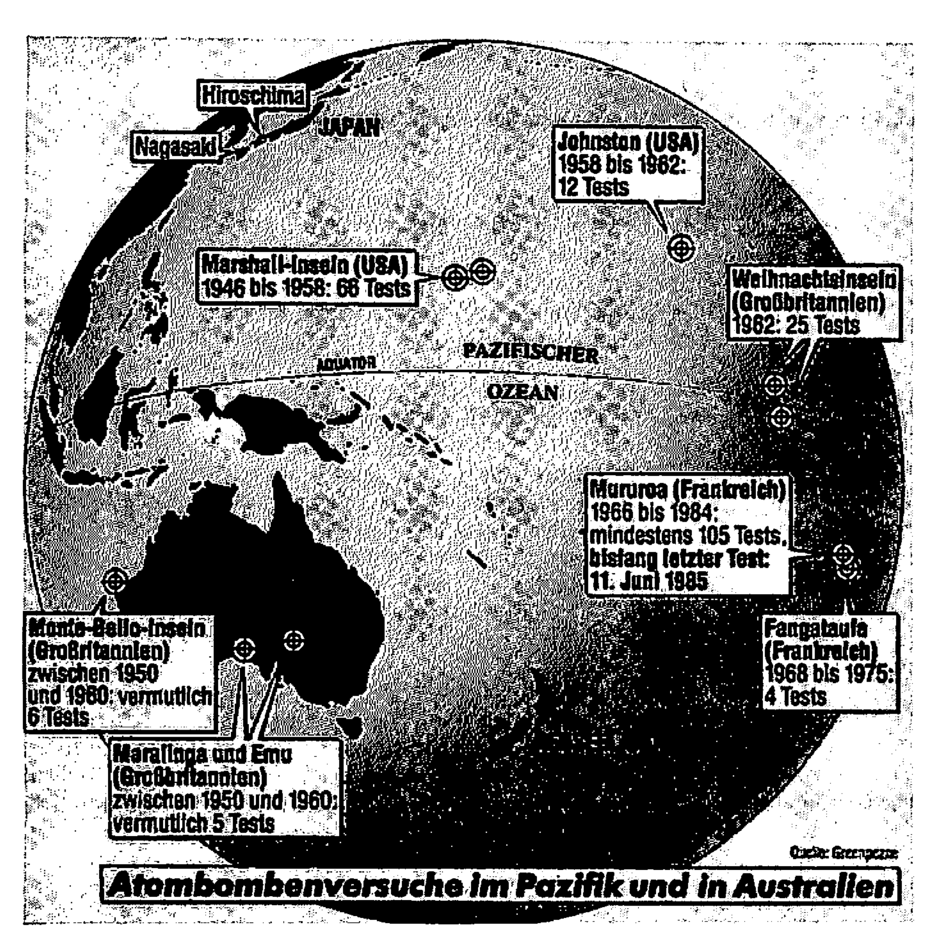
Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 131:
21. Januar 1986

Anzeigenschluß für Nr. 131:
29. Januar 1986

Mit der „Greenpeace“ nach Moruroa



Atombombenversuche im Pazifik und in Australien

„Französisch“-Polynesien liegt im Südpazifik und umfaßt ca. 120 Inseln und Atolle. Früher nannte man diese Inselwelt, deren ursprüngliche Bevölkerung die Maohis (verwandt mit den Maoris/Neuseeland) sind, die „Südsee“. „Französisch“-Polynesien ist heute französisches überseeisches Territorium, verfügt also über eine begrenzte interne Selbstverwaltung, untersteht jedoch in allen wichtigen Fragen Frankreich. Zu Polynesien gehören auch die Atolle von Moruroa und Fangataufa. Auf diesen beiden Inseln führt Frankreich seit 1966 seine Atomversuche durch, und zwar bis 1974 in der Atmosphäre, ab 1975 unterirdisch. Vorher fanden die Tests in der Sahara statt. Algerien verlangte jedoch, als es unabhängig wurde, daß die Versuche nicht mehr auf algerischem Boden durchgeführt würden.

„Um Französisch-Polynesien für seine Anhänglichkeit an Frankreich zu danken“ (wörtliches Zitat!), entschied sich De Gaulle für diese Kolonie als neues Versuchsgebiet.

Nachdem die „Rainbow Warrior“ durch das staatsterroristische Attentat des französischen Geheimdienstes zerstört war, beschloß Greenpeace, das für eine Antarktis-Expedition vorgesehene Schiff „Greenpeace“ die Kampagne des „Rainbow Warrior“ fortführen zu lassen, bevor es Anfang Dezember von Auckland aus in die Antarktis aufbrechen würde.

Die „Greenpeace“ brach am 14. September von Curacao, wo ich am 12. abends an Bord gegangen war, auf und steuerte nach Durchfahrt durch den Panamakanal auf Moruroa zu, vor dessen territorialen Gewässern (12 Seemeilen von der Küste) wir am 4. Oktober eintrafen.

Das Attentat auf die „Rainbow Warrior“ am 10. Juli 1985 hat die Weltöffentlichkeit aufgescheucht. Wer konnte ein Interesse daran haben, die Greenpeace-Kampagne gegen die französischen Atomtests im Süd-Pazifik zu beenden, wenn nicht Frankreich? Aber war es vorstellbar, daß das Land der „Déclaration des Droits de l'homme“ mit Dynamit gegen eine gewaltfreie Organisation vorging, die nur von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch machte?

Eine Antwort — noch nicht das Eingeständnis der staatlichen Verantwortung für das Verbrechen, wohl aber seine implizite nachträgliche Rechtfertigung — kam am 18. August. An diesem Tag befahl Mitterrand der französischen Armee im Pazifik, gegen Greenpeace-Schiffe gegebenenfalls mit Gewalt vorzugehen. Damit wurde deutlich:

Nicht nur bürdet Frankreich Risiken und Gefahren der Atomtests Völkern am anderen Ende der Welt auf, die wie die Maohis in „Französisch“-Polynesien, nie um ihre Meinung gefragt wurden, oder die sich, wie die Länder des Süd-Pazifik-Forums, ausdrücklich seit langem dagegen wehren. Der Befehl führte darüberhinaus vor Augen, daß diese Politik bereit ist, notfalls auch über die Leichen der dagegen gewaltfrei Protestierenden zu gehen.

Um gegen diesen Zynismus zu protestieren und gleichzeitig meine Solidarität auszudrücken, einerseits mit Greenpeace, andererseits mit dem Maohi-Volk, dem das Menschenrecht auf Selbstbestimmung, auf freie Meinungsäußerung, ja auf Leben und Gesundheit, um der Force de Frappe willen vorenthalten wird, bin ich an Bord der „Greenpeace“ gegangen.

Ziel der Kampagne war es, auf einen endgültigen Stop der französischen Atomversuche auf Moruroa und Fangataufa hinzuwirken, diese Versuche also vor der Weltöffentlichkeit anzuklagen, ihre verheerenden ökologischen, gesundheitlichen und sozialen Konsequenzen aufzuzeigen und für jedermann verständlich zwei französische Schutzbehauptungen zu widerlegen:

1. Daß das Maohi-Volk nichts gegen die Versuche einzuwenden habe und sein Land freiwillig-patriotisch dafür zur Verfügung stelle.
2. Daß Opfer der Versuche nicht zu beklagen seien.

Proteste vor den Territorialgewässern von Moruroa mit der ganzen „Friedensflotte“, bestehend aus GREENPEACE, VEGA, BREEZE, ALLIANCE, drei Schlauchbooten, einer Segeljolle und einem selbstgebauten Floß, waren ein Schwerpunkt der Aktion.

Der andere galt dem Bemühen, mit betroffenen Bewohnern des Atolls von Mangareva (zur Moruroa am nächsten gelegenen Gruppe der Gambier-Inseln gehörig) Kontakt aufzunehmen, da dessen 500 Bewohner sich Sorgen wegen direkter und indirekter gesundheitlicher und ökologischer Folgeschäden der bis 1984 durchgeführten, atmosphärischen Atomtests Frankreichs machen: z. B. Krebsfälle, die vom Militärarzt behandelt werden, mit Augen- oder Nierenschäden geborene Kinder, von Ciguatera[1] befallene Fische in der Lagune.

Mit absurden Verwaltungstricks und -vorwänden haben alle französischen und territorialen Autoritäten — vom Ober-

kommando im Südpazifik über den „Hohen Kommissar" in Polynesien bis zur Hafenbehörde in Papeete/Tahiti — Hand in Hand, getreu der von Mitterrand im September nach Moruroa einberufenen „zivilitärischen" Koordinationskonferenz, zusammengewirkt, um der „Greenpeace" und ihrer Crew jeden Kontakt mit der Bevölkerung von Mangareva weiter unmöglich zu machen. Zu den eingesetzten Mitteln *gehörte offenbar* auch Druck auf den Bürgermeister der kleinen Insel, der den in französischen Augen unverzeihlichen Fehler begangen hatte, die „Greenpeace" wissen zu lassen, daß sie den Inselbewohnern herzlich willkommen sei, was er einige Tage später gegenüber französischen Militärjournalisten jedoch nicht mehr zu wiederholen wagte.

Unser Besuchsantrag wurde unter dem Vorwand, Mangareva sei kein Eingangshafen für „Französisch"-Polynesien, abgelehnt. Meiner mit meinem Informationsrecht als Europa-Abgeordnete begründete Anfrage — schließlich entsendet Polynesien einen Abgeordneten ins Europa-Parlament — „widersetzte" der „Hohe Kommissar" sich zwar nicht, schloß aber gleichzeitig durch ein technisches Verbot (Anfahrt mit einem Greenpeace-Schiff) seine Realisierung aus.

Sein Ziel, uns jeden Kontakt mit der betroffenen Bevölkerung abzuschneiden, erreichte er trotzdem nicht. Denn kurz darauf zwang uns eine Generator-Panne, zwecks Reparatur den nächstgelegenen Hafen, Papeete auf Tahiti, anzulaufen. Auch dort verbot man uns unter den fadenscheinigsten, geradezu absurden Gründen die Einfahrt in den Hafen und in die territorialen Gewässer: unsere Gegenwart gefährde „die Sicherheit, das gute Funktionieren und den Erhalt der Hafeneinrichtungen"!

Angesichts dieser unterlassenen Hilfeleistung kam die Greenpeace-Crew in einer ausführlichen Diskussion zu dem Ergebnis, daß die „Greenpeace" nach einer provisorischen Notreparatur direkt nach Auckland aufbrechen, ich jedoch in Tahiti von Bord gehen würde, um dort Kontakte zur Anti-Atom-Test- und Unabhängigkeitsbewegung zu knüpfen und Zeugnisse von und über Opfer einzuholen.

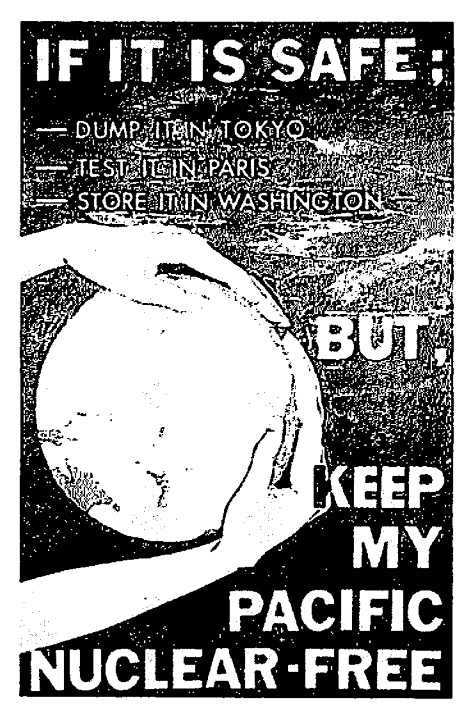
Eine kurze Bemerkung zur „politischen" Situation in „Französisch"-Polynesien ist an dieser Stelle notwendig.

Die Territorialregierung ist in den Händen von Gaston Flosse, eines Gaullisten, der gleichzeitig Europa-Abgeordneter ist. Er setzt einerseits auf größere innere Autonomie des Territoriums[2] — und findet dadurch Unterstützung —, andererseits unterstützt er die Force de Frappe und daher auch die Atomtests, ja erwägt ab und an sogar, ihre „Legitimität" durch ein Referendum zu erhöhen, an dem natürlich alle ihre beamteten und angestellten französischen Nutznießer und Mitarbeiter beteiligt wären.

Auf der Gegenseite sind meines Wissens drei Parteien/Bewegungen zu nennen:

Ia Mana te Nunaa, (Generalsekretär Jacqui Droller): Eine Partei, die sich selbst als sozialistisch, aber unabhängig von der Parti Socialiste versteht und mit drei Abgeordneten in der Territorialversammlung vertreten ist. Sie verfolgt die Strategie, bei den im Januar stattfindenden Neuwahlen die jetzige Regierung abzulösen durch ein breites, gemäßigtes Bündnis aller nicht-gaullistischen Parteien (also auch der hier nicht aufgeführten Parteien der Mitte). Obwohl der Kampf gegen die Atomtests und für die Unabhängigkeit Teil ihres Programms ist, haben sie abgelehnt, die Einladung zu einem Besuch an Bord der „Greenpeace" anzunehmen, da sie Greenpeace für zu begrenzt ökologisch halten, seine Aktionsformen kritisieren und meinen, Greenpeace habe in „Französisch"-Polynesien nichts zu suchen.

Te Taata Tahiti Tiama (geführt von Charlie Ching): Diese Partei kämpft schon seit Jahren für die Unabhängigkeit und gegen die Atomtests. Im Zusammenhang mit der Kampagne der „Rainbow-Warrior" hatten sie zu Anfang des Jahres geplant, mit 50 Pirogen nach Moruroa zu fahren, dort zu landen und sich als radioaktiv verseucht zu erklären. Durch das Abfangen von privater Post wurde der Plan vorzeitig bekannt. Eine wie jedes Jahr am 2. März geplante Demonstration wurde daraufhin vom französischen Kommissar verboten, das Verbot als Alibi genommen, um Charlie Ching und drei weitere Personen bei der dennoch stattfindenden Demo festzunehmen. Weitere Anhänger wurden am nächsten Tag bei einer Protestaktion gegen diese willkürlichen Verhaftungen, bei der Brandanschläge auf verschiedene Gebäude begangen wurden, festgenommen. Gegen alle wurden im August hohe Haftstrafen (insgesamt 34 Jahre!) verhängt. (Charlie Ching war schon 1977 wegen eines Attentats und wegen des Vorwurfs „geplanter Anschläge" auf französische Militärschiffe- und flugzeuge zu längeren Haftstrafen verurteilt worden.) Während meines kurzen Aufenthaltes in Tahiti konnte ich leider mit ihnen nicht sprechen.



Erster Preis eines Plakatwettbewerbs der Pazifikkonferenz of Churches

Front de Libération Polynésien (Leader Oscar Temaru, Bürgermeister von Faa'a, der zweitgrößten Stadt auf Tahiti): Noch locker organisierte Bewegung gegen die Atom-Tests und für die Unabhängigkeit, vor allem in der Maohi-Bevölkerung verwurzelt und noch ohne jeden hauptamtlichen „Parteiapparat". Im März 1976 organisierte sie zum ersten Mal einen Marsch gegen die Atomversuche, an dem 40 Personen teilnahmen. Im März dieses Jahres war die Zahl der Marschierer bei einer gemeinsam mit dem FLNKS (Front de Libération Nacionale Kanake Socialiste, Kanakien) organisierten Demonstration auf 5.000 angewachsen (Bevölkerung von Tahiti 80.000, von „Französisch"-Polynesien insgesamt 160.000!). Unabhängigkeit ist für den „Front de Libération Polynésien" nicht nur ein politisch-ökonomisches Ziel, sondern er will der Zerstörung der gesellschaftlich-sozialen Strukturen durch Aufbau und Betreiben des Atomenergiekommissariats und des Kernwaffenzentrums sowie durch den Massentourismus zugunsten einer Wiederentfaltung der eigenen Identität, Lebens- und Organisationsweise der Maohi Einhalt gebieten. Traditionell kennen die Maohi z. B. kein privates Eigentum an Land; in einer Art „Urkommunismus" gehörte das Land vielmehr allen, die es bebauten. Zu ihren Aktionsformen gehören daher u. a. Landbesetzungen. Differenzen über Programm, Fernziele und Strategien verhindern im Augenblick noch eine konstruktive Zusammenarbeit oder gar einen Zusammenschluß der drei genannten Kräfte.

Nach diesem „Exkurs" jedoch zurück zur Greenpeace-Kampagne. Oscar Temaru und 7 weitere Mitglieder des „Front de Libération" besuchten uns auf Einladung von Greenpeace am 15. Oktober an Bord des Schiffes, um uns herzlich im Land der Maohi willkommen zu heißen und uns zu versichern, daß unser Protest gegen die Atomtests Rückhalt in der Bevölkerung habe.

Einen Tag später holte mich der „Front de Libération Polynésien" vom Schiff außerhalb der Territorialgewässer ab. Seinem Leader Oscar Temaru verdanke ich es, daß ich, allen Behinderungs- und Bespitzelungsbemühungen der französischen Autoritäten zum Trotz, mit Opfern bzw. deren Freunden oder Verwandten sprechen konnte.

In der Gemeinde TEAHUPOO auf Tahiti lebt *Aitoa Tanematea*, 60 Jahre,

der seit 1965 beim „Commissariat pur l'Energie Atomique" (CEA) in Tahiti als Feger arbeitete und ab 1976 nach Moruroa geschickt wurde. Ihm wie auch anderen polynesischen Mitarbeitern des „Centre d'Expérimentation du Pacifique" (CEP) auf Moruroa wurde zum Verhängnis, daß Polynesier sich traditionsgemäß vorwiegend von Fisch ernähren. 1979 aß er daher trotz des Verbotes Fische aus der Lagune von Moruroa, bekam Durchfall, hohes Fieber. Wegen des geltenden Verbotes, Fisch zu essen, ging er jedoch zunächst nicht zum Arzt, sondern erst als zu diesen Symptomen Haarausfall und eitrige Wunden auf der Haut kamen, sich die Haut dann in Fetzen ablöste. Schließlich wurde auch sein rechtes Auge angegriffen, daß am Ende herausoperiert werden mußte. Hinzu kamen Gedächtnisstörungen und Sprachschwierigkeiten. Der schließlich konsultierte Arzt des CEP hat ihm nie auch nur die kleinste Erklärung über Art und Ursache seiner Erkrankung gegeben, ihn nur ergebnislos mit Medikamenten behandelt. Eine Besserung der Hautkrankheit trat erst in den letzten Monaten ein, als er Hilfe bei der traditionellen tahitianischen Medizin suchte. Gedächtnisstörungen, Sprachschwierigkeiten, das verlorene Auge sind dagegen nie wieder zu beheben.

Manarii Teuira, 36 Jahre alt, lebt ebenfalls in Teahupoo. 6 Jahre lang, von 1966—72, arbeitete er in Moruroa. Drei seiner engsten Kollegen (2 Freunde und sein Schwiegervater) haben, den Verboten zum Trotz, der Versuchung, Fisch aus der Lagune zu essen, nachgegeben. Haarausfall, Hautkrankheiten waren die Folge, bei seinem Schwiegervater dazu innere Krankheiten, die drei Bauchoperationen notwendig machten. Alle drei wurden zunächst in das „Hôpital-Prince" auf Tahiti eingeliefert, später in ein Pariser Krankenhaus transferiert, wo sie verstarben, nach Auskunft der Ärzte an Krebs.

In der Gemeinde Faa'a, in der besonders viele Mitarbeiter des CEA und des CEP angesiedelt wurden, lebt eine Frau, die ihren Namen nicht erwähnt haben möchte und deren Mann ab 1969 15 Jahre lang auf Moruroa arbeitete. Sie erlitt hintereinander sechs Fehlgeburten. Bei ihrem 7. Kind löste sich kurz nach der Geburt die Haut vom Fleisch.

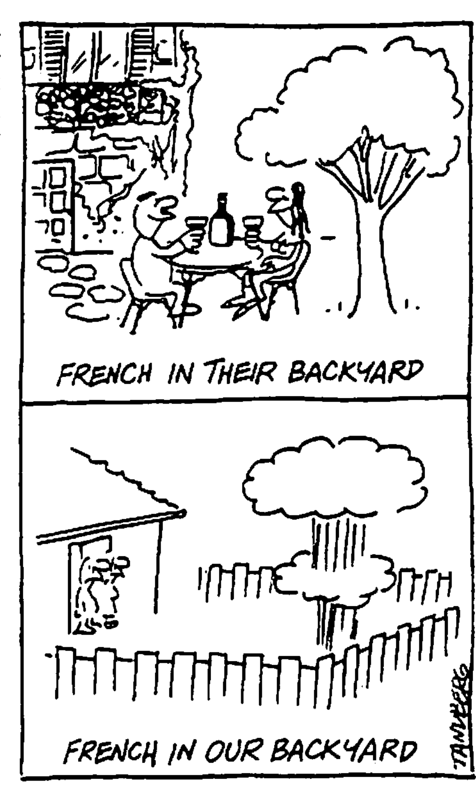
Roger Madni, heute ebenfalls in Teahupoo wohnhaft, lernte während eines Aufenthaltes in Neu-Kaledonien dort eine tahitianische, inzwischen verstorbene Frau kennen, deren Sohn auf Moruroa gearbeitet hatte. Von ihr erfuhr er, daß ihr Sohn wie auch einige seiner Kollegen an einer Krankheit erkrankt waren, die sich zunächst durch Flecken auf der Haut, dann durch Ablösung der Haut äußerten. Auch er war zunächst in einem Krankenhaus in Tahiti behandelt, dann nach Paris transferiert worden. Vor seinem Abtransport hatte er seiner Mutter erzählt, daß er und seine Leidensgefährten ein Dokument hatten unterschreiben müssen, das es ihnen untersagte, niemals, nirgends zu wem auch immer über Art und Ursache ihrer Krankheit zu sprechen.

Es sieht so aus, daß es dieses erpresserische Vorgehen ist, das den französischen Autoritäten die Behauptung ermöglichte, Opfer gäbe es nicht.

Diese Mauer des Schweigens zu durchbrechen, war und ist ein wichtiges Ziel der Greenpeace-Kampagnen. Aber es handelt sich nur um einen ersten Schritt. Weitere müssen folgen, damit in Frankreich der vielbeschworene, aber nie diskutierte Konsensus hinsichtlicher der Force de Frappe brüchig wird: Handelt es sich doch um ein Vogel-Strauß-Verhalten, das absichtlich die Augen verschließt vor den Konsequenzen des eigenen Handelns für Völker und Menschen am anderen Ende der Welt. Das Frankreich der Menschenrechte wird den Mut aufbringen müssen, anzuerkennen, daß es der Staatsraison, der Force de Frappe wegen den Völkern Melanisiens und Polynesiens das Recht auf Selbstbestimmung, auf Leben und Gesundheit verweigert.



Demonstration gegen Atomtests im Pazifik in Berlin am 1. 3. 1985, dem Jahrestag des Abwurfs einer Atombombe auf Bikini



Auf diesem Wege sind Aktionen und Kampagenen nötig

— damit endlich die 1966 fallen gelassenen Todes- und Todesursachen-Statistiken für Polynesien wieder aufgenommen und z. B. der WHO zur Verfügung gestellt werden

— damit eine unabhängige, internationale Expertenkommission unter Einschluß von Nuklearmedizinern die polynesischen Inseln besuchen und Gesundheitsschäden sowie radioaktive Verseuchung von Meer, Lagunen, Fischen, Land und Pflanzen gründlich untersuchen kann

— damit die eines sich selbst als demokratisch bezeichnenden Staates unwürdige Diskriminierung der Opposition in Französisch-Polynesien und die mit ihr verbundenen apartheid-ähnlichen Strukturen aufhören

— damit das im Namen der Force de Frappe und der Abschreckungsdoktrin in kolonialer Abhängigkeit gehaltene Volk der Maohi das ihm in der „Declaration des Droits de l'Homme" verbriefte Recht auf Selbstbestimmung zurückerhält.

Anmerkungen:

1. Ciguatera hat es offenbar früher in der Lagune von Mangareva nicht gegeben. Es handelt sich um eine Alge, die sich auf abgestorbenen Korallen ansiedelt und von Fischen gefressen wird, die dadurch hochgiftig für Menschen werden. Daß die Korallen absterben, wird mit plötzlichen Veränderungen des ökologischen Umfeldes wie Druckwellen im Wasser oder ähnlichem infolge von Atomtest in Verbindung gebracht. 1979 gab es z. B. einen schweren Unfall: eine Bombe blieb im Bohrschacht stecken und wurde dort gezündet, statt in der 800 bis 1000 m tiefen Explosionskammer. Eine enorm hohe Flutwelle war die Folge, die ganz Moruroa überrolte und tausende Kubikmeter radioaktiver Abfälle ins Meer spülte.
2. Sogar die Selbstauflösung der Territorialversammlung, in der ohnehin nur interne Angelegenheiten erörtert werden können, mußte kürzlich von Paris genehmigt werden, bevor sie in Kraft trat!

Dorothee Piermont

Naher Osten

Die PLO vor verschlossenen Türen

Ende November 1984 hatte der PLO-Vorsitzende Yassir Arafat mit der Einberufung der 10. Sitzungsperiode des palästinensischen Nationalrates in Amman (Jordanien) die faktische Spaltung der PLO vollzogen. Syrien und die prosyrischen Kräfte innerhalb der PLO hatten es nach den jahrelangen Auseinandersetzungen abgelehnt, mit der PLO Arafats einen Kompromiß zu schließen. Arafat und seine Anhänger entschieden sich für den Bruch mit dem traditionellen Konsensprinzip innerhalb der PLO, um sich damit zumindest teilweise aus der früheren Abhängigkeit der PLO von arabischen Staaten und von den sogenannten radikalen Kräften innerhalb der Organisation zu befreien. Damit war die Hoffnung des PLO-Vorsitzenden verbunden, die diplomatischen Bemühungen um eine Regelung des Palästina-Konfliktes ohne Rücksicht auf die sogenannten radikalen Kräfte in Kooperation mit Jordanien und Ägypten voranzutreiben.[1]

Arafat nutzte den gewonnenen Spielraum für weitere Verhandlungen mit dem jordanischen König Hussein. In Fortsetzung seiner Politik der Annäherung an Jordanien wurde am 12. Februar 1985 in Amman ein Abkommen unterzeichnet, durch das dem diplomatischen Verhandlungsprozeß neue Impulse verliehen werden sollten.

Der Text dieses gemeinsamen Aktionsrahmens ist kurz und allgemein gehalten und läßt natürlich vielen Interpretationen Raum. Politisch stellt dieses Abkommen keinen Durchbruch dar, sondern wiederholt im allgemeinen bekannte Positionen. Die von amerikanischer und israelischer — zuletzt auch von jordanischer Seite — immer wieder geforderte Anerkennung der UN-Resolution 242 durch die PLO wird nicht ausdrücklich angesprochen. Diese Entschließung ist nun einmal isoliert für die Palästinenser inakzeptabel, da in ihr zwar Israel zum Rückzug „aus (den) besetzten Gebieten" aufgefordert wird, doch die Palästinenser-Frage lediglich als Flüchtlingsproblem Erwähnung findet. Das Prinzip des Tausches „Land gegen Frieden", zu dem sich nun auch die PLO in dem Hussein-Arafat-Abkommen bekannt hat, ist zentraler Bestandteil der UN-Resolution, denn die Anerkennung der „Souveränität, territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit eines jeden Staates in diesem Gebiet", also auch Israels, wird ausdrücklich gefordert. Durch die Bezugnahme auf die Charta von Fez, d. h. die Beschlüsse der arabischen Gipfelkonferenz von 1982[2], wird auch die Anerkennung des Existenzrechts aller Staaten der Region — also wiederum einschließlich Israels — indirekt angesprochen. Das Beharren der amerikanischen und israelischen Regierungen auf einem ausdrücklichen Bekenntnis der PLO zur Resolution 242 verliert insbesondere auch deshalb immer mehr an Glaubwürdigkeit, nachdem sich Arafat nun schon wiederholt zu „allen — ich betone allen — UN-Resolutionen"[3] bekannt hat.

Hussein-Arafat-Abkommen vom 12. Februar 1985

„Die Regierung des Haschemitischen Königreiches Jordanien und die Palästinensische Befreiungsorganisation sind, ausgehend vom Geist der von den arabischen Staaten gebilligten Beschlüsse der Gipfelkonferenz von Fez sowie von Beschlüssen der Vereinten Nationen bezüglich der Palästinafrage, in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht und aufbauend auf einem gemeinsamen Verständnis vom Bestehen eines besonderen Verhältnisses zwischen dem jordanischen und dem palästinensischen Volk, übereingekommen, mit dem Ziel der Erreichung einer friedlichen und gerechten Beilegung der Nahostkrise und der Beendigung der israelischen Besetzung arabischer Gebiete einschließlich Jerusalems auf der Grundlage folgender Prinzipien zu handeln:

1. Vollständiger Abzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten für einen umfassenden Frieden, wie in Resolutionen der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrates festgelegt.
2. Selbstbestimmungsrecht für das palästinensische Volk: Die Palästinenser werden ihr unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung ausüben, wenn sie in der Lage sein werden, dies im Zusammenhang mit der Bildung der vorgeschlagenen Konföderation der arabischen Staaten Jordanien und Palästina zu tun.
3. Lösung des Problems der palästinensischen Flüchtlinge in Übereinkunft mit Beschlüssen der Vereinten Nationen.
4. Lösung der Palästinafrage in all ihren Aspekten.
5. Auf dieser Basis werden Verhandlungen geführt werden unter dem Schirm einer internationalen Konferenz, an der die fünf Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates und alle Partien des Konflikts teilnehmen, einschließlich der Palästinensischen Befreiungsorganisation, der einzigen legitimen Vertretung des palästinensischen Volkes, innerhalb einer gemeinsame Delegation (gemeinsame jordanisch-palästinensische Delegation)."

Die Anerkennung der UN-Resolution 242 durch die PLO würde die Anerkennung Israels bedeuten. „Wir sind nicht bereit, Israel anzuerkennen, solange die Israelis nicht bereit sind, einen Palästinenserstaat zu akzeptieren. ... Wir sind bereit, die Resolution 242 im Rahmen aller UN-Resolutionen zu akzeptieren. Wir können jedoch nicht eine Resolution, die zugunsten Israels ist, annehmen und solche, die die Rechte der Palästinenser anerkennen, außer Acht lassen."[3a]

Bemerkenswert ist an der Vereinbarung jedoch die Festlegung der PLO auf eine Konförderation mit Jordanien. Der auf dem palästinensischen Nationalkongreß im November 1984 geknüpfte gordische Knoten — Verhandlungen mit Jordanien einerseits und Versöhnung mit Syrien andererseits — wurde damit zugunsten Jordaniens durchschlagen. Nach heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Fatah-Führung im Januar 1984 über die Haltung gegenüber Syrien hatte sich eine Mehrheit für eine „harte Linie" ausgesprochen. Den letzten Anstoß dazu hatten der Mordanschlag auf das gemäßigte PLO-Exekutivmitglied Fahd Kawassmeh im Dezember 1984 und die Entdeckung einer Sprengladung im Haus des Fatah-Führungsmitgliedes Hani al Hassan in Amman gegeben. Für beide Anschläge wurde Syrien verantwortlich gemacht.[4]

Wie allerdings eine palästinensisch-jordanische Förderation aussehen könnte, wird in der Vereinbarung völlig im Dunkeln gelassen. Diese Unklarheit spiegelt zum einen sicherlich auch die diesbezüglichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Arafat und König Hussein wieder; andererseits ist dieser Passus auch eine Referenz an den inzwischen schon fast vergessenen Reagan-Plan vom September 1982, in dem eine solche Verbindung zwischen dem palästinensischen und dem jordanischen Staat vorgesehen war.[5] Die Unbestimmtheit dieser Formulierung eröffnet nicht zuletzt auch einen Verhandlungsspielraum.

Für Yassir Arafat war die Vereinbarung durchaus ein Erfolg. Der schon auf dem Treffen des palästinensischen Nationalrats von König Hussein unmißverständlich geäußerten Forderung nach einer ausdrücklichen Anerkennung der Resolution 242 durch die PLO hatte er nicht entsprochen, ein Verhandlungsmandat für die Palästinenser wurde Hussein nicht erteilt, statt dessen sollte dieses Abkommen der PLO ermöglichen, an der Seite Jordaniens in einer gemeinsamen Ver-

handlungsdelegation in den Friedensprozeß integriert zu werden.

Nach all den politischen Rückschlägen im Libanon hatte sich Arafat damit auch innerhalb der PLO mit seiner Linie durchgesetzt und konnte auf diese Weise auch seine Position als Exponent einer Strategie des Dialogs und der diplomatischen Verhandlungen international wieder stärken.[6]

Gerichtet war dieses Abkommen weniger an die Adresse Israels als an die der Vereinigten Staaten. Arafat machte mit seiner Unterschrift unter diese Vereinbarung deutlich, daß die von ihm angeführte Mehrheitsfraktion innerhalb der PLO auf die amerikanische Karte setzt, d. h. Errichtung eines palästinensischen, mit Jordanien in einer Konförderation verbundenen Gemeinwesens in den besetzten Gebieten mit amerikanischer Hilfe. Die Durchsetzung dieser Strategie war jedoch nur um den Preis der palästinensischen Einheit möglich, denn die Konzeption von der Einheit des palästinensischen Volkes, die in der palästinensischen Befreiungsorganisation als Sammelbecken aller Gruppierungen ihren deutlichsten Ausdruck gefunden hatte, war damit — zumindest vorläufig — zu den Akten gelegt.



Reaktionen auf arabischer Seite

Die „Dissidenten" innerhalb der PLO bezichtigten den PLO-Vorsitzenden des Verrats und des Ausverkaufs palästinensischer Interessen an Amman und an Washington.[7] Lediglich die in Damaskus ansässige Demokratische Front (DFLP) des Nayef Hawatmeh äußerte sich verhalten kritisch. Hawatmeh hatte seine Beteiligung an der „Demokratischen Allianz", einem innerpalästinensischen Oppositionsbündnis mit der Volksfront (PFLP) des Georges Habasch, aufgekündigt und befand sich in geheimen Verhandlungen mit Emissären der PLO über eine eventuelle Rückkehr in den Schoß der palästinensischen Befreiungsorganisation. So beteiligte sich Hawatmeh auch nicht an der Gründung einer „Palästinensischen Nationalen Rettungsfront" in Damaskus, die unter Einschluß fast aller Dissidentengruppen nun zu einer „Gegen-PLO" unter syrischem Kuratel aufgebaut werden sollte. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, daß sich neben Hawatmeh auch noch die kleine Palästinensische Kommunistische Partei der Gründung dieser Anti-Arafat-Front fernhielt, was Rückschlüsse auf die weiterhin ablehnende Haltung der Sowjetunion gegenüber einer offiziellen und organisatorischen Spaltung der PLO zuläßt.[8]

Natürlich wurden auch in den besetzten Gebieten kritische Stimmen laut, doch schien sich Arafats Politik sowohl in der Westbank als auch in den palästinensischen Flüchtlingslagern wachsender Unterstützung zu erfreuen.[9] Der israelische Zugriff auf die besetzten Territorien wird immer fester und das Bewußtsein, jetzt oder nie die israelische Okkupation beenden zu müssen, greift immer mehr um sich.

Der Versuch von Arafat und Hussein, auf der arabischen Gipfelkonferenz in Casablanca im August 1985 eine breite Unterstützung zu erlangen, schlug fehl. Die von Syrien angeführte Ablehnungsfront, zu der auch der Libanon, Algerien und Südjemen zu zählen sind, boykottierte den Gipfel. Weitere 7 der 17 anwesenden Mitgliedsländer der arabischen Liga entsandten lediglich ihre zweite politische Garnitur. Die in Casablanca vertretenen arabischen Staaten wollten die Spaltung der arabischen Liga nicht forcieren und verzichteten deshalb überhaupt auf eine Stellungnahme zum Hussein-Arafat-Abkommen.[10]

Auf der Suche nach „koscheren" Palästinensern

Im Frühjahr 1985 wurde das Abkommen von Amman durch weitere Vorschläge des ägyptischen Präsidenten Mubarak operationalisiert. Wichtigste Anregung war der ägyptische Vorschlag, eine jordanisch-palästinensische Delegation solle zunächst allein mit den USA vorbereitende Gespräche führen, bevor Israel in den Verhandlungsprozeß einbezogen wird.[11] Auch eine Beteiligung von PLO-Repräsentanten an der gemeinsamen Delegation sah der ägyptische Präsident nicht mehr als unbedingt erforderlich an.

Der eigentliche Adressat all dieser Vorschläge — die USA — reagierten jedoch nur widerwillig. Nachdem der Nah-Ost-Friedensplan des Präsidenten Reagan vom September 1982 im Chaos des libanesischen Bürgerkrieges vergessen worden war, die US-amerikanische Libanon-Politik mit dem kläglichen Abzug der Streitkräfte und dem Scheitern des libanesisch-israelischen Vertrages vom Mai 1983 ein unrühmliches Ende gefunden hatte, übte sich die amerikanische Regierung in vornehmer Zurückhaltung. Das Libanon-Debakel noch frisch in Erinnerung und die Diskussion im Vorfeld des Reagan-Besuches in Bitburg erhöhten nicht gerade die Neigung des amerikanischen Präsidenten, sich auf das gefährli-

che Parkett der Nah-Ost-Diplomatie zu begeben. Doch König Hussein und der ägyptische Präsident Mubarak wollten die andauernde Beschäftigung Syriens mit dem libanensischen Chaos nutzen, um mit Rückendeckung der PLO und anderer gemäßigter arabischer Staaten die Führungsposition im ost-arabischen Raum zu erkämpfen. Auch galt es, einer starken Opposition im US-Kongreß gegen neuerliche Waffenkäufe Jordaniens durch Verhandlungsinitiativen entgegen zu wirken. Mubarak schließlich sah die Chance, nach dem Rückzug Israels aus dem Libanon die selbst auferlegte Zurückhaltung im Friedensprozeß mit Israel aufgeben zu können und sich durch den weiteren Ausbau der Achse Amman-Kairo aus der diplomatischen Isolation zu befreien. Hinzu kam, daß sich Ägypten weiterhin die finanzielle Unterstützung der USA sichern mußte, um die riesigen wirtschaftlichen Probleme des Landes bewältigen zu können.

Die PLO und die arabischen Staaten

„Palästina ist untrennbarer Bestandteil des großen arabischen Heimatlandes; das palästinensische Volk ist Teil der arabischen Nation." Dieses „panarabische Bekenntnis" in der Nationalcharta der PLO findet seine Entsprechung in den Verlautbarungen fast aller arabischen Staatsmänner. Das Bekenntnis zur „palästinensischen Sache" findet in der politischen Realität der arabischen Staaten einen sehr unterschiedlichen Ausdruck. Vor dem Hintergrund eigener nationaler und internationaler politischer, sozialer und ökonomischer Interessenwahrung sind die Palästinenser und besonders die PLO immer wieder zum Spielball der Interessen einzelner arabischer Staaten geworden. Hinzu kommt, daß Hunderttausende von Palästinensern in verschiedenen arabischen Staaten leben und dort einen beachtlichen Faktor in Wirtschaft, Verwaltung und Politik darstellen.

Syrien hat in den letzten Jahren alle Verhandlungsinitiativen boykottiert. Zum einen ist dies auf das andauernde Engagement im Libanon zurückzuführen, zum anderen auf die Tatsache, daß Syrien nur dann zu Verhandlingen bereit sein wird, wenn auch die von Israel bereits annektierten (ehemals syrischen) Golanhöhen auf der Tagesordnung von Friedensgesprächen stehen. Präsident Assad besteht als Verbündeter der Sowjetunion schließlich auf einer Einbeziehung der UdSSR in den Verhandlungsprozeß. Der PLO Arafats wird vor allem die Orientierung an den USA zum Vorwurf gemacht, wenngleich Syrien sich über seine Beziehungen zu Saudi-Arabien immer eine Hintertüre für den Kontakt mit den USA offengelassen hat.

Syrien wird nur einen palästinensischen Staat dulden, der keine Gefährdung der Interessen Syriens im ostarabischen Raum darstellt, d. h. die PLO wird nur dann und nur so lange syrische Unterstützung genießen, wie den prosyrischen Gruppierungen innerhalb der palästinensischen Befreiungsorganisation ausreichender Einfluß gewährt wird. Eine isolierte Regelung des Palästinenserproblems wird Syrien immer torpedieren, da allein eine Verknüpfung dieses Problems mit der politischen Zukunft der Golanhöhen Verhandlungschancen für Syrien eröffnet.

Ägypten ist in zunehmendem Maße auf Finanz- und Wirtschaftshilfe der USA angewiesen. Gleichzeitig ist es bestrebt, die aufgrund des Separatfriedens mit Israel eingetretene Isolierung innerhalb der arabischen Welt zu überwinden. Die PLO war in dieser Beziehung hilfreich, besonders nach dem Besuch Arafats in Kairo nach dem palästinensischen Abzug aus Beirut Ende '82. Nach der Spaltung der PLO, die zu einer Polarisierung innerhalb der Arabischen Liga geführt hat, kann Arafat diese Funktion für Präsident Mubarak nicht mehr erfüllen. Eine zu enge Verbindung Ägyptens mit der PLO stößt zudem in den USA (und natürlich Israel) auf wachsende Ablehnung. Zur Wahrung der ägyptischen Interessen ist deshalb zur Zeit eine zunehmende Distanzierung von der PLO Arafats notwendig.

Jordanien hat eine Bevölkerung, die zu etwa 60% aus Palästinensern besteht. Das Abkommen mit Arafat vom Februar 85 sollte es Köing Hussein ermöglichen, in den nahöstlichen Friedensprozeß einzusteigen, denn ohne oder gar gegen die PLO ist keine Regelung für Hussein möglich. Nach dem internationalen Prestigeverlust der PLO erweist sich das Abkommen für Jordanien jedoch eher als „Klotz am Bein". Ein Krieg gegen Israel ist ohne Ägypten ausgeschlossen, eine Friedensregelung mit Israel ohne Syrien und die Palästinenser undenkbar. Nach der Aussöhnung mit Syrien werden nun die „richtigen" Palästinenser gesucht, d. h. eine PLO, die von Syrien und Ägypten akzeptiert wird. Dies kann im Augenblick nur eine wiedervereinte PLO — wahrscheinlich ohne Arafat — sein.

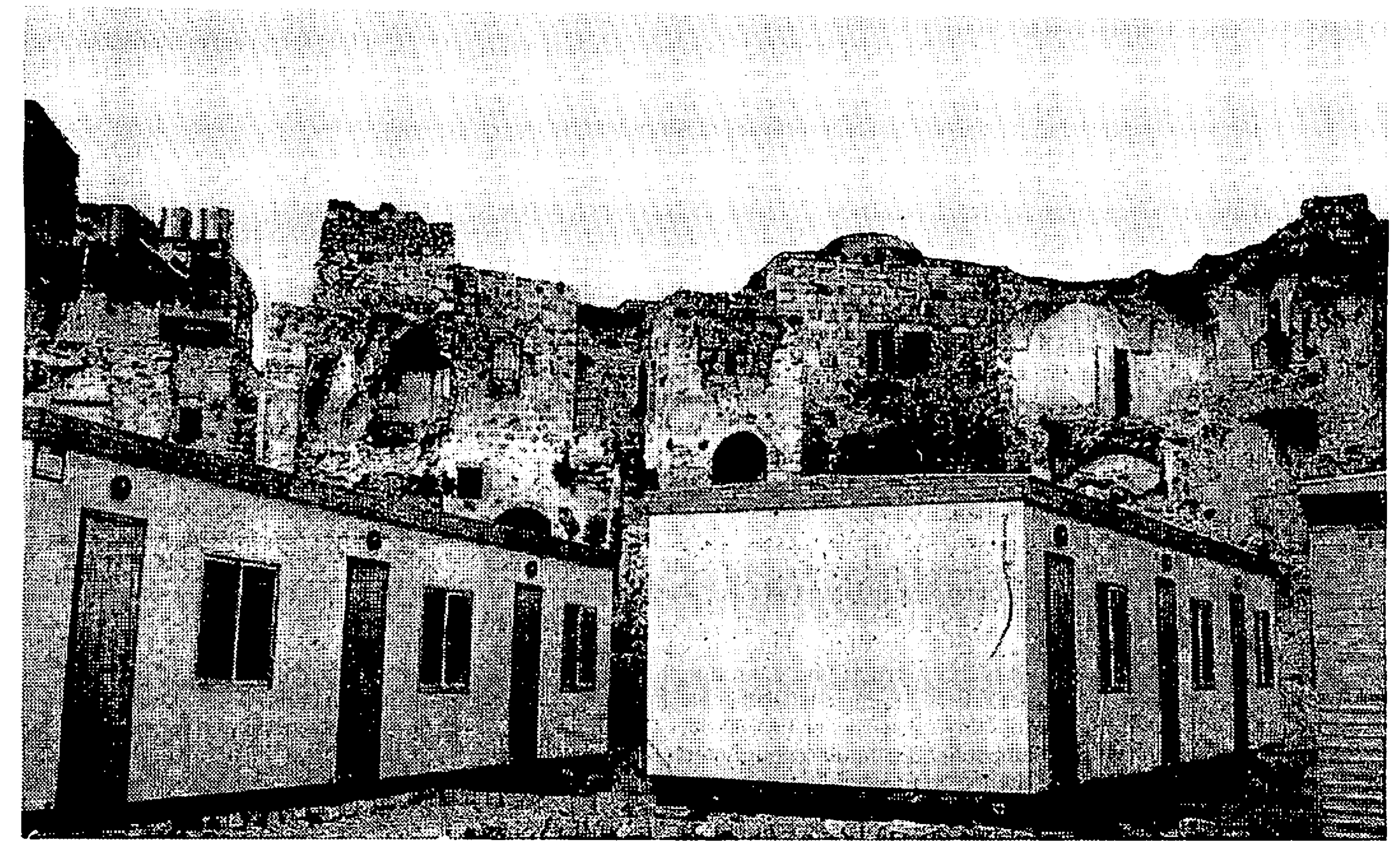
Saudi-Arabien, bedeutendster Verbündeter der USA in der arabischen Welt, hat sich durch finanzielle Unterstützung politischen Einfluß in der PLO gesichert. Dem saudischen Königshaus liegt die Abwehr sowjetischen Einflusses und die Sicherung der politischen Stabilität in der Region besonders am Herzen. Dazu gehört aber auch die Wahrung der arabischen Einheit. Immer wieder hat sich Saudi-Arabien bemüht, bei innerarabischen Konflikten zu vermitteln. So geht die sogenannte „Charta von Fez" (1982), mit der die arabischen Staaten einen gemeinsamen Friedensplan für den Nahen Osten vorgelegt haben, im wesentlichen auf einen Plan und auf die Vermittlung der Saudis zwischen den divergierenden arabischen Vorstellungen zurück. Auch zwischen Syrien und Jordanien, die jahrelang zerstritten waren, hat Saudi-Arabien den Versöhnungsprozeß initiiert und vorangetrieben. Gegenüber den USA hat sich das saudische Königshaus immer auch als Sachwalter palästinensischer Interessen ausgegeben, doch darf dieses Eintreten nicht allzusehr die saudischen Interessen in der westlichen Welt gefährden.

Um dem politischen Druck der schiitischen Fundamentalisten in der Golfregion entgegenzutreten, hat das sunnitische Königshaus die „Befreiung Jerusalems für den Islam" als wichtigstes Ziel seiner Politik proklamiert.

Das Abkommen von Amman wurde von der amerikanischen Administration lustlos zwar als bescheidener Fortschritt gewertet, doch die Beteiligung der PLO an Gesprächen weiterhin unter Hinweis auf die mangelnde Anerkennung der UN-Entschließung 242 durch die Palästinenser abgelehnt.[12] Auch Mubaraks Vorschläge für einen Verhandlungsfahrplan konnten die USA nicht aus ihrer Reserve locken.[13] Nicht zuletzt die ablehnenden israelischen Reaktionen verboten den Vereinigten Staaten ein Eingehen auf diese Vorschläge. Noch während seines Washington-Besuches im Mai präsentierte König Hussein präzisere Verhandlungsvorschläge: Zunächst sollten die USA vorbereitende Gespräche mit einer Delegation führen, die keine PLO-Vertreter einschließe. Dabei sollte die weitere Prozedur erörtert werden, insbesondere die Gespräche mit einer jordanisch-palästinensischen Verhandlungskommission unter Einschluß von PLO-Repräsentanten. Voraussetzung dafür sei, daß Arafat seine Bereitschaft zur Anerkennung Israels erkläre und Reagan das palästinensische Selbstbestimmungsrecht im Kontext einer jordanisch-palästinensischen Konförderation anerkenne.[14]

Die Frage der Zusammensetzung einer jordanisch-palästinensischen Delegation rückte nun immer mehr in das Zentrum der Diskussionen. Nicht „offizielle PLO-Vertreter", sondern Mitglieder des palästinensischen Nationalrates sollten die Palästinenser repräsentieren — so lautete nun ein Vorschlag, ein anderer: Vertreter der palästinensischen Bevölkerung aus den besetzten Gebieten. Während des ganzen Sommers wurden die unterschiedlichsten Namenslisten gehandelt, doch zu einem offiziellen Treffen zwischen dem amerikanischen Nah-Ost-Experten Richard Murphy und einer palästinensischen Delegation kam es nicht.[15]

Daneben bestimmte die Frage des Verhandlungsrahmens die diplomatischen Diskussionen. Während die arabische Seite immer bilaterale Verhandlungen mit Israel abgelehnt hatte — außer Ägypten unter Sadat — fordert Israel dies seit eh und je. Es hat immer befürchtet, daß es sich allein gegenüber allen arabischen Konfrontationsstaaten in einer schlechteren Verhandlungsposition befinden werde, zumal unter diesen dann die Radikalen den Ton angeben würden. Der Forderung nach einer internationalen Nah-Ost-Konferenz haben sich die arabischen Staaten erst in den letzten Jahren angeschlossen, nicht zuletzt aus Enttäuschung über die nachgiebige Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber Israel. Durch die Beteiligung der Sowjetunion sollen hier die Gewichte verschoben werden. Die israelische Regierung jedoch argwöhnt, durch eine Vermehrung der Konferenzteilnehmer, die der israelischen Politik ablehnend gegenüber stehen, solle nur der Druck auf sie verstärkt werden. Die PLO hat sich immer für eine UN-



Jüdische Behelfssiedlungen im Zentrum von Hebron

Schirmherrschaft ausgesprochen und konnte dies auch in der Charta von Fez festschreiben lassen.[16] So ist es neben der PLO heute insbesondere Jordanien, das auf einem internationalen Verhandlungsrahmen besteht, da eine internationale Konferenz der jordanischen Beteiligung an Verhandlungen die Weihe internationaler Legitimation verleihen würde.

Israelische Reaktionen

Die israelische „Regierung der nationalen Einheit" reagierte auf die Verhandlungsvorschläge zwiespältig. Die Minister des rechten Likud-Blocks lehnten alle Vorschläge rundweg ab. Wenn Hussein wirklich an einem Frieden mit Israel interessiert sei, so Außenminister Shamir, dann müsse er „zuerst seine Kontakte mit der PLO abbrechen, die die Zerstörung Israels anstrebt." Lediglich der sozialdemokratische Premierminister Peres betonte seine Bereitschaft zu Friedensgesprächen mit dem haschemitischen König, lehnte jedoch weiterhin Verhandlungen mit der PLO und eine internationale Konferenz strikt ab. Er ließ mit seinen Äußerungen erkennen, daß er flexibel auf die neue Situation zu reagieren verstand, und spielte den ihm zugeworfenen Ball schnell zurück in das arabische Feld.[17]

Die Initiative aus Amman war und ist für Peres Gefahr und Chance zugleich: Gefährlich ist sie deshalb, weil die ungeliebte Koalition mit dem rechten Likud auf der Vereinbarung basiert, daß es keine Veränderungen des status quo in den besetzten Gebieten geben wird und etwaige Verhandlungen mit Jordanien über „territoriale Kompromisse" nicht auf die politische Tagesordnung gehören, da dies unvermeidlich zum Bruch des Regierungsbündnisses führen würde. Nun ist Peres zwar nicht besonders glücklich in dieser „Koalition der nationalen Zwietracht", zumal die „Machtübergabe" an Außenminister Shamir im nächsten Jahr ansteht. Auch hat Peres sicherlich nicht vor, ohne weiters ins 2. Glied zurückzutreten, doch für eine Aufkündigung der Koalition ist es (noch) zu früh. Die neue Bewegung im nahöstlichen Friedensprozeß eröffnet Peres somit die Chance, gemeinsam mit dem Likud die unpopulären Entscheidungen für die Lösung der dringlichen wirtschaftlichen Probleme Israels zu treffen, um dann nach weiteren diplomatischen Vorgesprächen die Frage der Verhandlungen mit einer jordanisch-palästinensischen Delegation zur Gretchenfrage der Koalition zu erklären und eine Regierungsneubildung einzuleiten. Peres und seine sozialdemokratische Arbeitspartei könnten sich dann als Friedenspartei präsentieren und rechnen sich gute Wahlchancen aus. Aber nicht nur die Arbeitspartei spielt in Israel auf Zeitgewinn. Für den Likud bedeutet die Bewahrung des status quo das oberste Ziel der Politik, denn eines ist sicher: Je länger die Verhandlungen über die Zukunft der besetzten Gebiete herausgezögert werden können, desto weiter kann der faktische Annexionsprozeß vorangetrieben werden. Der andauernde Streit innerhalb der Koalitionsparteien über die angemessene Reaktion auf die arabischen Initiativen dauert somit seit dem Frühjahr 1985 an, hat bislang jedoch noch zu keinem Bruch der Koalition geführt.

Der israelische Ministerpräsident nutzte die Friedenssignale insbesondere aus Kairo in anderer Weise: Zur Wiederbelebung des ägyptisch-israelischen Dialogs, der nach der Libanon-Invasion abgebrochen worden war. So wurden erstmals wieder hochrangige Delegationen ausgetauscht, und Verhandlungen über noch offene Grenzkonflikte wieder aufgenommen.[18]

Das schon fast „lustbetonte Streiten als Hinhaltetaktik" auf israelischer Seite korrespondierte mit der „hinhaltenden Lustlosigkeit der amerikanischen Regierung, mit der diese auf die Initiativen Arafats, Husseins und Mubaraks regierte. Die Vorreiterrolle im Dialog mit einer jordanisch-palästinensischen Delegation übernahm schließlich Großbritannien. Zum Entsetzen der israelischen Regierung erklärte sich die britische Premierministerin Thatcher in Jordanien bereit, als politische Kompensation für ein milliardenschweres Waffengeschäft mit Saudi-Arabien eine solche Delegation durch ihren Außenminister empfangen zu lassen.[19] Margret Thatchers Reise nach Jordanien, die britischen Waffengeschäfte und die offizielle Einladung an die beiden Mitglieder des PLO-Exekutivkomitees, Bischof Elias Khoury und dem ehemaligen Bürgermeister von Halhul, Mohammed Milhem, wurden in Jerusalem als de-facto-Anerkennung der PLO und als Symptom für die Absichten der Reagan-Administration gewertet.

Die Arafat-Hussein-Initiative in der Sackgasse

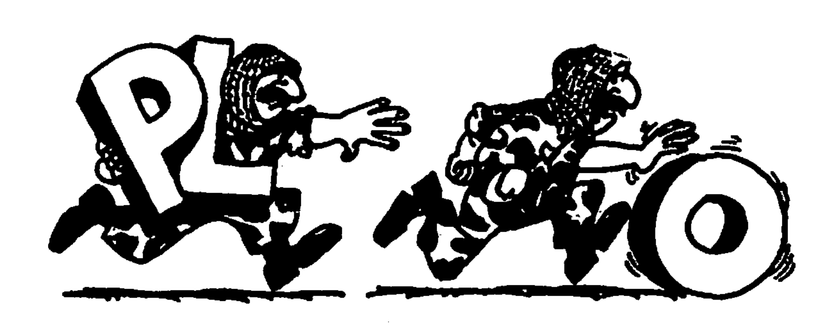
Im Spätsommer 1985 hatte sich die Arafat-Hussein-Initiative weitgehend festgefahren. Zwar konnte man hinsichtlich der palästinensischen Persönlichkeiten, die an Verhandlungen teilnehmen sollten, schließlich — wie aus informierten Kreisen verlautete — eine Einigung erzielen, doch die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen der amerikanischen Regierung auf der einen und Hussein und Mubarak auf der anderen Seite, blieben besonders in einem wesentlichen Punkt bestehen: Wohin sollten die palästinensisch-jordanisch-amerikanischen Präliminargespräche eigentlich führen? Jordanien bestand darauf, daß eine internationale Konferenz angestrebt wird, an der sowohl die USA als auch die Sowjetunion teilnehmen. Nur so könne Syrien, ohne dessen Beteiligung jede Regelung der Palästina-Frage scheitern würde, in den Friedensprozeß miteinbezogen werden. Syrien war aber bislang als einer der entschiedensten Gegner des Arafat-Hussein-Abkommens aufgetreten. Die Vereinigten Staaten auf der anderen Seite wollten sicher gehen, daß der Dialog mit einer palästinensich-jordanischen Delegation umgehend in direkte jordanisch-israelische Verhandlungen einmündet. Israel weigerte sich weiterhin, überhaupt mit Vertretern der PLO zusammen zu treffen. Die USA wollten erst dann mit der PLO Gespräche aufnehmen, wenn diese Israel anerkennt. In Jordanien geht man davon aus, daß die PLO dazu bereit ist, aber nur, wenn die USA im Gegenzug die PLO anerkennen und ihr so einen Platz am Verhandlungstisch einräumen.[20]

Amerkanische Konzeptlosigkeit und israelische Verzögerungstaktik führten die arabischen Verhandlungsbemühungen schließlich an einen toten Punkt. Im US-Kongress machte eine starke israelische Lobby unter den Abgeordneten und Senatoren ihre Zustimmung zu Waffenverkäufen an Jordanien von weiteren Zugeständnissen Jordaniens im Verhandlungsprozeß abhängig. Die Hoffnungen der Beteiligten richteten sich auf das Treffen zwischen dem britischen Außenminister Howe mit der palästinensisch-jordanischen Delegation und schließlich auch auf das Gipfeltreffen zwischen Reagan und Gorbatschow, von dem vielleicht Impulse für den Verhandlungsprozeß im Nahen Osten erwartet werden konnten.

Die Wende

Wenn sich auch auf der politischen Bühne nichts entscheidendes ereignete, so nahm die gewalttätige Auseinandersetzung der Konfliktparteien in der Region an Heftigkeit zu. Die von palästinensischer Seite mehrfach angekündigte Offensive im bewaffneten Kampf in den besetzten Gebieten nahm bald konkrete Formen an. Eine Fülle von Anschlägen, besonders in der Westbank, während des Frühjahrs und der Sommermonate führte zu einer weiteren Eskalation der Gewalt. Demonstrationen, Bombenanschläge, Messerstechereien, Morde, Zerstörungen, Steinwürfe gegen Autos und Busse — der alltägliche „Bürgerkrieg" zwischen der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten auf der einen und israelischen Siedlern und Militär auf der anderen Seite forderte immer mehr Opfer.[21] Begleitet wurde diese Entwicklung durch verschärfte Maßnahmen der israelischen Besatzungbehörden: Deportationen mißliebiger Palästinenser, Sprengung von Häusern der Familien mutmaßlicher Terroristen, Verhängung von Ausgangssperren und andere Kollektivstrafen.

Gleichzeitig verstärkte die israelische Okkupationsmacht ihre Bemühungen zum Aufbau einer neuen palästinensichen Führerschicht. Nachdem sie Anfang der 80er Jahre fast alle palästinensichen Bürgermeister in den besetzten Gebieten ihres Amtes enthoben, viele von ihnen deportiert und dann durch israelische Offiziere ersetzt hatte, beginnt nunmehr ein neuerlicher Prozeß der „Palästinisierung" der arabischen Stadtverwaltungen. Die Einsetzung arabischer Persönlichkeiten erfolgt offensichtlich in enger Abstimmung mit Jordanien, um auf diese Weise eine sowohl dem haschemitischen König als auch der israelischen Regierung genehme, alternative palästinensische Führung aufzubauen.



Während die Verschärfung der Situation in den besetzten Gebieten von der Weltpresse meist unbemerkt blieb, füllten palästinensische Terrorakte im Ausland die Schlagzeilen.[22] Anschläge palästinensischer Kommandos gegen Israelis in verschiedenen Mittelmeerländern waren schließlich Anlaß für die israelische Regierung, einen sogenannten Vergeltungsschlag durchzuführen: Die Bombardierung des PLO-Hauptquartiers in Tunis.[23] Der Angriff, bei dem 73 Menschen ihr Leben verloren, stellt zwar eine konsequente Fortsetzung der israelischen Politik der Vergeltung dar, war jedoch ein primär politisch motivierter Schlag gegen die palästinensische Befreiungsorganisation. Das macht insbesondere die Tatsache deutlich, daß wochenlang vorher von Israel Vorwürfe gegen Jordanien erhoben wurden, es diene palästinensischen Terroristen als Ausgangsbasis für Aktionen gegen Israel. Israelische Minister forderten daraufhin schon ein militärisches Vorgehen gegen den jordanischen Nachbarn.[24] Der Schlag gegen das PLO-Hauptquartier in Tunis dokumentiert, daß die Israelis weiterhin nicht bereit sind, zwischen einer „verhandlungsbereiten" und einer „terroristischen" PLO zu differenzieren. So machte der Bombenangriff nicht nur unmißverständlich deutlich, daß Israel die PLO als Verhandlungspartner weiterhin ablehnt, sondern er stärkte damit auch die Position der radikalen Kräfte sowohl im palästinensischen als auch im israelischen Lager.

Die weltweite Empörung über den israelischen Luftangriff — nur die USA zeigten Verständnis — war kaum verebbt, als die Entführung des Luxusliners Achille Lauro die Schlagzeilen beherrschte.[25] Obwohl die PLO die Entführung offiziell verurteilte, konnte sie sich von dem Makel der Beteiligung nicht befreien. In einer geschickten Propagandaoffensive gelang es Israel und den USA, die palästinensische Führung unmittelbar mit allen durch Palästinenser verübten Terrorakten der vergangenen Wochen sowie der Schiffsentführung und dem Mord an dem jüdischen Rollstuhlfahrer in Verbindung zu bringen. Dies gelang, obwohl auch israelische Experten bezweifeln, daß die Gewalttat von Arafat selbst oder seinen Gefolgsleuten initiiert worden war. Viel sprach dafür, daß die Terrorakte von den Gegnern Arafats durchgeführt worden waren, um die Verhandlungsinitiativen des PLO-Chefs zu torpedieren.

Die Achille-Lauro-Affäre, besonders die mutmaßliche Beteiligung des PLO-Exekutivmitglieds Abu Abbas, sollten sich für die PLO als ein Fiasko erweisen. Der Vorschlag, Arafat zu den Feierlichkeiten des 40jährigen Bestehens der Vereinten Nationen nach New York einzuladen, war selbst in der den Palästinesern sonst wohlgesonnenen UN politisch nicht durchsetzbar. Die englische Regierung sagte unter einem fadenscheinigen Vorwand die seit langem geplanten Gespräche mit der jordanisch-palästinenesischen Delegation ab.[26] Die PLO, der es gerade erst gelungen war, die Türen zu entscheidenden Verhandlungspartnern ein wenig zu öffnen, stand plötzlich wieder vor verschlossenen Türen.

Das Entsetzen über die Entführungsaf-

färe im Mittelmeer nutzte der israelische Ministerpräsident Peres während seines USA-Besuchs zu einem politischen Vorstoß: Überraschend erklärte er sich vor der UN-Generalversammlung bereit, an Verhandlungen auch im Rahmen einer internationalen Friedenskonferenz zur Lösung des Nahostproblems teilzunehmen.[27] Diese Erklärung traf mit Pressemeldungen von einer diplomatischen Annäherung zwischen Israel und der UdSSR zusammen, denn die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten ist Voraussetzung für die Beteiligung der Sowjetunion an einer Nah-Ost-Friedenskonferenz.

Mit diesem Zugeständnis brachte Israels Premier den jordanischen König in Zugzwang: Peres hatte ihm bedeutet, daß einer internationalen Friedenskonferenz nichts entgegensteht, sobald Hussein die PLO fallen läßt. Selbst wenn Hussein dies gerne täte — und davon ist auszugehen — so läßt sich der israelische Wunsch nicht so leicht verwirklichen. Mit dem Hussein-Arafat-Abkommen hat der jordanische König sein politisches Schicksal zunächst einmal mit der PLO verknüpft. So desvouirt und geschwächt die PLO in den Augen der Weltöffentlichkeit zur Zeit auch sein mag, ein Abkoppeln Jordaniens von der PLO ist aus Rücksicht auf die anderen arabischen Staaten und die große palästinensische Mehrheit in Jordanien ohne unabschätzbare politische Risiken nicht möglich. Die neue Situation ermöglicht es jedoch dem König, den Druck auf die PLO zu verstärken. Nicht von ungefähr werden im Versöhnungsprozeß der jahrelang verfeindeten Bruderländer Jordanien und Syrien erstaunliche Fortschritte gemacht.

Die PLO versucht verzweifelt, den Anschluß nicht zu verlieren. Immer wieder wird das Hussein-Arafat-Abkommen beschworen und erklärt, dies sei keineswegs „vom Tisch". Doch die durch saudiarabische Vermittlung in Gang gesetzte Versöhnung zwischen Jordanien und Syrien muß trotz gegenteiliger Behauptungen durchaus als Bedrohung empfunden werden, da der syrische Präsident Assad von König Hussein die Aufkündigung der Vereinbarung von Amman fordert.[28] Eine Aussöhnung zwischen Arafat und Assad scheint augenblicklich unvorstellbar, doch weder Syrien noch Jordanien können es sich leisten, ohne die Palästinenser in Verhandlungen mit Israel zu treten. Wenn auch die PLO derzeit unverzichtbar erscheint, so gilt dies nicht für Arafat.

Die Erklärung von Kairo

Die Erklärung Yassir Arafats vom 7.11.1985 hat folgenden Wortlaut (Auszüge):

...Mit Blick auf die Anstrengungen für das Zustandekommen einer internationalen Friedenskonferenz verurteilt die PLO alle Terrorakte, die von Staaten, Gruppen oder Individuen gegenüber unschuldigen Menschen, wo immer sie sich befinden, ausgeübt werden.

Die PLO bestätigt die Beschlüsse von 1974, die alle auswärtigen Operationen und jede Art von Terrorismus verurteilen. Die PLO bekräftigt, daß die ihr angehörenden Gruppen und Institutionen zu jenen Entscheidungen stehen. Die PLO wird ab sofort ernste Maßnahmen gegen alle ergreifen, die gegen jene Beschlüsse verstoßen.

Die Durchführbarkeit einer solchen Politik ist indessen nicht nur von einer Seite abhängig. Die internationale Gemeinschaft sollte daher Israel zwingen, seinerseits alle Terrorakte im In- wie im Ausland einzustellen.

In diesem Zusammenhang bekräftigt die PLO erneut das Recht des palästinensischen Volkes, sich mit allen möglichen Mitteln gegen die israelische Besetzung seines Landes zu wehren, solange Israel sich nicht aus diesen Gebieten zurückgezogen hat. Das Recht auf Widerstand gegen eine fremde Besatzung ist ein legitimes Recht, niedergelegt in der Charta der Vereinten Nationen, die gleichzeitig dazu auffordert, auf die Anwendung von Gewalt und Drohungen zur Beilegung von Konflikten zu verzichten, weil die Anwendung von Gewalt im Widerspruch zu ihren Prinzipien und Zielen steht. Das Recht des palästinensischen Volkes, gegen die Besetzung seines Landes Widerstand zu leisten, wird in vielen UN-Resolutionen und Artikeln der Genfer Konvention spezifiziert.

Die Ereignisse in der Vergangenheit haben die Haltung der PLO bestätigt, daß nämlich Terrorakte der Sache der Palästinenser und ihrem legitimen Freiheitskampf schaden.

Andererseits betont die PLO erneut, daß nur eine Beendigung der israelischen Besatzung und der ihr entsprechenden Politik einen Weg für den Frieden und die Sicherheit in jener Region eröffnen kann. Die PLO bittet alle friedliebenden Kräfte der Welt eindringlich darum, sie dabei zu unterstützen. Die PLO bekräftigt, daß sie diese Maßnahmen ergreift, um ihren Beitrag zu leisten, die Welt vom Terrorismus und die Menschen von Gefahr und Angst zu befreien. Das letztendliche Ziel der PLO ist ein gerechter und dauerhafter Frieden, der die unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes garantiert und einen Beitrag für die Errichtung einer friedlichen Weltgesellschaft leisten kann. Yassir Arafat

aus: Palästina-Bulletin Nr. 46/85

Arafat am Ende?

Der Vorsitzende der PLO versucht unterdessen seine Reputation wieder aufzubessern. Verschiedene Reisen in arabische Staaten, besonders nach Kairo und Amman, sollen dazu dienen, „Mißverständnisse" zu beseitigen. Nach den Gesprächen mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak erteilte der PLO-Chef noch einmal feierlich jedem Terror eine Absage und behielt der PLO aber das Recht auf den bewaffneten Kampf in den besetzten Gebieten vor.

Ein Jahr nach der Spaltung der PLO steht Arafat vor dem Scherbenhaufen seiner Politik: Die Befreiung vom Ballast der maximalistischen Kräfte innerhalb der PLO, um glaubhafter und konsequenter die sogenannte Doppelstrategie der Verhandlungen und des bewaffneten Kampfes verfolgen zu können, hat keine Erfolge gezeigt. Der erhoffte Durchbruch auf diplomatischer Ebene ist nicht gelungen, die PLO steht im Abseits, ohne Hoffnungen, in naher Zukunft im Rahmen einer pax americana einen palästinensischen Staat neben Israel in den besetzten Gebieten errichten zu können.

Man mag darüber spekulieren, ob Arafats Politik gescheitert ist, weil er selbst Opfer seiner Doppelstrategie wurde, die es verhinderte, ein glaubwürdiger Verhandlungspartner zu werden. Die vergleichenden Verweise auf die algerischen und vietnamesischen Befreiungskämpfe, in denen auch gleichzeitig gekämpft und verhandelt wurde, verkennen die unterschiedlichen historischen Situationen. Man mag die Schuld am Scheitern der arabisch-palästinensischen Verhandlungsoffensive auch den USA und Israel zuschreiben, die aus unterschiedlichen Gründen kein Interesse haben, unter Einbeziehung der Palästinensischen Befreiungsorganisation in Friedensverhandlungen einzutreten. Auch die mangelnde Unterstützung der arabischen „Bruderstaaten" für die palästinensische Sache mag zu Recht beklagt werden. Alle Erklärungsversuche fallen auf den PLO-Vorsitzenden und seine falschen politischen Einschätzungen zurück.



Von Israelis zerstörte Palästinenserhäuser in der Westbank

Arafats Position im palästinensischen Volk scheint noch unangefochten, doch Kritik wird auch bei seinen Anhängern immer lauter. Die abgespaltenen palästinensischen Gruppierungen drängen auf eine Wiedervereinigung. Sie verweisen darauf, daß eine gespaltene PLO, noch dazu in Opposition zu Syrien, niemals im-

stande sein werde, die palästinensischen Interessen wirkungsvoll zu vertreten. Versuchen von syrischer und jordanischer Seite, eine alternative PLO aufzubauen, wird man nur durch Einigkeit widerstehen können, doch ob eine solche innerpalästinensische Versöhnung mit Arafat möglich sein wird, bleibt zweifelhaft.

Nach dem Abzug der israelischen Truppen aus dem Libanon und der faktischen Zersplitterung des Landes in religiöse Bezirke hat Syrien die libanesische Situation fest in der Hand und kann sich wieder dem Palästinaproblem widmen. Daß auf dem Weg zu einer Nahost-Regelung an Syrien kein Weg vorbei führt, haben Arafat und König Hussein schmerzlich verspürt. Die Opposition des syrischen Präsidenten Assad gegen das Hussein-Arafat-Abkommen wird weniger auf dessen Inhalt als auf die Tatsache zurückgeführt, daß Arafat es im Namen der PLO unterzeichnet hat. An der neuen Achse Kairo-Amman-Damaskus wird eifrig geschmiedet. Syrien hat durch sein Verhalten in der Achille-Lauro-Affäre deutlich gemacht, daß es an der Entwicklung besserer Beziehungen zu den USA interessiert ist, um sich auf diese Weise alle Verhandlungsoptionen offen zu halten.

Die israelische Regierung hat keinerlei Interesse an der Beschleunigung des Friedensprozesses. Die wirtschaftliche Krise, deren Bewältigung das primäre Ziel der Koalition zwischen sozialdemokratischer Arbeitspartei, dem nationalistischen Likud-Block und rechten religiösen Parteien ist, fordert zumindest für eine gewisse Zeit den weiteren Zusammenhalt der Regierung — allerdings um den Preis einer nahostpolitischen Lähmung.[29] Sobald jedoch neue Bewegung in das nahöstliche Verhandlungskarussell gerät und substanzielle Forderungen die israelische Regierung unter Entscheidungszwang setzen, wird das Bündnis zerbrechen.

Solange es nicht gelingt, dem Friedensprozeß neue Impulse zu geben, wird die Integration der besetzten Gebiete in das soziale und ökonomische System der Besatzungsmacht voranschreiten. Die extremistischen Kräfte, die nicht bereit sind, auch nur einen Fußbreit des besetzten Landes zurückzugeben, formieren sich, rufen auf zur Vorbereitung auf die militärische Verteidigung „Judäas und Samarias", also auf den Bürgerkrieg.[30] Die palästinensische Bevölkerung muß der „Judaisierung" der Westbank und des Gaza-Streifens hilflos zusehen. Der ohnmächtige Protest steinewerfender Flüchtlingskinder und die Bombenanschläge palästinensischer Freischärler können den Annexionsprozeß nicht aufhalten, sie liefern im Gegenteil der Besatzungsmacht neue Vorwände für die weitere politische Unterdrückung. Hinzu kommt, daß die Wirtschaftskrise in Israel mit steigenden Arbeitslosenzahlen und sinkenden Realeinkommen die Bevölkerung in den besetzten Gebieten besonders hart trifft.

Dreh- und Angelpunkt alle Nahost-Diplomatie ist und bleibt Washington. Die Zeit scheint an sich günstig: Ein amerikanischer Präsident in der zweiten Wahlperiode kann nicht wiedergewählt werden und muß nicht politische Rücksicht nehmen, um seine Wiederwahl zu sichern. An diese Hoffnung klammern sich auch viele Palästinenser, die der US-Politik in der Region kritisch gegenüber stehen. Doch solange die Aufrechterhaltung des status quo im östlichen Mittelmeerraum die Interessen der USA, Israels und vieler arabischer Staaten besser zu gewährleisten scheint als eine mit Risiken verbundene Regelung des Palästinaproblems, wird die Angst der Politiker vor dem Frieden dafür sorgen, daß der Konfliktherd nicht zur Ruhe kommt, aber unter Kontrolle gehalten werden kann.

Anmerkungen:

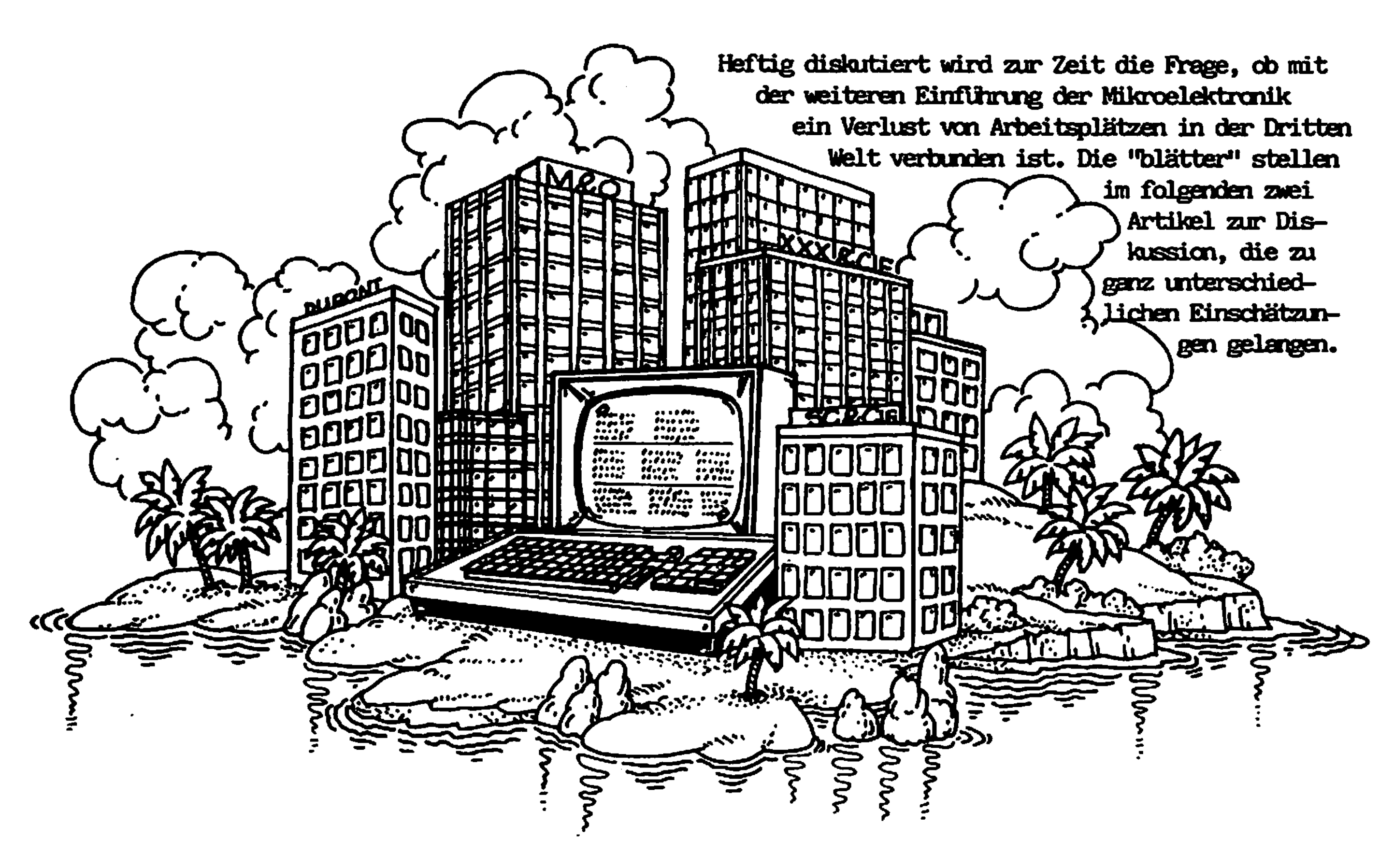
1. vgl. dazu ausführlich die Berichte, Kommentare und Analysen in „israel & palästina", Sonderheft Nr. 7 (Januar 1985)
2. siehe dazu den Wortlaut in iz3w Nr. 107 (Febr. 1983), S. 38
3. z. B. in einem Interview der Zeitschrift „israel & palästina", Sonderheft 7

3a. So der PLO-Vertreter in Bonn, Abdallah Franghi, in einem Interview mit „israel & palästina" Nr. 6/85.

4. „israel & palästina", Nr. 1/85, S. 6
5. siehe dazu den Wortlaut in iz3w Nr. 107 (Febr. 1983), S. 36
6. vgl. dazu die Beiträge in FAZ, 15.2.; taz, 16.2.; NZZ 17.2.1985
7. taz, 16.2.85; FAZ, 18.2.1985
8. NZZ, 17.2.85; taz, 23.2. und 26.3.85; FAZ, 4.3. und 28.3.85. Alle Beiträge beschäftigen sich u. a. mit der Haltung der Sowjetunion zum Hussein-Arafat-Abkommen und den innerpalästinensischen Konflikten.
9. Nach Angaben des Chefredakteurs der palästinensischen Zeitung Al Fajr in einem Interview mit Newsweek (30.9.85) unterstützen ca. 80% der Palästinenser die Politik Arafats.
10. taz, 8.8., 10.8. und 12.8.85
11. NZZ, 28.2.85; FAZ, 1.3.85
12. NZZ, 17.2.85
13. zu den amerikanischen Reaktionen vgl. SZ, 11.5.; FAZ, 11.6.; NZZ, 9.6.85
14. FR, 4.6.85; SZ, 4.6.85
15. SZ, 5.6.85; siehe dazu ausführlicher „israel & palästina" Nr. 3—4/85
16. vgl. dazu den Text in iz3w Nr. 107 (Febr. 1983), S. 38; zu verschiedenen „Konferenzvarianten" siehe NZZ, 14.6., 6.6. und 9.6.85
17. Die israelischen Reaktionen auf die verschiedenen Verhandlungsvorschläge werden geschildert in NZZ, 26.2. und 28.2.85; FAZ, 1.3.85; SZ, 4.6. und 5.6.85; NZZ, 13.6.85; FR, 22.7.85
18. FAZ, 16.4. und 18.6.85; NZZ, 26.7.85
19. taz, 25.9.85; FAZ, 23.9.85; NZZ, 24.9.85
20. Das Scheitern der jordanisch-palästinensischen Friedensinitiative wurden von der NZZ schon am 26.8. und 4.9.85 konstatiert.
21. vgl. dazu FR, 6.8., 7.8. und 9.8.85; taz, 2.8.85; FAZ, 14.9. und 25.9.85
22. FAZ, 30.9., 10.10. und 14.10.85
23. NZZ, 4.10.85
24. FR, 2.8.85; NZZ, 6.8. und 7.9.85
25. FR, 8. und 10.10.85
26. vgl. dazu die Interviews mit PLO-Exekutivmitglied Mohammed Milhem in der taz, 9.11.85, mit dem PLO-Vertreter Abdallah Frangi in Bonn in „israel & palästina" Nr. 6/85.
27. FAZ, 5. und 8.10.85
28. vgl. dazu das Interview mit Abdallah Frangi in „israel & palästina" a. a. O.
29. zur Situation in der israelischen Regierungskoalition siehe FAZ, 18.7.85; NZZ, 27.7.85; Spiegel 17.6.85
30. FR, 13.8.85

Christian Sterzing

Mikroelektronik und Dritte Welt



Ein weiterer Schritt in die Abhängigkeit

Die Einführung Neuer Technologien führt zu erheblichen strukturellen Veränderungen für die sog. Dritte Welt. Mikroelektronik, besonders Informationstechnologien, Gentechnologie und der verstärkte Einsatz von Satelliten für Kommunikation, Rohstoffprospektierung, Wetteranalysen und Überwachung verändern die internationale Arbeitsteilung nachhaltig und stellen bisherige Entwicklungskonzepte in Frage.

Wissenschaftliche und technologische Kapazitäten sind weltweit extrem ungleich verteilt. Laut UNESCO beträgt der Anteil der Entwicklungsländer an den insgesamt auf der Welt ausgegebenen Mitteln für Wissenschaft und Technologie etwa 3%, sie verfügen über lediglich 13% der Wissenschaftler und Ingenieure. Über 94% aller Patente sind in den Industrieländern konzentriert, von den restlichen 6% befinden sich 4/5 in den Händen von Ausländern (Nohlen 1984, 554). 83% aller Bücher werden in den Industrieländern produziert. Während in der Dritten Welt nur 1 von 30 Personen eine Tageszeitung bezieht und 1 von 500 ein Fernsehgerät besitzt, ist das Verhältnis in den Industrieländern 1 zu 3 und 1 zu 2 (Rada 1983, 232).

Die ungleiche Verteilung stellt nicht allein ein ökonomisches, sondern gleichzeitig ein soziales und kulturelles Problem dar. Wie soll in den Staaten der Dritten Welt eine kulturelle Identität entstehen, wenn auf tausend TV-Sendeminuten, welche die USA in den „Süden" exportieren genau eine Minute zurückfließt, oder die vier westlichen Nachrichtenagentur„riesen" ap und upi aus den USA, reuter aus Großbritannien und afp aus Frankreich zusammen mit der sowjetischen tass täglich 7 Mio. Wörter in Umlauf bringen, alle nationalen Entwicklungsländeragenturen gemeinsam jedoch nur einige hunderttausend? Die Berichterstattung dieser Medienkonzerne dient nicht dazu, eine gerechte Weltordnung zu fördern. Im Gegenteil bestätigen Umfang, Auswahl und Inhalt der Dritte Welt-Berichterstattung Vorurteile und stilisieren Klischees (Nohlen 1984, 426).

Auslagerung der Produktion in den siebziger Jahren

Mitte der Siebziger Jahre sahen viele Wissenschaftler in der Auslagerung arbeitsintensiver Produktion in die Dritte Welt die Lösung für deren Entwicklungsprobleme. Unter Bezugnahme auf das Theorem der „komparativen Kostenvorteile"[2] sollte vor allem die Konsumgüterproduktion der Textil-, Schuh- und Leder- sowie Elektronikindustrie die billige Arbeitskraft, niedrige Sozialleistungen, lange Arbeitszeiten, günstige Investitionsbedingungen und — meist unausgesprochen — die Unterdrückung gewerkschaftlicher Organisierung ausnutzen. Kapital- und forschungsintensive Produktion sollte in den Industrieländern bleiben. Zahlreiche Firmen aus den genannten Bereichen nutzten dieses Potential und bauten Produktionsstätten in Nordafrika, Lateinamerika und, vor allem, Südostasien auf. Die Kosten einer durchschnittlichen Arbeitskraft in der Bekleidungsindustrie in Industriestaaten mit hohem Lohnniveau beträgt z. B. 12.000 US-$ pro Jahr, in den wichtigsten Entwicklungsländern 2.000 US-$ (Rada 1982, 247).

Einige Länder der Dritten Welt richteten ihre Entwicklungspläne stark am Export dieser Güter aus. Dies führte bei den sog. Schwellenländern[3] zu Exportquoten von Textilien bei arbeitsintensiven Fertigprodukten von ungefähr 40%, bei weniger industrialisierten Ländern sogar von 60 bis 100%. In der Bundesrepublik hatten Entwicklungsländer 1980 bei Hemden einen Marktanteil von 83% oder bei Strümpfen von 69% (Gert-Wellmann 1981, 12f).

Technologische Wende

Seit Ende der siebziger Jahre findet eine teilweise Rückverlagerung der Produktion statt. Deutsche Hersteller von Kleidung, Fernsehgeräten und Werkzeugmaschinen schließen Zweigwerke in Nordafrika oder Asien und investieren wieder in der Bundesrepublik. Dies sind fast ausschließlich Rationalisierungsinvestitionen. Nicht die Arbeit, die Produktion kehrt zurück. Immer weniger Menschen produzieren immer mehr Güter, die ehemals ausgelagerten Arbeitsplätze verschwinden ersatzlos.

Das Schweizer Uhrenwerk Asuag-SSIH z. B. beabsichtigt alle Produktionsstätten in der Dritten Welt zu schließen. So gehen in einem 1978 (!) gegründeten Betrieb in Singapur 220 Arbeitsplätze verloren, in der Schweiz werden 50 gesichert (nicht geschaffen) (Krugmann-Randolf 1984, 3). SEL schließt in Malaysia eine Fabrik mit 600 Arbeitsplätzen. In der Bundesrepublik entstehen dafür 6 hochqualifizierte Arbeitsplätze an 3 modernen Maschinen.

Die Ursache liegt in der Entwicklung des Mikroprozessors. Anfang der siebziger Jahre gelang es, auf winzigen Chips Transistoren zu integrierten Schaltkreisen zusammenzufassen. Die Zahl der integrierten Transistorfunktionen wuchs rasant von einem Dutzend 1960, 100.000 in 1981 auf mehr als 1 Mio. Funktionen, die 1985 auf einem 1/2 Quadratzentimeter großen Siliziumplättchen untergebracht werden sollen. Alle Wirtschaftssektoren werden von diesen Veränderungen berührt, vor allem Verwaltungs- und Dienstleistungsbereiche, die auf Informationsaustausch basieren. In der Produktion verringert sich durch die zunehmende Integration von Funktionen die Zahl der Komponenten eines Endproduktes erheblich, z. B. beim Fernsehgerät von 1970 bis heute um die Hälfte. Zusätzlich wird die Endmontage immer häufiger von computergesteuerten Automaten durchgeführt. Der Zeitaufwand für die Herstellung eines Farbfernsehers sank von 700 auf 100 Minuten. Die Lohnkosten liegen unter 10% der Gesamtherstellungskosten (Krugmann-Randolf 1984, 3 und Schütze 1982, 10f).

Die Arbeit wird entwertet

Der traditionell entscheidende Kostenvorteil der billigen Arbeitskraft in der Dritten Welt wird durch die neue Entwicklung entwertet. „Intelligente Chips" können fast alles, was bisher un- oder angelernte Arbeiter/innen in der konventionellen Produktion taten, fehlerfrei, ohne krank zu werden, zu ermüden oder gar zu streiken.

Diese globale Betrachtungsweise ist allerdings verkürzend, weil dabei weder die Ausgestaltung der Arbeitsplätze noch ihr Beitrag zu einer umfassenden, alle Teile der Bevölkerung einschließenden Entwicklung der unterentwickelten Länder berücksichtigt werden.

Wenn vor einigen Jahren auf einer Sitzung des „Club of Dakar" afrikanische Industrielle die Hoffnung äußerten, daß allmählich arbeitsintensivere und umweltverschmutzende Industrien nach Afrika verlegt werden würde, da dort die Lohnkosten niedriger und die Umweltauflagen geringer seien (Grohs 1982, 13), so betreffen die Folgen der Automatisierung in erster Linie ihre Interessen. Auch die extreme Ausbeutung junger Frauen in den sog. Freien Produktionszonen in Südostasien schafft zwar Arbeitsplätze, aber zur Entwicklung trägt sie nur bei den Gewinnkonten transnationaler Unternehmen und den wenigen mit ihr verbundenen einheimischen Kapitalgruppen bei.

Wichtiger als billige Arbeitskraft wird bei den sich ständig weiter modernisierenden Produktionstechniken in Zukunft die Nähe zu Forschungs- und Entwicklungszentren und zu den Käufern sein, beides hauptsächlich in den Industriestaaten zu finden.

Trotzdem wird es nur zu einer teilweisen Rückverlagerung kommen. Unternehmen, für die die Ausbeutung billiger Arbeitskraft ein wichtiger Bestandteil ihrer Produktion bleibt, wandern in letzter Zeit aus Ländern wie Taiwan, Singapur oder Südkorea, deren Löhne ihnen bereits wieder zu hoch sind, weiter nach Thailand oder den Philippinen. Je ärmer und — was oft damit einhergeht — unterdrückter ein Volk ist, um so attraktiver wird es für verschiedene Sektoren des internationalen Kapitals.

Die zweite Gruppe von Betrieben, die im „Süden" bleiben werden, besitzen dort ihre Märkte. VW z. B. würde sich um einen gewinnträchtigen Markt bringen, falls es auf die Idee käme, sich aus Brasilien oder Mexiko zurückzuziehen.

Transnationale Unternehmen[4] setzen in der Dritten Welt modernste Technik ein, so daß in Brasilien Millionen Menschen hungern und jeden Arbeitsplatz annehmen würden, gleichzeitig computergesteuerte Produktionsanlagen in fast menschenleeren Hallen arbeiten. Obwohl die Tochterunternehmen dieser Transnationalen oft ganze Branchen beherrschen, hat dies weder zum Aufbau von Forschungs- und Entwicklungskapazitäten noch zu einem leichteren Zugang einheimischer Unternehmer zu moderner Technologie geführt. Dies wird durch Patentie-

rung und Abmachung über Nichtweitergabe mit dem Stammhaus im „Norden“ verhindert (Nohlen 1984, 555).

Waren schon die bisherigen Industrialisierungsstrategien nicht in der Lage, für die massenhaft in die städtischen Metropolen abwandernde ländliche Bevölkerung auch nur annähernd genügend Arbeitsplätze zu schaffen, so ist es unter den Bedingungen voll- und teilautomatisierter Produktionen unmöglich, bis zum Jahr 2000 die 625 Mio. Arbeitsplätze zu schaffen, die die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) für erforderlich hält.

Auf Umwegen wird, die Rationalisierung die ohnehin Armen noch einmal treffen. Durch den Einsatz der Mikroprozessoren steigt auch in den Industrieländern die Arbeitslosigkeit. Dies wird zur Folge haben, daß der Druck, die eigenen Märkte mit protektionistischen Maßnahmen gegen Importe aus den Entwicklungsländern dicht zu machen, zunehmen wird.

Die Bedeutung der Rohstoffe sinkt, die Kapitalintensität steigt

Der Einsatz von Computern ermöglicht rationelleres Produzieren. Eine Miniaturisierung vieler Produkte und Produktionsmittel spart Material und Energie, siehe die Größenentwicklung von Computern. Zunehmend treten neue Materialien an die Stelle von Metallen, beim Karosseriebau von Autos, Zügen oder Flugzeugen durch Kunststoffe, oder bei Motorblöcken durch Keramik. Der Ersatz von Kupferkabel durch Glasfaser für die Telekommunikation wird einen großen Teil des Kupferbedarfs überflüssig machen (Dolph 1984, 5). Vor allem arme Entwicklungsländer ohne industrielle Produktion sind häufig auf den Verkauf eines Rohstoffes angewiesen. Der Anteil des Kupfers am Export Zambias beträgt 92% (Nohlen 1984, 410). Damit wird eine weitere Dritte Welt-Resource entwertet, die für bisherige Entwicklungspläne eine zentrale Rolle gespielt hat. Dies betrifft die verschiedenen Produkte unterschiedlich, ist als Tendenz dennoch verallgemeinerbar.

Während der Wert von Arbeit und Rohstoffen sinkt, wächst die Kapitalintensität der Produktion. Die neuen Industrien werden primär das Ergebnis von Kapitalinvesitionen sein. Die Entwicklungsländer verfügen aus strukturellen Gründen über eine nur geringe Kapitalausstattung. Durch die Auslandsverschuldung wird die Situation drastisch verschlimmert. Allein der jährliche Schuldendienst (das sind Zinszahlungen und Tilgungsleistungen auf gewährte Kredite) preßt den unterentwickelt gehaltenen Ländern Milliardenbeträge als Nettotransfer in den kapitalistischen Norden ab. Demgegenüber deckt die Entwicklungshilfe von Industrie- und OPEC-Staaten nicht einmal die Zinszahlungen. 1982 betrug der gesamte Schuldendienst der Entwicklungsländer 130 Mrd. US-$, davon 60 Mrd. US-$ allein für Zinsen. Die Entwicklungshilfe der genannten Länder belief sich auf 32 Mrd. US-$ (Nohlen 1984, 506).

faktoren Arbeit und Rohstoffe weniger nachgefragt werden, dagegen steigt der Wert von Kapital, über das die unterentwickelten Länder nicht verfügen. Die Vergrößerung des Entwicklungsabstandes zu den Industrieländern wird unter den gegenwärtigen Bedingungen unvermeidlich sein, gleichzeitig werden traditionelle Industrialisierungsstrategien noch stärker in Frage gestellt. Dies allerdings muß kein Nachteil sein.



Mikrochipproduktion in Penang

Neuer Rohstoffstoff: Information

Informations- und Datenverarbeitungskapazitäten stellen einen wachsenden Teil der Wertschöpfung eines Produktes dar. Ein neuer Rohstoff, der zu einem wichtigen Produktionsfaktor wird, ist die Information in beinahe jeder Form und auf jedem Gebiet. Davon werden technologisches Wissen und die Wissenschaft in Form von Patenten und Datenbanken betroffen sowie Wissen über Marktzusammenhänge, Rohstoffvorkommen, demographische Entwicklungen, Geschichte, Politik, Kultur, etc. (Dolph 1984, 5).

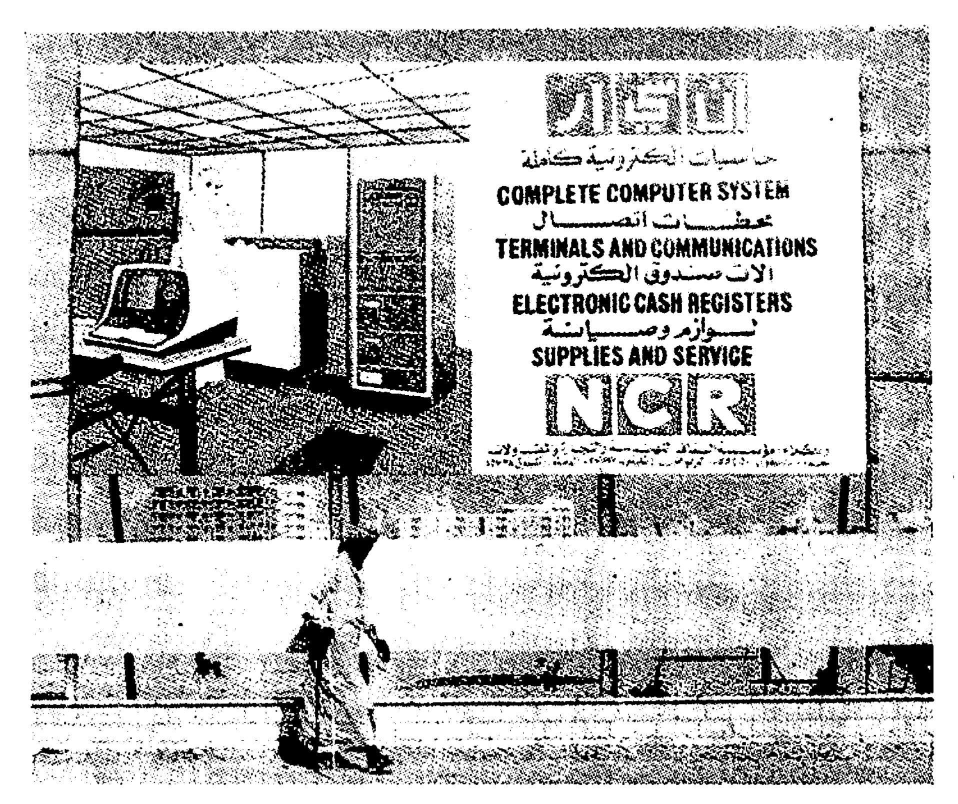
Der Zugang und die Aufbereitung der Daten verlangt einen hohen Einsatz von Technologie. Die informationsintensiven Sektoren, Datenbanken, Datenverarbeitungs- und Informationsdienste sind in den westlichen Metropolen konzentriert. Vor allem Japan[5] und die Vereinigten Staaten, zunehmend die europäischen Staaten mit der Bundesrepublik an der Spitze, stecken jährlich Milliardenbeträge in Forschung und Anwendung von Mikroelektronik. Dies kommt einer technologischen Abkopplung der Dritten Welt gleich. Um eigene Daten zu erhalten, sind sie auf das Wohlwollen der kapitalistischen Zentren angewiesen. Selbst Länder wie Canada, Schweden oder Australien fürchten Abhängigkeiten. Nach canadischen Angaben lagen 1980 90% der Datenverarbeitung für Canadas Zwecke außer Landes, in den USA (Klee 1981, 7).

Die technologische Lücke vergrößert sich

Die Segmentierung der Produktion erlaubte den Entwicklungsländern bisher einzelne Elemente der Produktionsverfahren zu adaptieren und dadurch die Bandbreite ihres technologischen Wissens zu verbreitern. Dieser Zugang bot die Chance, moderne Fertigungsmethoden allmählich zu erlernen.

Bisher mechanische, elektromechanische oder elektronische Funktionen werden verstärkt auf Chips integriert. Damit wird gleichzeitig die Technologie in den Einzelkomponenten konzentriert, die für den Benutzer zum „Schwarzen Kasten“ (black box) wird. Montage reduziert sich auf das Zusammenfügen von Komponenten. Die Fähigkeit der Aneignung von Technologie wird geschwächt, da mikroelektronische Systeme im „Paket“ gekauft werden müssen (Grohs 1982, 13 und Rada 1982, 237).

Bei Lieferbedingungen und Preisen der



Neue Technologien — für wen?

Hardware sind die Anbieter einseitig im Vorteil, da die Entwicklungsländer auf Wartung und Ersatzteile dieser Firmen angewiesen sind, außerdem kaum über die technologische Basis zum Programmieren der Anlage verfügen. Sie werden zusätzlich von der software der Lieferanten abhängig. Politische Systeme, deren Daten außerhalb der Landesgrenze gespeichert sind, werden extrem verwundbar (Klee 1981, 7).

Die technologische Abhängigkeit vertieft die politische und wirtschaftliche Dependenz. Staaten wie die USA, die bereits Nahrungsmittel als Waffe benutzen, werden keine Skrupel haben, ihre technologische Dominanz in imperialistische Einflußnahme umzusetzen. Über den direkten Druck hinaus werden durch Technologie und Programme westliche Denkstrukturen und Verhaltensmuster vermittelt. Falls die gegenwärtige Integration in den Weltmarkt beibehalten wird, besteht kaum eine Chance für die unterentwickelt gehaltenen Länder, sich gegen diesen „technischen Kolonialismus" zu wehren. Es wird von den Entwicklungsländern versucht, in internationale Verträge Schutzklauseln aufzunehmen. Wer jedoch die kompromißlose Ablehnung der Internationalen Seerechtskonvention, einer neuen Weltwirtschafts- oder Informationsordnung durch den Westen, vor allem die USA und die Bundesrepublik, zur Kenntnis nimmt, kann nur wenig Hoffnung hegen. Der verstärkte Ausstieg dieser beiden Staaten aus multilateralen Zusammenhängen, der die Funktion besitzt, in bilateralen Beziehungen direkten Einfluß zu nehmen, deutet eher auf eine Verhärtung der „nördlichen" Standpunkte hin.

Unterschiedliche Auswirkungen der Mikroelektronik in der Dritten Welt

Während teilindustrialisierte Staaten wie Taiwan, Südkorea, Brasilien oder Indien sich Chancen erhoffen, an den Neuen Technologien partizipieren zu können, haben selbst Optimisten für die ärmsten Länder (LLDCs[6]) nur schlechte Nachrichten. Wiederum andere Bedingungen herrschen in den OPEC-Staaten. In den meisten Entwicklungsländern fehlen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten, Kapital und genügend große Märkte. Während die armen LLDC-Staaten aufgrund mangelnder Infrastruktur und Ressourcen keine Möglichkeit haben, eigene Kapazitäten aufzubauen, werden den „Großen" der Dritten Welt von einigen Autoren durchaus positive Perspektiven aufgezeigt.

Alle Enwicklungsländer werden versuchen für ihre modernen Sektoren, für Verwaltung, Banken oder Fluglinien Computertechnik einzusetzen. Die meisten Staaten werden gezwungen sein, diese Anlagen zu importieren. Einige Staaten versuchen mittels staatlicher Förderung, verbunden mit Auflagen über bestimmte Anteile heimischer Erzeugnisse in einem System, langsam eine eigene Datenverarbeitungsindustrie aufzubauen. In Indien werden Anlagen nach ausländischen Lizenzen gebaut, nur 30% der Komponenten dürfen eingeführt werden (Schütze 1982, 13). Der eigene Markt wird stark überwacht.

Im Oktober 1984 verabschiedete das brasilianische Parlament ein Gesetz zum Schutz der eigenen Computerindustrie, sowohl in technologischer Hinsicht wie im Kapitalbereich. Für acht Jahre wurden Schutzmaßnahmen für den eigenen Markt beschlossen, die der Exekutiven erlauben, Produktion, Absatz, Betrieb und Import von Mini- und Mikrocomputern zu regulieren. Im Bereich der Großcomputer gibt es hingegen für ausländische Firmen keine Beschränkungen (Monitor 1984, 9).

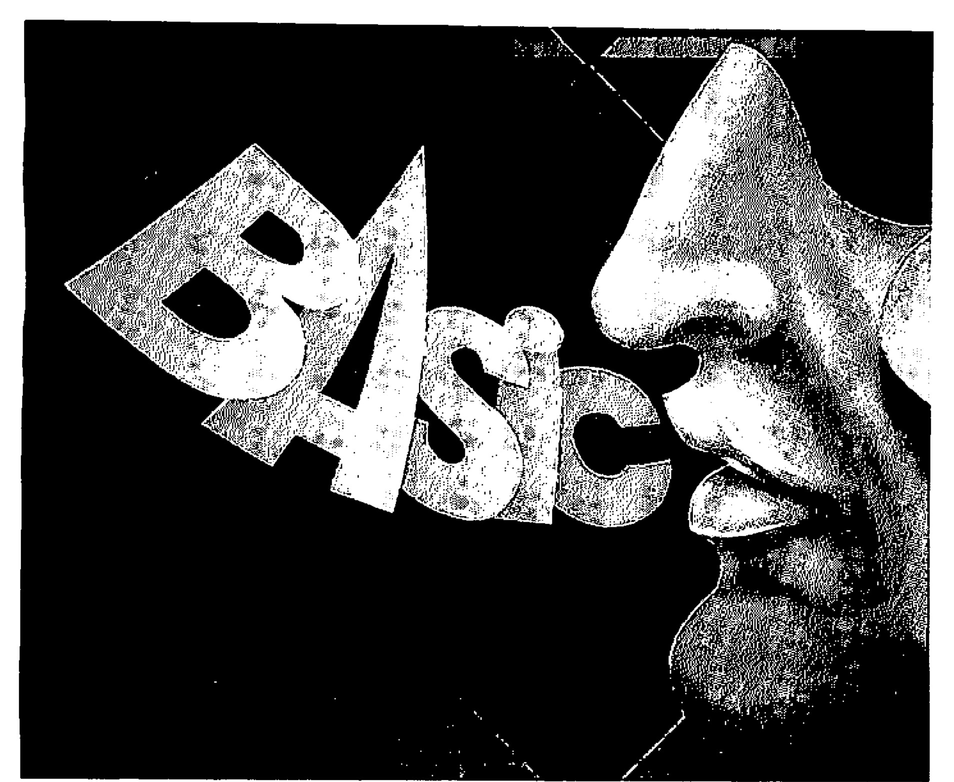
Indien und Brasilien, in dieser Hinsicht Großmächte in der Dritten Welt, können damit der heimischen Industrie Impulse geben, aber es wird kaum internationale Konkurrenzfähigkeit erreicht werden können. Dazu ist ein eigenes Service- und Vertriebsnetz in den Kundenländern notwendig. Entscheidend ist die Qualität nicht einzelner Produkte, sondern des Gesamtangebotes von hard- und software, Service, kontinuierliche Weiterentwicklung der Modelle etc. Kein teilindustrialisiertes Land verfügt über die breite Wissensbasis, die für die Entwicklung und Anwendung dieser komplexen Systeme notwendig ist. Zusätzlich setzt die mangelnde Kapitalausstattung enge Grenzen. Möglich wäre allerdings, die Funktion von Zulieferern oder Subunternehmern gegenüber US-amerikanischen oder japanischen Konzernen (Dolph 1984, 6).

Diese Rollenzuweisung an ökonomisch benachteiligten Staaten innerhalb des Weltmarktes fördert, wie bislang, Spezialisierung und Monokultur entlang den Bedürfnissen der kapitalistischen Zentren. Eine breite, an den Grundbedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit ansetzende Entwicklung wird dadurch nicht eingeleitet, eher verhindert. Allein die herrschende Schicht profitiert in den meisten Fällen von dieser Integration.

Aussichten

Für einen weltumspannenden Industriezweig mit einem Umfang von jährlich 50 Mrd. US-$ sind die unterentwickelt gehaltenen Länder lukrative Märkte. Die Frage ihrer Einbeziehung ist faktisch bereits beantwortet, ohne daß die Betroffenen um eine Entscheidung gebeten worden sind.

Die Neuen Technologien sind den Gesellschaften der Dritten Welt nicht angepaßt, sie werden ihre existentiellen Probleme nicht lösen helfen. Benötigt die Mehrheit der Völker der „südlichen Hemisphäre" arbeitsintensive Produktion mit geringem Kapitaleinsatz und angepaßten Technologien, so bietet ihnen die Mikroelektronik das genaue Gegenteil. Wie beim bisherigen Technologietransfer nutzt sie vor allem der herrschenden Elite, die engen Kontakt zu den Verkäufern von know-how pflegt. Der Einsatz Neuer Technologien wird zu einer weiteren Verschärfung der dualen Gesellschaftsstrukturen in den unterentwickelten Ländern führen. Strategien zur Beherrschung (was auch die Entscheidung über ihren Nichteinsatz einschließt) der Hochtechnologien müssen daher notwendigerweise an



einer Veränderung internationaler und interner Machtstrukturen ansetzen. Nur eine von den Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung getragene Regierung wird überhaupt in der Lage sein, die technologischen Bedürfnisse eines Landes, und nicht nur einer kleinen Gruppe, zu formulieren.

Eine Möglichkeit sinnvollen Umgehens mit den Neuen Technologien besteht für die Entwicklungsländer in verstärkte Süd-Süd-Kooperation, um ihre Schwäche als isolierte Akteure zu überwinden. Bislang sind diese Versuche jedoch nur in wenigen Beispielen über das Stadium der Proklamation hinausgekommen. Ziel dieser Zusammenarbeit muß der kollektive Aufbau wissenschaftlicher Kapazitäten, die Koordinierung nationaler Technologiepläne und, auf der politischen Ebene, die Forderung nach gemeinsamen Zugang zu allen Datenbanken und Informationssystemen sein.

Ebenso wichtig wie der Versuch, den Industriestaaten und Transnationalen Unternehmen in Verhandlungen stärker und handlungsfähiger entgegenzutreten, wird die Erlangung eigener Kompetenz zur Bewertung und Auswahl der für eine umfassende Entwicklung für sinnvoll gehaltenen Technologien sein. In der Erforschung und politischen Umsetzung jeweils angepaßter Technologien bestünde die Chance, Techniken auszuwählen, zu entwickeln und zu verbreiten, die

- gesellschaftliche Ungleichheiten abbauen,
- soziale Integration fördern und
- durch den Einsatz lokaler Ressourcen die Abhängigkeit vom Weltmarkt reduzieren.

Diese Strategie würde sich nicht grundsätzlich gegen moderne Technologien richten, doch verlangte sie ein sorgfältiges Abwägen der ökonomischen, sozialen und, nicht zu vergessen, ökologischen Folgen (Reddy 1979, 94).

Bei diesem Ansatz steht die Befriedigung der Grundbedürfnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung im Mittelpunkt. Zu seiner Durchsetzung sind Konflikte mit den Eliten in den Entwicklungsländern und den Nutznießern der gegenwärtigen Ausbeutung der unterentwickelt gehaltenen Länder in den kapitalistischen Industrieländern unvermeidbar.

Hans Sens

Anmerkungen

1 Mit dem Begriff „Industrieländer" sind in der entwicklungspolitischen Diskussion in der Regel die westlichen Industrieländer gemeint. Die Staatshandelsländer spielen im Welthandel eine untergeordnete Rolle und sind nur für wenige Entwicklungsländer wie Cuba, Vietnam, Nordkorea, Kambodscha, Laos oder Afghanistan ökonomisch relevant. In den letzten Jahren fordert die Dritte Welt verstärkt auch von den östlichen Industrieländern Entwicklungshilfe, die mit Verweis auf die kolonialistische Vergangenheit der kapitalistischen Länder und deren Verantwortung für die Unterentwicklung der Dritten Welt abgelehnt wird.

2 Die internationale Handelspolitik, die den Freihandel postuliert, basiert auf dem Theorem der komparativen Kostenvorteile. Damit wird erklärt, welche Länder mit welchen Produkten international Handel betreiben können, um einen möglichst hohen Außenhandelsgewinn zu erzielen. Die Handelsbeziehungen Industrie- — Entwicklungsländer werden von den Vertretern des Freihandels größtenteils mit dem komparativen Kostenvorteil erklärt, insbesondere der Handel von Industrieprodukten gegen Rohstoffe (Nohlen 1984, 341f).

3 „Schwellenländer" soll Entwicklungsländer mit verhältnismäßig starker Industrialisierung beschreiben. Der Begriff ist m. E. nicht sinnvoll, da er suggeriert, diese Länder würden auf der Schwelle zum Industrieland stehen. Dies ist für Entwicklungsländer mit teilweiser Industrialisierung jedoch irreführend, da neben modernen Sektoren vielfach traditionelle Sektoren mit z. T. beträchtlicher absoluter Armut dominieren. Geeignet finde ich den Begriff der „teilindustrialisierten Länder". Welche Staaten zu dieser Gruppe zu zählen sind, ist umstritten, je nach angelegten Kriterien. Unbestritten gehören dazu: Hongkong, Singapur, Taiwan, Südkorea, Brasilien, Mexico, Spanien, Portugal, Griechenland, Jugoslawien, Israel und Südafrika (Länderliste aus: Nohlen 1984, 511).

4 Der Begriff „Transnationale Konzerne" (TNK) oder „Transnationale Unternehmen" hat die traditionelle Bezeichnung „Multinationaler Konzerne" verdrängt, da transnational die grenzüberschreitenden Aktivitäten zutreffend beschreibt. Außerdem sind die Unternehmen hinsichtlich ihrer Kapitalbesitzer oder ihres Stammhauses nicht inter- oder multinational, sondern national.

5 Die japanische Industrie hat geplant, zwischen 1975 und 1985 rund 70 Mrd. $ in die Informatik zu investieren.

6 LLCDs sind die „Least Developed Countries", wobei das Doppel-L den Superlativ markiert, der die LLCDs von den LCDs (Less Developed Countries, allgemein für Entwicklungsländer gebräuchlicher Begriff) unterscheidet. LLCDs sind die am wenigsten entwickelten Staaten der Erde. Indikatoren dafür sind ein Bruttoinlandsprodukt pro Kopf unter 250 US-$ sowie niedrige Industrie — (wenger als 10%) und Alphabetisierungsquote (unter 20%). Zu den LLCDs gehören knapp 40 Länder, vor allem in Afrika, z. B. Äthiopien, Bangladesh, Botswana, Haiti, Laos, Mali, Niger, Tanzania, Togo (Nohlen, 1984, 372 ff und 630 ff).

Literatur:

Dolph 1984: Werner Dolph, Neue Technologien und Entwicklungsländer — weitere Abkopplung oder neue Entwicklung? in: Entwicklung und Zusammenarbeit (E + Z), 8/9 1984

Ernst 1984: Dieter Ernst, Die Auswirkungen der Mikroelektronik auf die weltweite Neustrukturierung der Elektronikindustrie — Implikationen für die Dritte Welt, in: Peripherie 15/16 1984, Münster

Gert-Wellmann 1984: Hella Gert-Wellmann/ Alphons Studier, Mikroelektronik: Folgen für die Dritte Welt, in: epd-Entwicklungspolitik, 24/1981, Frankfurt

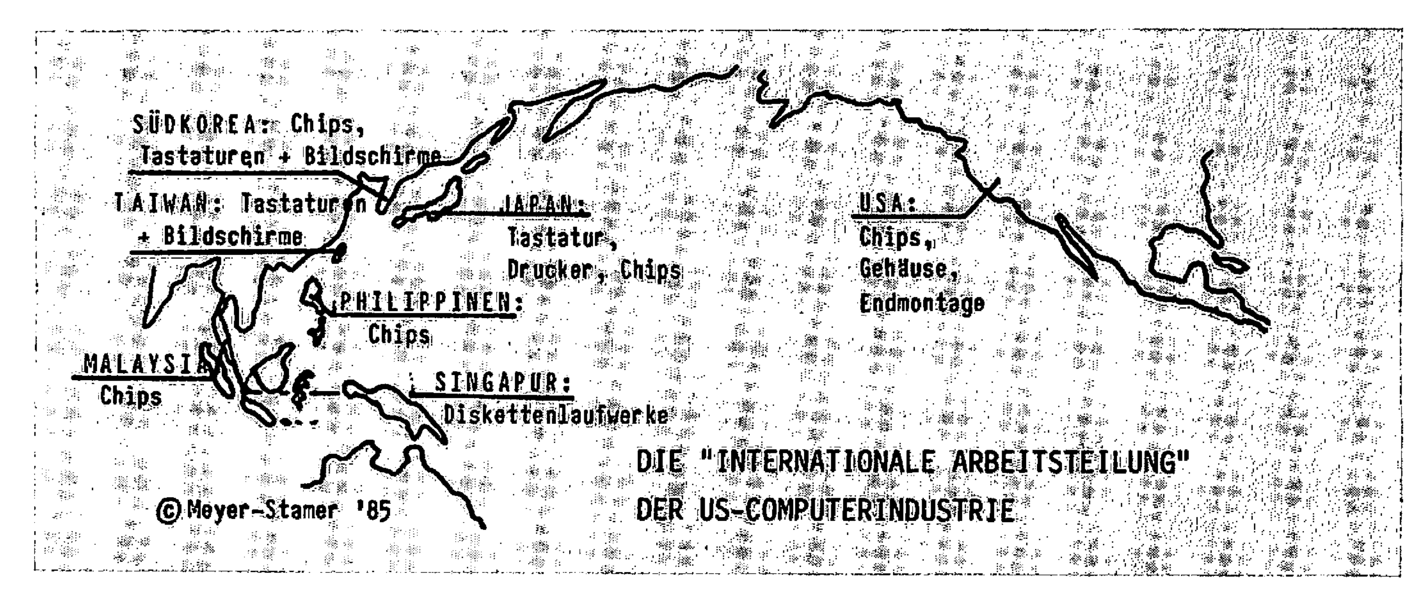
Grohs 1982: Gerhard Grohs, Mikrotechnologie — Fortschritt auch für die Dritte Welt? in: E + Z, 11/ 1982

Klee 1981: Hans Dieter Klee, Transnationaler Datenfluß — Fluch oder Segen für die Dritte Welt, in: E + Z, 5/1981



Neue Technologien

Mikroelektronik, Internationale Arbeitsteilung und Differenzierung der 3. Welt



Unbestritten ist, daß Produktion und Anwendung der Mikroelektronik erhebliche Auswirkungen auf die Dritte Welt haben werden. Welcher Art diese sind, ist dagegen höchst umstritten: Während die einen hier das ideale Instrument zur Förderung der Entwicklung entdeckt zu haben glauben (vgl. Beyschlag/Jamin 1984 oder Chung 1985), zeichnen andere düstere Bilder einer Dritten Welt, die ihrer Entwicklungschancen weitgehend beraubt ist (z. B. Junne 1985). Die erste Vorstellung ist so naiv, daß die Beschäftigung mit ihr kaum lohnt. Das andere Extrem ist demgegenüber in einem Maße verbreitet, daß die Auseinandersetzung mit ihm dringend angesagt ist. In diesem Beitrag sollen die diesem Bild zugrundeliegenden Annahmen kritisch unter die Lupe genommen und ein differenzierteres Bild der Auswirkungen der „Informationstechnologie" auf die Länder der Dritten Welt gezeichnet werden.

Theorie ohne Empirie: Erklärungsversuche zur internationalen Arbeitsteilung

Will man bei der Klärung der Auswirkungen neuer Technologien auf die internationale Arbeitsteilung (IAT) nicht auf der Erscheinungsebene verharren, kommt man nicht umhin, sich den verschiedenen Theorien zur Erklärung derselben zuzuwenden. Dabei kann man ziemlich weit ausholen, denn die Versuche zur Erklärung der IAT sind so alt wie die Nationalökonomie. Schon Adam Smith, einer der Urväter der modernen Volkswirtschaftslehre, versuchte sich auf diesem Gebiet. Seine These: Jedes Land produziert das Gut, bei dem im internationalen Vergleich die Fertigungskosten am niedrigsten sind (vgl. Schweers 1980, 39) — eine schon damals empirisch falsche These, die gleichwohl durch die Diskussion geistert und häufig mit dem Theorem der „komparativen Kostenvorteile" verwechselt wird. Dieses Theorem wurde eine Generation später von David Ricardo entworfen. Er entwickelte im Rahmen eines 2-Länder-2-Produkte-Modells die These, daß eine internationale Arbeitsteilung sich auch dann lohne, wenn eines der beiden Länder bei beiden Produkten **absolute** Kostenvorteile habe. In diesem Fall solle die Arbeitsteilung zum beiderseitigen Vorteil aufgrund der **komparativen** Kostenvorteile geschehen, d. h. das benachteiligte Land solle dasjenige Produkt herstellen, bei dem sein Kostennachteil am vergleichsweise geringsten sein (Ricardo 1980, 107 ff.). Diese Idee wurde später von anderen Ökonomen[1] dahingehend modifiziert, daß kein Land langfristig bei allen Produkten niedrigere Fertigungskosten aufweisen und sich daher eine Spezialisierung aufgrund der Ausstattung mit Produktionsfaktoren (daher der Name „Faktorproportionstheorem") herausbilden werde. „Güter, deren Erzeugung relativ viel Boden erfordern, werden von den Ländern am billigsten produziert, wo Boden reichlich vorhanden und daher billig ist. Gleiches gilt für kapitalintensiv und arbeitsintensiv erzeugte Produkte" (Schweers 1980, 49). Dieses Theorem ist — aufgrund seiner vordergründigen Plausibilität, mangels brauchbarer Alternativen und weil sich damit trefflich theoretisieren läßt — nach wie vor herrschende Lehre in der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre, was allerdings nichts über seine Brauchbarkeit zur Erklärung empirischer Phänomene aussagt.

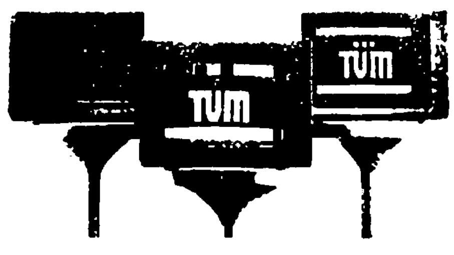
Mit der — mittlerweile aufgrund ihres Allgemeingültigkeitsanspruchs etwas überzogen anmutenden — Absicht, empirisch feststellbare Erscheinungen theoretisch zu erklären, wurden in den vergangenen 20 Jahren zwei weitere Theorieansätze präsentiert. Das eine war das Produktzyklustheorem, demzufolge — grob skizziert — Produktionszweige mit einem

hohen Bedarf an Know-how in entsprechend fortgeschrittenen Ländern angesiedelt sind, während jene Fertigungen, deren technologische Grundlagen allgemein bekannt sind, in kostengünstigere, weniger entwickelte Länder abwandern. Zu diesem — am Beispiel US-amerikanischer Auslandsinvestitionen entwickelten — Theorem schrieb sein Urheber vor einiger Zeit: „Was sich — in der Tat sogar recht dramatisch — verändert hat, ist die Anwendbarkeit der Produktzyklus-Hypothese zur Erklärung des gegenwärtigen und wahrscheinlichen zukünftigen Verhaltens von multinationalen Unternehmen aus den USA“ (Vernon 1981, 519) — was an der Beliebtheit des Theorems, das ja gleichfalls eine gewisse Plausibilität aufweist, nichts geändert hat.

Der zweite Ansatz ist der von der „Neuen internationalen Arbeitsteilung“. Ihmzufolge „hat sich im Laufe der Zeit in den Entwicklungsländern ein praktisch unerschöpfliches Potential disponibler Arbeitskräfte herausgebildet“, das in Verbindung mit der „Fragmentierung des Produktionsprozesses“ und der „Entwicklung der Transport- und Kommunikationstechnologie“ zum Entstehen eines Weltmarkts für Arbeitskräfte und Produktionsstandorte geführt habe (Fröble u. a. 1977, 30). Dies führe dazu, daß Investitionen dort getätigt werden, wo — bestimmte Rahmenbedingungen vorausgesetzt — die Lohnkosten am niedrigsten seien. Dies sei wohlgemerkt nicht als vorübergehende Erscheinung, sondern als Spezifikum der gegenwärtigen Phase der Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems zu betrachten (ebd., S. 42 ff.). Auf diesem Ansatz, der ähnlich wie das Faktorproportionstheorem argumentiert, aber einem völlig anderen Begründungszusammenhang entspringt, bauen die meisten derjenigen Autoren auf, die derzeit die These von der Rückverlagerung der Industrie aus der Dritten in die Erste Welt als wichtigste aktuelle Tendenz in der IAT propagieren — eine These, die angesichts der arbeitssparenden Effekte der Informationstechnologie zunächst durchaus einleuchtet. Das ändert sich allerdings dann, wenn man erstens der Gesamtheit der aktuellen Tendenzen in der IAT nachgeht und zweitens die Rückverlagerungsthese einmal kritisch überprüft.

Empirie ohne Theorie: Gegenwärtige Tendenzen in der internationalen Arbeitsteilung

Das Problem mit all den Theorien ist, daß sie günstigenfalls einen Teil der Realität erklären, schlimmstenfalls mit dieser nichts zu tun haben. Die akademische Verbreitung des Faktorproportionstheorems ging einher mit der Entstehung einer weitgehend komplementären Arbeitsteilung zwischen den Industrieländern: „So exportiert Frankreich Renaults nach Deutschland, Deutschland Volkswagen nach Frankreich, Italien Fiats nach Frankreich und kauft dafür Renaults und Volkswagen. Es scheint jedoch wenig sinnvoll zu sagen, daß Frankreich auf Renault, Deutschland auf Volkswagen und Italien auf Fiat spezialisiert sind“ (Kamppeter 1985, 142). Genauso ist gegen den Ansatz der Neuen internationalen Arbeitsteilung stets eingewandt worden, daß er nur einen Teil — und dabei den kleineren — der internationalen Invesitionsströme erklärt, während der viel wichtigere (und in der Tendenz durchaus nicht abnehmende) Fluß an Direktinvesitionen zwischen den entwickelten Industriestaaten sozusagen an der Theorie vorbei stattfindet. Überhaupt ist gegen das gesamte Spektrum der Theorieansätze einzuwenden, daß sie „zur Erklärung einen oder mehrere aus der empirischen Beobachtung abgeleiteten Faktor hervorheben und dadurch im Dschungel der Investitionsentscheidungen verschiedenster Unternehmen zu unterschiedlichen (Konjunktur-)Zeiten steckenbleiben“ (Haude 1985, 12).





So muten denn auch einige der aktuellen Trends, die hinsichtlich der Einbindung der Dritten Welt in die IAT zu beobachten sind vor dem Hintergrund dieser Theorien einigermaßen überraschend an. Festzustellen sind folgende Entwicklungen:

a. Produktionsverlagerung westlicher Multis aus der Ersten in die Dritte Welt,
b. Produktionsverlagerung westlicher Multis aus Schwellenländern in die übrige Dritte Welt,
c. Produktionsverlagerung westlicher Multis aus der übrigen Dritten Welt in die Schwellenländer,
d. Rückverlagerung der Produktion westlicher Multis aus der Dritten Welt in die Heimatländer,
e. Rückverlagerung der Produktion westlicher Multis aus der Dritten Welt in andere Länder der ersten Welt,
f. Auslandsinvestitionen von Schwellenländer-Multis in der übrigen Dritten Welt,
g. Auslandsinvestitionen von Schwellenländermultis in der Ersten Welt.

Diese Bewegungen liegt ein ganzes Bündel von Ursachen zugrunde, von dene einige besonders wichtige in folgender Matrix den jeweils beeinflußten Investitionsströmen zugeordnet werden:

	a	b	c	d	e	f	g
Lohnkostenvorteile	x	x				x	
Importpräferenzen für Produkte der Dritten Welt in den Industrieländern	x	x				x	
Automatisierung der Produktion auf der Grundlage der Mikroelektronik	x	x	x	x	x		
Technologieerwerb							x
Protektionismus der Industrieländer	x	x			x		x
Markterschließung	x	x			x	x	x

Betrachten wir nun jene Formen von Investitionen, für die mikroelektronischer Fortschritt eine Rolle spielt, so sehen wir, daß sich hierunter keineswegs nur Rückverlagerungsinvestitionen finden. Vielmehr sind es

— traditionelle Verlagerungsinvestitionen aufgrund des schnellen technologischen Wandels, der manche Firmen dazu veranlaßt, keine Investitionen in teure Maschinen vorzunehmen, die dann vielleicht lange vor ihrer Abschreibung veraltet sind, sondern stattdessen durch die Nutzung billiger Arbeitskräfte dem Konkurrenzdruck standzuhalten (O'Connor 1985, 316),
— Verlagerungen aus der übrigen Dritten Welt in die Schwellenländer, weil dort mit zunehmender Automatisierung die benötigten hochqualifizierten Fachkräfte zu weit niedrigeren Löhnen zu bekommen sind (vgl. Yun 1985, 3)
— und schließlich die vielbeschworenen Rückverlagerungen. Jedoch sind es keineswegs nur die schwindenden Lohnkostenvorteile aufgrund verstärkter Automatisierung und Roboterisierung, die zu diesem Trend führen — das Problem ist weit komplexer.

„Was steckt hinter der Rückverlagerung?“

Am Anfang der Rückverlagerungs-Argumentation stehen häufig empirische Beispiele, wo eine Firma z. B. in den siebziger Jahren eine Fertigungsstätte in Singapur aufgebaut hatte und diese nun kürzlich wieder schloß, um statt dessen dieselben Güter in einem hochautomatisierten

Betrieb z. B. in der Schweiz zu fertigen (vgl. Seus in diesem Heft). Daß gerade Betriebsschließungen in Singapur als empirischer Beleg herhalten müssen, ist allerdings kein Wunder:

Um nämlich die arbeitsintensiven Betriebe zu vergraulen und statt dessen technologieintensive Investitionen an Land zu ziehen, hat die Regierung Singapurs von 1979 bis 1981 jährliche Lohnsteigerungen von 20% verfügt (vgl. Röpke 1984). Zusätzlich werden arbeitsintensive Betriebe verschärft besteuert, während innovativen, technologieintensiven Firmen nicht zu knappe Vergünstigungen gewährt werden. Mit einem Wort: Singapur ist hier ein Sonderfall, mit dem sich nichts belegen läßt.

Gleichwohl: Es gibt Rückverlagerungen; auch aus anderen Ländern sind Beispiele bekannt. Jedoch steckt nicht notwendigerweise der Lohnkostenaspekt dahinter. Vielmehr gibt es aktuelle Entwicklungen in der Organisation industrieller Fertigung, die auf technischen Neuerungen auf der Grundlage der Informationstechnologie beruhen und die Aufteilung des Produktionsprozesses auf weltweit verstreute Produktionsstandorte wenig sinnvoll erscheinen lassen. So ist es z. B. für die Produzenten von „maßgeschneiderten" Mikrochips (sog. customized bzw. kundenspezifischen Schaltungen) wichtig, in direkter Kommunikation — und die ist selbst im Satellitenzeitalter am einfachsten bei geringer räumlicher Entfernung zu bewerkstelligen — mit ihren Kunden zu operieren (vgl. „U.S. chip makers rely on automation to bring jobs back from Asia", Asian Wall Street Journal Weekly v. 26.8.85). Noch wichtiger — weil für die gesamte Industrie von Bedeutung — ist der Trend, keine großen Lager für die Produktion mehr zu unterhalten, sondern die Teile auf Abruf vom Zulieferer direkt ans Band rollen zu lassen (Kanban-Systeme, „just-in-time"-Zulieferungen; vgl. O'Connor 1985, 320, Olle 1985, 18 und Junne 1985a, 47 ff.). In diesem Fall ist es natürlich problematisch, wenn der Zulieferer nicht um die Ecke, sondern in Singapur oder auf den Philippinen beheimatet ist.

Der Gegentrend: High-Tech-Verlagerungen

Aber noch ist nicht abzusehen, in welchem Umfang sich derartige Systeme durchsetzen werden. Für die Bekleidungsindustrie etwa hat kürzlich ein Autor, der zu den ersten gehörte, die — gerade für diese arbeitsintensive Branche — den Rückverlagerungstrend prognostizierten, festgestellt, daß diese Entwicklung weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben sei (vgl. Hoffman/Rush 1980 und Hoffman 1985b). Noch immer gibt es Verlagerungsinvestitionen aus der Ersten in die Dritte Welt, die dem traditionellen Lohnkostenschema — d. h. Nutzung billiger, in zunehmendem Maße aber qualifizierter Arbeitskräfte für arbeitsintensive Produktionsschritte — folgen[2], Automation und Rückverlagerung sind durchaus nicht als Alternativen zu betrachten (vgl. Ernst 1985, 93 ff.). Mehr noch: Die neuen Technologien erlauben eine effizientere Nutzung der weltweiten Verteilung von Produktionsschritten. Bei CAD/CAM beispielsweise, wo ein Ingenieur am Bildschirm ein Werkstück entwirft und die Fertigungsdaten dann von seinem Computer zu einer computergesteuerten Drehbank übermittelt, ist es im Zeitalter des grenzüberschreitenden Datenverkehrs (vgl. Meyer-Stamer/Oelmann 1985) im Prinzip gleichgültig, ob diese Drehbank hundert Meter entfernt oder z. B. in Brasilien steht. Ähnliches gilt für die elektronische Heimarbeit: Wer sagt denn, daß elektronische Heimarbeiter in derselben Region oder demselben Land wie der Auftraggeber beheimatet sein müssen? Schon heute werden die Texte für US-amerikanische Volltext-Datenbanken an Bildschirmarbeitsplätzen in Südkorea und auf den Philippinen eingegeben (vgl. Seligman 1985) — der Schritt zur grenzüberschreitenden Heimarbeit ist da nicht mehr weit.



„Just-in-time-Zulieferung"

Doch müssen es notwendigerweise die übriggebliebenen stereotypen Arbeitsschritte sein, die in „Niedriglohnländer" ausgelagert werden, denn auch hochqualifizierte Arbeitskräfte arbeiten in manchen Ländern der Dritten Welt zu weit niedrigeren Löhnen als hierzulande — beispielsweise Programmierer und Software-Ingenieure in Singapur und Taiwan. Insofern ist es nicht überraschend, daß westliche Software-Häuser zunehmend Software-Entwicklungsbüros in diesen Ländern aufbauen (vgl. etwa „Singapore casts lot with software", Electronics Week v. 6.5.1985). Berücksichtigt man, daß die Software-Kosten heute ein Mehrfaches der Ausgaben für die Hardware ausmachen, gehört wenig Mut zu der Prognose, daß es sich hier um mehr als eine vorübergehende Erscheinung handelt. Dies veranlaßt verschiedene Autoren zu der Empfehlung, Regierungen in Ländern der Dritten Welt sollten in ihren Bemühungen um Teilhabe am „Informationszeitalter" hier einen besonderen Akzent setzen (vgl. O'Connor 1985, 321 und UNIDO 1984, 3) — eine Empfehlung, die bei allen notwendigen Einschränkungen (vgl. Wad 1982, 684) nicht ohne Plausibilität ist.

Restriktionen für den Aufbau von Informationstechnologie-Industrien in der Dritten Welt?

Somit kann zumindest nicht festgestellt werden, daß die Produktion von informationstechnologischen Erzeugnissen aufgrund des gewandelten Investitionsverhaltens transnationaler Konzerne allein innerhalb der Ersten Welt stattfinden wird. Im Gegenteil: Neben dem Aufbau von Weltmarkt-Fabriken gab es in den letzten Jahren in erheblichem Ausmaß binnenmarktorientierte Direktinvestitionen der transnationalen Elektronikkonzerne in Ländern der Dritten Welt (vgl. O'Connor 1985, 317).

Darüber hinaus gibt es mittlerweile eine Reihe von Beispielen erfolgreicher High-Tech-Industriepolitik in Ländern der Dritten Welt:

- Brasilien hat seinen großen Binnenmarkt für Mikro- und Minicomputer für nationale Hersteller reserviert (vgl. Erber 1985),
- Indiens Computerindustrie hat — bei allen technologischen Problemen — einen beachtlichen Standard erreicht (vgl. Agarwal 1985),
- die taiwanesischen Hersteller von Computern und Peripheriegeräten mausern sich zu ernsthaften Konkurrenten der westlichen Firmen (vgl. Fabig/Meyer-Stamer 1985),
- die südkoreanischen Konzerne stellen eine ernstzunehmende Herausforderung für ihre japanische und US-amerikanische Konkurrenz im Bereich der Chipproduktion dar (vgl. Yun 1985),

— Singapurs Regierung scheint ihr Ziel, die Stadt zum südostasiatischen Softwarezentrum zu machen, erreichen zu können (s. o.).

Offenbar ist die Sache mit der technologischen Abhängigkeit so einfach nicht — selbst fortgeschrittenste Industriestaaten sind nicht in dem Sinne technologisch unabhängig, daß sie sämtliche Technologien eigenständig entwickeln können. Es sei nur daran erinnert, daß nicht einmal Siemens seine Großrechner selber entwickelt hat, sondern sie vom japanischen Hersteller Fujitsu bezieht. Andererseits hat die Bundesrepublik mit ihrer „Strategie vom guten Zweiten" bislang gute Erfolge erzielt (vgl. Junne 1985b), und Japan lebt von der Fähigkeit zur Vermarktung fremder Basisinnovationen (vgl. „Japan uses high tech for low tech", International Herald Tribune v. 14.6.1984). Offensichtlich ist die Forderung nach technologischer Unabhängigkeit — bei der Informationstechnologie mehr noch als anderswo — weder sinnvoll noch realisierbar. Es kann nur darum gehen, krasse Ungleichgewichte auszubügeln — und die Erfahrungen einiger Schwellenländer bei Aufbau ihrer High-Tech-Industrien sollten uns veranlassen, bewährte Wahrheiten über die wissenschaftliche-technologische Abhängigkeit der Dritten Welt in Frage zu stellen.

Technologische Abhängigkeit vs. unkonventioneller Technologietransfer

Diese technologische Abhängigkeit manifestierte sich in den verschiedenen Formen traditionellen Technologietransfers (TT) — von der Erstellung schlüsselfertiger Anlagen (kein TT) über Direktinvestitionen (TT meist gering) und Joint Ventures (selektiver TT nach Maßgabe der Interessen des „Partners" aus dem entwickelteren Land) bis zur Lizenzvergabe (häufig zu überhöhten Gebühren). In der letzten Zeit wurde von Ländern der Dritten Welt allerhand unternommen, um an



dieser Situation etwas zu ändern. Das Spektrum reichte von (meist fruchtlosen) Forderungen auf internationalen Konferenzen über die Errichtung nationaler Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen (v. a. und mit einigem Erfolg in den Schwellenländern) und Süd-Süd-Kooperationen (dazu unten mehr) bis zu dem, was ich als „unkonventionellen Technologietransfer" bezeichnen möchte. Beispiele solcher konkreter Gegenwehr sind:

— der Aufkauf bankrotter Firmen bzw. ihrer Produktionsanlagen in westlichen Industrieländern,
— Technologieerwerb zu akzeptablen Bedingungen von „kleinen Multis",
— Technologieerwerb vermittels „reverse engineering"[3] (auch „Produktpiraterie" genannt),
— hinhaltender Widerstand gegenüber der von Industrieländern erhobenen Forderung nach einem verstärkten Schutz geistigen Eigentums,
— Errichtung von Informationssammel- und Konstruktionsbüros in entwickelten Industrieländern,
— Versuche zur Umkehrung des „brain-drain".

Diese Beispiele weisen auf einen gewachsenen Handlungsspielraum hin, den der Süden — im Gegensatz zur politisch-deklamatorischen Ebene — auf der pragmatischen Ebene besitzt. Dies wäre allerdings in dem Fall ein schwacher Trost, daß die Länder der Dritten Welt sich aufgrund ihres Kapitalmangels keine Investitionen, bei denen solche Methoden Anwendung finden könnten, leisten können.

Informationstechnologie: Kapitalintensität vs. Kapitalbedarf

Wenn allerdings argumentiert wird, die neuen Technologien seien aufgrund ihrer Kapitalintensität für die Dritte Welt mit deren notorischem Mangel an Investitionskapital a priori ungeeignet (so z. B. Seus in diesem Heft), so ist das nicht nur empirisch anfechtbar, sondern auch begriffslogisch falsch. Von Kapitalmangel der Dritten Welt kann zumindest so pauschal nicht die Rede sein — einige Länder sind nach wie vor kreditwürdig, andere erwirtschaften immer noch beträchtliche Renten aus ihrer Rohstoffproduktion. Außerdem ist Kapitalknappheit kein Problem der Dritten Welt, sondern aller Länder — Kapital ist nun einmal in der Volkswirtschaftslehre als knappes Gut definiert. Richtig ist allerdings, daß (Investitions-)Kapital in der Dritten Welt relativ zum Produktionsfaktor Arbeit knapper ist als in der Ersten Welt. Daß trotzdem Produktionsverfahren ähnlicher Kapitalintensität in der Ersten und Dritten Welt angewandt werden, hängt vor allem mit zwei Faktoren zusammen:

— es gibt häufig nur ein konkurrenzfähiges Produktionsverfahren (vgl. ILO 1984), weil andere, arbeitsintensivere industrielle Produktionsverfahren sich gegenüber der Weltmarktkonkurrenz nicht behaupten könnten,
— Kapital ist aufgrund einer überbewerteten Währung, einer hohen Inflationsrate, künstlich niedrig gehaltenen Zinsen oder dank der Entwicklungshilfe billiger, als es der Ausstattung mit Produktionsfaktoren entspricht.

Um zur Informationstechnologie zurückzukommen: Sie ist fraglos sehr kapitalintensiv — aber dies sagt nichts über die Angemessenheit ihres Einsatzes in der Dritten Welt aus. Interessant ist nicht die Kapital**intensität**, sondern die Kapital**produktivität**, d. h. das Verhältnis zwischen dem Einsatz an Investitionskapital und dem Output an Gütern. Unter dem Vorzeichen eines Kapitalmangels kann es nur darum gehen, das wenige vorhandene Kapital möglichst produktiv einzusetzen (vgl. Emmanuel 1984). Daß dies nicht notwendigerweise mit der Schaffung einer großen Zahl von Arbeitsplätzen verbunden ist, liegt in der Natur der kapitalistischen Produktionsweise: Es geht im Kapitalismus nun einmal nicht um die Erreichung der Vollbeschäftigung,[4] sondern um den möglichst effizienten Einsatz des akkumulierten Kapitals.

Welche Rolle hier nun die Informationstechnologie spielt, ist bislang noch nicht geklärt. Prinzipiell kann man davon ausgehen, daß ihre Kapitalproduktivität höher ist als die der bisher verwandten Technologien, denn sonst würde sich ihr Einsatz nicht rentieren. Aber das Problem ist komplexer, und daß der Kapitalaufwand für mikroelektronikgestützte Produktionsstätten — gemessen am Output — größer ist als bisher, ist durchaus noch nicht entschieden. Unstrittig ist, daß die Investitionskosten für die **Herstellung** der Mikroelektronik drastisch steigen (vgl. Ernst 1985, 84). Doch es gibt Hinweise darauf, daß ihre **Anwendung** in anderen Zweigen der Industrie nicht nur Arbeit, sondern auch Kapital einspart — „der kapitalsparende Effekt der Mikroelektronik unterscheidet diese Technologie von den meisten der übrigen Technologien, die üblicherweise mit einer Erhöhung der Kapitalintensität verbunden sind" (UNCTAD 1984, 6). Vor allem aber — und dies scheint bei langfristiger Betrachtung der wichtigere Punkt zu sein — läßt sie durch die Ermöglichung flexibler Fertigungssysteme die „economies of scale", d. h. die durch industrielle Massenproduktion entstehenden Kostenvorteile, tendenziell hinfällig werden (vgl. Perez 1985, 449 ff.). Was dies konkret für die Perspektiven der Industrialisierung in Ländern der Dritten Welt bedeutet, ist bislang kaum abzuschätzen.

Information: Rohstoff, Produktionsfaktor oder was sonst?

Deutlicher erkennbar sind dagegen die Probleme, die von den weltweiten Strukturverschiebungen im Bereich der Infor-

mationsversorgung ausgehen. Dabei hat der Terminus „Information" — der Ausdruck „Informationstechnologie" deutet es schon an — jegliche begriffliche Schärfe eingebüßt; er wird mittlerweile für alles und jedes gebraucht, das irgendwie mit Mikroelektronik und Computern zu tun hat. Mitunter schimmert aber die traditionelle Bedeutung des Begriffs durch, wenn es etwa heißt, Information sei zum vierten Produktionsfaktor geworden. Dies ist natürlich Unfug — Informationen im Sinne von Wissen über bestimmte Dinge (seien dies nun Produktionsverfahren oder Marktverhältnisse) sind im Wirtschaftsprozeß seit eh und je essentiell gewesen.

Gleichwohl hat dieser Unfug einen realen Hintergrund. Produktionsfaktoren bekommt man bekanntlich nicht umsonst, und dieser Tatbestand gilt in zunehmendem Maße auch für Informationen. Computergestützte Datenbanken, in denen statistische Zeitreihen, die Situation auf bestimmten Märkten, Patentnachweise oder bibliographische Hinweise gespeichert sind, gewinnen mehr und mehr an Bedeutung — und diese Datenbanken sind (im Gegensatz zur guten alten öffentlichen Bibliothek) weder jedermann noch kostenlos zugänglich.

Letzteres ist auf der politisch-rhetorischen Ebene für die Länder der Dritten Welt von Bedeutung: Es heißt damit endgültig Abschiednehmen von Vorstellungen eines freien und kostenlosen internationalen Flusses von Informationen. Je stärker sich das Gewicht zugunsten privater „Informationsanbieter" verschiebt und je wichtiger ökonomische Interessen werden, umso aussichtsloser sind (das zeigen Erfahrungen mit der Forderung nach einer „Neuen Internationalen Informationsordnung") derartige Bestrebungen.

Darüber hinaus stehen den meisten Ländern (nicht nur der Dritten Welt, vgl. Becker 1985a, 123 ff.) auch auf der praktischen Ebene härtere Zeiten bevor. Es ist nämlich keineswegs so, daß diese privaten Informationsanbieter gleichmäßig über den Globus verteilt wären — im Gegenteil: Man schätzt, daß 80 bis 90% der Datenbanken in den USA beheimatet sind und die Erfahrung zeigt, daß die USA ganz und gar nicht gewillt sind, in diesem sensiblen Bereich dem Grundsatz des „free flow of information" zu folgen (vgl. Becker 1985b, 11 ff.). Selbst wenn man die Datenbanken nicht als „kollektives Gedächtnis der Menschheit" betrachtet, sondern sie ihrer Bedeutung angemessen etwas tiefer hängt, stimmen die hier entstehenden konkreten Abhängigkeiten bedenklich.



Süd-Süd-Kooperation — oder: Wir Brillenträger müssen zusammenhalten

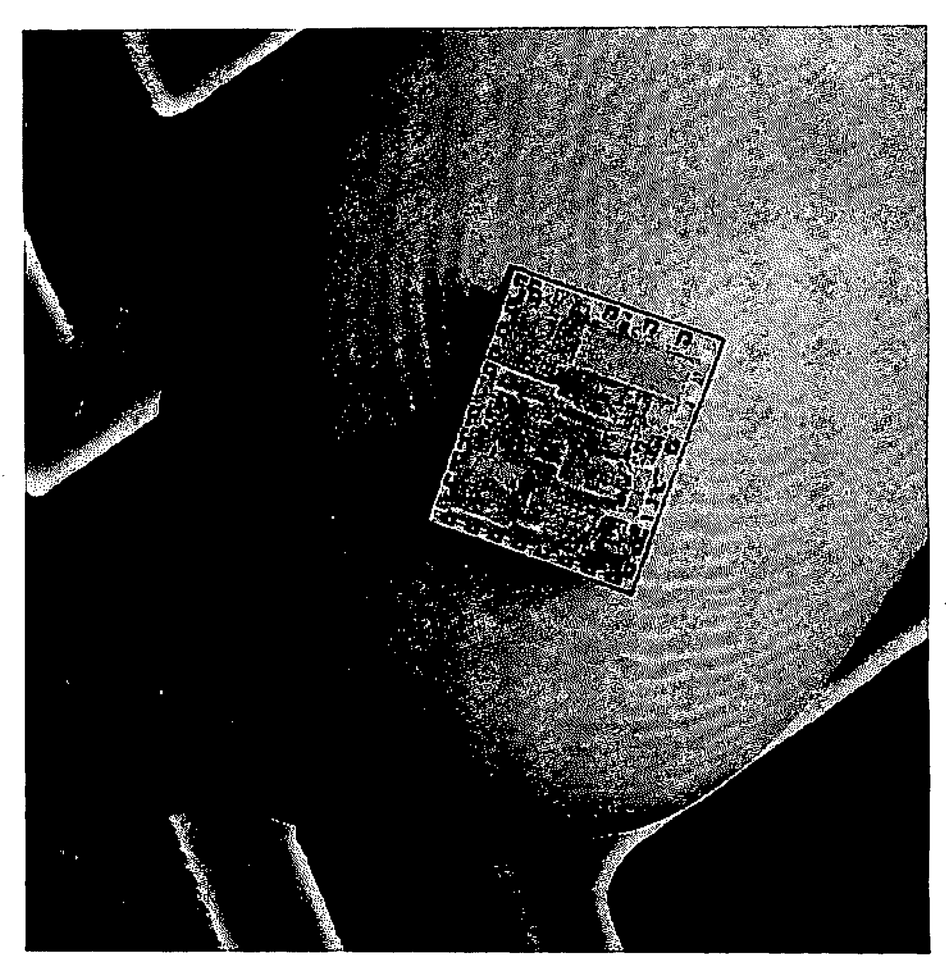
Wie läßt sich nun aber eine effektive Gegenwehr der Länder der südlichen Erdhalbkugel organisieren? Eine der immer wieder hochgelobten Möglichkeiten ist die Süd-Süd-Kooperation (vgl. z. B. Seus in diesem Heft), die mitunter nachgerade als Wunderdroge zur Überwindung der Unterentwicklung erscheint — eine Sichtweise, deren Realitätsgehalt zu wünschen übrig läßt.

Betrachtet man die Welt durch die Brille des Nord-Süd-Konflikts, so liegt die Möglichkeit einer Süd-Süd-Kooperation als Solidarität des einen Südens gegen den einen Norden — auf der Hand. Unterstützt wird diese Sichtweise durch häufig mehr oder weniger erfolgreiche Kooperationen auf der politischen Ebene. Doch gibt es verschiedene Sachverhalte, die Zweifel an realen Chancen der Süd-Süd-Kooperation aufkommen lassen:

- regionale Hegemonialbestrebungen von Ländern der Dritte Welt bzw. (auch militärische) Auseinandersetzungen darüber (vgl. Betz/Matthies 1984) lassen die Beziehungen zwischen Ländern der Dritten Welt häufig eher als „Süd-Süd-Destruktion" erscheinen,
- heterogene, häufig gegensätzliche Interessen z. B. zwischen Rohstoffex- und -importeuren haben bisher die Neigung zu praktizierter Solidarität eher gering ausfallen lassen,
- speziell der technologischen Kooperation steht die Fixierung der Eliten auf westliche Spitzentechnologie entgegen: „Entscheidungsträger in Entwicklungsländer neigen dazu, Technologien aus anderen Entwicklungsländern als etwas zweitbestes anzusehen" (Wad 1984).

Süd-Süd-Kooperationen können nur sinnvoll sein unter gleichberechtigten

Partnern, ansonsten reproduzieren sie lediglich die bestehenden Nord-Süd-Abhängigkeitsstrukturen auf der Süd-Süd-Ebene. Natürlich sind solche Kooperationen im Bereich der Informationstechnologie denkbar; es gibt verschiedene Ansätze dazu, allein: Es fehlt gerade bei den technologisch führenden Ländern des Südens offenbar am Willen, ihre weniger fortgeschrittenen Bruderländer zum Nulltarif am technologischen Fortschritt teilhaben zu lassen. Und ob China seine Computer nun in Frankreich oder Brasilien erwirbt, kann doch wohl kein qualitativer Unterschied sein.



Mikrochip — viel Information auf wenig Platz

Mikroelektronik und die Differenzierung der Dritten Welt

Angesichts der Heterogenität der bisherigen Tendenzen ist nur ein für „die Dritte Welt" allgemein geltender Trend auszumachen: Der Beitrag der Mikroelektronik zur Verstärkung der strukturellen Heterogenität innerhalb der Länder der Dritten Welt (zum Begriff vgl. Nohlen/Sturm 1982) und der Differenzierung zwischen den Ländern des Südens (vgl. Menzel 1983). Beides sind Effekte, die sich aus den arbeitssparenden Wirkungen ergeben und die derzeit die Potentiale der Informationstechnologie zur Förderung der Entwicklung überlagern.

Die beschleunigte Automatisierung im Industrie- und Dienstleistungsbereich reduziert — in Industrie- und Entwicklungsländern — die Zahl der benötigten Arbeitskräfte. Dies wirkt nicht nur über den weltweit entstehenden Nachfrageausfall negativ auf die Entwicklungsmöglichkeiten der Gesellschaften des Südens zurück. Der Freisetzungsprozeß macht auch allen Hoffnungen ein Ende, daß der traditionelle Sektor dieser Gesellschaften allmählich in den modernen integriert werden könnte. Ganz im Gegenteil wird die Bedeutung des traditionellen Sektors dadurch, daß er freigesetzte Arbeitskräfte auffangen muß, wieder anwachsen. Dieser Prozeß betont die Verschränktheit zwischen modernem und traditionellem Sektor, dem Definitionsmerkmal struktureller Heterogenität, und führt mit der Ausweitung des traditionellen Sektors zur Marginalisierung eines zunehmenden Anteils der Bevölkerung.

Hinsichtlich der Differenzierung zwischen den Ländern der Dritten Welt sieht es insbesondere für die Entwicklungschancen der „Mittelgruppe" düster aus. Die Schwellenländer sind überwiegend erfolgreich auf den „high-tech-Zug" aufgesprungen, und die ärmsten Länder haben wahrlich andere Probleme — jedenfalls spricht gegenwärtig alles dafür, daß die Informationstechnologie zur Erreichung der landwirtschaftlichen Subsistenz nur einen sehr geringen Beitrag leisten kann. Demgegenüber haben die übrigen Länder mittlerweile die elementaren Probleme mehr oder weniger im Griff und wollen nun dem Beispiel der Schwellenländer nacheifern (vgl. Mohs 1985).

Einer Entwicklung durch exportorientierte Industrialisierung stehen derzeit allerding mehrere Hindernisse entgegen, unter denen die Informationstechnologie nicht das geringste ist (die anderen sind die Schuldenkrise und der Protektionismus der Industrieländer; vgl. Kaplinsky 1984). Es spricht einiges dafür, daß unter dem Vorzeichen eines vermehrten Einsatzes der Informationstechnologie Strategien arbeitsintensiver Industrialisierung nicht übermäßig aussichtsreich sind. Gerade die aktuellen Erfahrungen von Ländern wie Malaysia — wo derzeit Massenentlassungen in den Niederlassungen der multinationalen Elektronikkonzerne anstehen (vgl. „Penang road to growth on shifting foundations", Far Eastern Economic Review v. 19.9.1985) — lassen eine Entwicklungsstrategie als fragwürdig erscheinen, die auf dem Einsatz billiger, unqualifizierter Arbeitskräfte in freien Produktionszonen beruht. Mehr noch: Es ist nicht auszuschließen, daß die Informationstechnologie Sachzwänge schafft, die breit angelegte Industrialisierungsstrategien in den nicht-Schwellenländern der Dritten Welt bis auf weiteres zum Scheitern verurteilt.

Bleibt zu fragen, ob dies zwangsläufig als etwas Negatives anzusehen ist — vielleicht entsteht dadurch endlich der Druck zur Verfolgung alternativer Entwicklungsstrategien, die nicht mehr auf der Ausbeutung von Mensch und Umwelt basieren. Dies wäre dann die vielleicht erste wirklich menschenfreundliche Auswirkung der Informationstechnologie, auf alle Fälle aber ihr erster konstruktiver Beitrag zur Bekämpfung des Elends in der Dritten Welt.

Jörg Meyer-Stamer

Anmerkungen:

1. Insbesondere waren dies die Herren Heckscher, Ohlin und Samuelson; daher wird dieser Ansatz auch als HOS-Theorem bezeichnet.
2. Das jüngste Beispiel liefert der US-Telekommunikationskonzern AT + T, der kürzlich seine Absicht bekanntgab, die Produktion von Telephonapparaten von Louisiana nach Singapur zu verlagern („AT & T to open first overseas plant in Singapore", Financial Times v. 8.7.1985).
3. Diesen Begriff verdanke ich Peter Lock.
4. Es war bekanntlich der grundlegende Erkenntnisfortschritt der Keynes'schen Wirtschaftstheorie, den Irrglauben zu beseitigen, daß in einem marktwirtschaftlichen System automatisch Vollbeschäftigung entsteht. Keynes bewies, daß ganz im Gegenteil im Kapitalismus ein Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung bestehen kann — eine Erkenntnis, die in den westlichen Industrieländern während der langen Nachkriegsprosperität etwas in Vergessenheit geraten ist.

Dritte Welt für Auslandsinvestitionen weniger attraktiv

Die Unternehmen der Unterhaltungselektronik verlagern immer mehr Produktionsstätten von der Dritten Welt in die Bundesrepublik Deutschland zurück.

„Es lohnt sich heute nicht mehr, in Fernost zu produzieren", sagt Pressesprecher Michael Thiele für die Grundig AG in Fürth. Ähnlich sein Kollege Ulrich Prestin von der Thomson-Brandt-Unternehmensgruppe (Nordmende, Saba, Telefunken, Dual): „Wir verlegen die Produktion von Bauteilen Zug um Zug nach Europa zurück." Damit ist die Wende in einer Entwicklung eingetreten, die noch vor einigen Jahren in die entgegengesetzte Richtung lief.

Seit Anfang der siebziger Jahre wurde die Produktion von Fernseh- und Radioapparaten oder Videorecordern immer häufiger in die asiatischen Schwellenländer, vor allem nach Südkorea, Taiwan, Singapur oder Hongkong verlagert. Gründe dafür gab es genug: Da waren einmal die im Vergleich zu den Industrieländern wesentlich niedrigeren Kosten — weniger Löhne, Steuern und Sozialabgaben — sowie relativ lockere Umwelt- und Arbeitsschutzbestimmungen. Dazu kam der Vorteil, daß die Entwicklungen der Mikroelektronik die Transportkosten verringerten. Die Bauteile wurden leichter transportierbar, weil Transistoren und Chips weniger anfällig sind für Erschütterungen als Röhren. Die damit verbundene Verminderung von Gewicht und Volumen haben die Transportkosten gesenkt.

Die befragten Unternehmen lassen keinen Zweifel daran, daß diese Kostenvorteile der Dritten Welt auch heute noch gelten. Nach Angaben von Thiele belaufen sich die Lohnkosten in Südkorea nur auf ein Sechstel des hiesigen Wertes. Dennoch sei dieser Lohnkostenvorteil heute weit unbedeutender als noch vor fünf Jahren. Der Grund dafür liegt in der zunehmenden Automatisierung der Produktion mit Hilfe der Mikroelektronik. Zur Herstellung von Fernsehern oder Radios werden immer weniger Hände und immer mehr Maschinen gebraucht.

Darüber hinaus nimmt der technische Aufwand für die Produktion ab. Thiele: „Aufgrund der mikroelektronischen Integration brauchen wir heute nur etwa 70 bis 80 Bauteile, wo wir früher einige Hundert benötigten." Durch diesen technischen Fortschritt sank die Bauzeit für einen Videorecorder von etwa 10 Stunden im Jahr 1980 auf heute drei Stunden. Die Bedeutung der Lohnkosten im Rahmen der gesamten Produktionskosten sinkt, während die der Materialkosten steigt. Entsprechend verlieren die Lohnkostenvorteile der Entwicklungsländer für die Unternehmen der Industrieländer an Gewicht.

Thiele registriert einen weiteren Grund für die Rückverlagerung. Auf den Absatzmärkten der Industrieländer zeige sich deutlich der Trend, immer mehr Waren aus dem eigenen Land zu kaufen. Eine Ursache sieht er im wachsenden Qualitätsbewußtsein der Käufer, dem das Image der Billig-Lohn-Länder nicht gerecht werde. Aus diesen Gründen hat Grundig mittlerweile die Produktion kleiner Fernsehgeräte von Taiwan in das Fürther Zentralwerk zurückgenommen. Thomson läßt Hi-Fi-Komponenten wieder in der Bundesrepublik bauen, die vorher in Fernost produziert wurden.

Nicht sicher sind sich die Branchenvertreter über die Zahl der Arbeitsplätze, die hier durch die Rückverlagerung geschaffen werden. Der Sprecher von Thomson-Brandt sagt, daß sich der Zuwachs wegen des hohen Rationalisierungsgrades in Grenzen halte. Allerdings werde mit Sicherheit ein Teil des Arbeitsplatzabbaus abgefangen, der ohne Rückverlagerung notwendig geworden wäre.

Auch Gerd Junne, Experte für Weltwirtschaft an der Universität Amsterdam, macht auf die Folgen der Rückverlagerung für die Entwicklungsländer aufmerksam, die sich von der Industriealisierung und der Herstellung von Exportgütern Devisen erhofften. „Die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß sich bereits industrialisierte Entwicklungsländer auf Jahrzehnte hinaus auf die traditionelle Rolle als Rohstofflieferant zurückgeworfen sehen", betont er gegenüber epd.

Michael Kessler (epd)

Zitierte Literatur:

Agarwal 1985; Suraj Mal Agarwal: Electronics in India: Past strategies and future possibilities. In: Hoffman 1985a, S. 273—92.

Becker 1985a; Jörg Becker: Massenmedien im Nord-Süd-Konflikt. Frankfurt/Main, New York: Campus, 1985.

Becker 1985b; Jörg Becker: Datenbanken im Ost-West-Konflikt. Arnoldshain 1985 (Veröffentlichung der Evangelischen Akademie Arnoldshain)

Betz/Matthies 1985; Joachim Betz, Volker Matthies: Die Dritte Welt: Subjekt oder Objekt von Sicherheitspolitik? In: Vierteljahresberichte, (1985) 100, S. 129—37.

Beyschlag/Jamin 1984; Ulf Beyschlag, Klaus Jamin: Datenverarbeitung in der Entwicklungshilfe. In: Entwicklung und Zusammenarbeit, 25 (1984) 2, S. 18—20.

Chung 1985; Tzöl Zae Chung: Der Einsatz neuer Informationstechnologien als Entwicklungschance für die Länder der Dritten Welt. In: Rolf Arnold (Hrsg.): Neue Informationstechnologien und Entwicklungszusammenarbeit. Baden-Baden: Nomos, 1985, S. 133—42.

Emanuel 1984; Arghiri Emmanuel: Angepaßte Technologie oder unterentwickelte Technologie? Frankfurt/Main, New York: Campus, 1984.

Erber 1985; Fabio Stefano Erber: The development of the „electronics complex" and gouvernment policies in Brazil. In: Hoffman 1985a, S. 293—310.

Ernst 1985; Dieter Ernst: Mikroelektronik, Automation und die Internationalisierung der Elektronikindustrie — Strategische Implikationen für Entwicklungsländer. In: Mehrwert, (1985) 26, S. 80—114.

Fabig/Meyer-Stamer 1985; Kai Fabig, Jörg Meyer-Stamer: Von der Abhängigkeit zur Herausforderung. Südkorea und Taiwan als neue Konkurrenten auf den „Märkten der Zukunft", erscheint in Blätter für deutsche und internationale Politik.

Fröbel u. a. 1977; Folker Fröbel, Jürgen Heinrichs, Otto Kreye: Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer. Reinbek: Rowohlt, 1977.

Haude 1985; Detlev Haude: Transnationale Unternehmen, Industrialisierung in der Peripherie und kapitalistischen Entwicklung. In: Peripherie, 6 (1985) 21, S. 6—24.

Hoffmann 1985a; Kurt Hoffman (Ed.): Microelectronics, international competition and development strategies: the unavoidable issues. Special issue von: World Development, 13 (1985) 3.

Hoffman 1985b; Kurt Hoffman: Clothing, chips and competitive advantage: the impact of microelectronics on trade and production in the garment industry. In: Hoffman 1985a, S. 371—392.

Hoffman/Rush 1980; Kurt Hoffman, Howard Rush: Microelectronics, industry, and the Third World. In: Futures, 12 (1980) 4, S. 289—302.

ILO 1984; Technology choice and employment generation by multinational enterprises in developing countries. Genf: ILO, 1984.

Junne 1985a; Gerd Junne: Neue Technologien bedrohen die Exporte der Entwicklungsländer. In: Prokla 60, 15 (1985) 3, S. 132—159.

Junne 1985b; Gerd Junne: Multinationale Konzerne in „High-Technology"-Sektoren. Oder: Wie gut ist die Strategie vom guten Zweiten? In: Peter H. Mettler (Hrsg.): Wohin expandieren Multinationale Konzerne? Frankfurt/Main: Haag und Herchen, 1985, S. 1—23.

Kamppeter 1985; Werner Kamppeter: Entwicklung der Weltwirtschaft und internationale Arbeitsteilung — über die Kluft zwischen Theorie und Empirie. In: Mehrwert, (1985) 26, S. 141—56.

Kaplinsky 1984a; Raphael Kaplinsky: The international context for industrialization in the coming decade. In: Journal of Development Studies, 21 (1984/85) 1, S. 75—96.

Kaplinsky 1985; Raphael Kaplinsky: Electronics-based automation technologies and the onset of systemofacture: implications for Third world industrialization. In: Hoffman 1985a, S. 423—440.

Lalor 1984; Sean Eamon Lalor: Overview of the microelectronics industries in selected developing countries. Wien: UNIDO, 1984 (UNIDO/IS. 500).

Menzel 1983; Ulrich Menzel: Der Differenzierungsprozeß in der Dritten Welt und seine Konsequenzen für den Nord-Süd-Konflikt und die Entwicklungstheorie. In: Politische Vierteljahresschrift, (1983) 1, S. 31—59.

Meyer-Stamer/Oelmann 1985; Jörg Meyer-Stamer, Klaus-D. Oelmann: Auf dem Weg zur Weltinformationsgesellschaft? Neue Medien und die Dritte Welt. In: blätter des iz3w Nr. 123, Februar 1985, S. 16—24.

Mohs 1985; Ralf M. Mohs: Can the second generation succeed? In: Intereconomiecs, 20 (1985) 1, S. 21—26.

Nohlen/Sturm 1982; Dieter Nohlen, Roland Sturm: Über das Konzept der strukturellen Heterogenität. In: Handbuch der Dritten Welt, Hamburg 1982, Bd. 1.

O'Connor 1985; David O'Connor: The computer industry in the Third World: policy options and constraints. In: Hoffman 1985a, S. 311—332.

Olle 1985; Werner Olle: Abschied von der „neuen internationalen Arbeitsteilung?" In: epd-Entwicklungspolitik, (1985) 20—21, S. 17—22.

Perez 1985; Carlota Perez: Microelectronics, long waves and world structural change: new perspectives for developing countries. In: Hoffman 1985a, S. 441—63.

Ricardo 1980; David Ricardo: Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung. Frankfurt/Main: Europäische Verlagsanstalt, 1980. (Orig.-Ausg. v. 1817).

Röpke 1984b; Jochen Röpke: The „second industrial revolution" in Singapore. Industrial policy in a newly industrializing country. In: Asien, (Oktober 1984) 13, S. 46—57.

Schweers 1980; Rainer Schweers: Kapitalistische Entwicklung und Unterentwicklung. Frankfurt/Main: Metzner, 1980.

Seligman 1985; David Seligman: Life will be different when we're all on-line. In: Fortune, 4.2.1985, S. 48—52.

UNCTAD 1984; New and emerging technologies: some economic, commercial and developmental aspects. Report by the UNCTAD secretariat. Genf 1984 (ID/B/C.6/120).

UNIDO 1984; The UNIDO programme of technological advances: microelectronics. Note prepared by the UNIDO Technology Programme. Wien 1984 (UNIDO/IS. 445).

Vernon 1981; Raymond Vernon: Sovereignty at Bay ten years after. In: International Organization, 35 (Summer 1981) 3, S. 517—529.

Wad 1982; Atul Wad: Microelectronics: implications and strategies for the Third World. In: Third World Quarterly, 4 (1982) 4, S. 677—97.

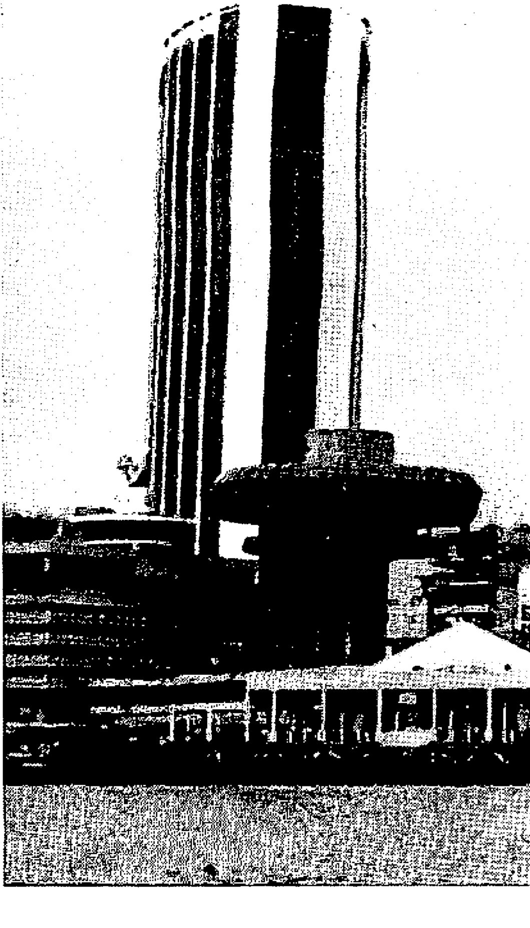
Wad 1984; South-south-coperation in technology. An interview with Atul Wad. In: TCDC-News, (1984) 2, S. 8.

Yun 1985; Yun Choon-Sik: High technology industries in Korea. In: Monthly Review (Korea Exchange Bank), 19 (1985) 5, S. 1—17.

Singapur

Wohnungen statt Streikrecht

Öffentlicher Wohnungsbau in Singapur



Die Inselrepublik Singapur ist heute der wichtigste Industriestandort Südostasiens. Als Zentrum des internationalen Finanzkapitals in Asien hat Singapur in den letzten Jahren Hongkong den Rang abgelaufen. Seit 1959 regieren in Singapur Premierminister Lee Kuan Yew und seine People's Action Party (PAP). Äußerlich wahrt das politische System die Formen westlicher Demokratie nach dem Westminster-Modell. In Wirklichkeit ist Singapur jedoch ein autoritärer Überwachungsstaat, in dem alle Lebensäußerungen der Bürger dem staatlich verordneten Leitbild „Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft" untergeordnet werden. Singapur ist ein autoritärer Staat neuen Typus, dessen ausgeklügelte Repressionsinstrumente erst auf den zweiten Blick sichtbar werden. Die größte soziale Errungenschaft des Stadtstaates, der staatliche Wohnungsbau für alle, ist zugleich das effektivste Repressionsinstrument.

Für viele Architekten und Stadt-Planer, die sich mit der Wohnungsfrage in der Dritten Welt befassen, ist Singapur so etwas wie ein Mythos. Ein Zeichen für erfolgreiche Stadtentwicklung und Wohnungspolitik. In einer Zeit, in der unkontrollierte Verstädterung in vielen Metropolen der Dritten Welt bisher kaum vorstellbare Ausmaße annimmt, in einer Zeit, in der auch gutgemeinte wohnungspolitische Ansätze kaum etwas bewirkt haben, das Wohnungselend der Massen der Zuwanderer in die Städte zu lindern, da erscheint das Beispiel Singapur wie ein Lichtblick. Die Entwicklung in dem nur 616 km² großen Stadtstaat mit seiner Bevölkerung von 2,4 Millionen Chinesen, Malayen, Indern und Eurasiern scheint zumindest zu beweisen, daß planvolle Stadtentwicklung in einer Metropole der Dritten Welt möglich ist und daß auch die Wohnungsfrage bei entsprechendem Engagement des Staates lösbar ist.

Ende der 50er Jahre, als die britische Kolonialherrschaft in der damaligen Kronkolonie zu Ende ging, waren die Wohnverhältnisse für große Teile der Bevölkerung katastrophal. Etwa 300.000 Menschen lebten dichtgedrängt in den Obergeschossen der zwei- bis dreistöckigen Geschäftshäuser der Innenstadt („Chinatown"). Hunderttausende wohnten in Squatter-Gebieten in provisorischen Holzhütten außerhalb der Innenstadt. Heute gibt es in Singapur so gut wie keine Squatter mehr, die Innenstadt — früher die ausgedehnteste „Chinatown" in ganz Südostasien — ist inzwischen weitgehend saniert. Singapurs Erfolgsrezept heißt: Staatlicher Wohnungsbau. Zwischen 1960 und heute sind 85% der gesamten Bevölkerung umgesiedelt worden. Heute leben 75% der Gesamtbevölkerung in staatlich errichteten Wohnungen.

In der Fachwelt ist das Urteil über Singapurs öffentlichen Wohnungsbau allerdings nicht mehr so einhellig positiv wie noch vor einigen Jahren. In die verbreitete Bewunderung mischt sich zunehmend auch Skepsis, ob denn das Erfolgsrezept auch auf andere Länder übertragbar sei. Skepsis auch, ob denn bei einem derartig umfassenden Umbau der städtischen Lebensumwelt die sozialen Folgen überhaupt vorhersehbar seien.

Das eine sei hier schon vorweggenommen: Ohne weiteres auf andere Entwicklungsländer übertragbar ist Singapurs Strategie im Wohnungssektor sicher nicht. Die Bedingungen für ein solches Programm waren hier günstiger als anderswo. Das Wohnungsbauprogramm fiel zeitlich gerade in die Periode, in der sich Singapur ökonomisch von seiner Funktion als Entrepôthafen aus der Kolonialzeit hin zum exportorientierten Industriestandort und zum Finanzierungszentrum Südostasiens entwickelte. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung verlief in diesem Zeitraum außerordentlich günstig; der jährliche Zuwachs des Bruttosozialproduktes lag zwischen 1960 und 1980 durchschnittlich bei 7,5 %. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt z. Z. bei über US § 5.000 und ist damit — wenn man einmal von den Öllländern absieht — nach Japan und Israel das höchste in Asien. Unter diesen Umständen war natürlich auch die finanzielle Grundlage für staatlichen Wohnungbau auf breiter Basis gegeben — eine Voraussetzung, die in anderen Ländern der Dritten Welt nicht zutrifft.

Die Entwicklung des staatlichen Wohnungsbaus

1959 kam in Singapur bei den Parlamentswahlen die People's Action Party (PAP) unter Führung des heutigen Ministerpräsidenten Lee Kuan Yew an die Macht. Zunächst stellte die PAP die Mehrheitsfraktion im Parlament, dann war sie faktisch 15 Jahre lang Einheitspartei. Unmittelbar nach ihrem Regierungsantritt gründete die PAP-Regierung eine neue staatliche Wohnungsbaubehörde, das Housing and Development Board (HDB). Bereits 1960 verkündete das Housing and Development Board ein erstes Wohnungsbauprogramm, später folgten Programme zur Stadterneuerung. Per Gesetz wurden dem HDB Aufgaben zugewiesen: Die Behörde erhielt den Auftrag, Miet- und Eigentumswohnungen zu bauen. Sie fungiert außerdem als alleiniger Sanierungsträger bei allen Maßnahmen zur Neubebauung von Slumgebieten in der Innenstadt und am Stadtrand. Daß eine Behörde mit derartig umfassenden Kompetenzen geschaffen wurde zeigt, daß Wohungspolitik für die PAP-Regie-



rung von Anfang an hohe Priorität hatte. Das wird verständlich vor dem Hintergrund der damaligen politischen Situation in der Kronkolonie.

In den späten 40er und in den 50er Jahren gelang es der kolonialen Administration kaum, den sozialen Frieden aufrecht zu erhalten. Ungewöhnlich hohes Bevölkerungswachstum, verbreitete Arbeitslosigkeit und ungesicherte Existenzbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung kennzeichneten Singapurs Zustand in der Nachkriegszeit. Diese objektiven Probleme bildeten die Grundlage dafür, daß sich in jenen Jahren in der Hafenstadt eine klassenbewußte Gewerkschaftsbewegung und eine starke sozialistische Strömung unter den Arbeitern entwickelten. Politische Streiks waren an der Tagesordnung.

Ziel der Regierung Lee Kuan Yew war es, die vorhandenen Konflikte zu entschärfen, den sozialen Frieden im Lande herzustellen und vor allem ein langfristig günstiges Investitionsklima zu schaffen. Um dies in möglichst kurzer Zeit zu erreichen, engagierte sich die Regierung an mehreren innenpolitischen Fronten. Die eine Front war die linke Gewerkschaftsbewegung. Obwohl Lee Kuan Yew mit ihrer Hilfe an die Macht gekommen war, setzte er nun alles daran, der selbstbewußten Gewerkschaftsbewegung das Rückgrat zu brechen, um Singapur für potentielle Investoren attraktiv zu machen. Die Maßnahmen reichten hier von direkter Repression gegen aktive Gewerkschafter und Oppositionspolitiker (z. B. Vorbeugehaft ohne Gerichtsverfahren) über Änderungen des gesetzlichen Rahmens bis zum Umbau der organisatorischen Struktur des Gewerkschaftsbundes und der Einzelgewerkschaften.

Die andere Front war aktive Sozialpolitik; hierbei wurde der staatliche Massenwohnungsbau zum wichtigsten Hebel. Bereits 1960 verkündete HDB das erste und das zweite Fünf-Jahres-Bauprogramm. Im Zeitraum von 1960 bis 1965 sollten 50.000 Wohneinheiten errichtet werden, zwischen 1966 und 1970 60.000 Wohneinheiten. Diese Zielzahlen wurden beträchtlich übertroffen: Während der Laufzeit des ersten Bauprogramms wurden 53.000 Wohneinheiten fertig, im nächsten Zeitraum waren es 67.000. Im dritten Fünf-Jahres-Bauprogramm waren bereits 100.000 Wohneinheiten vorgesehen. Bis 1977 konnte die jährliche Bauleistung kontinuierlich gesteigert werden, in jenem Jahr wurden 30.406 Wohneinheiten fertig. Dieser Höchststand wurde danach nicht wieder erreicht. Es ist daher unwahrscheinlich, daß das Ziel des gegenwärtig laufenden fünften Fünf-Jahres-Bauprogramms von 90.000 bis 105.000 Wohneinheiten im Zeitraum zwischen 1981 und 1985 noch erreicht wird.

Fast alle Wohneinheiten des staatlichen Wohnungsbaus sind in Hochhäusern in geschlossenen Großwohnanlagen oder in Trabantenstädten errichtet worden. Mit dem Bau der Trabantenstadt Queenstown wurde während des ersten Fünf-Jahres-Bauprogramms begonnen. Heute wohnen dort 150.000 Menschen. Während des zweiten Fünf-Jahres-Bauprogramms wurde der Grundstein zur Trabantenstadt Toa Payoh gelegt. Dort leben heute 190.000 Einwohner.

Die Grundrisse der Wohnung sind weitgehend standardisiert. In den ersten fünf Jahren wurden überhaupt nur drei Typen von Wohnungen gebaut:

Einzimmer-Wohnungen mit 21 m² Wohnfläche,

Zweizimmer-Wohnungen mit 39 m² Wohnfläche und

Dreizimmer-Wohnungen mit 51 m² Wohnfläche.

Mit wenigen Ausnahmen sind alle Wohnungen mit eigener Küche, WC, Dusche, Leitungswasser, Elektrizität und Abwasseranschluß ausgestattet.

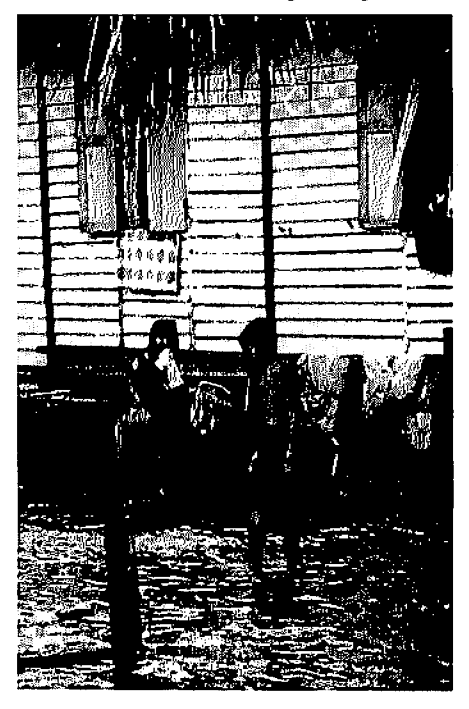
Abgesehen von gewissen gestalterischen Verbesserungen, ist das Grundkonzept bis heute kaum verändert worden. Zum Beispiel ist seit Jahren umstritten, ob es wirklich zwingend erforderlich ist, neue Wohnanlagen fast ausschließlich in Form von Hochhäusern zu errichten. Kritiker haben berechnet, daß die Landknappheit des Stadtstaates nicht notwendigerweise zum Bau von Hochhäusern führen muß. Bei viergeschossiger Bauweise wäre der Flächenbedarf nur unwesentlich größer. Soziologische Studien zeigen, daß die Wohnzufriedenheit mit steigender Geschoßzahl abnimmt. Gleichwohl ist

die Behörde dabei geblieben, neue Wohnungen grundsätzlich in Form von 10- bis 18-geschossigen Blocks zu errichten.

Umsiedlung und Stadtumbau

Das Housing and Development Board verdiente seine ersten Lorbeeren als Wohnungsbauunternehmen. Daß mit Wohnungsbauprojekten derartig gewaltigen Ausmaßes auch stadtplanerische Aufgaben verbunden sind, drang erst spät ins Bewußtsein der Entscheidungsträger. Überall da, wo der Staat über baureifes Land verfügte oder wo unbebautes Land leicht zu erschließen war, schossen HDB-Häuserblocks wie Pilze aus dem Boden. Sümpfe wurden trockengelegt, Squatter-Gebiete geräumt, um Platz für Wohnhochhäuser zu schaffen. Trotz langer Wartelisten bei HDB ergab sich dann aber das Paradoxe, daß jedes Jahr Hunderte von Wohnungen leerstanden und zunächst nicht vermietet werden konnten. Zum Teil waren die Neubauten an Standorten errichtet worden, die verkehrsmäßig nur schlecht erreichbar waren. Zahlreiche Wohnungssuchende verzichteten auf eine ihnen angebotene Wohnung, weil sie von der neuen Wohnung aus ihren Arbeitsplatz nicht mehr erreichen konnten. Diese Ungereimtheiten führten schließlich dazu, daß in den folgenden Jahren mehr Wert auf übergeordnete Planung für den Stadtumbau gelegt wurde. Allerdings war die Umsiedlung der Bevölkerung längst in vollem Gange, als die verschiedenen Entwicklungspläne rechtskräftig wurden.

Obwohl die Neubautätigkeit schwerpunktmäßig in den Außenbezirken begann, erarbeitete die Stadtplanungsbehörde mit Hilfe ausländischer Berater zunächst einen Stadterneuerungsplan für die Innenstadt. Dieser Plan wurde Ende 1964 rechtskräftig. Erst 1971 wurde ein gesamtstädtischer Entwicklungsplan fertiggestellt. Der Stadterneuerungsplan teilt die Innenstadt in 19 Planbezirke ein, die nach und nach in das Erneuerungsprogramm einbezogen werden. Stadterneuerung bedeutet in aller Regel: Umsiedlung der Bewohner und der Gewerbebetriebe und Neubebauung der Baublöcke mit modernen „Komplexen".



Um das umfangreiche Programm zum Stadtumbau durchsetzen zu können, wurde ein entsprechendes gesetzliches Instrumentarium geschaffen. Wichtigste gesetzliche Grundlage für die Stadterneuerung in der Innenstadt wurde der 1966 verabschiedete „Land Acquisition Act", der der Regierung weitreichende Enteignungsmöglichkeiten einräumt. In bestimmten Dringlichkeitsfällen können Flächen bereits sieben Tage nach Bekanntmachung enteignet werden. Auf diese Weise können Flächen für Neubauzwecke innerhalb kürzester Zeit bereitgestellt werden. Heute gehören dem Staat in Singapur 70 % aller Grundstücke. Außerdem wird mit einem umfangreichen System finanzieller Anreize und finanzieller Erleichterungen gearbeitet, um Eigentümer und Mieter der Innenstadtquartiere zum Umzug zu bewegen. Nicht immer reichen diese Instrumente aus. Gewerbetreibende wissen, daß sie nach einem Umzug in ein Neubaugebiet praktisch von vorn anfangen müssen. Sie verlieren ihren gesamten Kundenstamm. Unter solchen Umständen ist ein staatlicher Mietzuschuß nur ein schwacher Trost.

Wo sanfter Druck nicht ausreicht, greifen die Behörden zu anderen Mitteln. Vor einiger Zeit wurde ich Zeuge folgender Szene: Auf einem Stadtbummel kam ich nachmittags um vier Uhr an einem brennenden Haus in der Queen Street vorbei. Der Dachstuhl und die Deckenbalken waren bereits in Flammen aufgegangen, das Gemäuer stand noch. Die Feuerwehr war mit zwei Löschzügen zur Stelle, auffällig aber war, daß noch weitaus mehr Polizisten als Feuerwehrleute zusammengezogen waren. Von der gegenüberliegenden Straßenseite aus verfolgten Anwohner und Schaulustige aus dem Viertel das Geschehen. Keiner sprach ein Wort.

Die Queen Street lag in dem Bezirk, in dem gerade saniert wurde. Das brennende Haus war das letzte zweigeschossige Wohn- und Geschäftshaus im Wohnblock gewesen, rechts und links eingerahmt von zwei zehngeschossigen Neubaublocks. Der einzige verbliebene Altbau war den Behörden längst ein Dorn im Auge. Aber in diesem Falle hatte der Staat seine juristischen Möglichkeiten bereits ausgeschöpft. Nach einem Gesetz aus der Kolonialzeit, das heute noch gilt, dürfen Häuser aus der Vorkriegszeit nicht abgerissen werden, solange noch jemand darin wohnt — auch wenn der Staat das Grundstück bereits lange enteignet hat. Die ehemaligen Eigentümer des Hauses in der Queen Street hatten sich einfach geweigert, sich in Neubausiedlungen umsetzen zu lassen. Nun war das Problem durch Brandstiftung aus der Welt geschafft.

Das Beispiel ist kein Einzelfall. Seit der Gründung von HDB bricht wunderbarerweise immer dann, wenn eine Baumaßnahme aufgrund des Widerstandes der Bevölkerung ins Stocken geraten ist, aus ungeklärter Ursache ein Feuer aus. In den 60er Jahren wurden zwei ausgedehnte Squatter-Gebiete, die längst für Abriß und Neubebauung vorgesehen waren, deren Bewohner sich aber standhaft gegen die Umsiedlung sperrten, durch Großfeuer zerstört. Beweisen läßt sich natürlich nicht, daß ein Zusammenhang zwischen HDB und den Brandstiftern besteht. Aber auffällig ist schon, wann und wo es in der Stadt brennt.

Wohnungsbau und Sozialmontage

Der gigantische Stadtumbau ist inzwischen weit fortgeschritten. Große Teile Singapurs sind der Kahlschlag-Sanierung zum Opfer gefallen. Das alte Zentrum ist fast völlig Bankhochhäusern und Büro- und Einkaufspalästen aus Glas und Beton gewichen. Momentan wird die Innenstadtzone östlich des Singapur-Flusses neu strukturiert. Der Boden im ganzen Viertel gehört bereits dem Staat. Der Kahlschlag schreitet schleichend voran: Ein Baublock ist schon abgeräumt, auf der gegenüberliegenden Straßenseite stehen die alten Häuser noch, vereinzelt sind auch schon Neubaublocks fertig. Die verbleibende Bevölkerung wird allmählich demoralisiert und läßt sich ohne nennenswerten Widerstand umsiedeln. Alle Bewohner erhalten Alternativ-Unterkünfte in Neubaublocks, aber durch die Umsiedlung werden sie in alle Winde zerstreut. So wird ihr Widerstand im Keim erstickt. Die Leute reagieren sauer, denn in den Neubaugebieten sind die Mieten höher, und die Geschäftsinhaber müssen zum Teil erhebliche Umsatzeinbußen hinnehmen oder gar ihr Geschäft ganz aufgeben und als Lohnarbeiter in die Fabrik gehen, aber mit der neuen Situation muß zunächst einmal jeder für sich selbst fertig werden. Organisierten Widerstand gibt es nicht.

Zuteilung von Wohnraum und finanzielle Belastung

Die Zuteilung von HDB-Wohnraum erfolgt nach einer Warteliste. Anfangs war eine niedrige Einkommensobergrenze festgelegt, die dann jedoch in regelmäßigen Abständen nach oben verschoben wurde. Seit 1972 liegt die Einkommensgrenze so hoch, daß seither 95% der Bevölkerung Singapurs berechtigt sind, sich um eine staatliche Wohnung zu bewerben. Entscheidend bei der Vergabe von Wohnungen sind daher weit weniger soziale Kriterien als die Mietzahlungsfähigkeit der Bewerber. Größere Wohnungen werden nicht an größere Familien vergeben, sondern an diejenigen, die einen höheren Betrag für Miete bzw. für die Abzahlung einer Eigentumswohnung aufbringen können. Faktisch konzentrieren sich in den Einraumswohnungen Haushalte mit niedrigen Einkommen und großen Familien.





Wohnviertel in Singapur

Die Wohnungsbaubehörde HDB ist ein profit-orientiertes Unternehmen. Am meisten läßt sich an größeren Wohnungen für die Mittelschicht verdienen. Deshalb werden heute im wesentlichen Wohnungen für einkommensstärkere Schichten gebaut.

In der Anfangsphase wurden ausschließlich Mietwohnungen gebaut. Die Mieten waren nach der Wohnungsgröße gestaffelt:
für die Einzimmerwohnung S$ 20,– (DM 22,–),
für die Zweizimmerwohnung S$ 40,– (DM 44,–) und
für die Dreizimmerwohnung S$ 60,– (DM 66,–).
Das Familieneinkommen lag in Arbeiterfamilien Anfang der 60er Jahre selten über S$ 200,–. Bedenkt man, daß zur Miete noch monatliche Belastungen für Strom und Wasser von durchschnittlich S$ 25,– hinzukommen, so wird klar, daß die Mietbelastung auch in den kleinsten Wohnungen keineswegs leicht zu verkraften war.

1964 wurde unter dem Slogan „Home Ownership for the People“ ein Programm zum Erwerb von Eigentumswohnungen in HDB-Blocks eingeführt. HDB stellt Kaufinteressenten Kredite zum Zinssatz von 6 1/4% zur Verfügung. 1968 wurde für Arbeitnehmer zusätzliche die Möglichkeit geschaffen, die Ansprüche aus der Altersversicherung für Arbeitnehmer „Central Provident Fund“ zum Wohnungskauf zu nutzen. Die Altersversicherung kann sowohl zur Finanzierung der Anzahlung als auch für die monatliche Abzahlung genutzt werden. Erst aufgund

dieser Maßnahme war es breiten Schichten der Bevölkerung möglich, ihre Wohnung käuflich zu erwerben. Bis heute sind 60% der von HDB gebauten und verwalteten Wohnungen an die Bewohner verkauft worden.

Die Regierung propagiert diesen Weg zum Wohnungseigentum als günstige Alternative zur lebenslangen Mietzahlung. Kritiker sehen das Programm eher im größeren Zusammenhang der Wirtschaftpolitik Singapurs: Das „Home Ownership for the People"-Programm ist nur eine von vielen Maßnahmen, dem Stadtstaat eine disziplinierte und arbeitswillige Arbeitnehmerschaft auf lange Sicht zu erhalten. Wer seine Altersversicherungsansprüche für den Kauf einer Wohnung nutzt, ist unter allen Umständen darauf angewiesen, seinen Arbeitsplatz zu erhalten. Aufmüpfigkeit im Betrieb kann ihn nicht nur seinen Arbeitsplatz, sondern auch seine Wohnung kosten. Der Arbeiter steht in der doppelten Abhängigkeit vom Arbeitgeber und vom Wohnungsgeber. Über das „Home Ownership for the People"-Programm sind beide Abhängigkeiten untrennbar miteinander verquickt.

Sanierung bedeutet auch Veränderung der politischen Landkarte: Das Viertel am östlichen Innenstadtrand war bis in die 60er Jahre hinein eine Hochburg der Opposition. Periodisch flackerten hier oppositionelle Aktivitäten auf lokaler Ebene wieder auf. Durch die Sanierung werden auch die letzten Kommunikationskanäle der politischen Opposition im Viertel zerschlagen.

In den Neubaublocks haben die Behörden leichtes Spiel, alle verdächtigen Aktivitäten genau zu überwachen. In jedem Block wohnt mindestens ein Polizist. Offiziell wird das mit Schutz vor Diebstahl und Vergewaltigung begründet. Darüber hinaus sind vor einigen Jahren „Bewohner-Komitees" in jedem Häuserblock eingerichtet worden, die unmittelbar dem Amt des Premierministers unterstellt wurden. Ihre Aufgaben liegen in erster Linie im sozialen Bereich. Sie organisieren Nachbarschaftshilfe oder kleinere Nachbarschaftsfeste. Die Regierung nennt die Bewohner-Komitees „Graswurzelorganisationen". Sie sind das Instrument der Regierungspartei PAP, über die Stimmung an der Basis auf dem Laufenden zu bleiben. Gelegentlich leiten die Funktionsträger der Bewohner-Komitees auch Informationen über einzelnen Bewohner, die sich auffällig verhalten, an staatliche Behörden weiter.

Der polizeistaatliche Apparat Singapurs gehört zum Ausgeklügelsten, was es auf dem Gebiet überhaupt gibt. Über alle Bewohner sind Daten in einem zentralen Computer gespeichert — von den Personaldaten über Beschäftigungsverhältnisse bis hin zu Angaben, aus denen die staatstragende Gesinnung des einzelnen ersichtlich ist (dazu gehören z. B. Angaben über Wahlbeteiligung oder Spenden für staatliche Wohlfahrtsteinrichtungen).

Stadtumbau, wie er in Singapur seit mehr als zwanzig Jahren betrieben wird, ist mehr als ein physischer Erneuerungsprozeß, als dessen Ergebnis Slum- und Squatter-Bewohner das erste Mal in ihrem Leben Wohnungen mit ordentlichen sanitären Einrichtungen erhalten. Das Ergebnis ist Entsolidarisierung und politische Kontrolle der Bevölkerung.

„Ich glaube, man kann das politische System Singapurs ohne Übertreibung faschistisch nennen", sagt Tan Wah Piow, der in den 70er Jahren Sprecher der Studentenbewegung in Singapur war und heute in London im Exil lebt. „Wir sollten genauer studieren, wie der Hitler-Faschismus bei der deutschen Bevölkerung populär wurde und wie der nationalsozialistische Machtapparat in allen seinen Verästelungen funktionierte. Vielleicht hilft uns das dabei, die Situation in Singapur zu begreifen und politische Perspektiven für unser Land zu entwickeln."



Gewiß, Singapur ist anders als das nationalsozialistische Deutschland. Da gibt es keine Braunhemden in den Straßen. Im Gegenteil: Im Straßenbild sieht man fast keine Uniformen. Auch die meisten Polizisten tragen Zivil. Die Uniformierung der Gesellschaft bleibt subtiler. Politikwissenschaftler mögen darüber streiten, ob das Etikett „Faschismus" zu Recht angewandt wird. Vielleicht ist Singapur ein autoritärer Staat neuen Typus.

Mich hat die Republik Singapur immer an die Orwellsche Vision von 1984 erinnert. Von allen autoritären Regimes, die ich kenne, funktioniert es am reibungslosesten, am effizientesten. Das Auge des Staates ist nicht sichtbar, aber überall spürbar. Gegenüber der gigantischen Maschinerie scheint jeder Widerstand zwecklos. Die totale Erfassung des Individuums ist in Singapur längst Realität.

Die neue, synthetische Wohnumwelt in Singapur ist nicht ohne Rückwirkungen auf die sozialen Beziehungen der Menschen untereinander geblieben. Der Zusammenhalt in der Großfamilie ist zerbrochen und die nachbarschaftlichen Beziehungen sind oberflächlicher geworden. Der Soziologe Riaz Hassan von der Universität Singapur sagt: „Die Bewohner der neuen Hochhauswohnquartiere neigen zum Rückzug in ihre private Welt, dabei schaffen sie sich ihre eigene Umwelt, die durch Rückzug nach innen, Unpersönlichkeit, Individualismus, Apathie und ein Gefühl von allgemeiner Unsicherheit gekennzeichnet ist." Probleme werden nicht mehr durch solidarisches Handeln bewältigt, sondern der einzelne reagiert zunächst einmal individuell: mit psychischem Stress oder psycho-somatischen Reaktionen.

Die Bevölkerung von Singapur zahlt einen hohen Preis für die „Modernisierung" ihrer Stadt: Verlust der Sicherheit, die die hohe familiäre Struktur bot; Herz- und Kreislaufleiden, Bluthochdruck, psychische Krankheiten und schließlich Selbstmorde. In keinem anderen asiatischen Land werden so viele Selbstmorde und so viele Herzinfarkte wie in Singapur registriert.

Neue Wohnungsnot — auch in Singapur?

Singapur, der perfekte Orwell-Staat. Und doch ist das politische Leben in den letzten Jahren unerwartet in Bewegung geraten. In jüngster Zeit mehren sich die Anzeichen, daß das System seine selbstgesteckten Aufgaben nicht mehr so reibungslos erfüllen kann, wie in den vergangenen zwei Jahrzehnten.

Zwischen 1980 und 1981 stiegen die Baukosten in Singapur sprunghaft an. Folge war, daß HDB-Wohnungen 1981 zu Kaufpreisen angeboten werden mußten, die 66% über den Preisen des Vorjahres lagen. Auf einen Schlag fielen 25% der Interessenten von der Warteliste aus. Andere, die ursprünglich am Kauf einer Wohnung Interesse gezeigt hatten, ließen sich gar nicht erst registrieren. Dieser Preisanstieg betrifft zunächst einmal die Mittelschicht, aber auch für die untersten

Einkommensgruppen, die auf kleinere Mietwohnungen angewiesen sind, wird die Lage prekär, weil HDB mit denselben Mitteln immer weniger Wohnungen bauen kann. Unzufriedenheit wächst.

Schneller, als von den meisten erwartet, wurde aus der Unzufriedenheit ein deutliches politisches Signal. Ende 1981 errang der Oppositionspolitiker Jeyaretnam bei Nachwahlen den Parlamentssitz für den Wahlkreis Anson. Das bedeutete für Singapur eine politische Sensation. Denn damit hatte nach 15 Jahren zum ersten Mal ein Oppositionspolitiker den Weg ins Parlament geschafft, und zwar trotz massiver Einschüchterung der Wähler seitens der Regierung (zum Beispiel wird mit numerierten Stimmzetteln gewählt, die Wahl ist also nicht wirklich geheim). Politische Kommentatoren waren sich einig, daß die „neue Wohnungsnot", die im Arbeiterbezirk Anson besonders spürbar ist, wesentlich zur Wahlentscheidung beigetragen hatte.

Die Regierung beeilte sich, die Scharte auszuwetzen. Um die Kosten im Wohnungsbau zu senken, wurde beim Bau von Neubauwohnungen die Großplattenbauweise mit vorgefertigten Teilen eingeführt. Trotzdem ließen sich auch 1983 und 1984 weitere Preiserhöhungen im staatlichen Wohnungsbau nicht vermeiden.

Bei den Parlamentswahlen im Dezember 1984 erhielt die PAP die Quittung: Zwei Oppositionskandidaten gewannen Parlamentssitze. In fünf weiteren Wahlkreisen verfehlten die Kandidaten der Opposition nur ganz knapp die Mehrheit. Premierminister Lee Kua Yew polterte vor der Presse: „Die Wähler, die Oppositionskandidaten ihre Stimme gegeben haben, haben wohl nicht begriffen, was die PAP für Singapur geleistet hat. Das darf nicht so bleiben."

Wenige Monate später konkretisierte Wohnungsbauminister Teh Chenag Wan die Drohung seines Premiers nach der Devise: Wer nicht hören will, muß fühlen. In den beiden Wahlkreisen, in denen sich bei den Wahlen Oppositionskandidaten durchsetzen konnten, führt HDB ab sofort keinerlei Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten im staatlichen Wohnungsbestand mehr durch. „Als PAP-Regierung müssen wir uns in erster Linie um die PAP-Wahlkreise kümmern." begründete der Minister seine Entscheidung.

Doch vermutlich wird die PAP es bei dieser plumpen Bestrafung von Oppositionswählern nicht bewenden lassen. Der Schock über den wiedererwachten Oppositionsgeist der Bevölkerung sitzt tiefer. Premier Lee Kuan Yew orakelte unlängst: „Das westliche Wahlsystem ,ein Mann/eine Stimme' entspricht nicht unserer Leistungsgesellschaft in Singapur. Wahrscheinlich werden wir in den nächsten Jahren das Wahlsystem und die Verfassung grundlegend ändern." Enge Mitarbeiter des Premiers erläuterten Lees Gedankenspiel: Dem Premierminister schwebe eine Art Drei-Klassen-Wahlrecht vor. Die ökonomisch Erfolgreichen sollen sich auch ihre Regierung wählen dürfen.

Einhard Schmidt

Literaturhinweise:

Bielenstein, Dieter (ed.), One World Only. Prospects and Feasibilities of Low-Cost-Housing Activities in Asia. Tokyo: Friedrich-Ebert-Foundation, 1973.
Buchanan, Iain, Singapore in Southeast Asia: An Economic and Political Appraisal. London: Bell, 1972.
Chen, Peter S. J. (ed.), Singapore: Policies and Trends. Singapore: Oxford University Press, 1983.
Chen, Peter/Evers, Hans-Dieter, Studies in ASEAN Sociology. Singapore: Chopmen, 1978.
Chua Peng Chye (ed.), Planning in Singapore. Selected Aspects and Issues. Singapore: Chopmen, 1973.
Garner, Robert E., The Politics of Urban Development in Singapore. Ithaca and London: Cornell University Press, 1972.
George, T.J.S., Lee Kuan Yew's Singapore. London: André Deutsch, 1973.
Housing and Development Board, Annual Report 1980/81. Singapore, 1981.
Housing and Development Board, Annual Report 1981/82. Singapore, 1982.
Housing and Development Board, Annual Report 1982/83. Singapore, 1983.
Kaye, Barrington, Upper Nanking Street, Singapore: A Sociological Study of Households Living in a Densely Populated Area. Singapore: University of Malaya Press, 1960.
Kaye, Lincoln, Letter from Singapore. In: Far Eastern Economic Review, 23.2.1984, p. 90.
Küchler, Johannes, Stadterneuerung in Singapur. In: Geographische Rundschau, No. 2, 1971, pp. 68–76.
Lim, William S. W., An Alternative Urban Strategy. Singapore, 1980.
Lim, William Siew Wai, Public Housing and Community Development: The Singapore Experience. In: Mimar, Architecture in Development, No. 7, 1983, p.
Liu Thai Ker, Design for better living conditions in Singapore flats. In: Ecistics, No. 238, 1975, p. 200.
Luther, Hans Ulrich, Staat, Ökonomie und KLassen in Singapur. Frankfrut: Metzner-Verlag, 1980.
Luther, Hans Ulrich, Strikes and the Institutionalization of Labour Protest: The Case of Singapore. In: Journal of Contemporary Asia, Vol. 8, No. 2, 1978, pp. 219–230.
Quah, Jon Siew-Tien, Administrative Reform and Development Administration in Singapore: A Comparative Study of the Singapore Improvement Trust and the Housing and Development Board. Ph.D. thesis, Florida State University, 1975.
Quah, Stella R., Social Discipline in Singapore: An Alternative for the Resolution of Social Problems. In: Journal of Southeast Asian Studies, Vol. 14, No. 2, 1983, pp. 270–285.
Riaz Hassan, Families in Flats — A Study of Low Income Families in Public Housing. Singapore: Singapore University Press, 1977.
Riaz Hassan (ed.), Singapore: Society in Transition. Kuala Lumpur: Oxford University Press, 1976.
Teh Cheang Wan, Housing for the People: A Challenge for Modern Society. Paper submitted to the Kuala Lumpur Forum on Urbanisation, July 1973.
Yeh, Stephen H. K. (ed.), Public Housing in Singapore. A Multi-Disciplinary Study. Singapore: Singapore University Press, 1975.

Ausverkauf des „Schwarzen Goldes"

Seit Mitte August 1985 führte die irakische Luftwaffe im Golfkrieg über ein Dutzend Angriffe auf die iranische Ölverladeinsel Kharg, den weltgrößten und Irans wichtigsten Ölverladehafen. Durch den sechzehnten irakischen Angriff Anfang Oktober wurden alle 14 Pier-Anlagen der Terminals auf der Ost- und Westseite von Kharg schwer beschädigt, und die Ölverladeaktivität über Kharg eingestellt. Die Islamische Republik hatte bis Anfang September täglich 1,5 Millionen Barrel Öl durch das Terminal von Kharg für den internationalen Markt exportiert. Der Export ist seit Anfang Oktober auf das Terminal der iranischen Insel Lawan übertragen worden. Lawan liegt im Persischen Golf, 140 km vor der Straße von Hormuz und damit außerhalb der Reichweite der irakischen Luftwaffe. Die maximale Förderkapazität Lawans beträgt 250.000 Barrel täglich. Der Anteil der Ölexporte der Islamischen Republik am Gesamtexport des OPEC-Kartells liegt bei 1,5 Millionen Barrel täglich. Die Islamische Republik hatte einst 85% ihres Ölexportes über Kharg abgewickelt. Dies bedeutet, daß sie in Zukunft bei weitem nicht die ihr zustehende Exportmenge im Rhamen des OPEC-Kartells ausnutzen kann.

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß der Ölexport die Quelle von 95% der gesamten Deviseneinnahmen der Islamischen Republik darstellt. Sein Rückgang wird für das ohnehin schon krisenerschütterte Regime Ayatollah Khomeinis verheerende Folgen haben.

Die jüngsten Ereignisse auf Kharg sind ein Anlaß, sich mit der wirtschaftlichen Situation Irans vertraut zu machen.

Die Inflationsrate im heutigen Iran beträgt 40%, die Arbeitslosenzahl über fünf Millionen, das landwirtschaftliche und industrielle Wachstum sind negativ und der Haushalt weist ein Defizit von 50% auf.

Um ihre Rial-Ausgaben decken zu können, haben die kurzsichtigen Wirtschaftsfunktionäre des Regimes ungedeckte Geldscheine in Umlauf gebracht, die die Kaufkraft der Bevölkerung ständig vermindern. Die Knappheit von Nahrungsmitteln, Elektrogeräten und Ersatzteilen ließ einen gigantischen Schwarzmarkt entstehen, der — nach einem persischen Sprichwort — „von Hühnermilch bis zum Menschenleben" alles anzubieten hat, allerdings zum Dollarpreis im Schwarzumtausch, also achtmal teurer. An diesem Schwarzmarkt verdienen Staatsfunktionäre des Regimes, die aufgrund ihrer Methode der Aufteilung der Einflußsphären treffend als „Wirtschaftsmafia" bezeichnet werden: Angehörige der herrschenden Clique haben insbesondere Außenhandelsgeschäfte unter ihre direkte Aufsicht gezogen. Sie werden über Einzelheiten der Gespräche unterrichtet, die z. B. mit ausländischen Firmen für den Bau des Teheraner U-Bahnnetzes oder der Erdgaspipeline in Sarachs etc. geführt werden. Sie ermöglichen Devisenausgaben aus der staatlichen Kasse (angesichts der Devisenknappheit ist dies wichtig!) an besondere Geschäftspartner im Ausland, von denen sie wiederrum Bestechungsgelder erhalten.

Beispielsweise „gehört" das Projekt des Teheraner U-Bahn-Verkehrsbundes dem Parlamentsvorsitzenden Haschemi Rafsandjani: das Bauprojekt der Erdölpipeline Teheran-Azerbaidjan „gehört" Mir Hossein Mussawi, dem Ministerpräsidenten; das Projekt der Gas-Pipeline in Sarachs, ebenfalls Azerbaidjan, dem Staatspräsidenten Ali Khamenei die „Iran"-Ölraffinerie dem Erdölminister Gharazi.

Die Devisenreserven der Islamischen Republik sind nach Angaben der britischen National Westminster Bank auf eine halbe Milliarde Dollar geschrumpft. Gegenüber 14 Milliarden Dollar im Jahr 1979 kommen noch Geldreserven im Wert von 2,5 Milliarden Dollar dazu. Im Haushaltsplan 1984/85 ist ein nahezu totaler Stop der industriellen Wachstumsprojekte vorgesehen. Die Importe sind auf Nahrungs- und Arzneimittel, Ersatzteile und militärische Ausrüstung beschränkt.

Im Iran betragen die Kriegskosten monatlich zwischen 300 und 500 Mio. Dollar, nehmen also 40% des Haushaltes in Anspruch, der nach Angaben der Regierung Mussawi zu etwa 50% Defizite aufweist. Die Menge des Exportöls, die in den vergangenen Jahren zwischen 1 und 2 Millionen Barrel täglich schwankte, sollte gemäß den ursprünglichen Plänen um 7,6% anwachsen und 2,2 Millionen Barrel täglich erreichen. Sie blieb aber aus verschiedenen Gründen, z. B. der Unsicherheit der iranischen Exporthäfen, konstant, während die Einnahmen ständig zurückgingen. Die Regierung hatte ursprünglich für das laufende Jahr mit Öleinnahmen in Höhe von 20 Milliarden Dollar gerechnet, nach Schätzungen der „Far Eastern Economic Review" wird die tatsächliche Summe 14 Milliarden Dollar nicht übersteigen und steht 13,7 Milliarden Dollar des Jahres 1984 gegenüber.



Das Ölverladezentrum Kharg

Das Sinken des Ölpreises auf dem Weltmarkt und großzügige Ermäßigungen von 2—3 Dollar pro Barrel, die die Islamische Republik den Kunden gewährt, die trotz der irakischen Bombendrohungen

ihre Tanker die Insel Kharg anlaufen lassen, führten hauptsächlich zu einem Rückgang der Deviseneinnahmen durch den Ölexport.

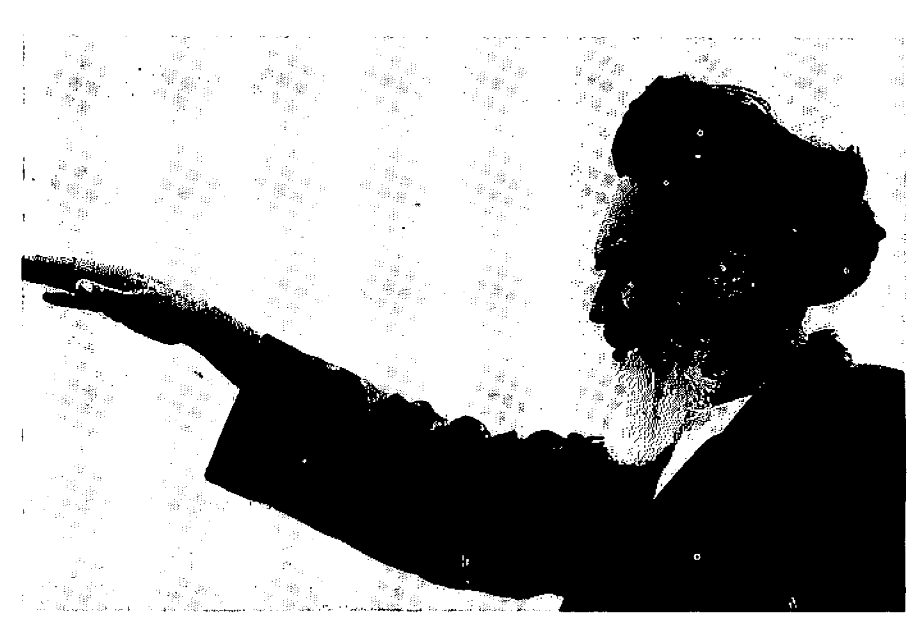
Im Jahre 1984 wurden 25% der Exporte der Islamischen Republik nach dem Kompensationsprinzip getätigt. Staaten und ausländische Firmen, die am Export ihrer Produkte nach Iran interessiert sind, müssen in Kauf nehmen, daß sie als Gegenleistung Rohöl von der Islamischen Republik erhalten. Zudem stellt die Islamische Republik anderen Staaten die Bedingung, daß sie ihre Exporte nach Iran in einem bestimmten Maß ihren Importen anpassen.

Japan beispielsweise kann maximal zum Preis von 50% seiner Ölimporte aus dem Iran Produkte in den Iran exportieren.

Dieses System wird nun vor allem auf die OPEC-Staaten, auf die BRD ausgeweitet, die immerhin im Jahre 1984 Waren im Werte von 2 Mrd. Dollar in den Iran lieferte. Verstärkt sind die Iraner an sogenannten „Barter-Geschäften", die eine besondere Form des Kompensationsgeschäftes darstellen, interniert. Sie erlauben einen Warenaustausch ohne Transfer von Zahlungsmitteln. So kann z. B. — und das ist geschehen — Krupp Rohöl aus dem Iran in Kommission nehmen und selbst auf dem internationalen Markt verkaufen. Gleichzeitig liefert ein anderes Unternehmen (beispielsweise aus der BRD, England oder Schweden) Importgüter an die Islamische Republik. Die wiederum zahlt für ihre Importe aber nicht direkt, sondern Krupp zahlt aus einem Teil seiner Einnahmen aus dem Kommissionsrohöl an die jeweilige europäische Lieferfirma (z. B. Talbot). Krupp fungiert so als Zwischenhändler und macht dabei natürlich auch beträchtliche Gewinne.

Firmen, die im Iran-Handel engagiert sind, müssen alleine oder mit Beteiligung anderer Tanker mieten, die als Gegenleistung von der Islamischen Republik gelieferte̕s Erdöl in Empfang nehmen. Wenn sie den Transport nicht selbst übernehmen können, oder wollen, müssen sie für den Eintritt in den Prozeß des Kompensationsgeschäftes einen bestimmten Betrag an den Iran zahlen. Bei der österreichischen Firma Voest-Alpine (Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke) betrug die Summe 15% des Vertragswertes von 600 Mio. Dollar, ein Vertrag, der über den Verkauf von Fertigmaschinen abgeschlossen wurde und von Umfang und Wert her der bedeutendste Außenhandelsvertrag für Iran war.

Es ist festzuhalten, daß die Islamische Republik Kompensationsverträge aus der Position der Schwäche heraus aushandelt und abschließt. Sie hat in neuester Zeit den Faktor des sogenannten „usance" in ihren Außenhandelsbeziehungen aufgenommen. Demnach hat sie mehrere kurzfristige Kredite mit hohen Zinssätzen bei bundesdeutschen Banken aufgenommen,



mit denen die Banken die Importe der Islamischen Republik an die Exporteure bezahlen.

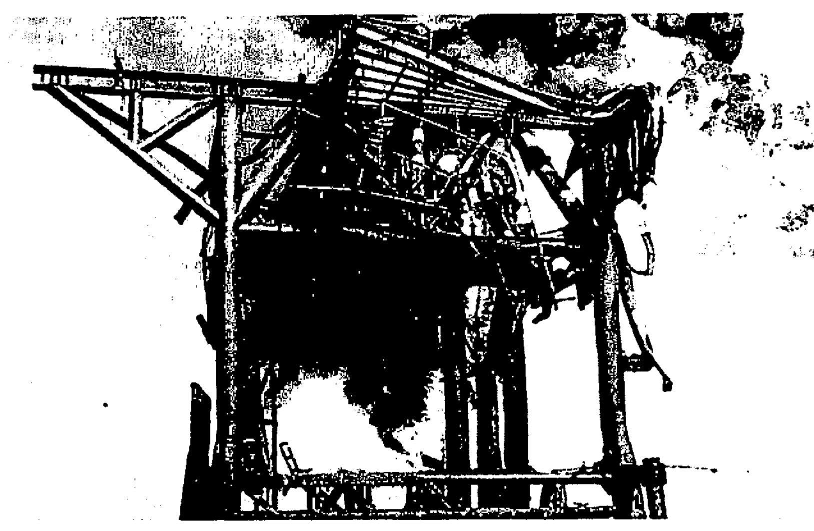
Solche Auszahlungen an hauptsächlich bundesdeutsche und spanische Firmen erfolgen auch durch die „Zwischenhändler"-Firmen wie Krupp. Die Lieferung von Einzel- und Ersatzteilen des britischen Talbot-Konzerns an die Automobilmontagefirma Iran National wurden aufgrund von Meinungsverschiedenheiten mit dem bundesdeutschen Krupp-Konzern, der iranisches Erdöl aufkauft und die Auszahlungen an den Talbot-Konzern vornimmt, unterbrochen. Iran National ist nun schon seit drei Monaten zwangsweise stillgelegt.

Die Islamische Republik verwendet ansonsten ihre Kredite zum Kauf landwirtschaftlicher Produkte, die infolge des Bankrotts der nationalen iranischen Landwirtschaft aus dem Ausland importiert werden müssen. Nach Angaben des Londoner Wirtschaftsmagazines Mid hat die Islamische Republik im Jahre 1984 Nahrungsmittel im Wert von 3.670 Millionen Dollar hauptsächlich aus der Türkei, Australien, Brasilien, Argentinien, Neuseeland und den Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eingekauft und ist damit nach Saudi-Arabien der größte Nahrungsmittelimporteur des Mittleren Ostens. Im ersten Quartal 1985 setzte die Bundesrepublik 1,1% ihrer Exporte im Wert von 1.046 Millionen DM in der islamischen Republik ab.

Aufgrund der engen Beziehungen zwischen dem Nato-Land Türkei (von den Wortführern des iranischen Staatsapparates offiziell als islamisches Bruderland bezeichnet) versuchen viele westeuropäische Exporteure, ihre Güter über die Türkei in den Iran abzusetzen. In einigen Fällen wurden Maschineneinzelteile an türkische Tochtergesellschaften weitergeleitet, von diesen zusammenmontiert und als türkische Produkte an den Iran verkauft. Diese Methode hat das französische Automobilwerk Renault über ihre türkische Tochtergesellschaft bereits angewandt.

Andererseits macht auch die Islamische Republik über türkische Firmen Geschäfte mit westeuropäischen und US-amerikanischen Firmen, deren Wert jährlich 250 Millionen Dollar übersteigt.[1]

Nach der Ablösung von Claude Cheysson durch den jetzigen französischen Außenminister Dumas war eine Wende im Verhalten Frankreichs auf politischem, ökonomischen Gebiet gegenüber der Islamischen Republik Iran zu verzeichnen.



Von Irakern zerstörte Ölquelle

Frankreich hat angeblich seine offene Unterstützung für Irans Kriegsgegner Irak durch die Verminderung der Rüstungslieferungen an das Bagdader Regime eingeschränkt. Darüberhinaus wird, zumindest nach außen hin, die Möglichkeit iranischer Oppositioneller zu Aktivitäten gegen das Regime Khomeinis eingeschränkt. Noch werden französische Produkte von der Islamischen Republik offiziell boykottiert. Daher dürfen französische Banken keine Kredite für den Iran-Handel gewähren. Einzig offiziell tätig sind gegenwärtig französische Experten im Kraftwerk der azerbaidjanischen Hauptstadt Täbris. Das Kraftwerk wird auch offiziell mit Ersatzteilen aus Frankreich beliefert.

Viele französische Firmen umgehen den Boykott der Islamischen Repbulik, indem sie ihre Produkte über Schweizer bzw. britische Scheinfirmen oder tatsächlich existierende Konzerne nach Iran exportieren. Beispielsweise konnten die französischen Peugeot-Werke über den britischen Talbot-Konzern mit der Islamischen Republik einen Kompensationsvertrag im Wert von 200 Millionen Dollar abschließen, nachdem PKW-Einzelteile von Peugeot zur Montage in den Iran geliefert worden waren.

Alles in allem sind das Anzeichen des wirtschaftlichen Niedergangs des Iran, vor allem aufgrund des sinnlosen Golfkrieges gegen Irak. Einen Großteil ihrer militärischen Ausrüstung kauft die Islamische Republik zu hohen Preisen auf dem internationalen Schwarzmarkt.

Iranische Regimegegner haben Bilder und Dokumente über Geschäfte der Islamischen Republik mit auf dem Schwarzmarkt engagierten Rüstungskonzernen der Republik Südafrika und Israel (United Alination Ltd. von Oberst Yakob Nimardi) u. a. über die Drehscheibe des bundesdeutschen Flughafens Rhein/Main veröffentlicht.[2] Ein großes Presseecho fand in letzter Zeit auch das Auffliegen einer Schmugglerbande, die in Zusammenarbeit mit einem Hauptmann des Pentagons von der dortigen Artillerie-Kommandatur amerikanische Waffen an die Islamische Republik verkaufen wollte.

Die verheerende Lage der Islamischen Republik zeigt sich in vielen Dingen. Durch die absolute Stagnation der Bauwirtschaft droht etwa 1.000 Firmen dieser Branche der Bankrott und 1,5 Millionen Beschäftigten die Arbeitslosigkeit. Täglich sind in Teheraner Tageszeitungen Räumungsverkaufsanzeigen der bereits bankrotten Firmen zu finden, in denen Baumaschinen angeboten werden. In einem Fall war die zynische Randbemerkung hinzugefügt, daß die beiden leitenden Ingenieure der ehemaligen Firma demnächst als Straßenhändler und Transportfahrer arbeiten würden.

Allzuweit können es die heutigen Machthaber mit ihrer Politik des totalen Ausverkaufs der nationalen Interessen nicht bringen. Um mit den Worten eines bürgerlichen iranischen Journalisten zu sprechen: „Faule Äpfel fallen grundsätzlich immer vom Baum".

Bleibt nur die Frage, wie der Fall beschleunigt werden kann und wer die Initiative für diese verdienstvolle Aufgabe ergreift, die zwangsläufig aus dem Innern der iranischen Gesellschaft kommen muß.

Anmerkungen:

1. Die Türkei war in der Schah-Zeit zusammen mit Pakistan und Iran Mitglied des CENTO-Paktes. Nach der Revolution war die Islamische Republik bekanntlich nach außen hin auf anti-amerikanischem Kurs. Der CENTO-Pakt wurde aufgelöst und die USA verloren wichtige Positionen im Mittleren Osten. Die Islamische Republik hielt in der ganzen Zeit ihre Beziehungen zur Türkei und Pakistan aufrecht — beide US-Verbündete im Mittleren Osten. Der iranische Außenminister bezeichnete beide Länder als „islamische Bruderländer". Kredite des Schah-Regimes an das Regime von Zia-ul-Hagh wurden von der Islamischen Republik unbefristet verlängert (im Wert von 480 Mil. Dollar). Über die Türkei fanden westliche Konzerne oft eine Möglichkeit, im Iran-Geschäft am Ball zu bleiben. Durch ihre Tochtergesellschaften in der Türkei, die oft auch einen türkischen Namen tragen, konnten teilweise Firmen aus der USA (dem angeblichen Erzfeind) ihre Produkte im Iran absetzen oder größere Aufträge erhalten.
2. Die oppositionelle iranische Organisation der Volksmodjahedin hat vor eineinhalb Jahren in einer Pariser Pressekonferenz Fotos von Kisten vorgelegt, deren Aufschrift zeigte, daß sie auf dem Transportweg von Südafrika nach Iran waren. Die Fotos waren im Frankfurter Flughafen Rhein/Main aufgenommen worden

Nima Mina

Warnke auf den Philippinen



Präsident Marcos, Ehefrau Imelda beim Gottesdienst in Manila

Im Oktober besuchte der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Warnke die Philippinen. Im Verlaufe dieses Besuchs wurde zweierlei deutlich: Zum einen wurde der philippinischen Öffentlichkeit vor Augen geführt, mit welcher Ignoranz gegenüber der Bevölkerung des Landes Repräsentanten der Bundesrepublik dem verhaßten und politisch inzwischen völlig isolierten Marcos-Regime unter die Arme greifen.

Zum anderen dokumentiert der Warnke-Besuch eindrücklich, was gegenwärtig bundesrepublikanische Entwicklungspolitik bedeutet: Verlängerte Außen- und Wirtschaftspolitik.

Unsensibel gegenüber allen Veränderungen im Land, die seit der Ermordung „Ninoy" Aquinos im August 1983 vor sich gehen, verkündet der Bundesminister: „Teil meiner Mission ist, herauszufinden, wie nützlich wir uns in der Stabilisierung ihres (des philippinischen, d. Red.) Programms zur Erholung der Wirtschaft machen können." Mit der „Erholung der Wirtschaft" ist hier gemeint, die Aufrechterhaltung der bisherigen Günstlingswirtschaft und die Abstützung der angeschlagenen Marcos-Diktatur.

In diesem Sinne sollte der Besuch wohl auch eine Signalwirkung haben. Wie sonst ist es zu verstehen, daß Warnke während seines Besuchs ein 25 Millionen-DM-Kapitalhilfeabkommen unterzeichnete, obwohl dieses Geld gar nicht verbraucht werden kann? Mehr noch — es gibt bereits einen beträchtlichen Überhang an zugesagten Krediten aus früheren Jahren, der Jahr für Jahr fortgeschrieben wird.

Auch die Audienz Warnkes beim Präsidenten setzte Zeichen: Auf den Titelseiten der regierungskontrollierten Presse wurde sie als Ausdruck der Unterstützung für Präsident Marcos durch das deutsche Volk gefeiert. Marcos zeigte sich bei dieser Audienz übrigens äußerst zufrieden mit der bundesdeutschen Förderung verschiedener Projekte auf den Philippinen. Auf seine Spendenfreudigkeit anspielend dankte er dem „deutschen Volk" vor allem für die Unterstützung von Umsiedlungsprojekten, in deren Verlauf Slumbewohner aus ihren Wohngebieten verdrängt wurden (und werden). Warnke seinerseits äußerte sich begeistert über die „Erfolge" dieser Projekte.

Die politische Absicht Warnkes steht damit in Kontrast zur gegenwärtigen US-amerikanischen Strategie gegenüber Marcos: Bundesdeutsche Rückendeckung für ein heruntergewirtschaftetes und korruptes Regime zu einem Zeitpunkt und in einer Situation, wo die USA beginnen, sich zu distanzieren. Parallelen zu Südafrika drängen sich auf: Auch dort springt die BRD ein, wo sich in der US-Politik Tendenzen von Zurückhaltung zeigen.

Zeichnet sich hier vielleicht ein neues Aktionsmuster bundesdeutscher „Globalstrategie" in der Dritten Welt ab?

Deutsches Geld für Marcos

Zusammengerechnet hat die Bundesregierung auf den Philippinen in den vergangenen 20 Jahren Entwicklungshilfe in

Höhe von etwa 700 Millionen DM geleistet, davon etwa 30% in Form von nichtrückzahlbarer technischer Hilfe vor allem für den Aufwand von GTZ-Experten, den Rest als „soft loans" mit 30jähriger Laufzeit zu 2% Zinsen im Jahr und mit 10jähriger Zinsfreiheit für Projekte.

Während des Besuchs von Minister Warnke wurde ein Umschuldungsabkommen über ca. 20 Millionen DM an fälligen Zinsen und Tilgungen unterzeichnet. Der philippinische Staat ist zahlungsunfähig und steht seit 1983 unter einem fortgesetzten Moratorium. Die Bundesregierung steht an 3. Stelle, was die Zahlung von Entwicklungshilfe an Marcos angeht. An 2. Stelle steht die japanische Regierung, die allerdings das Zehnfache an Zahlungen leistet. Die japanische Wirtschaft hat sich damit einen entsprechenden Marktanteil an philippinischen Rohstoffen gesichert und verfügt über genügend Druckmittel, eigene Produkte auf dem philippinischen Markt abzusetzen.

Der Aufwand und das Wohlverhalten, mit dem Marcos und die Wirtschaftskreise Warnke bedachten, ließ erkennen, daß er nicht nur als Entwicklungsminister und Lobbyist der deutschen Wirtschaft, sondern auch in seiner Funktion als deutscher Gouverneur der Weltbank die Philippinen besuchte. Er kam direkt von der gemeinsamen Herbsttagung der Weltbank und des IWF, die vom 9.—11. Oktober in Seoul stattgefunden hatte.

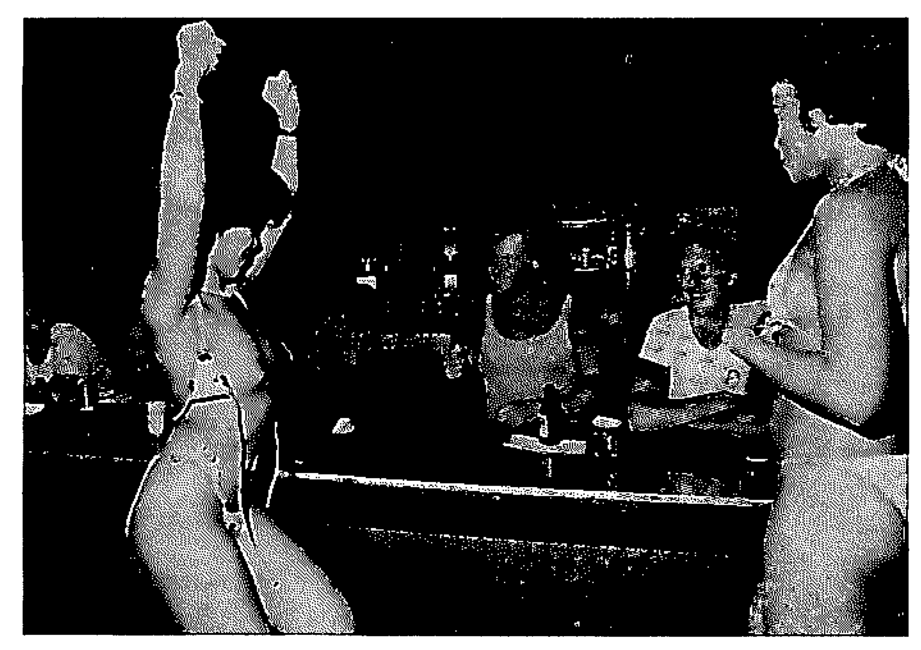
Der deutsche Anteil der Weltbankkredite für die Philippinen liegt über dem der USA. Von den 1,3 Milliarden US$ an Weltbankkrediten stammten 1982 21% aus der Bundesrepublik, nur 18% aus den USA und 16% aus Japan. Dem entspricht auch in etwa der Anteil der deutschen Banken an den 30 Milliarden US$ Auslandsschulden der Philippinen. Welch eine Vorstellung: Die Philippinen sind zu 20% an die Bundesrepublik verpfändet. Das Land liegt zu 20% in deutscher Hand!

Viele Besucher, Touristen und Geschäftsleute führen sich in der Tat so auf, als ob sie eine neuerworbene Kolonie im Pazifik besuchen würden. Nur daß diese Neuen Kolonialisten in der Regel raffinierter auftreten und mit verdeckten Karten spielen.

Minister Warnke jedoch powerte nach alter Manier eines Kolonialherrn und in dem Bewußtsein, deutscher Repräsentant der Weltbank zu sein. Vor der gemeinsamen Tafel des „Makati Business Club (MBC)"[1], und der European Chamber of Commerce in the Philippines (ECCP) im Hotel Intercontinental sagte er:

„Von den Forderungen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds nach struktureller Anpassung kann niemand ungestraft abweichen." Damit sind die devisen- und handelspolitischen Anpassungen der nationalen Wirtschaft ans Weltwirtschaftssystem durch weitere Abwertung des Peso zur Exportsteigerung von Rohstoffen, der Beseitigung von Importbeschränkungen, die dem Schutz der einheimischen Industrien dienen, und weitere steuerliche Belastung der Bevölkerung gemeint. In Soeul wurde der Anteil der strukturellen Anpassungskredite der WB auf 20% des Gesamtvolumens heraufgesetzt. Aber was nicht mehr funktioniert, kann auch nicht mehr angepaßt werden. Das Brutto-Sozial-Produkt (BSP) der philippinischen Wirtschaft ist 1984 um 6% abgesunken und wird voraussichtlich bis Ende 1985 nochmal um 6—7% fallen. Die industrielle Produktion ist in den ersten 6 Monaten '85 um 15% gefallen, in Sektoren, die ausschließlich für den Binnenmarkt produzieren, sogar bis zu 50%. Die Bevölkerung hat keine Kaufkraft mehr. Selbst die Exporte sind in der ersten Hälfte '85 um 15% zurückgegangen.

Aber am Kredit-Kapital liegt es nicht. Ein Handelskredit in Höhe von 3 Milliarden US$, der noch im August '85 bewilligt wurde, ist kaum angerührt worden. Auch der deutsche 30 Millionen Warenkredit den das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) im Juli '84 ausschließlich deutschen Unternehmen auf den Philippinen (seit Anfang '85 auch „joint ventures") zur Verfügung gestellt hat, ist kaum in Anspruch genommen worden. Bisher sind erst 5 Millionen DM verbraucht worden. Botschafter Zellers Mahnung fällt auf steinigen Boden: „Wir möchten die Warenkredite schneller ausgeben." Das Land wird von einem „doppelten Boykott" erschüttert. Die Mehrheit der Bevölkerung kauft nicht mehr, weil sie kein Geld hat. Und



Gogo-Bar in Manila



Familie in Manilas Slum Tondo

die schmale Oberschicht, der Günstlings-Clan und die Familie Marcos selbst, investiert nicht mehr, sondern schafft das Geld ins Ausland. In den 20 Jahren seiner Herrschaft sind schätzungsweise 30 Milliarden US$ außer Landes geschafft worden. 16 Milliarden US$ können davon noch nachgewiesen werden.

Warnke eröffnete Marcos und der Geschäftswelt höchst autotaritativ das neue Weltbank — und IWF — Modell, das unter anderem auch auf den Philippinen erprobt werden soll. Die „austerity"-Maßnahmen (Sparmaßnahmen am öffentlichen Haushalt), die bisher von „oben" die Rentabilität und Rückzahlung garantieren sollten, werden zugunsten eines „seitlichen" Einstiegs privaten Auslandskapitals in die Wirtschaft gelockert. Was die Philippinen angeht, heißt das, das Defizit des Staatshaushaltes kann bedenkenlos weiter erhöht werden:

Von 0,9% auf 1,5% des BSP, i.e. von 6,2 auf 8,7 Milliarden Pesos oder von 950 Millionen auf 1,3 Milliarden DM.[2] Welch absurde Vorstellung: der konservative CDU-Minister, der in Bonn auf Restriktion der öffentlichen Hand eingeschworen ist, empfiehlt auf den Philippinen ein Wirtschaftswachstum durch höhere Haushaltsverschuldung!

Es kann nicht funktionieren. Der Haushalt weist jetzt bereits ein Loch von 9 Milliarden Pesos auf. 10 Milliarden Pesos sind allein '85 zusätzlich erforderlich, um die beiden Regierungsbanken Development Bank of the Philippines (DBP) und Philippine National Bank (PNB) vor dem Ruin zu retten. Seit Januar '85 sind 37 Banken mit 3 Millionen Konten zusammengebrochen, die mit 1,8 Milliarden Pesos aus dem Haushalt abgedeckt werden müssen. 1984 sind 26 Banken geschlossen worden.

„Das Problem ist nicht die Wirtschaft, sondern die Politik, Herr Präsident!"

Die Kreditwürdigkeit hat mit der Glaubwürdigkeit des Geschäftspartners und des Systems eines Landes zu tun. Warnke exponierte sich bis zur Peinlichkeit als Propagandist von Auslandsinvestitionen als Alternative zur weiteren Kreditaufnahme: „Auslandsinvestitionen sind besser als Kredite, man braucht sie nicht zurückzuzahlen." Er gebärdete sich als gelehriger Schüler und rücksichtsloser Vollzugshelfer der USA und propagierte mit Nachdruck die Privatisierung der Entwicklungshilfe, wie sie in Seoul von US-Finanzminister James Baker vorgestellt worden war. Baker hatte in Seoul die WB offen zum Hebel für private Bankgeschäfte erklärt. Die Entwicklungshilfe für die Dritte Welt ist damit endgültig zur Entwicklung von Banken in den westlichen Industrieländern verkommen.[3]

Warnke nahm in seiner Rede vor dem MBC nicht wahr, daß er den philippinischen Industriellen, die in der Überwindung der Günstlingswirtschaft von Marcos und dem Zurückdrängen der aggressiven Auslandsinvestitionen die Voraussetzung für die Erholung der nationalen Wirtschaft sehen, in den Rücken fiel. Für solche Veränderungen sind jedoch politische Grundentscheidungen erforderlich. In der Tat stimmt die Devise: „Das Problem ist nicht die Wirtschaft, sondern die Politik, Herr Präsident!" Das „bon mot" von Bergbauunternehmer und Politiker Jimmy Ongpin ist zum geflügelten Wort auf den Philippinen geworden und wird von allen Teilen der Bevölkerung des Landes als entsprechende Antwort akzeptiert.

Wo war der vielzitierte „Politdialog" des deutschen Entwicklungsministers? Er fiel in Niveau, Einschätzung der Lage und Empfehlungen weit hinter seine Kollegen der Reagan-Administration zurück, die die Ursache der zunehmenden Verelendung der Bevölkerung und des wachsenden Widerstandes gegen das Marcos-Regime in unzureichenden Reformen erkannt haben. Das US-State Departement und neuerdings auch Reagan distanzieren sich dezent von Marcos und suchen fieberhaft nach Alternativen. Sie lassen auch die Scheinauflösungen monopolistischer Wirtschaftsunternehmen der Günstlinge von Marcos nicht mehr durchgehen, den größten Hemmschuh für das „economic recovery program".

Marcos war gerade dazu gezwungen worden, den Plan fallenzulassen, seinen Lieblings-Günstling und Kopra-König Eduardo („Danding") Cojuangco[4] ins Importgeschäft von Weizen und Exportgeschäft von Zucker einzuführen, sowie ihn die Kontrolle des gesamten Reismarktes übernehmen zu lassen. Die Bundesregierung und die deutschen Firmen auf den Philippinen aber greifen gierig nach der Hand des skrupellosen Unternehmers und Financiers des Regimes.

Kapital kennt bekanntlich keine Moral. Marcos erinnerte Warnke in der Audienz vom 14. Oktober daran, daß er persönlich in Begleitung von Botschafter Klaus Zeller erst im August die Cojuangco-Lurgi-Kopraanlage in Batangas eröffnet habe, die zu etwa 30% (6 Millionen DM) von der Bundesrepublik finanziert wurde.

Sicherlich haben die Erinnerungen an schamlose und unheilvolle finanzielle Unterstützung von Diktatoren in unserer eigenen Geschichte den Asienleiter des ZDF dazu veranlaßt, Warnke nicht bei seinem Besuch von Cojuangco zu begleiten. Denn in Anspielung auf Somoza bemerkte dieser: „Wenn Warnke sich aus humanitären Gründen weigert, den Sandinisten die Hand zu schütteln, aber Cojuangco zu Hause besucht, ist er für mich unglaubwürdig."

„Modell Deutschland" für die Philippinen

Die Behauptung Warnkes, daß die Regierung Kohl die stabilste Wirtschaft der Welt herbeigeführt habe, wirkte nicht glaubwürdig, darüber hinaus auch noch plump und arrogant. Ein Geschäftsmann des MBC wies mit philippinischer Höflichkeit auf die jüngste deutsche Spionageaffäre hin, um den Minister von seiner wirtschaftlichen Wachstumsmanie abzubringen und auf andere Probleme und Einflußfaktoren einer Gesellschaft hinzuweisen. Warnke aber versteifte sich lehrmeisterlich auf das „Modell Deutschland": An erster Stelle führte er dabei die gewerbliche Berufsausbildung an! Weiß er nicht, daß über eine halbe Million qualifizierte philippinische Facharbeiter im Ausland, besonders im Nahen Osten tätig sind, weil es zu Hause keine Beschäftigung gibt? Weiter brauche man, laut Warnke, den Willen zum Fortschritt! Der ist vorhanden, funktioniert jedoch nicht unter Marcos. Und außerdem empfahl er natürlich die „Soziale Marktwirtschaft"! Interessant daran ist die Warnkesche Interpretation von „sozial": „Es ist in Ordnung, wenn eine Gesell*schaft eine* Menge Millionäre hat, nur zu viele Milliardäre sind nicht gut."

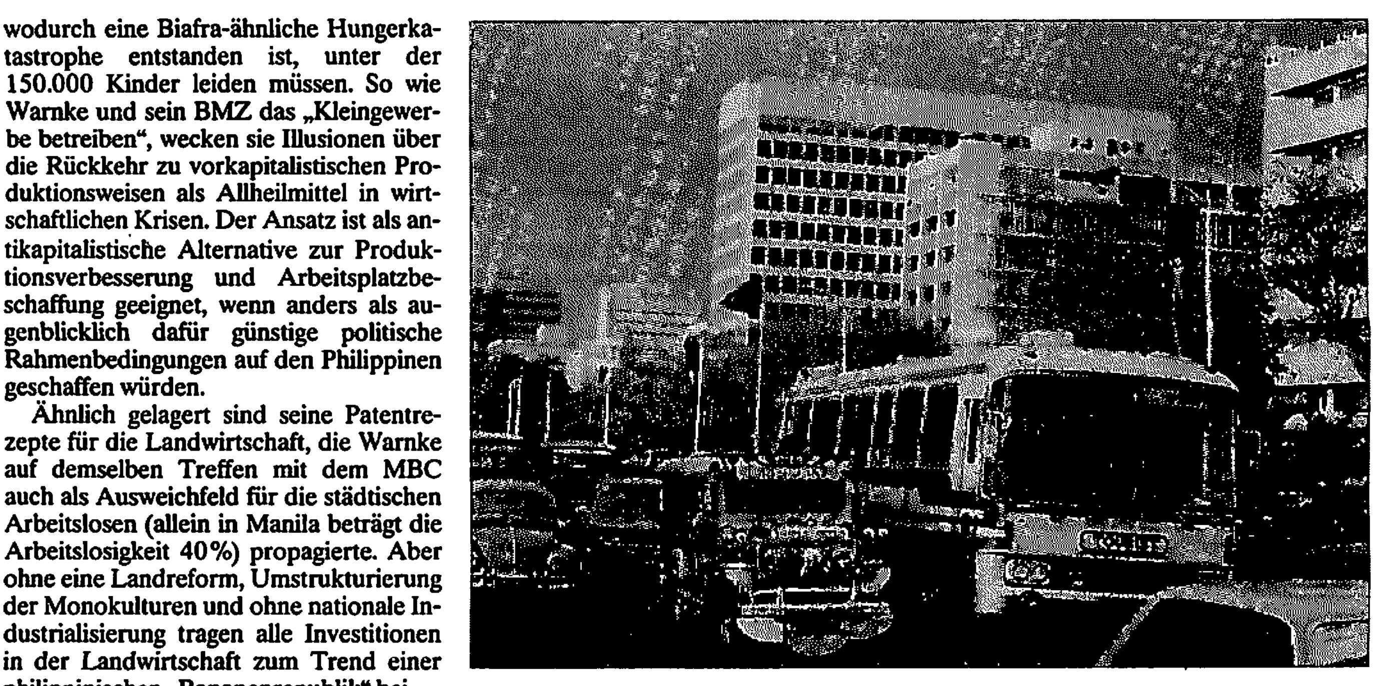
„Kleingewerbe" pries der Minister desweiteren als neue Entwicklungsstrategie für die Philippinen! Für Teller und Tassen gebe es z. B. einen guten Markt in der Bundesrepublik. Diese Überlegung stellte Warnke wohl als ehemaliger Keramikhändler an! Stellt er sich vor, die Produktion auf den riesigen und „modernen" Kopra-, Zucker- und Bananenplantagen des Landes kleingewerblich umzugestalten, weil die Arbeitslöhne zu niedrig sind und der Export zu sehr von den Schwankungen des Weltmarktes abhängig ist?

Seit dem Verfall des Zuckerpreises auf dem Weltmarkt unter die Produktionskosten haben auf der 2 Millionen Einwohner zählenden Zuckerinsel Negros 400.000 Menschen ihre Arbeit verloren,

wodurch eine Biafra-ähnliche Hungerkatastrophe entstanden ist, unter der 150.000 Kinder leiden müssen. So wie Warnke und sein BMZ das „Kleingewerbe betreiben", wecken sie Illusionen über die Rückkehr zu vorkapitalistischen Produktionsweisen als Allheilmittel in wirtschaftlichen Krisen. Der Ansatz ist als antikapitalistische Alternative zur Produktionsverbesserung und Arbeitsplatzbeschaffung geeignet, wenn anders als augenblicklich dafür günstige politische Rahmenbedingungen auf den Philippinen geschaffen würden.

Ähnlich gelagert sind seine Patentrezepte für die Landwirtschaft, die Warnke auf demselben Treffen mit dem MBC auch als Ausweichfeld für die städtischen Arbeitslosen (allein in Manila beträgt die Arbeitslosigkeit 40%) propagierte. Aber ohne eine Landreform, Umstrukturierung der Monokulturen und ohne nationale Industrialisierung tragen alle Investitionen in der Landwirtschaft zum Trend einer philippinischen „Bananenrepublik" bei.

Warnke plädierte für die Entstaatlichung der Entwicklungszusammenarbeit, dank der Einsicht, daß staatliche Institutionen die ineffizientesten Entwicklungsmotoren sind und sprach sich für Selbsthilfeprogramme der Zielgruppen an der Basis aus. Als „Basis" aber hatte er private Unternehmer oder Banken im Sinn. Dabei bieten aber gerade die Philippinen ein außerordentlich weit gespanntes Netzwerk an Basisorganisationen, die sich seit der Ermordung von „Ninoy" Aquino im August 1983 in allen Bereichen der Gesellschaft gebildet haben, und zwar unter den städtischen Armen, den Landarbeitern, den Fischern, den Tribal Filipinos, den Frauen und anderen. Wenn Entwicklungszusammenarbeit mit Selbsthilfeorganisationen eines Landes ernst gemeint gewesen wäre, hätten Warnke und seine 20köpfige Delegtion aus BMZ und KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) Kontakt mit ihren Vertretern gesucht. Wenn er sich vorher von der Botschaft in Manila hätte umfassend informieren lassen, hätte er auch feststellen können, daß die Beschwörung der „Kommunistischen Unterwanderung der ‚peoples organizations'" durch die Regierung lediglich aus dem Repertoire der antikommunistischen Propaganda stammt.



Prachtstraße in Manila

Stattdessen fand ein „Meinungsaustausch" mit Vertretern der etablierten Oppositionsparteien statt, die sich nach philippinischer Version dadurch von Marcos und seiner Partei der Neuen Gesellschaft (KBL) unterscheiden, daß sie nicht an der Macht sind.

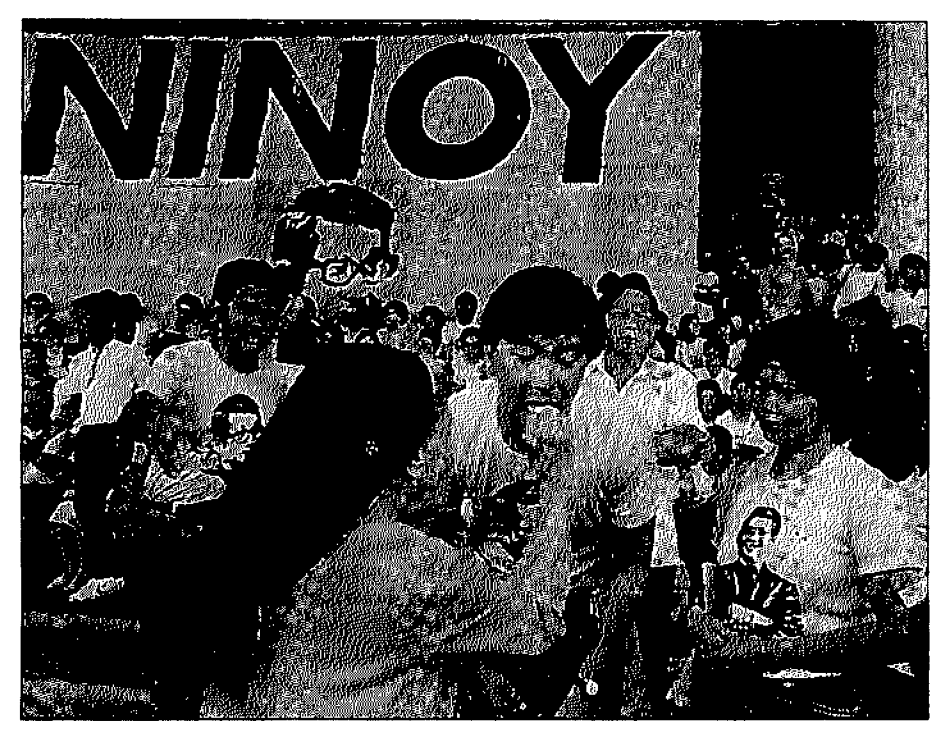


Gefangene Guerrillos auf Minanao

Entwicklungspolitik nach der „Wende"

Wenn Entwicklungspolitik neuerdings Wirtschafts- und Außenpolitik „mit anderen Mitteln" ist, dann sollte Warnke es auch sagen und damit zur Vermeidung von Mißverständnissen auf den Philippinen und in der Bundesrepublik beitragen. Geht es jedoch um bewußte Verschleierung von Geschäftsinteressen, ist Protest und Aufklärung angebracht. Warnke schockierte nicht nur philippinische Geschäftsleute, sondern auch die 50 deutschen Experten der GTZ auf einem Empfang des Botschafters mit der eindeutigen Absage an Entwicklungszusammenarbeit, die auf Respektierung der Souveränität eines Partnerlandes basiert: „Entwicklungsländer haben selbstverständlich die Freiheit, mit Entwicklungsgeldern dort einzukaufen, wo es am billigsten ist und internationale Abschreibungen durchzuführen. Die Länder, die jedoch den Zuschlag erhalten, sollen dann aber gefälligst auch die Waren finanzieren, die sie liefern."

Nichts ist mehr von den Kriterien übriggeblieben, die auf Hilfsbereitschaft in Not, Verständigung von Völkern und Sinn für Gerechtigkeit und Humanität aufgebaut waren. Die Hungerkatastrophe auf Negros war kein Thema. Die Menschenrechtsverletzungen auf den Philippinen mit 800 politischen Gefangenen, 500 Exekutierten und 600 Vermißten, das Massaker von Escalante auf Negros vom 20. Sept. '85 mit 21 Toten spielten keine Rolle in den Gesprächen von Minister Warnke und der philippinischen Regierung. Es gab mal ein Übereinkommen, in Diktaturen nur Projekte zu fördern, die der Bevölkerung unmittelbar zugute kommen. Das führte 1973 zum Abbruch der staatlichen Kooperation mit dem Pinochet-Regime. Die holländische Regierung



„Ninoy"-Aquino-Kult in Manila

wickelt Hilfsmaßnahmen für die Philippinen nur noch über nicht-staatliche Zwischenträger ab, was übrigens auch von anderen Regierungen erwogen wird. Selbst in den USA gibt es Überlegungen, 25% der Wirtschaftshilfe über die katholische Kirche der Philippinen laufen zu lassen.

Warnke machte keinen Hehl aus seiner Vorliebe für die Entwicklungsdiktaturen Taiwan und Süd-Korea, die Wirtschaftswachstum durch Unterdrückung von Gewerkschaften und auf Kosten einer stagnierenden gesellschaftspolitischen und kulturellen Entfaltung vorweisen. Wohl inspiriert durch die neuentfachte Ideologiediskussion in Südost-Asien ließ sich Warnke vor dem MBC zu einem theologischen Traktat über die Vorzüge des Christentums als Entwicklungsgrundlage einer Gesellschaft hinreißen. Vom „Respekt menschlicher Würde" und „christlicher Verantwortung füreinander" waren aber die Kreise, die Warnke auf den Philippinen besuchte, gerade am weitesten entfernt. Was er wirklich mit den christlichen Vorzügen meinte, zeigte er in der Festigung der Beziehungen zum reaktionär-katholischen Eliteclub Opus Dei, dem er in seiner Hochburg „Center for Research and Communication" (CRC) einen persönlichen Besuch abstattete. Das CRC wird aus Bundesmitteln über die Hans Seidel Stiftung der CSU finanziell und personell gefördert.

Während des Warnke-Besuchs wurden Abkommen über 25 Millionen DM Kapitalhilfe unterzeichnet. Die technische Hilfe in Höhe von 12,5 Millionen DM hinzugerechnet, beträgt das Hilfsvolumen für 1986 37,5 Millionen DM. Das entspricht dem Jahresdurchschnitt der vergangenen Jahre. Die Unterzeichnung in Manila war nur noch ein diplomatisch-demonstrativer Akt. Die Abkommen waren inhaltlich bereits im August '85 von Planungsminister Vincente Valdepeñas und Botschafter Klaus Zeller in Bonn ausgearbeitet worden. Für die Kapitalhilfe selbst aber besteht im Grunde kein Bedarf. 1984 gab es für die Philippinen einen Überhang von 72 Millionen DM, der nicht aufgebraucht wurde. In der Zeit von 1964—85 wurden von den Abschlüssen über 316,4 Millionen DM insgesamt 170 Millionen DM nicht abgerufen und jedes Jahr fortgeschrieben.

Für die technische Hilfe gibt es solche Probleme nicht, denn aus diesem Fond wird vor allem der hohe Aufwand für die 50 deutschen Experten der GTZ finanziert, der pro Kopf bei 10.000—15.000 DM monatlich liegt.

Der schleppende „Mittelabfluß" ist nur zum Teil auf die fehlenden Gegenleistungen auf philippinischer Seite, den sogn. „Counterpart Funds" zurückzuführen. Die Dysfunktion der Gesamtwirtschaft ist die eigentliche Ursache für die mangelhafte Projektabwicklung. Die meisten der 14 Kapitalhilfe-Projekte und der 12 Projekte der technischen Hilfe sind nicht zur Entwicklung des Landes geeignet, sondern setzten sie bereits voraus. Gemessen an den unmittelbaren Entwicklungserfordernissen sind sie nahezu bedeutungslos.

Deutsche Projekte

Das älteste und bekannteste Projekt befaßt sich mit dem Pflanzenschutz, der in engem Bezug zur Einführung der zunehmend umstrittenen hybriden Reissorten steht. Das Projekt hat seit 1974 ingesamt 24,7 Millionen DM verschlungen und soll nochmal mit 8,7 Millionen DM aufgestockt werden. Es ist offensichtlich als Wegbereiter für den Absatz deutscher Chemieprodukte unterstützt worden. Der Marktanteil von Hoechst und Bayer am Umsatz von Pestiziden und Insektiziden ist auf den Philippinen außergewöhnlich hoch.

Von den neu vereinbarten Mitteln werden 21 Millionen DM für den Ausbau des städtischen Telefonnetzes im Umkreis des Geschäftsviertels Makati eingesetzt. Partner ist die Philippine Long Distance Telephone Corporation (PLDT) des Cojuangco Clans, der das Monopol der privaten Telekommunikation auf den Philippinen besitzt. Die Firma Siemens, Nutznießer der Kapitalhilfe, hat bereits auf den Philippinen dafür die Produktion von Geräten übernommen. Mit den restlichen 4 Millionen DM wird das innerstädtische Umsiedlungsprojekt von Dagat-Dagatan von 12 auf 16 Millionen DM aufgestockt, das der National Housing Authority (NHA) und General Gaudencio Tobias untersteht.

Die Umsiedlung von Dagat-Dagatan in Manila steht im Kontext eines 12 Millionen US$ Slumsanierungsprojektes der Weltbank. Für die Anfangsphase ist vorgesehen, etwa 7.000 Familien aus den Slums des Hafengebietes Tondo auf einem 78 Ha. großen Aufschüttungsgelände umzusiedeln. Hinter dem Umsiedlungsprogramm steht das deutsche Interesse, den Zuschlag für den mit 500 Millionen DM US$ veranschlagten Ausbau des internationalen Containerhafens auf dem „gesäuberten" Gelände zu erhalten, für den bereits Kräne aus der Bundesrepublik geliefert wurden.

Infolge von Spekulationen, Begünstigungen und Überkommerzialisierung des sozialen Wohnungsbaus gelangt die Zielgruppe der Tondo Slumbevölkerung nicht in den Genuß des Projektes. Die unabhängig von den günstigen deutschen Bedingungen von der NHA festgesetzten Belastungen sind für die Siedler untragbar. Dadurch, und infolge mangelnder Einkommensmöglichkeiten erneut verschuldet, stehen sie vor der Entscheidung, entschädigungslos ausgewiesen zu werden oder an Spekulanten zu verkaufen. Wegen der mangelhaften Zahlungsfähigkeit der Armen hat die NHA das Konzept des sozialen Wohnungsbaus in Dadag-Dagatan inzwischen aufgegeben und ist zu der absurden Form von Verlosung der Bauplätze und Wohneinheiten übergegangen, an der sich wegen der hohen Einsätze nur Einkommensstarke beteiligen können. Die letzte Verlosung fand an Marcos Geburtstag am 11. September '85 statt. Die monatliche Belastung für die kleinste Wohneinheit des neuesten Flexi-Homes Projektes, Reihenwohnungen aus vorgefertigten Bauelementen, beträgt beispielsweise 900 Pesos (etwa 130 DM). Das entspricht etwa 2/3 des Monatslohns eines städtischen Facharbeiters, wenn er Arbeit hat.

Ein zusätzliches Problem des Bundesrepublik-WB Projektes ist die ökologische Zerstörung in der Manilabucht: Seitdem die Mangrovensümpfe und Teiche von Dagat-Dagatan zugeschüttet und auf 12 m über dem Meeresspiegel aufgeschwemmt worden sind, ist der natürliche Wasserabfluß der nördlichen Stadtbezirke außer Kontrolle geraten. In der Regenzeit stehen die umliegenden Wohn- und Gewerbegebiete von Navotas und Malabon wochenlang unter Wasser.

Ähnliche Probleme herrschen im Umsiedlungsgebiet Dasmariñas in der Provinz Cavite, etwa 40 Km. südlich von Manila, wo „illegale" Slumbewohner aus Manilas Hafenbezirk zwangsumgesiedelt werden. Aus Mitteln der Bundesregierung wird der Bezirk „E" mit 10 Millionen DM für die Erschließung von 60 Ha. mit 3.000 Bauplätzen finanziert. Hinzu kommt die Aufwendung für einen deutschen Soziologen in Höhe von 3,2 Millionen DM, der die fehlenden Arbeitsplätze „erschließen" soll.

Da für die Siedlung keine landwirtschaftliche Anbaufläche vorgesehen ist und es keine Arbeitsplätze in der Umgebung gibt, vegetiert das Projekt ohne wirtschaftliche Grundlage. Die Verelendung ist in Dasmariñas noch stärker als in den Slums, aus denen die Menschen stammen. Das deutsche Geld ist hauptsächlich für Infrastrukturmaßnahmen, wie Straßen, Brücken und öffentliche Gebäude aufgewand worden, deren Kosten voll auf die Siedler umgelegt werden. Die Aufwendung für die Siedlerfamilien ist sehr gering. Die Mehrzahl der Siedler ist bei der NHA verschuldet und von erneuter Ausweisung bedroht, was von Spekulanten schamlos ausgenutzt wird.

Die Aussiedlung aus Manilas 400 Slums mit einer Bevölkerung von 2,5 Millionen dient nach übereinstimmenden Recherchen in erster Linie der Verschönerung der „City of Man" Manila, um die die First Lady und Manilas Gouverneur Imelda Marcos bemüht ist, und nicht der Wohlfahrt der Bevölkerung.
Neuerdings wird die Umsiedlung auch von militärischen Gesichtspunkten mitbestimmt, um anders als in Davao rechtzeitig Zuwege und Kontrollmöglichkeiten in den Slums zur Bekämpfung der städtischen Guerillaaktivitäten zu schaffen.

Was mag nur Minister Warnke zu der begeisterten Äußerung über Dasmariñas in seiner Audienz mit Marcos bewegt haben? Entweder ist er selbst nicht in der Lage, die Problembereiche einer Umsiedlung zu erkennen oder er wurde falsch informiert und beraten. Er hat offensichtlich nicht einmal den Zynismus in Marcos' Erwiderung verstanden, daß neu eingeführte „livelihood projects" die Rückzahlung der Kredite an die WB und die Bundesregierung garantieren. Um wessen „livelihood" geht es also?

Ein Projekt mit ähnlicher „fremdbestimmter Zielsetzung" ist das offiziell so bezeichnete „Imelda Settlement Project" in Süd-Leyte, Visayas, der Ursprungsprovinz von Imelda Romualdez-Marcos. Auf einem Gelände von 13.000 ha sollen 1.400 Siedler „rehabilitiert" und 750 neue Siedlerstellen geschaffen werden. Allein dafür sind 24,5 Millionen DM aus Bundesmitteln zur Verfügung gestellt worden. Counterpart-Mittel der philippinischen Seite werden umgerechnet mit 28 Millionen DM angegeben. Das ergibt einen Aufwand von 158.000 Pesos (etwa 24.000 DM) pro Siedlerstelle. Es ist im Lande keine Siedlungsplanung, auch nicht unter extrem schwierigen Bedingungen, bekannt, die mit einem derartig hohen Aufwand kalkuliert. Der unverhältnismäßig hoch angesetzte Eigenanteil und die damit mobilisierten Devisen aus der Bundesrepublik haben Anlaß zu Spekulationen über die Verwendung der Mittel in Imeldas Heimatprovinz gegeben.

Das aktuelle Problem des Projektes liegt jedoch darin, daß das Siedlungsgelände von der New Peoples Army (NPA) kontrolliert wird und den Regierungsstellen und damit auch dem deutschen Berater nicht mehr zugänglich ist. Trotzdem wird das Projekt, offensichtlich aus politischer Rücksichtnahme auf die First Lady, nicht abgebrochen, wie es die australische Regierung mit einem ähnlichen „Integrated Rural Development Project" in Nord-Samar aus „Sicherheitsgründen" vor einigen Monaten getan hat.

Ein anderes umstrittenes Projekt ist das „Carthography, Photogrammetry and Remote Sensing Center", der National Carthographic Authority (NCA), das mit insgesamt 6,5 Millionen DM finanziert wird. Obwohl das Projekt mit Hilfe der Armed Forces of the Philippines (AFP) durchgeführt wird, stagniert die Implementierung. Die teuren Geräte sind notdürftig auf dem Militärstützpunkt Vilamore Airbase in Manila eingelagert und allen schädlichen Außeneinflüssen ausgesetzt. Während der Flutkatastrophe in Manila vom Juni '85 standen Kisten tagelang unter Wasser.

Ein Zentrum für den Einsatz der Ausrüstung entsteht im Hauptquartier der AFP Fort Bonifacio in Manila. Die Verzögerungen sind offensichtlich durch die vorläufige Beurlaubung von Generalmajor Fabian Ver wegen Verwicklungen im Aquino-Mord verursacht worden.

Am 2.12. endete der Prozeß um die Ermordung Aquinos mit dem Freispruch von General Ver, bis dahin beurlaubter Oberbefehlshaber der Armee und 25 weiteren Angeklagten. Ver konnte auf Anordnung von Präsident Marcos sein Amt wieder übernehmen. Das Urteil ist rechtskräftig, ein Berufungsverfahren ist ausgeschlossen.

Der sehr fragwürdige Prozeßverlauf und sein skandalöses Urteil löste in der philippinischen Öffentlichkeit größte Proteste aus. Inwieweit der Freispruch für die Mörder Aquinos dazu beiträgt, das Marcos-Regime seinem Sturz näher zu bringen, bleibt abzuwarten (Über die Entwicklung des Widerstandes gegen die Marcos-Diktatur auf den Philippinen vgl. „blätter des iz3w" Nr. 122, Dez. 1984).

General Ver koordiniert persönlich die kartographischen Dienste der verschiedenen Militäreinheiten und führt den Vorsitz der NCA. Möglicherweise wird entgegen den Empfehlungen der US-Berater vom philippinischen Militär einer Luftaufklärung und Datenerfassung von Guerillabewegungen mit Hilfe der gelieferten Geräte noch nicht der entsprechende Stellenwert beigemessen, wie vergleichsweise in Vietnam und Nicaragua.

Eine Kurzdurchleuchtung der Projekte könnte festgesetzt werden. Die aufgeführten Beispiele machen bereits deutlich, daß Projektevaluierungen anstehen. Noch dringender wäre die Untersuchung von Funktion und Stellenwert in Bezug auf die Bedürfnisse in der augenblicklichen Situation des Landes.

Die einfache Wertung durch Botschafter Klaus Zeller anläßlich eines Empfangs für Minister Warnke, daß die Kooperation in den Bereichen und mit den Prioritäten: Rohstoffgewinnung, Technikerausbildung und Kommunikation hervorragend plaziert ist, reicht sicher nicht aus. Ebensowenig dient es der Qualifizierung der deutschen Beziehung zu beteuern, daß Europa auf die „Förderung globaler Wohlfahrt, Beiträge zur globalen Kultur,

Technologie und Management von Ressourcen für Männer und Frauen von morgen" bedacht ist. (vor dem MBC im Mai '85)

Frau Elke Warnke löste sich gelegentlich aus dem Schatten ihres Ministergemahls und suchte unter anderem den Kontakt mit philippinischen Frauengruppen. Sie traf jedoch in Anlehnung an die Kontakte ihres Mannes lediglich mit Sozialministerin Sylvia Montes, der Präsidentin des Nationalverbandes der Frauenclubs und Vicky Valdepeñas, der Frau des Hauptverhandlungspartners ihres Mannes, zusammen. Mehr als der Austausch von Höflichkeiten hat offensichtlich nicht stattgefunden.

Ein kritischer Kommentar von philippinischen Frauen merkte dazu an, anstatt Frauen zu hofieren, die den Diktator unterstützen, hätte Frau Warnke besser daran getan, unabhängige und gesellschaftlich engagierte Frauengruppen kennenzulernen, um mit ihnen den als Heiratsvermittlung kaschierten Sextourismus zwischen der Bundesrepublik und den Philippinen zu erörtern und auch zu erfahren, nach welchen Methoden deutsche Textil- und Elektronikfirmen philippinische Frauen ausbeuten.

Auch Tage nach Warnkes Abreise konnte nicht in Erfahrung gebracht werden, ob der gleichzeitige Aufenthalt von 23 west-deutschen Polizeioffizieren unter dem Kommando eines Polizeimajors. in Manila in Zusammenhang mit dem Ministerbesuch stand. Nach offizeller Version handelte es sich um einen Erfahrungsaustausch mit dem Northern Police District Manilas über „Projekte in Slumgebieten, Bekämpfung von Kriminalität und ähnlichem..."

Anmerkungen:

1. Der Makati Business Club ist eine Unternehmerorganisation, die seit der Ermordung Aquinos dem Marcos-Regime oppositionell gegenübersteht.
2. Die gesamte Auslandsschuld betrug Anfang 1985 26 Mrd. US$ (NZZ vom 25.1.85).
3. Der amerikanische Finanzminister James A. Baker hat am 8.10.1985 auf der Jahrestagung von IWF und Weltbank in Seoul einen „Drei-Punkte-Plan" zur Lösung der sog. „Schuldenkrise" vorgelegt:
   — Die Hauptschuldnerländer sollen nach Maßgabe des IWF eine Strukturanpassungspolitik betreiben, die auf Förderung des Wachstums, Verbesserung der Zahlungsbilanz und Eindämmung der Inflation ausgerichtet ist,
   — dazu sollen die Kreditmittel von Weltbank und IWF in den nächsten drei Jahren um weiter 9 Milliarden US-Dollar aufgestockt werden und
   — zusätzlich mit 20 Milliarden US-Dollar, die die privaten Banken aufbringen müßten, kombiniert werden.
   Die bisherige knallharte Zwangsanpassungspolitik an den Weltmarkt soll also fortgesetzt, aber durch eine offene Kommerzialisierung der sog. Entwicklungshilfeleistungen für die nächsten drei Jahre etwas abgepolstert werden.
   Selbst Bundesfinanzminister Stoltenberg fiel in Seoul auf, daß der Baker-Plan die hohen US-Zinsen aus dem „Verschuldungsproblem" einfach ausklammert. Stattdessen sollen die Probleme der US-Privatbanken jetzt teilweise auf das internationale Kapital abgewälzt werden. Wohl besonders deswegen ist der Plan auch im IWF nach wie vor umstritten.
4. Eduardo Cojuangco kontrolliert praktisch als Monopolist die Verarbeitung und Vermarktung von Kopra, bislang neben Zuckerrohr mit das wichtigste Exportprodukt der Philippinen. Speziell in den siebziger Jahren konnte er seinen ökonomischen und politischen Einfluß stark ausbauen. Er spielt eine wichtige Rolle in der Regierungspartei KBL und war verschiedentlich sogar schon als möglicher Marcos-Nachfolger im Gespräch. Er hält sich praktisch eine Privatarmee und unterstützt besonders die sog. „Integrated Civilian Home Defence Forces", die für ihren Terror gegen die Bevölkerung berüchtigt sind.
   Der IWF hat dieses Jahr das Zurückhalten eines Kredites von 453 Mio. US-Dollar an die Philippinen u. a. damit begründet, daß der Niedergang von Kopra als Exportprodukt in den letzten Jahren mit der Vetternwirtschaft von Marcos und Cojuangco zusammenhänge und entsprechende Änderungen verlangt (vgl. „taz" v. 1.11.1985).

Sigi Turner, Manila

Offener Brief an Frau Warnke

Die Frau des BRD-Ministers für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Frau Elke Warnke, teilte uns bei ihrem Besuch mit, sie sei „erstaunt, wie aktiv die Philipinischen Frauen seien, von den Frauen auf dem Land angefangen bis hin zu denen in den obersten Schichten der Gesellschaft." Auf den ersten Blick mag sie vielleicht gute Gründe für diese Einschätzung haben. Würde sie aber die Probleme der Filipinas näher betrachten, wäre es schwierig für sie, diese Bemerkungen aufrechtzuerhalten. Denn in einer Zeit, in der viele Filipinas durch Briefkasten-Vereine deutschen Männern als Bräute zum Opfer fallen, oder gar als Prostituierte und Nachtklub-Tänzerinnen im Ausland enden, ist es schwer möglich, diese Worte mit der Wirklichkeit in Einklang zu bringen.

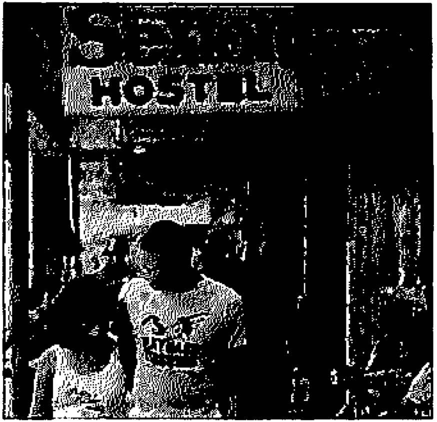
Tatsächlich gibt es einiges darüber zu sagen, wie eine „Kooperation" zwischen den beiden Ländern aussehen soll, insbesondere zwischen deutschen und philippinischen Frauen. Auf der strukturellen Ebene ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit weitgehend einseitig abgelaufen: Westdeutsche Firmen kommen mit hightech aus zweiter Hand zu uns, deutsche Manager und deutsches Kapital mit der Absicht, unsere Arbeitskraft und Ressourcen auszubeuten. Bundesdeutsche Konzerne wie Triumph International und verschiedene Textilfabriken stellen philippinische Frauen ein. Kinder, sowohl Mädchen als auch Jungen, verkaufen für fast nichts deutsche Süßwaren auf der Straße, von den frühesten Morgenstunden bis tief in die Nacht hinein. Sie setzen sich dabei erheblicher Gefahr im Straßenverkehr Manilas aus.

Die Programme eures Kulturzentrums hier bieten deutsche Filme, führen deutsche Künstler und ihr Werk vor, ohne jeglich kritische Analyse der Inhalte.

Diese Vorführungen gelten einer Bevölkerung, die kaum die Möglichkeit hat, die Hintergründe solcher Kultur kritisch einzuschätzen. Aber auch auf der persönlichen Ebene wird es wohl kaum dazu kommen, daß westdeutsche Manager das Bewußtsein der Filipinas über ihre Lage erweitern, denn ihnen ist es wichtig, daß die Quoten innerhalb der Acht-Stunden Frist eingehalten werden, um der deutschen Perfektion genüge zu tun. Im Vergleich zu anderen Arbeiterinnen bekommen sie höhere Gehälter, aber zu welchem Preis? Es kostet sie ihre Würde und den Verlust einer Perspektive, daß Leben mehr bedeutet, als finanzieller Verdienst unter dem kapitalistischen System.

Vielleicht aber sollten wir das System selbst zur Rechenschaft ziehen.

Ein weiterer Grund für dieses Schreiben ist die Gegenwart des anderen Teils eures Landes, der Deutschen Demokratischen Republik. Die philippinischen Frauen haben von diesen deutschen Frauen gehört. Ich selbst habe mich mit ihnen getroffen und mit ihnen diskutiert, und fand sie humaner als fast alle anderen Frauen, denen ich im Westen begegnet bin. Wenn aber Beamte oder Politiker aus der BRD hierher kommen, tun sie so, als ob es das andere Deutschland nicht gäbe, als ob dort nicht Leute mit denselben historischen Wurzeln und einer gemeinsamen kulturellen und



politischen Geschichte lebten. Was für ein anderes Bild kann uns eigentlich ein Minister oder seine Frau vermitteln, als das eines blinden Beamten, blind gegen die eigenen Verwandten und Familien auf der anderen Seite des Zauns. Für uns in einem Land der Dritten Welt, wo überall von „Entwicklungs-Modellen" palavert wird, ist dieses Bild sicher sehr verzerrt. Das aber veranlaßt uns, mehr zu unseren eigenen Visionen darüber zu kommen, was wir eigentlich wollen.

Wenn Frau Warnke wirklich praktizieren will, was sie sagt, sich für Frauenfragen zu engagieren, dann sollte sie vielleicht nicht nur ihren Mann begleiten und dessen Programm folgen oder nur die traditionellen Frauengruppen besuchen, die seit langem dafür bekannt sind, daß sie die Frau des Diktators als wichtigste Person für Frauenfragen begreifen, obwohl philippinische Frauen hier und in vielen anderen Ländern prostituiert werden. Statt dessen hätte sie wahrscheinlich mehr davon, sich mit den armen Frauen der städtischen Slums zu treffen, vielleicht in einer ihrer armseligen Hütten zu übernachten; oder die Frauen zu besuchen, die bei den bundesdeutschen Multis arbeiten, oder zu Frauen auf dem Land zu gehen, die gezwungen werden bundesdeutsche Düngemittel und Pestizide auf ihren Farmen zu verwenden.

Zusammenfassend meine ich, daß die Befreiung der philippinischen Frauen mit noch so viel deutschem Geld im Rahmen eines Abkommens über wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht zu erreichen ist. Diese Gelder werden eindeutig durch eine Bürokratie geleitet, die nur den Zweck hat, mehr Profite für multinationale Firmen und Kapitalisten überhaupt zu ermöglichen. Kooperation muß so definiert sein, daß sie unserem Land zugute kommt, einem Land, das schon lange ausgeplündert wird und in dem die Leute jahrhundertelang ausgebeutet wurden. Frauenbefreiung im echten Sinne des Wortes wird nur dadurch möglich sein, daß Differenzen und Widersprüche in offenen und ernstgemeinten Diskussionen ausgetragen werden und Maßnahmen ergriffen werden, diese Differenzen in ausgleichenden und parallel verlaufenden politischen Ansätzen zu beheben.

Wilhelmina Orozco
Makamasa und andere

Folter in Kolumbien

Ex-Präsident Ayala wird in der kolumbianischen Presse fast nur noch mit Sonnenbrille gezeichnet. Sein Kommentar zu den Foltervorwürfen:

„Tragt dunkle Brillen statt Kapuzen"



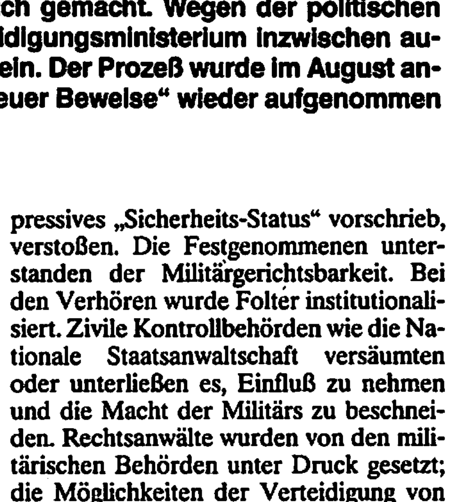
Turbay Ayala

Staatsrat verurteilt Militär wegen Folter

In Kolumbien fällte der Staatsrat als oberste verwaltungsgerichtliche Instanz des Landes ein wichtiges Urteil in Sachen Folter: Das Verteidigungsministerium wurde verpflichtet, hohe Entschädigungsleistungen wegen Folterungen an einer Ärztin im Januar 1979 aufzubringen. Militärische und politische Würdenträger von Rang werden für die Durchführung und Zulassung der Folterungen verantwortlich gemacht. Wegen der politischen Tragweite des Urteils legte das Verteidigungsministerium inzwischen außerordentliche Rechtsmittel dagegen ein. Der Prozeß wurde im August annulliert, das Verfahren muß „wegen neuer Beweise" wieder aufgenommen werden.

In der Neujahrsnacht 1979 erbeutete die kolumbianische Guerrilla-Organisation „Bewegung 19. April" (M-19) in einer ausgeklügelten Aktion aus der Militärbrigade im Norden Bogotás mehrere tausend Waffen. Unmittelbar danach wurden in Bogotá und in anderen Teilen des Landes Hunderte von Menschen verhaftet. Sie wurden bezichtigt, Mitglieder oder Sympathisanten der M-19 zu sein und mit dem massiven Waffenraub in Verbindung zu stehen.

Im Zuge seiner Fahndungsmaßnahmen gelang es dem Militär, einen beachtlichen Teil der Waffen zurückzugewinnen. Die provokative Aktion der M-19 wurde als Vorwand genommen, um massiv gegen die Opposition im Lande vorzugehen. In den meisten Fällen von Hausdurchsuchungen und Verhaftungen handelte es sich nicht um Mitglieder der M-19, sondern um wichtige Vertreter von legalen politischen Organisationen, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und der Indianerbewegung. Die systemkritische Opposition Kolumbiens hatte zu dieser Zeit relative Fortschritte erzielen können. Bei den Verhaftungen waren rechtsstaatliche Prinzipien außer Kraft gesetzt. Es wurde sogar gegen minimalste Rechte, die ein repressives „Sicherheits-Status" vorschrieb, verstoßen. Die Festgenommenen unterstanden der Militärgerichtsbarkeit. Bei den Verhören wurde Folter institutionalisiert. Zivile Kontrollbehörden wie die Nationale Staatsanwaltschaft versäumten oder unterließen es, Einfluß zu nehmen und die Macht der Militärs zu beschneiden. Rechtsanwälte wurden von den militärischen Behörden unter Druck gesetzt; die Möglichkeiten der Verteidigung von Hunderten von Verhafteten war nicht mehr gegeben. Das Militär bestimmte, was mit der Opposition geschehen sollte, und hatte dafür die Rückendeckung des Präsidenten. Der Verteidigungsminister war der eigentlich Mächtige im Staate.



Der Fall Olga López

Ein Opfer dieser Repressionswelle, die im Januar 1979 in Kolumbien einsetzte, war die Ärztin Olga López Jaramillo. Laut Text des Staatsrats-Urteils hatte sie in der Zeit vor dem Waffenraub zwei mutmaßliche Mitglieder der M-19 medizinisch behandelt. Ihr Name war auf den Listen des Militärgeheimdienstes vorgemerkt.

Um vier Uhr morgens am 3. Januar 1979 wurde die Straße, wo Frau Lopez in Bogotá wohnte, von mehreren Einheiten des Heeres abgeriegelt. Fünf Stunden dauerte die Durchsuchung ihrer Wohnung, die der heutige Heeres-Mayor Leopoldo Hincapié Segrera befehligte. Die Ärztin Olga López und ihre fünfjährige Tochter Olga Helena wurden gezwungen, sich mit dem Gesicht nach unten auf den Boden zu legen, während die Soldaten die Wohnung durchstöberten. Der Lauf einer Maschinenpistole war ständig auf Mutter und Tochter gerichtet.

Um neun Uhr wurden beide unter militärischem Geleitschutz an einen zunächst unbekannten Ort gebracht. Familienangehörige durften nicht benachrichtigt werden. Das fünfjährige Mädchen wurde von seiner Mutter getrennt. Es blieb zehn Stunden lang in den Händen der Militärs und wurde unaufhörlich verhört. Von seinem Weinen und angsterfüllten Schreien nach der Mutter wurden Tonbandaufnahmen gemacht. Danach wurde das Kind dem Großvater übergeben. Dieser mußte unterzeichnen, seine Enkelin in „perfektem körperlichen Zustand" erhalten zu haben.

Die Ärztin Olga Lópe war in den ersten siebzehn Tagen ihrer Haft vornehm-

lich in den Pferdeställen der Brigade der Militärinstitute (BIM) im Norden Bogotás untergebracht. Dort waren Hunderte von Gefangenen, die das gleiche Schicksal erlitten hatten, vorerst untergebracht. Ihre Kommunikation untereinander wurde jedoch beschnitten.

In den ersten Tagen ihrer Haft mußte Olga López fast immer stehen und hatte ständig die Augen verbunden. Drei Tage lang erhielt sie nichts zu essen.

Jeweils spät in der Nacht wurde sie mit einem Militärfahrzeug an einen unbekannten Ort gebracht, der aus einer Art unterirdischem Tunnel bestand. Im Nachhinein wurde dieser Ort als das berüchtigte geheime Folterzentrum „Die Höhlen von Sacramonte" identifiziert. Dieses Folterzentrum war am Rand des Dorfes Facatativá in der Nähe von Bogotá. Heute sind dort die „Kommunikationsschulen" des Heeres installiert.

Zehn Tage lang erlitt Olga López an diesem Ort die brutalsten Folterungen. Sie wurde an ihren auf dem Rücken zusammengebundenen Händen aufgehängt. In dieser Stellung versetzten ihr die Folterknechte Schläge in den Unterleib, in die Rippen und besonders auf den Kopf, in Höhe der Schläfen. Ihre Brüste „behandelten" sie mit einer Art Pinzette und drohten: „Sing, oder wir holen dir die Milch raus!" Am schlimmsten war für Olga López die Drohung, sowohl sie als auch ihre kleine Tochter zu vergewaltigen. Um den Anschein zu erwecken, daß ihre Tochter ebenfalls in den Händen ihrer Peiniger sei, spielten diese die Kassette ab und Olga López mußte die angsterfüllten Schreie ihrer Tochter hören. Sie merkte nicht, daß es sich um eine Tonbandaufnahme handelte.

Der bei den Folterungen nackten Frau wurde deutliche gemacht, daß man sie zunächst mit einem Stock vergewaltigen wolle, und dann „nacheinander". Ein Mitgefangener, dem die Augenbinde abgenommen wurde, um ihn durch das Mitansehen der Greueltaten einzuschüchtern und zu einem „Geständnis" zu bringen, sollte gezwungen werden, sich an der Vergewaltigung zu beteiligen.

Die Inquisiteure verbargen ihre Identität hinter schwarzen Kapuzen und redeten sich nie mit Namen an. Olga López beschimpften sie als „Subversiven-Nutte" und als entmenschlichte Mutter, da sie „noch nicht einmal um ihrer Tochter willen kollaboriere". Gegen Ende der Verhörphase legten sie der Ärztin einen Strick um den Hals und gaben vor, sie zu erwürgen, wenn sie kein Geständnis ablege. Vor der ersten Vorführung vor dem Militärischen Untersuchungsrichter gaben sie Olga López eine Tasse Zuckerwasser. Als ihre Zunge einschlief, merkte die Ärztin, daß dem Wasser ein Betäubungsmittel beigemischt war. Sie nahm große Mengen Wasser aus der Kloschüssel zu sich und verursachte dadurch eine Magenspülung. Sie hätte unter Einwirkung der Droge mit halluzinogener Wirkung eidesstattliche Erklärungen abgeben sollen.

Ihren Schergen ausgeliefert und von der Außenwelt abgeschnitten, versuchte Olga López — am Ende ihrer Kräfte — sich die Pulsadern aufzuschneiden. Sie wurde in die Erste-Hilfe-Station der Militärbrigade gebracht und notdürftigst behandelt. Eine Bluttransfusion wurde ihr verwehrt. Danach gingen die Verhöre weiter...

Nach der gesetzlich erlaubten Zeit der incomunicado-Haft gab Olga López vor dem militärischen Untersuchungsrichter an, daß sie physisch und psychisch gefoltert worden sei. Ihr Rechtsanwalt bat um



Untersuchung der Vorfälle. Zu diesem Zeitpunkt hatte Olga López deutliche Spuren von den Folterungen am ganzen Körper und machte — nach Zeugenaussagen — einen verzweifelten und depressiven Eindruck. Es fiel ihr schwer, zusammenhängend zu sprechen.

Der Rechtsanwalt wurde auch bei der aufsichtspflichtigen Staatsanwaltschaft vorstellig und machte eine Eingabe zur Untersuchung der Foltervorwürfe. Wie in vielen anderen Fällen wurde der Beschwerde weder von den Zivil- noch von den Militärbehörden ernsthaft nachgegangen.

Nachdem auch nach sechs Monaten noch keine Untersuchung eingeleitet worden war, setzte die Kolumbianische Ärzte-Vereinigung eine bezahlte Anzeige in die überregionale Tageszeitung EL TIEMPO. Unter dem massiven Druck der Öffentlichkeit ordnete die Staatsanwaltschaft ein nachträgliches psychiatrisches Gutachten des gerichtsmedizinischen Instituts an. Laut diesem Gutachten vom 23. Juli 1979 wurden bei Olga López „psycho-pathologische Spuren, die von Folterungen in der ersten Phase der Haft herrühren können, festgestellt. Ihr Elektroenzephalogramm zeigte Anormalitäten."

Gegen Olga López war ein Haftbefehl ausgestellt worden und sie wurde in den „Picota-Prozeß" einbezogen, einen Kriegsgerichtsprozeß, in dem mehr als 200 vermeintliche und wirkliche Mitglieder der M-19 des massiven Waffenraubs angeklagt wurden. Die Ärztin wurde des politischen Delikts der Rebellion bezichtigt.

Am 13. Januar 1981 mußte Olga López aufgrund der Entscheidung des Militärgerichts freigelassen werden. Die Anklage konnte nicht erhärtet werden. Der Militärrichter mußte der Ärztin ihre absolute Untadeligkeit und Unschuld bescheinigen. Nach über zwei Jahren ungerechter Haft konnte Olga López das Gefängnis verlassen.

Zwei Monate nach der Entlassung von Olga López drangen Einheiten des Militärs in die Wohnung ihres Vaters ein, durchsuchten diese und fragten nach dem Aufenthaltsort von Olga. Da sich Olga López nach diesem Vorfall in Kolumbien nicht mehr sicher fühlte, bat sie um politisches Asyl in Frankreich.

Das Urteil des Staatsrats

So weit der Fall von Olga López. Es ist ein dramatischer Fall, aber nur einer unter Hunderten. Eine Mission von amnesty international im Januar 1980 kam zu dem Ergebnis, daß bei Verhaftungswelle 1979 Folterungen zu institutionalisierten Maßnahmen bei den Verhören wurden. Aufgrund der Aussagen von politischen Gefangenen und nach kurzzeitiger Inhaftierung Freigelassener wurden von den militärischen Behörden ca. 50 verschiedene Foltermethoden angewendet, die alle auf dem UN-Kodex grausamer, unmenschlicher und degradierender Behandlung stehen. Es wurden mindestens 33 Folterzentren identifiziert.

Andere nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen (z. B. die der OAS) und parlamentarische Kommissionen kamen zu vergleichbaren Ergebnissen hinsichtlich der „Übergriffe" des Militärs, die im Jahre 1979 eskalierten.

Nur wenige Folteropfer stellen Strafanzeige gegen den Staat. Meist „verschwinden" eventuelle Beweise wie medizinische Gutachten aus den Akten staatlicher und militärischer Behörden, — auf wunderliche Weise. Einen Prozeß zu führen kostet Geld, und wer Klage erhebt, muß mit Repressalien der Militärs rechnen. Es ist schwer, Personen zu finden, die bereit sind, Zeugenaussagen abzulegen. Und ein wichtiges psychologisches Moment: Prozesse dauern Jahre, und Folteropfer wollen vergessen. Sie wollen nicht im Licht der Öffentlichkeit erscheinen und immer wieder erinnert werden an das, was mit ihnen, ihren Familienangehörigen und Freunden passiert ist.

Die Familie von Olga López, — sie zählt zu den einflußreicheren in Kolumbien —, war mutig. Der Vater der Ärztin, Ex-Senator Iván López Botero, sie selbst und ihre Tochter Olga Helena führten Klage gegen das Verteidigungsministerium wegen der Geschehnisse von 1979. Zum ersten Mal in der Kolumbianischen



MAS (Todesschwadron) und Militär ist das gleiche

Rechtsgeschichte wurde auf höchster verwaltungsgerichtlicher Ebene über Foltervorwürfe verhandelt. Das Urteil der Dritten Kammer des Staatsrats unter Vorsitz von Magistrat Jorge Valencia Arango wurde am 27. Juni 1985 gefällt. Das Verteidigungsministerium wurde dazu verurteilt, den drei Klägern für die moralischen Schädigungen infolge der Folterungen im Jahre 1979 je tausend Gramm reines Gold (22 Mill. kol. Pesos = ca. 440.000 DM) zu zahlen. Hohe Reparationsleistungen wurden für die materiellen Schäden von Olga López angesetzt: für Lohnausgleichszahlungen für die zwei Jahre Haftzeit, für die Kostenübernahme der psychiatrischen Behandlung etc.

Das Gericht tat sich schwer, die Folterungen an Olga López nachzuweisen und somit der Klage stattzugeben. Es gab keine direkten Beweise. Dies ist normal bei Foltervorwürfen. Die Folterungen finden im Geheimen statt, sie sollen spurenlos sein. Die Folterer verbergen ihre Identität, wollen anonym bleiben. So auch im Fall von Olga *López*. — Das Gericht fällte sein Urteil schließlich aufgrund von Indizienbeweisen. Wichtigste Beweisstücke waren dabei mehrere psychiatrische Gutachten, die Aussagen von Mitgefangenen und von Rechtsanwälten, die die Ärztin zu Anfang ihrer Haftzeit gesehen hatten. Bedeutendstes Element war das Zeugnis des Mitgefangenen, der gezwungen worden war, sich die Folterungen an der Ärztin anzusehen.

Laut Aussagen von ärztlichen Kollegen aus den Jahren 1978/79 war Olga López vor ihrer Verhaftung seelisch und körperlich völlig gesund. Die erhebliche Verschlechterung ihrer physischen und psychischen Verfassung (starke Angstzustände, Depressionen, psychosomatische Störungen) mußte deshalb auf traumatische Erlebnisse in der ersten Phase der Haft zurückgeführt werden.

Die eigentlich Verantwortlichen

Das Oberste Verwaltungsgericht konnte nicht über die eigentlichen Verantwortlichen für die Folterungen entscheiden. Dies liegt nicht in seiner Kompetenz. Die Kammer des Staatsrats hatte lediglich über die Berechtigung von Entschädigungsleistungen zu befinden.

In dem Text des Urteils finden sich jedoch deutliche Hinweise auf diejenigen, die die persönliche und politische Verantwortung für die massiven Folterungen im Jahre 1979 tragen. So heißt es u.a.:

„...Die Streitkräfte, deren höchste Pflicht es sein müßte, das Leben der Bürger zu schützen..., richten ihre Waffen oft gegen wehrlose Bürger und verletzen somit die Verfassung." — Und an anderer Stelle: „...die Folterungen an all den Personen, die in dieser Zeit in die Netze der Geheimdienste gerieten,... erreichten ein frevelhaftes Niveau, und wurden weder vom Präsidenten der Republik als dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte, noch vom Prokurator als oberstem Staatsanwalt der Nation verhindert."

Denn: „Von den Vorgängen (im Fall O. López, d. Vf.) waren informiert: der Präsident der Republik, Dr. Julio César Turbay Ayala, der Staatsanwalt der Nation, Dr. Guillermo González Charry, die stellvertretende Staatsanwältin, Dr. Susana Montes de Echeverry, der Kommandant der Militärbrigade, General Miguel Vega Uribe, sowie andere hohe Staatsangestellte."

Eine Kopie des Urteils wurde an gerichtliche Instanzen geleitet, die wegen der Verantwortlichkeit für die Folterungen ermitteln sollen. Der Staatsrat beruft sich bei seiner Urteilsfindung auf rechtsstaatliche Grundprinzipien:

„Demokratische Institutionen haben das Recht und die Pflicht, sich zu verteidigen..., aber es ist absolut unzulässig und



dem Recht entgegengekehrt, daß die Exekutive, gerade um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu erhalten, irrationale und unmenschliche Methoden anwendet,... (Methoden), die durch Gesetze bestraft und in Menschenrechtskonventionen weltweit geächtet werden... Dies bedeutet, daß genau die Prinzipien und Ideale, die angeblich verteidigt werden sollen, für nichtig erklärt werden."

Die Reaktion des Militärs

Das angeklagte Verteidigungsministerium fühlte sich im Prozeß schlecht vertreten. Der Verteidigungsminister behauptete, das Verfahren sei einseitig geführt worden. Die staatlichen Interessen hätten keine Beachtung gefunden.

Grundsätzlich gestand das Verteidigungsministerium der Anklage wegen Folter keine Berechtigung zu. Die kolumbianische Militärjustiz hat bisher in keinem einzigen Verfahren Foltervorwürfe gebilligt. Deshalb sind für das Militär Folterungen in Kolumbien offiziell nie vorgekommen. Die Generäle reden gern von gelegentlichen „Exzessen", im Gegensatz zu Folterungen.

Der bevollmächtigte Verteidiger des Militärs im Prozeß Olga López führte — laut Urteilstext — an, daß der Staat für die Geschehnisse keinerlei Verantwortung trage. Diese seien nur „normale Konsequenzen" des Untersuchunsprozesses gewesen. Denn „ohne die Hilfe der Gewalt" würden sich die Gesetze in lächerliches Gespött verwandeln.

Aktueller Verteidigungsminister Kolumbiens ist General Miguel Vega Uribe, — also genau der Mann, der 1979 Kommandant der Militärbrigade von Bogotá war. Er hält das Urteil sowie die darauf erfolgte Presseberichterstattung für eine breit angelegte Diffamierungskampagne gegen das Militär und damit für einen Teil des subversiven Kampfes gegen die Demokratie in Kolumbien.

Wie Ex-Präsident Turbay Ayala klammert sich Vega Uribe an einer abgenutzten „Erklärung" für die grausamen Handlungen fest: Die Verhafteten sollen sich immer selbst gefoltert haben. Denn sie hatten vor, das Militär schlecht zu machen.

Mit viel Geschick sucht das Verteidigungsministerium nun Lücken im kolumbianischen Justizsystem. Durch Einlegen außerordentlicher Rechtsmittel wurde das Urteil am 10. August zunächst annulliert. Das Verfahren muß neu aufgenommen werden, das Verteidigungsministerium kündigte eine „neue Beweislage" an. Mittlerweile wurde eine Verleumdungskampagne gegen Frau Dr. López angefangen. Die „neuen Beweise" des Verteidigungsministerium wurden bereits in der Presse lanciert. Die Zeitung EL TIEMPO druckte in der Sonntagsausgabe vom 4. August in Großaufmachung die Scheidungsakte von Frau Dr. López vom Nov. 1977 ab. Spannungen in der Partnerbeziehung hatten zur Auflösung der Ehe geführt, — laut Urteil wurde die Scheidung ausgesprochen, „um größere psychische Traumata zu vermeiden." Die „neuen Beweise" des Verteidigungsministeriums stützen sich nun darauf, daß Frau Dr. López schon vor ihrer Verhaftung psychisch labil gewesen sei. Ihre Depressionen und Angstzustände sollen also nicht von den Folterungen herrühren, sondern von ihrer gescheiterten Partnerbeziehung. Damit will das Verteidigungsministerium versuchen, die Begründung des Urteils ins Wanken zu bringen.

Politische Konsequenzen?

Die Anstrengungen des Militärs, das Urteil zum Scheitern zu bringen, sind verständlich. Denn es geht um das Beschneiden von Macht, — und die harten Männer von 1979 haben auch 1985 noch einiges zu verlieren. Der Ex-Kommandant der Brigade von Bogotá ist inzwischen Verteidigungsminister im Regierungskabinett von Präsident Belisario Betancur geworden. Bei seinem Amtsantritt ließ er sich, — gemäß des geänderten politischen Klimas —, als „Friedensminister" feiern. Der meistgehaßte Mann von 1979, der damalige Verteidigungsminister General Camacho Leyva, vertritt mittlerweile die kolumbianische Republik in Italien. Er ist Botschafter in Rom geworden. Und Ex-Präsident Turbay Ayala, der sich 1979 im Ausland gern als „einziger politischer Gefangener" seines Landes bezeichnete, ist weiterhin einflußreich in politischen Kreisen. Seine Stellungnahme zum Staatsgerichtsurteil war dümmlich und zynisch. Von der kolumbianischen Wochenzeitschrift SEMANA zu den massiven Foltervorwürfen während seiner Amtszeit befragt, meinte Turbay Ayala, es sei nicht richtig, daß er nicht interveniert hätte. Denn er habe sogar Anweisung gegeben, bei den militärischen Verhören die schwarzen Kapuzen wegzulassen und stattdessen dunkle Brillen zu tragen. Die Gefangenen hätten sich durch die Kapuzen allzu belästigt gefühlt...

Nach der Verkündung des Urteils haben demokratische Kreise in Kolumbien den Rücktritt von Verteidigungsminister Vega Uribe und das Abtreten des Botschafters in Rom, Camacho Leyva, gefordert. Doch an solche politische Konsequenzen des Urteils ist kaum zu glauben. Trotz ausführlicher Dokumentation in der Presse und öffentlichem Druck haben sich weder Präsident Belisario Betancur, der sich gern als eigenwilliger Demokrat und Friedensstifter präsentiert, noch andere einflußreiche Politiker zu dem kritischen Thema der Verantwortlichkeit für die Folter geäußert. Der Verteidigungsminister soll nicht in Frage gestellt werden, im letzten Präsidentschaftsjahr von



Rechazamos ... Wir fordern die Auflösung von MAS. Gewerkschaften protestieren gegen die Morde an Volksführern durch die Todesschwadrone

Betancur sollen die Spannungen mit dem Militär nicht noch verschärft werden. Das konjunkturelle Klima in Kolumbien trägt einiges dazu bei, durchgreifende Maßnahmen und damit ein Bekenntnis zur Rechtsstaatlichkeit unwahrscheinlich werden zu lassen. Die Wirtschaftslage hat sich zunehmend verschlechtert, Zugeständnisse an den Internationalen Währungsfonds führen zu massiven Teuerungen und steigender Arbeitslosigkeit. Der sogenannte „Friedensprozeß", ein Waffenstillstand mit den wichtigsten Guerrilla-Gruppen und die Einleitung eines „nationalen Dialogs" ist zumindest teilweise gescheitert. Heftige militärische Auseinandersetzungen zwischen den offiziellen Streitkräften und Guerrilla-Verbänden sind wieder aufgeflammt. Diese politische Situation fördert es im Augenblick nicht, Zeichen zu setzen und Militär und andere Sicherheitsorgane in verfassungmäßige Schranken zu verweisen.

Was mit Olga López geschah, gehört nicht zur Geschichte. Ende September wurde in der kolumbianischen Presse ein Bericht des Internationalen Roten Kreuzes bekannt. Es wird über massive Foltervorwürfe von Gefangenen berichtet. 1983/84, als längst ein anderer Präsident und Verteidigungsminister angetreten waren.

Nachbemerkung

Am 6. November 1985 besetzte ein Kommando der M-19 den Justizpalast im Zentrum Bogotás, in dem der Oberste Gerichtshof und der Staatsrat untergebracht sind. Wesentliche Forderung der M-19 war, Platz in den Medien zu bekommen, um Dokumente über den Bruch des Waffenstillstands und die Verantwortlichkeit des Militärs dafür veröffentlichen zu können. Präsident Belisario Betancur sollte zu einer Art Schauprozeß mit den Obersten Richtern geladen werden.

Da „Demokratie und Institutionen auf dem Spiel standen" (Präsident Belisario Betancur), wurde mit den Geiselnehmern der M-19 nicht verhandelt. Unter Einsatz von Panzern stürmten Spezialeinheiten von Polizei und Militär den Justizpalast. Bei der „erfolgreichsten Aktion des Jahres" (Sprecher des Militärs) kamen über hundert Menschen ums Leben. Über 60 davon waren Zivilpersonen. Unter den Opfern befinden sich der Präsident und elf Richter des Obersten Gerichtshofes.

Bei einem Brand, der durch das Bombardement der Soldaten ausbrach, wurden die Archive und Prozeßakten des Obersten Gerichtshofs und des Staatsrates vernichtet. Unter den verbrannten Schriftsätzen sind auch die Originalunterlagen zum Folter-Prozeß Olga López. Kopien der Justizakten sind in den meisten Fällen nicht vorhanden.

Die jüngste politische Entwicklung in Kolumbien (bis Ende Nov. 85) läßt darauf schließen, daß die Hoffnungen auf eine demokratische Öffnung begraben werden müssen. Die militärische Lösung der Justizpalast-Affäre wird verschiedentlich als „Putsch der 28 Stunden" bezeichnet. Das Militär hat eindeutig an Terrain gewonnen.

Bettina Reis

Auf dem Weg zur Bombe

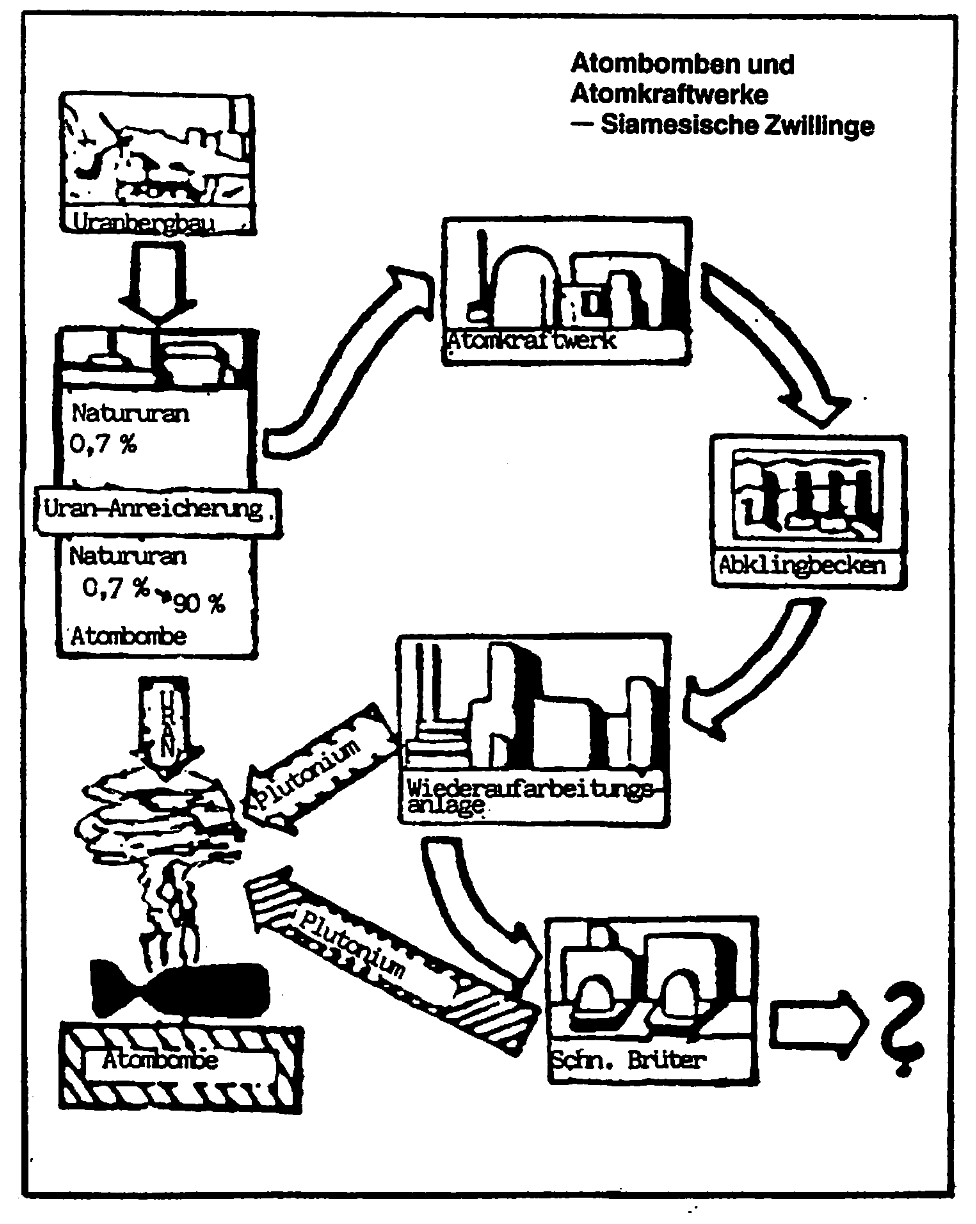
Eine Bilanz der bundesdeutschen Nuklear-Kooperation mit der 3. Welt

Die 3. Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags, die am 20.9.1985 zu Ende ging, verlief ergebnislos.[1] Die zum Bau von Atombomben notwendigen Technologien werden weiterhin in interessierte Dritte-Welt-Länder gelangen. So entdeckten Mitglieder der Bremer Arbeitsgemeinschaft gegen Rüstungsproduktion und Waffenhandel am 13.9.1985 im Schuppen 24 des Neustädter Hafens von Bremen mehrere einschlägige Kisten für das deutsch-argentinische Nukleargeschäft: Empfänger — KKW Atucha II, Absender — Kraftwerksunion (Siemens).[2]

In Argentinien landete die deutsche Nuklearindustrie ihren ersten Coup. Bereits 1968 setzte sie sich gegen internationale Konkurrenz durch und exportierte das Kernkraftwerk (KKW) Atucha I (Schwerwasserreaktor), das im März 1974 in Betrieb ging.[3] Nachdem der Auftrag für einen zweiten Schwerwasserreaktor 1973 aus unerfindlichen Gründen an die kanadisch-italienische Konkurrenz verloren ging, griff die Kraftwerksunion (KWU) beim Ringen um Atucha II in die Trickkiste der Wettbewerbspolitik. Konkurrent Kanada forderte für die ebenfalls bestellte Schwerwasser-Anlage sog. full-scope-safeguards (strenge Sicherheitsauflagen), da eine solche Anlage zu den sensitiven, d. h. militärisch leicht nutzbaren Anlagen zählt. Die BRD lehnte dies zunächst ab, schloß sich aber — auf US-amerikanischen Druck hin — der kanadischen Forderung an. Obwohl das kanadische Angebot wesentlich preisgünstiger war, kam die KWU 1979 doch noch zum Zug, in dem sie das Geschäft aufteilte: Den Reaktor lieferte sie selbst, die sensitive Schwerwasserfabrik durfte die Schweizer Firma Sulzer beisteuern, die full-scope-guards ließen sich damit umgehen.[4] Heute wird noch fleißig an Atucha II gebaut, die erwähnten Kisten dienten offenbar als Zulieferung.

Inzwischen verfügt Argentinien bereits über alle Komponenten des Brennstoffkreislaufes (s. Schaubild), womit die technologischen Voraussetzungen des Bombenbaus gegeben wären. Dazu trug die BRD einen erheblichen Teil bei: Eine Pilot-Wiederaufbereitungsanlage (WAA) entstand mit deutscher Unterstützung in Ezeiza bei Buenos Aires und lief 1969—1972 (offizielle Aufarbeitungskapazität: 1 kg pro Jahr)[5], seit 1974 gibt es offiziell keine deutsch-argentinische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wiederaufbereitung mehr.[6]

Dennoch befindet sich eine argentinische WAA in Bau.[7] Woher die Technologie dazu wohl kommt, muß sich die seit dem 31.3.1969 in Form eines Rahmen-



abkommens über nukleare Zusammenarbeit mit Argentinien eng verbundene BRD wohl fragen lassen. Eine im Bau befindliche Urananreicherungsanlage unterliegt nicht einmal den Sicherungsmaßnahmen der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA (s. Kasten).[8]

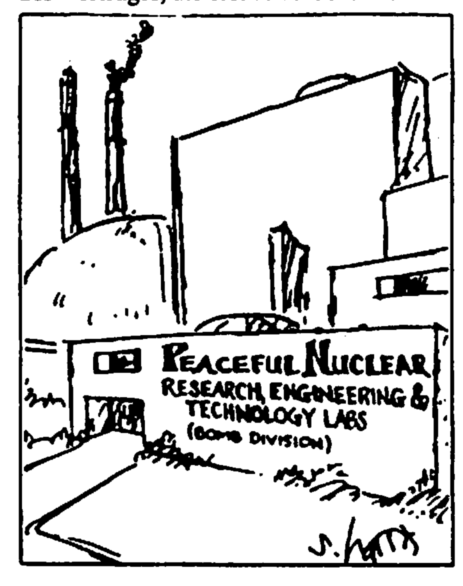
Argentinien arbeitet auf dem nuklearen Sektor eng mit Brasilien zusammen, was die Bundesregierung „als wirtschaftlich sinnvoll und der Vertrauensbildung zwischen beiden Staaten dienlich" beurteilt.[9] Beide Staaten sind weder Vertragsstaaten des Atomwaffensperrvertrages noch des lateinamerikanischen Vertrages von Tlatelolco (s. Kasten).

Brasilien — Das große Geschäft in der Krise

Der Jahrhundertvertrag, das „Bomben"-geschäft, das umfangreichste Außenhandelsabkommen der Nachkriegsgeschichte bis dahin gelang der Bundesregierung mit den Militärs in Brasilien. Am 27.6.75 schlossen beide Staaten in Bonn ein Regierungsabkommen ab, das Brasilien Zugang zum gesamten Brennstoffkreislauf verschaffen sollte: In 40 Privatverträgen und 2 zwischenstaatlichen Abkommen, denen die bereits 1969 getroffenen „Vereinbarungen über wissenschaftlichen Austausch auf dem Gebiete der Atomenergie" zugrunde lagen, nahm das Brasiliengeschäft Formen an: 8 KKWs sollten bis 1990, die Hälfte davon bis 1986 fertiggestellt werden (KWU); eine Urananreicherungsanlage (STEAG, Interatom) sowie eine Pilotanlage zur Wiederaufarbeitung (KEWA, Uhde) bildeten die Kernprojekte des Geschäftes.[18] Zwar sollten alle von der BRD gelieferten Anlagen der IAEA-Kontrolle (s. Kasten) unterliegen und nur mit Zustimmung der Bundesregierung an Drittländer exportiert werden dürfen, doch bezogen sich diese Vereinbarungen nicht auf von Brasilien selbsterstellte Anlagen. Damit handelte sich die BRD massive Kritik vor allem der Supermächte ein, der ein Uranboykott der USA und Kanadas folgte.[19]

In der Zwischenzeit hat das hart durchgeboxte Geschäft allerdings erheblich an Substanz verloren. Den Träumen der brasilianischen Militärs, dem Land zu einer raschen Industrialisierung zu verhelfen, setzte Präsident Sarney (Nachfolger des im Januar dieses Jahres gewählten, aber verstorbenen Präsidenten Neves) nicht zuletzt angesichts des gewaltigen Schuldenbergs endgültig ein Ende. Konkret sehen die von ihm veranlaßten Kürzungen folgendermaßen aus: Nur noch für das mit 8 Jahren Verspätung am 1.1.85 in Betrieb gegangene und noch immer nicht reibungslos funktionierende KKW Angra I des US-Konzerns Westinghouse sowie für den im Bau weit fortgeschrittenen KWU-Reaktor Angra II steht noch Geld zur Verfügung.[20] Dabei zielte Brasilien in Kooperation mit der BRD einmal auf den Aufbau einer vollständigen Nuklearindustrie ab, die parallel zum Ausbau der Energiegewinnung aus Wasserkraft erfolgte.[21] Die verfehlten Energiebedarfsprognosen der 70er Jahre, die noch 1973 (Energieplan „Plano 90") einen Bedarfszuwachs von 300% Strom bis 1990 vorhersagten, sollen in einer im April 1985 von Energieminister Chaves in Auftrag gegebenen Studie aktualisiert werden.[22]

De facto vollzieht sich der Ausstieg aus dem deutsch-brasilianischen Abkommen aber schon seit Jahren. Während sich der Bau des US-Reaktors Angra I in den 70er Jahren wegen technischer Probleme verbunden mit einer Kostenexplosion von geplanten 300 Millionen $ auf 1800 Millionen $ verzögerte, ergaben sich prompt noch Schwierigkeiten mit den Fundamenten der KWU-Kraftwerke Angra-II und -III (1979). Daraufhin kamen die Bauarbeiten an den KWU-Reaktoren begünstigt durch die sich anbahnende Weltwirtschaftskrise zum Stillstand.[23] Sicherlich spielten dabei aber auch prekäre Details des Vertrages, die erst 1979 bekannt wurden, eine Rolle. Die KWU sicherte sich praktisch die vollständige Kontrolle der von ihr erbauten Atomanlagen über ein „technisches Komitee" (4 stimmberechtigte KWU-Mitglieder, ein Brasilianer ohne Stimmrecht), in dem alle wichtigen Entscheidungen getroffen werden. Dies führte zu Kontroversen zwischen den Vertragspartnern, da die deutsche Wirtschaft auf diese Weise eine Machtposition in einem Schlüsselsektor der brasilianischen Wirtschaft erlangte.[24]



1984 strichen die brasilianischen Militärs zwei der geplanten Reaktoren. Allerdings wurde ein Standort an der Küste von Sao Paulo noch für den dritten und vierten KWU-Meiler geräumt, die angestammte Bevölkerung (3500 Bauern und Fischer) vertrieben.[25]

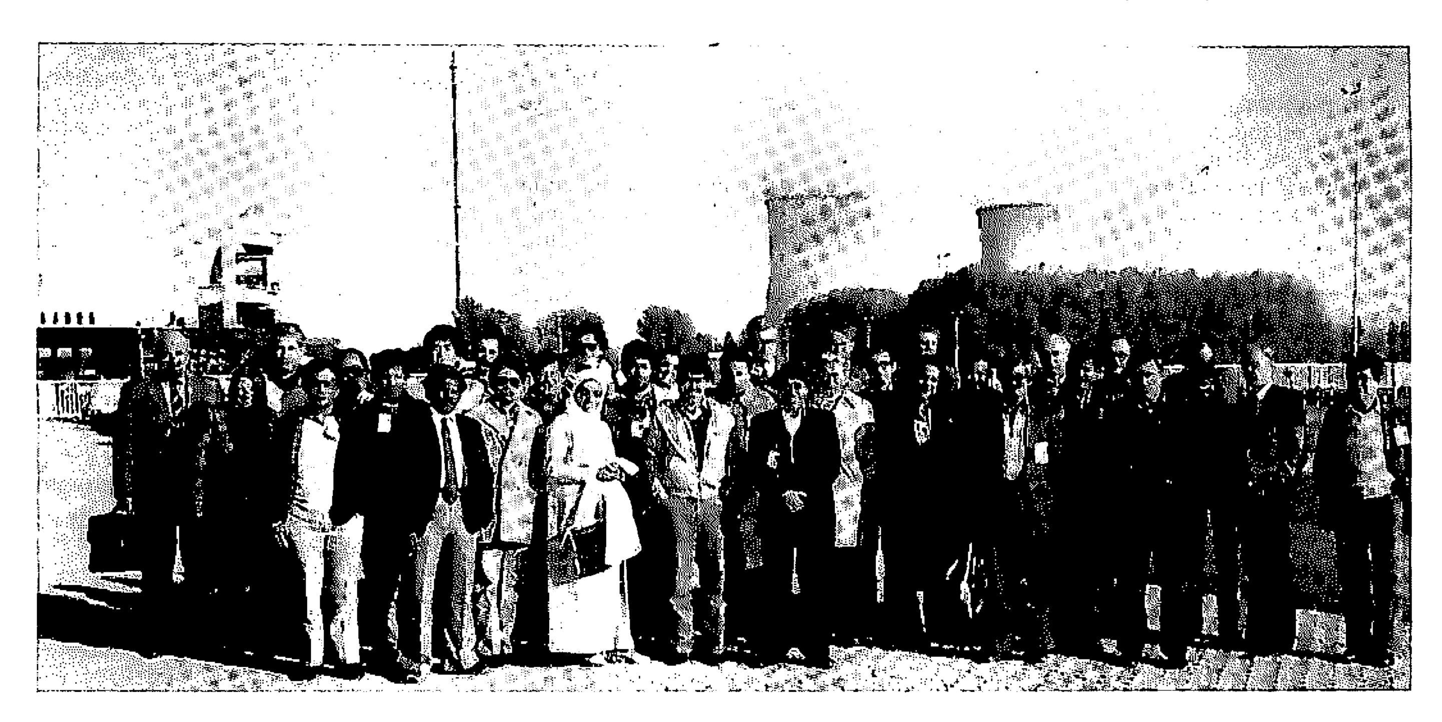
Atombombe — Made in Brasilia?

Trotz dieser Kürzungen ist die Gefahr der Herstellung einer brasilianischen Bombe keineswegs gebannt. Allzu deutlich sind die Hinweise auf das Interesse der Militärs und anderer Oberschichtsfraktionen an der „eigenen" Bombe.[26] Die Zündung der indischen Atombombe 1974 wirkte auf sie wie ein Schock, ihr Großmachtdenken erhielt einen Knacks.[27] „Die Regierung muß entdeckt haben, daß das Land in Beziehung zu Argentinien oder Indien im Rückstand war", spekulierte einer der wichtigsten brasilianischen Physiker José Lopes.[28] Spätestens seit diesem Zeitpunkt dürften militärische Überlegungen mit eine Rolle beim Ausbau des Atomprogrammes gespielt haben.

Mit der sich verschärfenden Wirtschaftskrise verlangsamte die Regierung den Bau der Atommeiler zwar, aber der totale Ausstieg aus der sündhaft teuren Atomtechnologie wurde nie angestrebt. Selbst die zivilen Politiker beteuern, — bei aller wählervolkgefälligen Kritik am Vertrag mit der BRD —, daß die Beherrschung des vollständigen Nuklearzyklus für Brasilien unentbehrlich sei, nur müsse der Rhythmus des Ausbaus der finanziellen Lage angepaßt werden.[29] Interessanterweise sieht diese Anpassung dergestalt aus, daß der Ausbau einer sensitiven Anlage forciert, während der KKW-Bau zeitlich gestreckt wird. So soll die Urananreichungsanlage in Resende ihre volle Kapazität (64 Tonnen niedrig angereichertes Uran pro Jahr) 1988 erreichen. Noch 1983 schichtete man Mittel vom Kraftwerksbau in Richtung Anreicherungsprojekt um.[30] Eine eigene WAA wurde angeblich auf unbestimmte Zeit verschoben.[31]

Militärische Nuklearforschung?

Beim Aufbau einer „wissenschaftlichen Infrastruktur", die zum Bau von Atombomben nötig ist, hilft die BRD fleißig mit. Es herrscht ein reger Wissenschafts- und Technologieaustausch. Militärische Absichten weisen Brasilien und die BRAD in trauter Gemeinsamkeit zurück. Vorwürfe wegen Bombenplänen und geheimer Kernforschungslabors von brasilianischen Atomphysikern veranlassen die Bundesregierung nicht einmal zu einer kritischen Nachfrage beim Vertragspartner,[32] da an der friedlichen Zielsetzung des brasilianischen Atomprogramms offenbar keinerlei Zweifel angebracht seien. Doch folgende Zusammenhänge geben zu denken: Das Institut für Nuklearenergieforschung (IPEN) in Sao Paulo ist das Zentrum der staatlichen Nuklearforschung. Hier existiert vermutlich eine eigene Wiederaufbereitungsanlage mit einer jährlichen Kapazität von 5 Kilogramm Plutonium, außerdem wird Urandioxid gefertigt und ein 2 Megawatt-Reaktor betrieben. Geführt wird das Institut von einem Befürworter der Atomwaffen. Die Kontrolle über die Aktivitäten liegt nicht bei der Internationalen Atomenergiekommission, der die Anlagen aus dem Atomvertrag unterstellt sind, sondern bei der brasilianischen Nationalen Atomenergiekommission, der ein Befürworter der atomaren Bewaffnung vorsteht.[33] Da-



Die Teilnehmer eines Kurses der Kernkraftschule Karlsruhe vor dem KKW Biblis

neben existieren andere nationale Atomforschungsinstitute, die sich mit der Anreicherungstechnologie beschäftigen, nukleare Antriebe für Untereseeboote oder brasilianische Trägerraketen entwickeln — letzteres in Zusammenarbeit mit der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt.

Inzwischen tritt der größte Großwaffenexporteur der 3. Welt — Brasilien — auch im Nuklearbereich als Anbieter auf. Der Irak, dessen von Frankreich gelieferter Forschungsreaktor 1981 von Israel zerstört wurde, gilt als militärisch interessierter Kunde. Offiziell wird selbstverständlich dementiert. Um den Reigen komplett zu machen: Die deutsch-brasilianischen Forschungsanstrengungen führten Ende 1983 zur Entdeckung des siebtgrößten Uranlagers der Welt (160000 Tonnen), womit sich die gesamten brasilianischen Reserven auf über 300.000 Tonnen erhöhten. Brasiliens Rohstoffversorgung in dieser Richtung scheint ebenso wie der bundesdeutschen Uranimport auf lange Sicht gesichert.[34]

Südafrika — Uranlieferant Nr. 1

Trotz eines Verbotes der Vereinten Nationen (1974), das den Abbau und Export von Rohstoffen aus Namibia untersagt, deckt die BRD ihren Uranbedarf zum Teil aus der namibischen Rössing-Mine, der größten Uranmine der Welt.[35] Die BRD steigerte gar den Anteil ihrer Uranimporte aus Südafrika (Machthaber in Namibia) von ursprünglich 27,2% (1965—1976) auf 43%, wobei dieser Anteil bis 1990 konstant bleiben soll.[36] Die Gründe hierfür erläutert Otto Graf Lambsdorff: „In Kanada und Australien — das weiß jeder — ist die Lieferbereitschaft (für Uran) eingeschränkt. Hingegen ist sie in Brasilien und Südafrika besser... Wir können uns nach meiner Meinung nicht entscheidend daran stoßen, daß die politischen Verhältnisse und die Gesellschaftsordnung in diesen Ländern nicht unseren Geschmack entsprechen, um es sehr milde auszudrücken." (aus der 167. Sitzung des 7. dt. Bundestages vom 24.4.75).[37] Für Südafrika gilt diese Einschätzung bis heute.

Es gab und gibt keine nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika, läßt die Bundesregierung verlauten.[38] Es wird lediglich zugegeben, daß 6 südafrikanische Wissenschaftler vorübergehend bei Themen der kernphysikalischen Grundlagenforschung mitgearbeitet haben; eine Ausbildung auf dem Gebiet der Urananreicherung fand offiziell nicht statt.[39] Aber in Südafrika existiert eine Urananreicherungsanlage (Valindaba), die 1977 in Betrieb ging und keiner internationalen Kontrolle unterliegt. In dieser Anlage sollen bis Mitte 1984 bis zu 650 kg hochangereichertes Uran produziert worden sein, was zum Bau von einigen Dutzend Kernsprengkörpern reichen würde. Eine zweite Anlage mit einer Kapazität von 50 Tonnen niedrigangereichertem Uran soll 1987 fertiggestellt sein.[40] Der Clou: Es bestand zwischen 1969 und 1975 offenbar eine geheime Zusammenarbeit unter Mitwirkung von Regierungsvertretern und hohen Militärs der BRD, die es Südafrika ermöglichte das deutsche Urananreicherungsverfahren zu kopieren und selbst auf ihrer Anlage anzuwenden.[41] Doch lassen sich diese Angaben aufgrund der strikten Geheimhaltungspraxis in diesem Bereich nicht beweisen.

Atomanlagen +
Atomwaffen
gemeinsam
abschaffen!

Nun stimmt es allerdings nachdenklich, daß Südafrika mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit am 22.9.1979, also 2 Jahre nach Inbetriebnahme seiner Urananreicherungsanlage, einen Atomtest durchführte. Ein US-Überwachungssatellit registrierte ein optisches Signal im südafrikanischen Hoheitsgebiet, das dem „Doppelblitz" eines Kerntests ähnelte.[42] Außerdem erstand das Apartheidsregime Panzerhaubitzen des Typs G 6 Rhino, die taktische Nuklearsprengköpfe verschießen können. Der deutsche Beitrag: eine Munitionsfüllanlage von Rheinmetall, ohne die dieses Artilleriesystem nicht funktionsfähig wäre. Wegen dieser Lieferung läuft seit 1977 ein Verfahren gegen Rheinmetall-Manager, da die Ausfuhr angeblich ohne die notwendige Genehmigung der Bundesregierung erfolgte. Der Prozeßbeginn ist nun mit über 8 Jahren Verspätung für Anfang 1986 angesagt.[43]

Indien — Pakistan: Nuklearer Rüstungswettlauf?

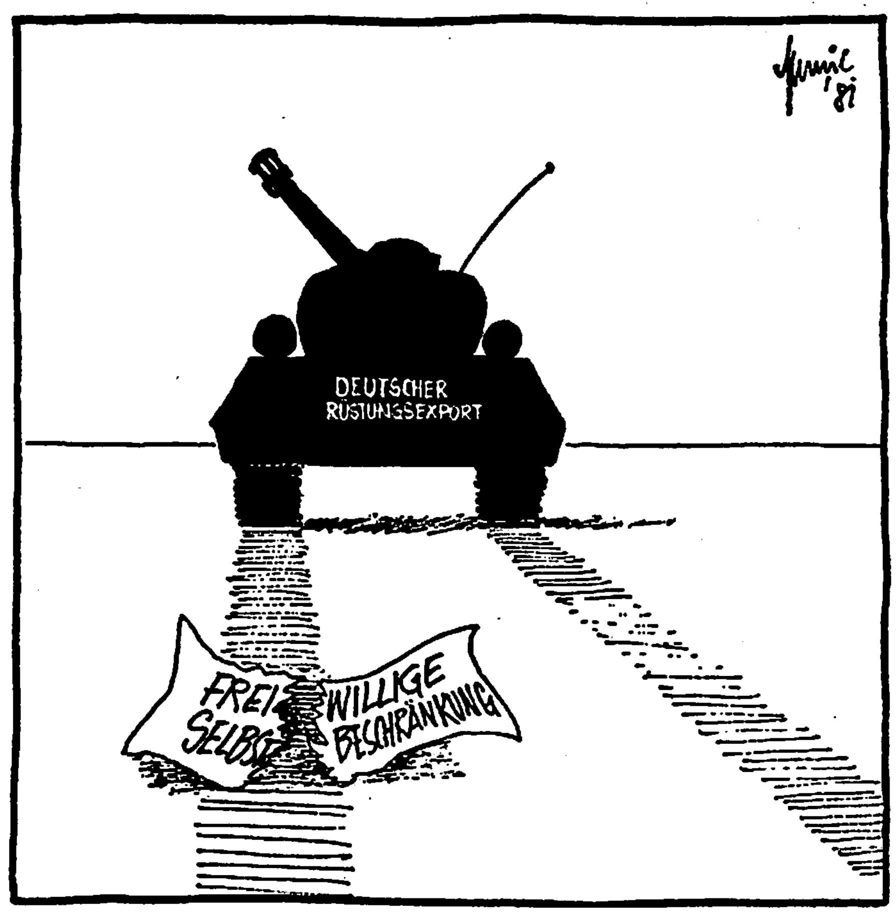
Indien testete als erstes Land der 3. Welt, sieht man einmal von China ab, am 18.5.1974 eine Atombombe; nach eigener Interpretation zu friedlichen Zwekken. Es wäre in der Lage binnen kürzester

Zeit eine Atomstreitmacht aufzubauen, scheint sich dabei aber zurückzuhalten, um international glaubwürdiger auf atomare Abrüstung drängen zu können.[44] Kurz vor dem Test schloß die BRD mit Indien ein Rahmenabkommen zur technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit ab, das am 7.3.1974 in Kraft trat. Bereits 1973 lieferte die Firma Uhde eine sensitive Schwerwasseranlage, die im indischen Bundesstaat Orissa bei Tulcher errichtet wurde.[45]

Im Bereich der „friedlichen" Nutzung der Kernernergie scheint es allerdings immer wieder zu technischen Schwierigkeiten zu kommen. So konnte die KWU im April 1984 einen Beratervertrag für das Kraftwerk Tarapur abschließen, der nicht nur verschiedene Ingenieurleistungen, sondern auch die Lieferung von Ersatzteilen aus dem stillgelegten Kraftwerk Grundremmingen A beinhaltet — Teile, die die USA nicht an Indien liefern wollten.[46] Neben dem KKW Tarapur betreibt Indien 4 weitere KKWs (unter internationaler Kontrolle) und baut an 5 weiteren, die bis spätestens 1992 fertiggestellt sein sollen (ohne internationale Kontrolle).[47]

Nachbaarstaat **Pakistan** verfügt nach eigenen Angaben über den gesamten Brennstoffkreislauf und scheint auch voller Ehrgeiz an der „islamischen Bombe" zu basteln. Dabei werden zwei Wege beschritten: Waffenfähiges Plutonium produziert Pakistan in den zwei einzigen KKWs des Landes, dem Natururanreaktor Kanupp in Karachi und im Forschungsreaktor Parr im Atomforschungszentrum Pinstech in Islamabad. Isoliert wird das Plutonium in der mindestens schon seit 1975 arbeitenden Pilot-WAA, die ebenfalls zum Pinstech-Zentrum gehört.[48]

Ein anderer Weg führt über die Urananreicherung zur Bombe. Pakistan mußte sich seine Materialien von rund 120 europäischen Firmen zusammenkaufen, um im Februar 1984 stolz von der erworbenen Möglichkeit der Urananreicherung berichten zu können.[49] Dabei spielte die Freiburger Spezialfirma CES Kalthof eine unrühmliche Rolle, indem sie Komponenten einer solchen Anlage illegal verkaufte. Ein eindeutiger Verstoß gegen den Atomwaffensperrvertrag und das Außenwirtschaftsgesetz, für den Geschäftsführer Albrecht Migule am 11.3.1985 nur zu 8 Monaten auf Bewährung (Höchststrafe: 3 Jahre) verurteilt wurde.[50] Die Bundesregierung zweifelt dennoch nicht an der friedlichen Zielsetzung des pakistanischen Nuklearprogramms, das von Libyen und Saudi-Arabien angeblich finanziert wird.[50a] Die deutsch-pakistanische Zusammenarbeit erstreckt sich offiziell lediglich auf den nicht-sensitiven Bereich.[51] Ganz anders die regionale Großmacht Indien, dessen Ministerpräsident Gandhi nicht müde wird vor der nuklearen Aufrüstung Pakistans zu warnen.[52] Alle Versuche, beide Staaten zur Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags zu bewegen, scheiterten, da Indien nicht auf der gleichen Stufe mit Pakistan stehen will. Ein Ausdruck für die angespannte Lage in dieser Region.



Nukleare Aufrüstung im Nahen Osten?

Die angebliche atomare Bewaffnung Israels motivierte nicht nur Pakistan zur Intensievierung seines Nuklearprogramms, sondern vor allem seine arabischen Nachbarn. Besonders der Irak, Ägypten und, mit Abstrichen, der Iran, reagierten mit Atomprogrammen. Dem Programm des **Iraks** setzte Israel, wie bereits erwähnt, mit der Zerstörung des irakischen Forschungsreaktors (1981) ein jähes Ende.

Der **Iran** bestellte unter dem Schah 2 KKWs, dessen Bau in Bushehr am 1.7.1975 begann.[53] Die Islamische Revolution brachte 1979 die Bauarbeiten zum Erliegen, so daß ein KKW-Block im 1. Bauabschnitt zu 80% und im 2. Bauabschnitt zu 60% fertiggestellt ist; die Kernreaktoren sind noch nicht installiert worden.[54] Inzwischen erwägen KWU-Experten die Fertigstellung eines Kraftwerkblocks, wozu sie sich Anfang 1984 vor Ort erkundigten.[55]

Ägypten steht noch am Anfang seines Atomprogramms. Es will zwei KKWs bei El Dabaa errichten, wobei es sich mit einer Fülle von Anbietern konfrontiert sieht. Die französische Firma Framatome, die derzeitig offenbar das Rennen anführt, bekam durch ein sehr preisgünstiges Angebot der KWU Konkurrenz.[56] Allerdings handelt es sich dabei um eine sicherheitstechnisch abgemagerte Version eines Druckwasserreaktors, der in der BRD selbst gar nicht genehmigt würde.[57]

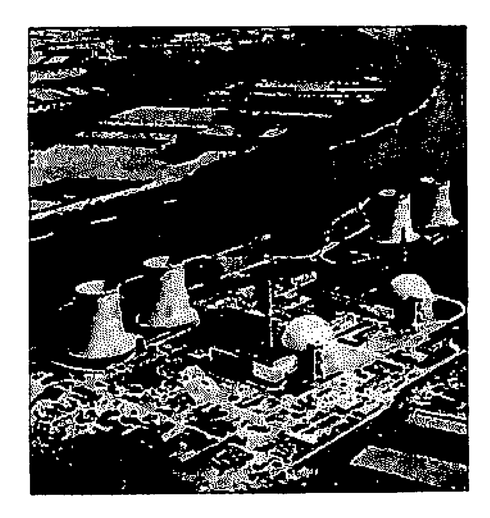
Im Kampf um das Ägypten-Geschäft spiegelt sich eine Weltmarktsituation im Nuklearbereich wieder, die der Weiterverbreitung von Atomwaffen und der Sicherheitsgefährdung durch die KKW-Betreiber in der 3. Welt sehr förderlich ist. Die stark exportabhängige Nuklearindustrie (an ihrer Spitze die BRD mit 43% Exportanteil nach der Zahl der Anlagen) steckt weltweit in der Krise, da die Nachfrage fehlt. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: Internationale Schuldenkrise, geringerer Energiebedarf, verstärkter Rückgriff der potentiellen KKW-Kunden auf eigene Energiereserven (z. B. Wasserkraft, Sonnenenergie). Und wer wie die BRD nicht noch für das eigene Atomwaffenarsenal produziert, dem steht das Wasser innerhalb kürzester Zeit bis zum Hals. Von daher wurde auch kein Gedanke auf eventuelle regionale Krisenherde verschwendet, die sich durch Nuklearexporte in Zukunft noch brisanter ausnehmen könnten. Ägypten beispielsweise ist der Großwaffenexporteur Nr. 1 der Dritten Welt[58] und liefert Waffen sowie Munition in Milliardenhöhe an den Großwaffenimporteur Nr. 3 der Dritten Welt, den Irak. Dieser wiederum befindet sich seit über 5 Jahren im Krieg mit Nachbar Iran.[59]

Die Bundesregierung jedenfalls will sich mit einer gesunden Mischung aus Ignoranz gegenüber politischen Machtkonstellationen und Naivität aus der Nahost-

Problematik ausklinken. In Bezug auf Israel heißt es: „Nach Kenntnis der Bundesregierung wurden keine Nuklearanlagen an Stellen in Israel verkauft, verschenkt oder auf andere Weise übergeben",[60] was aber angesichts der Bedeutung Israels als Transitland im internationalen Waffenhandel wenig heißt. Über Israel soll übrigens auch Südafrika Rüstungs- und Nukleartechnologie zumindest „häppchenweise" erhalten haben.

Neuer Markt im Fernen Osten

In den letzten Jahren entwickelte sich die Atommacht China zu einem interessanten Partner für die internationale Nuklearindustrie. Vor kurzem konnte die KWU in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung einen Exporterfolg gegen starke Konkurrenz verbuchen. In einem nuklearen Kuhhandel verkaufte die KWU ein KKW und die BRD erhällt im Gegenzug eine Endlagerstätte für Atommüll in der Wüste Gobi.[61] Die Bundesregierung beteiligt sich dabei mit einer 9 Milliarden



Hermes-Deckung.[62] Genauere Modalitäten sind noch nicht bekannt.

Die Volksrepublik China, die ihr Atomprogramm massiv ausbauen will (10 KKWs bis zum Jahr 2000), schloß bisher mit 6 westlichen Ländern Kooperationsabkommen, interessanterweise auch mit den nuklearen Schwellenländern Argentinien und Brasilien.[63]

Inzwischen plant das Land den Bau einer WAA und einer Urananreicherungsanlage.[64] Da China aber bereits seit 1964 Atomwaffen besitzt und im letzten Jahr auch 2 Atomtests durchführte, kann man davon ausgehen, daß die Lieferländer hier hemmungsloser als in andere Dritte-Welt-Staaten exportieren werden.

Während Chinas flächenmäßig kleiner, aber wirtschaftlich potenter Nachbar **Taiwan** bereits seit Jahren sein „friedliches" Nuklearprogramm kontinuierlich ausbaut und inzwischen bereits 37% seines Energiebedarfs aus Kernenergie deckt (zum Vergleich: BRD 26,5% im Jahr 1984),[65] gilt **Indonesien** als nuklearer Newcomer. Das Land, zu dem die Bundesregierung trotz des Völkermordes in Osttimor sehr gute Beziehungen pflegt,[66] läßt sich von NUKEM (Hanau) eine Brennelementfabrik für Materialtestreaktoren bauen. In derartigen Reaktoren wird im allgemeinen hochangereichertes Uran eingesetzt.[67] Die Firma Interatom (KWU-Tochter) erhielt bereits 1982 einen 190-Millionen-Auftrag für den Bau eines Mehrzwecknuklearreaktors, der allerdings nur unbedenkliches, niedrig angereichertes Uran produziert, heißt es.[68] Bei einem eventuellen Atomtest in einigen Jahren darf man sich dann wieder fragen, woher denn die Technologie wohl kam.

Die Bundesregierung unterstützt die krisengeschüttelte Nuklearindustrie nicht nur bei Kräften, sondern betreibt eine restriktive Informationspolitik, die einer Weiterverbreitung von Atomwaffen nur Vorschub leisten kann. Dazu eine charakteristische Episode aus dem Deutschen Bundestag vom 20.6.1985[69]: „Welche Staaten sind nach Kenntnis der Bundes-

Der Atomwaffensperrvertrag

Der Atomwaffen-Nichtweiterverbreitungsvertrag (NVV) trat nach 5jährigen Verhandlungen zwischen USA und UdSSR am 5. März 1970 in Kraft. Bereits am 1. Juli 1968 unterzeichneten die Atommächte USA, UdSSR und Großbritannien. Die beiden noch verbleibenden Atommächte Frankreich und China verweigerten bis heute ihre Unterschrift. Für die seit 1966 als nukleares Schwellenland geltende BRD setzte die sozialliberale Koalition als eine ihrer ersten Amtshandlungen am 28.11.1969 ihre Unterschrift unter den Vertrag; die Ratifikation, die Voraussetzung für das Stimmrecht bei den im Abstand von 5 Jahren stattfindenden Überprüfungskonferenzen ist, erfolgte allerdings erst über 4 Jahre später, am 20.2.1974. Dabei stimmten 90 Abgeordnete der CDU/CSU gegen den NVV, darunter die jetzigen Minister Wörner, Zimmermann, Kiechle, Dollinger und Warnke.[12] Inzwischen gehören 124 Staaten (ohne die nuklearen Schwellenländer Israel, Indien, Südafrika, Pakistan, Argentinien und Brasilien) diesem auf 25 Jahre begrenzten Vertragswerk an, das als eines der bedeutendsten Rüstungskontrollabkommen der Nachkriegsgeschichte gilt.

Zum Inhalt des NVV: Die Kernwaffenstaaten verpflichten sich in Art. 6 zur „Beendigung des nuklearen Wettrüstens **in naher Zukunft** und zur nuklearen Abrüstung"; die Nicht-Kernwaffenstaaten in Art. 2 dazu, Kernwaffen weder herzustellen, noch zu erwerben und andere Staaten dabei nicht zu unterstützen. Der umstrittene Art. 4, der auf Betreiben der BRD aufgenommen wurde, sichert den Vertragsstaaten ausdrücklich das Recht auf friedliche Nutzung der Kernenergie zu. Mehr noch: Er verpflichtet alle Vertragsparteien, „den weitestmöglichen Austausch von Ausrüstungen, Material und wissenschaftlichen und technologischen Informationen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie zu erleichtern".[13] Dahinter steht die Überzeugung, daß militärische und zivile Nutzung der Atomtechnologie grundsätzlich trennbar ist.

Die Kontrolle des NVV unterliegt der **Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA)** in Wien, die 1957 als Unterorganisation der Vereinten Nationen gegründet wurde. Sie soll dabei eine Doppelrolle spielen: Einerseits durch technische Kontrollen (1978: 213 Kontrolleure für 322 Anlagen auf der Welt) rechtzeitig das Abzweigen einer relevanten Menge Spaltstoffes entdecken, andererseits die friedliche Nutzung der Atomenergie fördern und vorantreiben.[14] Das Budget der IAEA von 92.8 Millionen Dollar (1983) dient zu einem Drittel der Kontrolle, zu zwei Dritteln der Förderung der Atomenergie. Direkte Sanktionsmöglichkeiten hat die Agentur nicht;[15] außerdem ist es ein offenes Geheimnis, daß die Kontrollen umgangen und spaltbare Materialien zum Bau von Atombomben unentdeckt abgezweigt werden können. Von daher erfüllen die IAEA-Kontrollbesuche eher eine psychologische Funktion und dienen der Vertrauensbildung unter den Staaten.[16] Die Bundesrepublik schaltet der IAEA gar noch die „sanfteren" Kontrollen der 1954 gegründeten EURATOM vor. Die IAEA-Kontrolleure dürfen lediglich — bis auf wenige Ausnahmefälle — die EURATOM Angaben prüfen. Bezeichnenderweise unterzeichnete die BRD das Verifikationsabkommen mit EURATOM und IAEA erst, nachdem dieses Verfahren sichergestellt war (5.4.1973).

Zur Klarstellung muß erwähnt werden, daß der NVV sich nur auf zivile und militärische Kernsprengung bezieht. Alle anderen militärischen Nutzungsmöglichkeiten der Kernenergie wie Antrieb von Kriegsschiffen (z. B. U-Boote), Stromerzeugung für militärische Anlagen etc., sind erlaubt, da es zu keiner nuklearen Sprengung kommt.[17]

Der Vertrag von Tlatelolco Den Vertrag über das Verbot von Atomwaffen in Lateinamerika, der am 14.2.1967 unterzeichnet wurde und am 22.4.1968 in Kraft trat, unterschrieben bisher 23 Staaten. Lediglich Kuba verweigert bis heute die Unterschrift. Argentinien und Brasilien wollen Art. 18 des Vertrages so verstanden wissen, daß es ihnen weiterhin erlaubt ist, Atomtests zu friedlichen Zwecken durchzuführen. Deshalb gelten sie noch nicht als Vertragsstaaten.[10] Die Vertragsstaaten stehen mit der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien in Kontakt. Der Transit von Atomwaffen durch das Gebiet bleibt vom Vertrag unberührt.[11]

regierung bereits heute im Besitz von Kernwaffen, und welche Staaten verfügen über die notwendige Technologie, um Kernwaffen in relativ kurzer Zeit herstellen zu können?" (Frage des Abgeordneten Bahr) — Möllemann, Staatsminister im Auswärtigen Amt:

„Herr Kollege Bahr, außer den in Art. IX Abs. 3 des Vertrages festgeschriebenen 5 Kernwaffenstaaten hat seit 1979 nur Indien eine nukleare Explosion verursacht. Ob Indien oder andere Staaten im Besitz von Kernwaffen sind, entzieht sich der Kenntnis der Bundesregierung. Die Frage, welche Staaten über die notwendigen Technologien verfügen, um Kernwaffen in relativ kurzer Zeit herstellen zu können — wie es in Ihrer Frage heißt —, kann von der Bundesregierung nicht beantwortet werden, da sie nicht über die Kenntnis verfügt, welche Technologien notwendig sind, um Kernwaffen in relativ kurzer Zeit herstellen zu können."

Man kann sich auch dumm stellen!

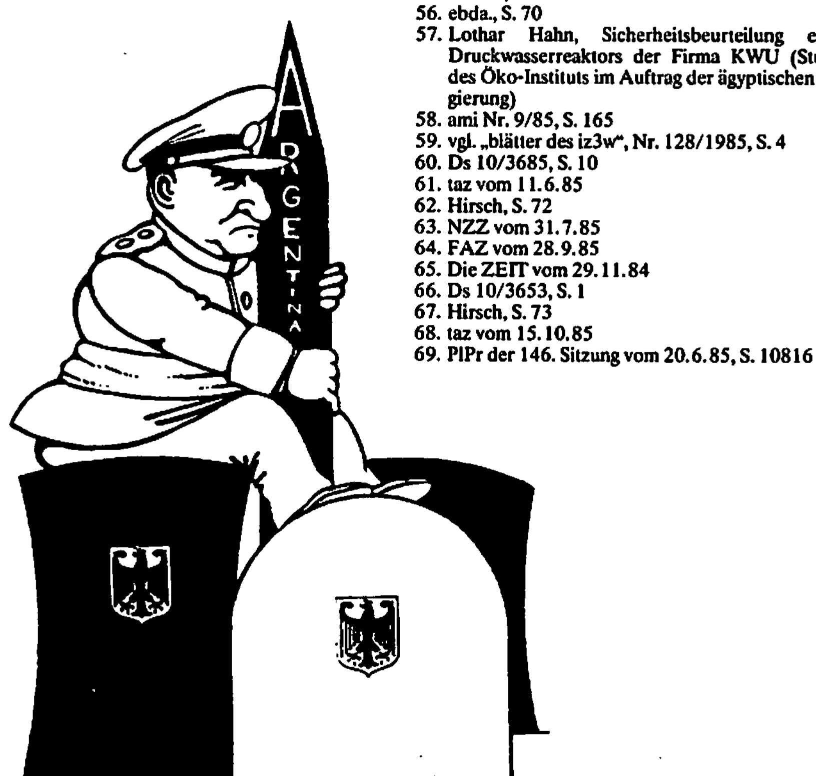
as/Brasilien-Teil unter Mitarbeit von Helmut Hagemann

Anmerkungen:

1. antimilitarismus informationen (ami) Nr. 10/85, S. 191
2. Bremer AG gegen..., Mitteilung vom 15.10.85
3. Helmut Hirsch, Studie zur Nuklearpolitik der Bundesrepublik „Die BRD und der Atomwaffen-NVV", Juni 1985
4. Hirsch, S. 42
5. ebda., S. 11
6. Bundestagsdrucksache (Ds), 10/3687 vom 29.7.85, S. 14
7. ebda., S. 9
8. ebda., S. 11
9. ebda., S. 14
10. vgl. „blätter des iz3w" Nr. 126/85, S. 9f
11. ami Nr. 9/85, S. 172
12. Plenarprotokoll (PlPr) der 146. Sitzung vom 20.6.85, S. 10989
13. Hirsch, S. 4f
14. ami Nr. 6/85, Y-65
15. ebda., Y-64
16. Forum Naturwissenschaftler für Frieden und Abrüstung, Presse-Hintergrundbericht „10 Jahre Indischer Atomtest" vom 14.5.84
17. PlPr, 148. Sitzung v. 26.6.1985, S. 10989
18. Hirsch, S. 11f und ami Nr. 6/85, S. 77
19. ami Nr. 6/85, S. 78
20. Spiegel Nr. 29/85, S. 95
21. DS 10/3687, S. 2
22. Sondernummer der Lateinamerika Nachrichten, Das Deutsch-brasilianische Bombengeschäft, 1980, S. 117
23. Mirow, Das Atomgeschäft mit Brasilien, 1980
24. Hirsch, S. 43
25. Sondernummer..., S. 141
26. Ds 10/3687, S. 4
27. C. A. Girotti, Estado Nuclear no Brasil, Sao Paulo 1984
28. Jornal do Brasil, 18.8.85
29. Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt v. 21.4.85
30. Hirsch, S. 67
31. Ds 10/3687, S. 4
32. ebda. S. 6
33. S. Seeger: Brasilien, Kernwaffenstaat mit Hilfe der BRD, in: Brasilien Nachrichten Nr. 81/1983
34. Hirsch, S. 67
35. Forum..., S. 7
36. Hirsch, S. 68
37. PlPr der 167. Sitzung vom 24.4.1975
38. Ds 10/3686, S. 1
39. ebda., S. 2 und 7
40. Hirsch, S. 68
41. ebda., S. 11
42. Ds 10/3686, S. 10
43. BUKO Informationsblatt „Der Höhepunkt Deutsch-Südafrikanischer Rüstungskooperation"
44. Forum..., S. 9
45. Hirsch, S. 14
46. ebda., S. 69
47. ami Nr. 6/85
48. Forum, s. 11
49. Hirsch, S. 69
50. Die ZEIT vom 15.3.85

50a. SZ v. 6.10.85

51. Ds 10/3685, S. 5
52. SZ vom 14.11.85
53. Hirsch, S. 14
54. Ds 10/3685, S. 8
55. Hirsch, S. 70
56. ebda., S. 70
57. Lothar Hahn, Sicherheitsbeurteilung eines Druckwasserreaktors der Firma KWU (Studie des Öko-Instituts im Auftrag der ägyptischen Regierung)
58. ami Nr. 9/85, S. 165
59. vgl. „blätter des iz3w", Nr. 128/1985, S. 4
60. Ds 10/3685, S. 10
61. taz vom 11.6.85
62. Hirsch, S. 72
63. NZZ vom 31.7.85
64. FAZ vom 28.9.85
65. Die ZEIT vom 29.11.84
66. Ds 10/3653, S. 1
67. Hirsch, S. 73
68. taz vom 15.10.85
69. PlPr der 146. Sitzung vom 20.6.85, S. 10816



Was hat das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft mit Südafrika und Hanau zu tun?

Am Vormittag des 7. November 1985 hatte das in Eschborn bei Frankfurt ansässige Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft unangenehme Gäste. Aktive verschiedener Gruppen sowohl aus der Dritte-Welt-, der Friedens- als auch der Anti-AKW-Bewegung wollten sich und die Öffentlichkeit über die Aufgaben des Amtes informieren, das seine Aktivitäten wohl eher nicht so gerne in den Blick der Öffentlichkeit gerückt sehen möchte.

Da uns der Aufruf zu dieser Aktion für die letzte Ausgabe zu spät erreichte, veröffentlichen wir hier das Flugblatt und ein paar Worte zu diesem Besuch. red.

Das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft in Eschborn genehmigt im Auftrag der Bundesregierung die Einfuhr von Uran in die BRD und die Ausfuhr von Atomanlagen aus der BRD.

Die Hanauer Atomfirmen verstoßen mit Hilfe und Unterstützung durch Bundesregierung und Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft gegen das Völkerrecht. In mehreren Resolutionen und Dekreten des UN-Sicherheitsrates, der UNO-Generalversammlung des UNO-Rates für Namibia sowie in einem Urteil des Internationalen Gerichtshofes werden Förderung, Ausfuhr und Verarbeitung von Uran aus Namibia verurteilt und für illegal erklärt. Zudem hat die UNO-Generalversammlung am 14.9.81 einen generellen Boykott Südafrikas beschlossen.

Industrie, Bundesregierung und Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft interessiert das wenig:

- Die Atomfirmen NUKEM, ALKEM, RBU und HOBEG in Hanau stellen aus Uran Brennelemente für alle Atomkraftwerke in der BRD her. Einkäufer des Urans sind die deutschen Energieversorgungsunternehmen (EVUs), z. B. Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk (RWE), VEBA, Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK), die das Uran den Brennelementefabriken überlassen und sie für diese Leistungen bezahlen. Ein Großteil dieses Urans (ca. 30—60%) stammt aus Südafrika und Namibia, wie die genannten EVUs zugegeben haben.
- Die Firma NUKEM lieferte Anlagen für die Erschließung der Rössing-Uran-Mine in Namibia.
- Die NUKEM-Tochter TRANSNUKLEAR, Hanau, organisiert Transporte südafrikanischen und namibischen Urans.
- Die NUKLEARTECHNIK GmbH (NTG) in Gelnhausen bei Hanau liefert Atomtechnologie nach Südafrika (National Accelerator Center, Stellenbosch)
- Die NUKEM verdient mit, wenn die URENCO Urananreicherungsanlagen in Almelo (Niederlande), Capenhurst (Großbritannien) und Gronau (BRD) Uran aus Namibia und Südafrika anreichert; denn über ihre Tochtergesellschaft URANIT (Jülich) ist die NUKEM mit 30—96% an diesen Anlagen beteiligt.

Alle diese Atomgeschäfte wurden und werden mit Wissen und Genehmigung der jeweiligen Bundesregierungen und des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft getätigt.

Schließlich sind Staat, Kreise und Kommunen auch an Unternehmen wie z. B. VEBA und RWE (Muttergesellschaft der NUKEM) beteiligt, die für diese Geschäfte von entscheidender Bedeutung sind.

Apartheidsregime = Hitlerfaschischmus

Das Apartheidssystem Südafrikas wird von der UNO mit dem Hitler-Faschismus auf eine Stufe gestellt und seine Politik als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" verurteilt.

Diese Verbrechen zeigen sich u.a. in extrem hoher Kindersterblichkeit, fehlender sozialer und medizinischer Versorgung und besonders krasser Ausbeutung und Entrechtung der farbigen Bevölkerung und der Bevölkerung des besetzten Namibias.

Gerade die beschriebenen Verhältnisse machen die Geschäfte mit Südafrika für die hiesige Industrie so lukrativ.



— Ohne die Uraneinfuhren läuft in Hanau keine Brennelementefabrik und in der BRD kein AKW.
Ohne die lukrativen Exportgeschäfte, vorzugsweise mit diktatorischen Regimen wären das Atomzentrum Hanau und die gesamte BRD-Atomindustrie längst am Ende.
— Die Wirtschaft Südafrikas wird durch die (Atom-)Geschäfte mit der BRD gefördert. Allein die Uranexporte aus Namibia tragen jährlich mit 500 Mill. Dollar Deviseneinnahmen zur Stabilisierung des Apartheidsregimes bei.
— Dank der BRD-Hilfe konnte Südafrika am 22.9.79 seine erste Atombombe zünden. Damit ist das Regime in der Lage, einen Atomkrieg auszulösen. Dank der atomtechnologischen Zusammenarbeit mit Südafrika (bis hin zum Austausch von Wissenschaftlern) verschafft sich die BRD Erfahrungen zum Bau eigener Atombomben nach Ablauf des Atomwaffensperrvertrags in neun Jahren.
— Durch Waffenexporte zur Unterstützung des Apartheidregimes profitiert die BRD-Industrie (z. B. Heckler & Koch, Messerschmidt-Bölkow-Blohm) auch noch von der Unterdrückung und Ermordung der Bevölkerung, die sich gegen ihre unmenschlichen Lebensbedingungen wehrt.

Selbst die südafrikanischen Kirchen und der Internationale Bund freier Gewerkschaften (IBFG) fordern inzwischen den generellen Boykott Südafrikas.

Wir fordern:

— Stop jeglicher Einfuhr namibischen Urans!
— Stillegung aller Atomanlagen und Atomfirmen in Hanau und anderswo!
— Stop aller Ausfuhren von Atomanlagen und Rüstungsgütern nach Südafrika und in andere Länder!
— Totalen wirtschaftlichen und politischen Boykott Südafrikas!
— Politische, materielle und finanzielle Unterstützung der Befreiungsbewegungen Südafrikas und Namibias!

Was lief am 7.11.?

Trotz zahlenmäßig sehr geringer Beteiligung (wo war die Südafrika-Solidaritätsbewegung?) waren doch eine ganze Reihe verschiedener Gruppen aus dem gesamten Spektrum vertreten. Leider war auch das Interesse der Medien sehr gering, so daß unsere Transparente, Resolutionen usw. praktisch „nur" die Leute aus den Bewegungen selbst (durch die Vorbereitungen) und die Beschäftigten beim Bundesamt erreichten. Dort stießen wir jedoch überraschenderweise auf recht großes Interesse und teilweise offene Zustimmung. Darum hoffen wir, daß durch unsere Aktion zumindest „amtsintern" etwas in Bewegung kommt. Dazu haben wir im Nachhinein auch noch den Personalrat des Bundesamtes angeschrieben und weitere Informationen geschickt.

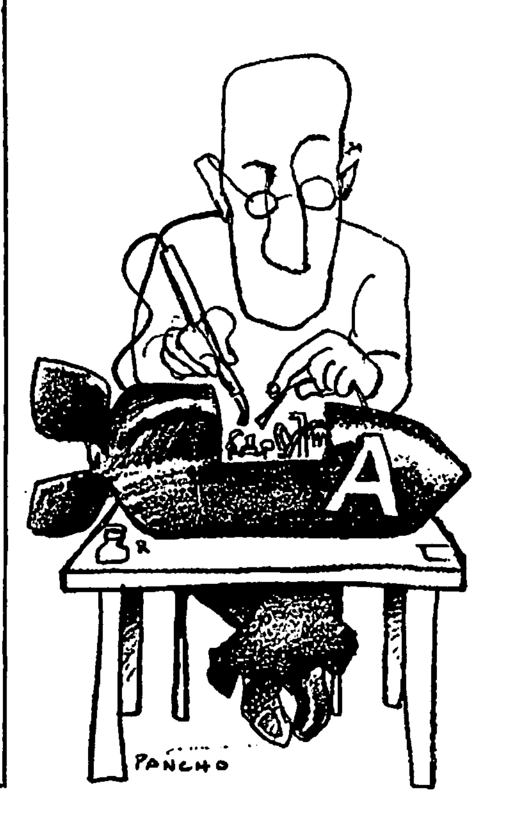
Wir sahen hier die Möglichkeit, in der aktuellen Auseinandersetzung um Südafrika eine gemeinsame Aktion von verschiedenen Gruppen aus der Dritte-Welt-, Solidaritäts-, Anti-AKW- und Friedensbewegung sowie der Grünen zu machen. Das Bewußtsein über vorhandene Zusammenhänge sollte auch in einer gemeinsamen Aktion deutlich werden. Die SPD, die ach so fortschrittliche „Opposition" in Bonn, haben wir dabei ganz bewußt ausgegrenzt. Im Bundestag stimmten bis auf 2 Enthaltungen auch alle SPD-Abgeordnete gegen einen Antrag, „die weitere Ausbeutung von Uran durch Firmen mit Bundesbeteiligung in dem von Südafrika besetzten Namibia einzustellen und jegliche Einfuhr und Nutzung von Kernbrennstoffen namibischen Ursprungs in die BRD (...) zu verbieten."

Zudem floriert das Geschäft zwischen BRD-Rüstungs- und Atomindustrie und Südafrika nicht erst seit Regierungsantritt der CDU, auch SPD-Regierungen drückten beide Augen zu, wenn es um die Profite der Industrie ging.

Wir wollen nicht dazu beitragen, eine Politik zu decken, die mit schönen oder radikalen Worten auf die nächsten Wahlen schielt, sich aber „vornehm" zurückhält, wenn's konkret wird.

Ein Unterstützungstelegramm vom Namibia-Rat der UNO in New York, in dem die Aktion sehr begrüßt und nocheinmal auf die Zusammenhänge der Ausbeutung Namibias mit der BRD-Atommafia hingewiesen wurde, erreichte uns leider erst einen Tag später.

Initiativgruppe Umweltschutz Hanau
Thomas-Münzer-Str. 2
6450 Hanau



Gastfreundschaft auf chilenisch

Im Juli 1983 übernimmt Chile in Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds und den 611 Gläubigerbanken die Garantie über einen Großteil der privaten Auslandsverschuldung. Regierung und Zentralbank verzichten in diesem Abkommen auf die Unantastbarkeit der nationalen Reichtümer. Im Falle der Unzahlbarkeit der Auslandsschulden sichern sich die internationalen Banken das Recht, sich an Chiles Kupfer, an den großen Waldbeständen, den verbliebenen staatlichen Unternehmen, den Konten des Landes im Ausland und allen sonstigen Besitztümern schadlos zu halten.

Am 28. Juni 1985 übernimmt der chilenische Staat in einer neuen Verhandlungsrunde mit dem Koordinationskomitee von 12 Banken weitere Garantien für die privaten Auslandsschulden. Hatte die chilenische Regierung 1982 erst für 38% der gesamten Verschuldung des Landes gebürgt, so sind es nach dem neuen Abkommen mit den Banken 80% geworden. Die Verstaatlichung der Schulden wurde so in einem rasanten Prozeß vollzogen, der den wirtschaftspolitischen Idealen einer totalen Privatisierung und Entstaatlichung, mit denen die Militärjunta angetreten war, vollkommen entgegengesetzt ist.

Geplante Verschuldung führt zum Bankrott

Als die Militärs 1975, zwei Jahre nach dem Sturz des sozialistischen Präsidenten Allende, begannen, die Ideen des nordamerikanischen Nobelpreisträgers Milton Friedman in die Tat umzusetzen, waren sie sogar — im negativen Sinn - zum Vorbild für andere Länder geworden. In der Universtität von Chicago entworfen, sah dieses monetaristische Wirtschaftsmodell vor, daß die Länder der Dritten Welt nur noch auf den Gebieten mit den kapitalisitschen Zentren konkurrieren sollen, auf denen sie z. B. aufgrund billiger Löhne oder günstiger Bedingungen für die Gewinnung von Rohstoffen oder die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse Kostenvorteile haben. In Chile und anderen Ländern Lateinamerikas (z. B. Argentinien und Peru) führte dieses Modell zum Bankrott breiter Sektoren der einheimischen Industrie und des Handwerks und zur zunehmenden Monopolisierung von Industrie und Handel.

Die Öffnung des Landes für Importe und die günstigen Bedingungen für die Beschaffung von Krediten im Ausland hatten zudem eine der höchsten Verschuldungsraten Lateinamerikas (gemessen an Bevölkerungszahl und Wirtschaftsstärke) zur Folge. Ende 1985 erreichten die Schulden die immense Summe von 21,5 Mrd. US-Dollar. Allein als Zinszahlungen fielen in diesem Jahr 2,2 Mrd. US-Dollar an. Dies entsprach mehr als der Hälfte der erwarteten Exporteinkünfte und mehr als alle Einnahmen, die durch den Kupferexport zu erwarten waren. Zusätzlich waren 1985 für 2 Mrd. US-Dollar Schulden zu tilgen.

Internationale Finanzkreise haben Chile denn auch die denkbar schlechtesten wirtschaftlichen Prognosen ausgestellt. Betrug 1984 das Verhältnis der Schulden zu den Exporten 394%, so wird für 1990 zwar eine Reduzierung auf 280% geschätzt, die damit aber immer noch weltweit die schlechteste Relation sein wird.

„Riesenhafte Einmischung" des Währungsfonds

Da das Land so immer weniger in der Lage war, seine Rückzahlungen und Zinsleistungen termingerecht zu leisten, geriet es immer mehr in Abhängigkeit von den internationalen Banken und dem Weltwährungsfonds.

Seitdem 1983 der Bankrott der chilenischen Wirtschaft offensichtlich wurde (die wichtigsten Banken und Konzerne gerieten unter staatliche Kontrolle), begann der Einfluß des Währungsfonds (IWF) auf die Wirtschaftspolitik immer mehr zuzunehmen. Bei den Verhandlungen mit Chiles Regierung hat er großes Gewicht, denn ohne seine Zustimmung zu den Wirtschaftsmaßnahmen hat das Land kaum Chancen, seine aufgelaufenen Verpflichtungen bei den internationalen Banken umzuschulden. Außerdem gewährt der Fonds dem Land immer wieder eigene Kredite, um die Lücken in der Zahlungsbilanz auszugleichen. Allein für die Jahre 1983/84 erhielt Chile ein Stand-by-Abkommen über 525 Millionen US-Dollar und im März 1985 wurde eine Vereinbarung über 3 Jahre im Wert von 750 Millionen US-Dollar geschlossen. All diese Freundlichkeiten haben aber natürlich ihren Pferdefuß. Gemäß der allgemeinen Logik des Währungsfonds wird von der chilenischen Regierung eine Reduzierung der Staatsausgaben und des staatlichen Defizits gefordert, um den Kreditbedarf gering zu halten. Die Einfuhren sollen reduziert, die Exporte gesteigert werden, um so Devisen für die Schuldentilgung ins Land zu holen. Um dies zu gewährleisten, muß die chilenische Landeswährung, der Peso, immer weiter abgewertet werden. Zudem mußte sich Chile im März 1985 verpflichten, nur geringe Lohnerhöhun-



gen im öffentlichen Sektor zuzulassen; das Zahlungsbilanzdefizit sollte von 10,5% des Bruttosozialprodukts 1984 auf 4,5% 1987 reduziert werden, bei Lohnverhandlungen im privaten Sektor soll sich der Staat ganz heraushalten.

Im Prinzip stellen diese Bedingungen eigentlich kein Problem für die Militärregierung dar, entsprechen sie doch voll und ganz ihrem wirtschaftlichen Grundkonzept. Aber aufgrund der ökonomischen und politischen Schwierigkeiten hatte die Regierung 1984/85 den halbherzigen Versuch einer Kehrtwendung ihrer Wirtschaftspolitik unternommen. Um die seit Mai 1983 anwachsende Protestwelle der Bevölkerung zu stoppen, war der Konservative Onofre Jarpa im August 1983 zum Innenminister ernannt worden. Er hatte den Auftrag, die politische Basis der Regierung zu festigen und die Verbreiterung der Oppositionsbewegung zu verhindern. Im April 1984 waren dann die Chikago-Boys, Anhänger der Lehre



Foto: M.B.

Milton Friedmans, für einige Monate entmachtet worden; einem neuen Wirtschaftsteam mit dem Finanzminister Escóbar und dem Wirtschaftsminister Collados an der Spitze wurde die Reaktivierung der chilenischen Wirtschaft aufgetragen. Dies war notwendig geworden, weil gerade die Proteste vom März des Jahres gezeigt hatten, daß es im Lager der Regierung politische Abspaltungen gab. Sektoren wie die Transportunternehmer, die Kleinhändler, die Bauern und Kleinunternehmer hatten sich gegen die monetaristische Wirtschaftspolitik gewendet und drohten ins „feindliche Lager" abzuwandern. Von den neuen Wirtschaftsautoritäten wurde ein pragmatischerer Kurs erwartet, der u. a. über eine Erhöhung des Staatsdefizits mehr Investitionen in öffentliche Arbeiten leiten würde. Wenngleich diese neue Wirtschaftspolitik nie ganz unbeeinflußt vom monetaristischen Modell war, wurde doch in einigen Bereichen der nationalen Industrie durch die größere Abschottung gegen ausländische Importe ein geringer Aufschwung erreicht. Im November 1984 allerdings änderte sich die politische Landschaft beträchtlich. Pinochet rief den Belagerungszustand aus, die harte Hand regierte wieder uneingeschränkt und jeglicher Versuch einer „politischen Öffnung" wurde vorerst abgebrochen. Angebote an die Opposition, die in sich stark gespalten war, waren nicht mehr nötig. So mußten im Februar '85 Innenminister Jarpa und Finanzminister Escóbar ihre Posten räumen, im Juli folgte ihnen Wirtschaftsminister Collados. Der Weg wurde erneut bereitet für eine technokratisch-monetaristische Politik, deren Repräsentant der neue Finanzminister Hernán Büchi ist.

„Anpassung" der Wirtschaft verschärft die Armut

Schon die extrem hohe Auslandsverschuldung Chiles hatte für seine Bevölkerung keine positiven Folgen. Nicht genug damit, daß sie den Konzentrationsprozeß der Wirtschaft anheizte und in Verbindung mit den anderen Maßnahmen der Regierung die Arbeitslosigkeit auf 25—30% anschwellen ließ, schafften die großen Wirtschaftsgruppen zudem auch noch etwa 8 Mrd. US-Dollar ihrer im Ausland aufgenommenen Kredite sofort wieder auf sichere Konten in Panama und andere Finanzzentren. Für die Bevölkerung blieb nur ein Paket von Maßnahmen zur „Anpassung" der Wirtschaft, das ihre Lebensbedingungen weiter verschlechterte. Für den IWF heißt dies im Fachjargon „Reduzierung der internen Nachfrage" und bedeutet, die inländischen Wirtschaftsaktivitäten zu reduzieren, um so die Importe zu senken und damit Devisen zu sparen, die für die Schuldtilgung notwendig sind. Für die Bevölkerung bedeutete dies im Mai 1985, nur drei Monate nach den Verhandlungen Chiles mit dem Währungsfonds, die Bekanntgabe eines neuen Wirtschaftspaketes, das für die nächsten sechs Jahre große Sparmaßnahmen im öffentlichen Sektor vorsieht. Bis Januar 1986 wurde die automatische Anpassung der Renten an die Inflation gestoppt; Kindergeld wurde reduziert; Arbeitslosengeld, das ohnehin nur ganz wenige Arbeitslose erhalten, wurde weiter gekürzt; neue Abwertungen des Peso wurden angekündigt. Chilenische Wirtschaftswissenschaftler errechneten daraufhin, daß die Anpassungskosten, die die Zinszahlungen in Zukunft garantieren sollen, eine Reduzierung des Pro-Kopf-Einkommens von 1.500 US-Dollar 1984 auf 1.200 US-Dollar 1987 mit sich bringen dürften.

Vom amtlichen Umgang mit der Unterernährung

Bis Dezember 1982 wurde in Chile ein seit Jahrzehnten entwickeltes nationales Mutter-Kind-Programm für Zusatzernährung (PNAC) aufrechterhalten. Doch mitten im beginnenden Strudel der Wirtschaftskrise wurde dieses Programm um 33 Prozent gekürzt. Was waren die Gründe?

Seit langem war das PNAC Hauptabnehmer der nationalen Milchindustrie. Etwa 60 Prozent der Produktion wurden von diesem Programm aufgekauft. Durch die von der Regierung künstlich über den Wechselkurs geschaffenen Vorteile für den Import von Waren war jedoch auch die nationale Milchindustrie betroffen. Das Land wurde vom Import abhängig. Als sich der Wechselkurs so änderte, daß Importe teurer wurden, war die nationalen Industrie nicht mehr in der Lage, in die Bresche zu springen. Der Staat war aber nicht bereit, die Mehrkosten, die er ja letztlich selbst verursacht hatte, zu übernehmen, und reduzierte folglich die Ausgaben für das Programm.

Schon in den ersten Monaten nach dieser Entscheidung wurden die Konsequenzen deutlich: die Unterernährung von Kindern stieg nach Angaben des Gesundheitsministeriums an. Offensichtlich um diese negative Entwicklung zu kaschieren, wurde vom Ministerium ein neues Verfahren zur Feststellung der Unterernährung eingeführt. Staat wie bisher Gewicht und Alter der Kinder ins Verhältnis zu setzen, vergleicht man jetzt Gewicht und Größe. Ein Kind aber, das weniger zu essen hat, wächst auch langsamer. Ein kleineres Kind, das weniger wiegt — beides Konsequenz der fatalen Ernährungslage — soll also nach den neuen Kriterien des Gesundheitsministers das Normale sein. Unterernährung wird so vielleicht in Chile auf amtlichem Wege abgeschafft.

Zu leiden haben unter diesen Maßnahmen fast alle Bevölkerungsschichten, aber insbesondere die Ärmsten der Armen. Nachdem der IWF im September 1984 von Chile eine „aktivere" Wechselkurspolitik verlangt hatte, wurde schon wenige Tage später eine einschneidende Abwertung des Peso von der Regierung verkündet, die nach Meinung der konservativen Zeitschrift „Qué Pasa?", die „riesenhafte Einmischung, die der IWF in den Entscheidungen der nationalen Wirtschaft hat", deutlich machte. Die Preise stiegen daraufhin schlagartig.

Durch die notwendige Reduzierung der Staatsausgaben werden insbesondere die sozialen Dienstleistungen immer weiter gekürzt.

So gibt es keine Lösung für die etwa 800.000 fehlenden Wohnungen. Die staatlichen Krankenhäuser müssen sich seit November 1984 faktisch selbst finanzieren. Die Bedingungen für die Kranken werden so immer unerträglicher. Es gibt keine Medikamente, wenn man sie nicht, ebenso wie das Bettzeug, selbst zur Behandlung mitbringt. Immer mehr schlecht ausgebildetes Personal wird angestellt; gefährlich Infektionskrankheiten breiten sich in den Krankenhäusern aufgrund mangelnder Aufwendungen für Hygiene aus.

Besonders die Kinder sind von dieser Entwicklung betroffen. In der Kinderabteilung des Hospitals „Felix Bulnes" wird an Bronchitis oder anderen Leiden erkrankten Kindern statt Antibiotika destilliertes Wasser gespritzt. Auch die Unterernährung hat zugenommen. Nach Schätzung der chilenischen Ärztekammer sind heute 46% der Kinder unter 6 Jahren unterernährt.

Das nationale Mutter-Kind-Programm für Zusatzernährung (PNAC), das schon seit Jahren in Chile funktioniert, sollte eigentlich in Notsituationen mit Zusatznahrung einspringen. Aber auch dieses Programm hat seit 1982 die Konsequenzen zu spüren bekommen (s. Kasten). Wurde es zuerst um 30% gekürzt, so gab es im Juni 1985 einen weiteren Skandal um dieses Programm: ein Teil der Milchabgabe sollte durch Reis ersetzt werden. Und ebenfalls im Juni 1985 wurde eine große Gruppe Kinder aus den benachteiligtsten Familien aus dem Programm ausgeschlossen.

War es ein Zufall, daß diese Entscheidung so kurz nach den Verhandlungen mit IWF und Banken getroffen wurde?

Das IWF-Team unter seinem Chef Jan Van Houten kommt alle vier Monate nach Chile, um zu prüfen, ob das Land seine Versprechungen gehalten hat. Es ist wohl nicht sehr wahrscheinlich, daß sich Van Houten auch mit den Familien aus den „poblaciones" unterhält, denen das Wasser bis zum Halse steht. Die soziale Lage der Bevölkerung gehört eben nicht zu den ökonomischen Eckdaten des IWF und der internationalen Bankengemeinschaft.

Michael Bünte



Was von „Meutereien" in chilenischen Gefängnissen zu halten ist

Ende Oktober fand sich in der internationalen Presse die Meldung über einen „Zwischenfall", der sich in der Penitenciaría, einem Gefängnis von Santiago, ereignete. Bei einer angeblichen Meuterei hätten politische Gefangene einen Fluchtversuch unternommen. Das habe die Sicherheitskräfte zum Eingreifen gezwungen. Die Gefangenen sollen Waffen besessen haben, die sie den Wärtern entwendet, von ihren Angehörigen erhalten oder selbst gebaut hätten. Bei dem Vorfall wurden acht Menschen getötet und 26 z. T. schwer verletzt. Unter den Toten befindet sich Victor Zuniga, unter den Verletzten sind Carlos Garcia, Hugo Marchant, Jorge Palma und Carlos Araneda. Für alle fünf war vor Militärgerichten die Todesstrafe gefordert worden.

In der offiziellen Version über die Geschehnisse, die auch in Chile stark angezweifelt wird, finden sich einige Widersprüche. Zahlreiche Tatsachen weisen darauf hin, daß es sich nicht um einen Fluchtversuch, sondern um den geplanten Mord an politischen Gefangenen handelt.



Die Wandmalereien in Santiago geben Zeugnis von der Unterdrückung

— Es wird immer wieder versucht, politische Gefangene zu ermorden. Eine „legale" Bemühung war z. B., drei von ihnen durch ein Kriegsgericht (im Schnellverfahren) zum Tode zu verurteilen. Diese Möglichkeit wurde durch nationale und internationale Proteste verhindert. Ebenso gab es Versuche, politische Gefangene zu vergiften oder sozialen Gefangenen die Entlassung zu versprechen, wenn sie bestimmte polit. Gefangene umbringen würden.

— Im letzten Jahr hat es mehrere angebliche Meutereien in Gefängnissen gegeben, die brutale Repression gegen polit. Gefangene nach sich zogen. Aufgrund dieser Vorfälle war es den polit. Gefangenen sicher klar, daß ein Aufstand oder Flucht, den Versuch für sie bedeutet hätte, ins offene Messer zu laufen.

Zum Vorfall am 18.10. in Santiago:

— Bereits am 15./16.10. wurden drei Personen verhaftet, denen vorgeworfen wird, an der Vorbereitung des angeblichen Fluchtplans maßgeblich beteiligt gewesen zu sein. Wenn diese angeblich „Meuterei" schon im voraus bekannt war, warum wurden dann nicht rechtzeitig andere Maßnahmen ergriffen?

— Auffällig ist, daß wenige Minuten vor der Schießerei die bekannten christdemokratischen Gewerkschaftsführer Manuel Bustos und Rudolfo Seguel in einen anderen Teil des Gefängnisses verlegt wurden.

— Nach Aussagen von Gefangenen und Angehörigen sind die politischen Gefangenen an keinem Fluchtplan beteiligt gewesen. Vielmehr sei eine Gruppe sozialer Gefangener zwischenzeitlich in der Penitenciaría untergebracht worden, wo sie nach Absprache mit der Polizei eine echte Fluchtsituation simuliert hätten, die es den „Sicherheits"kräften erlaubte, in das Gefängnis einzudringen und die politischen Gefangenen hinzurichten.

— Als sie die Gefahr bemerkten, haben sich die politischen Gefangenen sofort in ihre Zellen zurückgezogen.

— Die „Auseinandersetzung" dauerte 5—10 Minuten und die Gefangenen wurden schnell zusammengeschossen. Die Schießerei der Sicherheitskräfte, die auf den Dächern saßen und auf die Zellen und Abteilungen feuerten, dauerten noch länger als eine halbe Stunde an.

— Fünf der Toten wurden in ihren Zellen gefunden, obwohl sie doch einen Fluchtversuch unternommen haben sollen!

— Diejenigen politischen Gefangenen, die den „Aufstand" angezettelt haben sollen, befanden sich im Sondersicherheitsbereich. Dort tragen die Wärter im innersten Bereich keine Waffen, um zu verhindern, daß die Gefangenen an Pistolen gelangen. Die offizielle Version, diese Gefangenen hätten ihre Bewacher überwältigt und sich so Waffen verschafft, ist also unmöglich.

— Ebensowenig kann es sein, daß die Gefangenen Waffen in ihren Zellen selbst gebaut haben, da diese ständig genau untersucht werden.

— Den Angehörigen wird vorgeworfen, Waffen ins Gefängnis geschmuggelt zu haben. Angesichts der massiven Leibesvisitationen vor Betreten der Besuchsräume wäre das aber eine reine Selbstmordaktion gewesen.

Die Angehörigen der politischen Gefangenen sind starker Repression ausgesetzt. Aufgrund nationaler und internationaler Proteste wurde bisher erreicht, daß das Rote Kreuz zugelassen und ein Untersuchungsrichter eingesetzt wurden.

Trotzdem ist die Lage der politischen Gefangenen weiterhin sehr schwierig. Deshalb hier ein Textvorschlag für einen Protestbrief an den chil. Innenminister:

Ricardo García
Ministro del Interior
Edificio Diego Portales
Santiago — Chile

Senor Ministro,
protestamos contra la represión hacia los presos politicos y sus familiares. Pedimos la protección de ellos, atención médica, mejoramiento de las condiciones en las celdas. Más encima pedimos el reconocimiento de los presos „politicos" y la concentración de todos ellos en un recinto especial así como está establecido en el convenio de Ginebra.

Atentamente

Übersetzung:
Wir protestieren gegen die Repression, der die politischen Gefangenen und ihre Angehörigen ausgesetzt sind. Wir fordern ihren Schutz, medizinische Versorgung, Verbesserung der Bedingungen in den Zellen. Außerdem fordern wir ihre Anerkennung als politische Gefangene und ihre Zusammenlegung in einem speziellen Gefängnis, entsprechend den Bestimmungen der Genfer Konvention.

Quellen:
Bolitín DEUMECH, Oktober 1985
Rundbrief COSECH vom 1.11.1985

Chilekomittee Freiburg

Leben von Tortillas und Bohnen

Kaffeebauern in El Salvador

Während einer Rundreise der mittelamerikanischen Delegation innerhalb der Kaffeekampagne führte Klaus Hess vom Informationsbüro Nicaragua ein Interview mit Roberto Bustamante, Gewerkschaftsvertreter aus El Salvador, das wir im folgenden abdrucken.

Roberto, könntest Du Dich und Deine Gewerkschaft zuerst einmal vorstellen?

Ich heiße Roberto Bustamante und bin Mitglied des „Sindicato de los trabajadores de la industria del cafe“ SICAFE, der Gewerkschaft der Kaffeeindustrie-Arbeiter, die zusammen mit 22 anderen Gewerkschaften der nationalen Gewerkschaftsföderation FENASTRAS angeschlossen ist. Unsere Organisation ist eine unabhängige, weder dem Staat, noch einer Partei oder einer anderen Einrichtung verpflichtete Gewerkschaft. Wir haben in allen 16 Kaffeeverarbeitungsanlagen Gewerkschaftgliederungen. Im Kaffeesektor gibt es außerdem Vereinigungen der Kaffeebauern (wie die „associación nacional campesina“ ANC) und der Kooperativen.

Vor welchen Problemen stehen die Landarbeiter und Bauern im Kaffeeanbau zur Zeit?

Kaffee ist seit 1850 traditionelles Anbauprodukt in El Salvador. Vorher wurde Indigo angebaut, welches aber international durch Kunstprodukte ersetzt wurde und so keinen Absatzmarkt mehr fand. Die Ausbeutung ist aber im Kaffeeanbau nicht geringer geworden. Insgesamt 80% des Anbaugebiets — das beste Land — ist in den Händen weniger reicher Plantagenbesitzer und nur 20% in Händen der Kooperativen und Kleinproduzenten. Die Landarbeiter verdienen auch heute noch pro Tag nur 7 Colones 50; das entspricht etwa einem Dollar. Trotzdem machen sie die ganze Arbeit, pflanzen den Kaffee an, reinigen, düngen und spritzen ihn und ernten. Wegen des verstärkten Einsatzes von chemischen Produkten von beispielsweise BAYER aus der BRD gibt der Kaffeeanbau den meisten nur vier Monate im Jahr Arbeit, (wegen des Gifteinsatzes entfällt beispielsweise das Jäten), nämlich in der Erntesaison zwischen November und Februar. Dann werden die Arbeiter wie Vieh zu den Plantagen gekarrt, schlafen in Massenunterkünften oder unter freiem Himmel, leben allein von Tortilla und Bohnen — und das wird ihnen auch noch vom Lohn abgezogen —. Hinzu kommen schlechte hygienische Verhältnisse. Für die offiziell eingeführte Krankenversicherung muß man bezahlen, kriegt im Krankheitsfall zwar ein Rezeptformular, aber keine Medizin; die muß man sich privat besorgen. Zu dieser „normalen“ Ausbeutung kommt häufig noch direkter Betrug hinzu. Denn die meisten Arbeiter sind Analphabeten und werden bei der Lohnabrechnung übers Ohr gehauen, da sie nicht rechnen können. So ist die Situation bei den Landarbeitern.

Bei dem Kaffeebauern ist sie ähnlich. Auch ihr Einkommen reicht kaum zum Überleben; ihre Ernte können sie nicht frei vermarkten, da der Staat das Exportmonopol hat. Auch die kaffeeverarbeitende Industrie ist in den Händen der Regierung und einer kleinen Schicht Industrieller, die den Kaffee kaufen, verarbeiten, vermarkten und die Preise bestimmen.



Die Bauern bekommen für 1 Quintal (entspricht ca. 100 Pfund) Kaffee ganze 265 Colones, also 44 $ vom staatlichen Institut INCAFE, während dieses auf dem Weltmarkt 147$ für den Kaffee einsteckt.

Die Arbeiter, die in der Gewerkschaft SICAFE organisiert sind, kämpfen zusammen mit den Bauern gegen diesen Zustand, denn nur die Großgrundbesitzer, die Industrie und der Staat profitieren von diesem Zustand, nicht aber die Arbeiter und Bauern.

Welche Forderungen stellt Ihr als Gewerkschafter angesichts dieser Situation?

Für die Kleinbauern fordern wir gerechte Preise für die Produktion, für Kaffee ebenso wie für Baumwolle und Mais, denn da sieht es ähnlich aus. Überall wo Klein- und Großproduzenten nebeneinander her das gleiche Produkt anbauen, bekommen die Kleinbauern dafür einen geringeren Preis mit der falschen Begründung, er habe eine „schlechtere Qualität“.

Wir fordern darüber hinaus das Recht auf direkte Vermarktung. Die Kleinbauern hatten schon Angebote aus Kolumbien, Venezuela und Spanien für ihren Mais, der Staat beharrte jedoch auf seinem Handelsmonopol. Er allein legt die Preise fest und steckt die Devisen ein. Von den Kaffeeeinnahmen, die 70% der Deviseneinnahmen El Salvadors ausmachen, landen 40% bei der Regierung, ganze 5% bei den Bauern und der große Rest geht an die Großgrundbesitzer.

Für die Landarbeiter fordern wir einen gerechten Lohn und soziale Anerkennung, die uns gebührt, denn wir sind diejenigen, die eigentlich alle Werte schaffen. Recht auf ein humanes Leben, auf angemessene Unterkunft und Ernährung, auf

Gesundheitsversorgung und Hygiene. Wir fordern die Anerkennung von kollektiven Arbeitsverträgen sowie gewerkschaftliche Rechte. Die Lösung bringt eine wirkliche Agrarreform und die Aufteilung der Kaffeeanbaugebiete unter den Bauern, damit sie selbst produzieren und Gewinne machen können.

Wie denkt Ihr, Eure Forderungen durchsetzen zu können?

Wir kämpfen schon sehr lange für diese Forderungen. Wir haben gelernt, uns zu organisieren, wir kämpfen für und in einer organisierten Bewegung. Immer wieder wurden wir unterdrückt, bedroht, gefangen genommen. Viele verschwanden, Todesschwadrone traten in Aktion. 1977/78 wurde die Bewegung für eine integrierte Agrarreform, eine gerechte Verteilung des Landes, immer stärker. Doch sie wurde unterdrückt, die Gewerkschaften aufgelöst, viele gingen in den Untergrund, einige resignierten.

Laut Verfassung gibt es das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung, doch in der Praxis sieht das anders aus: Gewerkschaften wird die Zulassung verweigert, Führer werden verhaftet, wie der der Postgewerkschaft, oder eingeschüchtert. Wenn das legal nicht geht, treten die Todesschwadrone auf den Plan. Obwohl es heißt, daß sie aufgelöst sind, sitzen ihre Vertreter weiterhin im Parlament. Bislang ist es noch nie vorgekommen, daß einer von ihnen verhaftet worden ist.

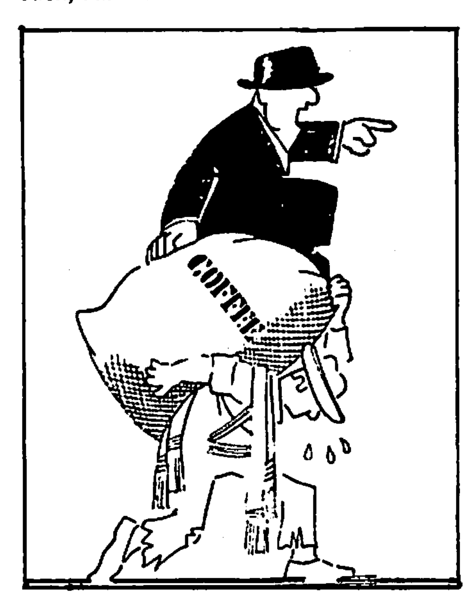
Auch bei den Industriearbeitern in der Stadt gibt es Arbeitskämpfe, weil immer mehr Betriebe geschlossen werden. 10000 Arbeiter sind betroffen. Ganze Branchen haben die Arbeit aus Solidarität niedergelegt, bei den staatlichen Wasserwerken ANDA wurden 2000 Arbeiter nur deshalb gefeuert, weil sie Gewerkschafter sind. Trotzdem geht unser Kampf um die Einheit der Gewerkschaften, die Einheit zwischen Arbeitern und Bauern weiter. Am 13. September 1985 fand eine Demonstration von 20000 Menschen statt, die sich gegen die Regierung, das Wirtschaftsministerium und die Zentralbank richtete und das Einfrieren der Löhne und Arbeitsplätze verurteilte.

65000 Bauern haben schon vor dem Präsidentenhaus in Petitionen bessere Preise gefordert. Wie kämpfen weiter für Organisations-, Gewerkschafts- und Meinungsfreiheit, für Menschenrechte und soziale Anerkennung.

Auch die FMLN versucht, den Kaffeexport zu boykottieren, damit die Regierung keine Devisen für ihre Kriegsführung erhält. Sie ruft die Kleinproduzenten auf, nicht zu ernten bzw. die Ernte nicht an die Regierung zu verkaufen. In vorübergehend von der FMLN kontrollierten Gebieten konnte man die Ernte boykottieren. Die Armee jedoch zwang die Kleinproduzenten zu ernten, oder erntete selbst mit den Soldaten und zwangsweise verpflichteten Tagelöhnern.

Was hat die Agrarreform, die Du vorhin erwähntest, bisher für Euch gebracht?

Die sogenannte Agrarreform wurde am 15. Oktober 1979 per Regierungsdekret verkündet. Zum einen geht sie natürlich auf den Druck der Bauern nach Land zurück, darüber hinaus war sie für die inter-



nationale Öffentlichkeit bestimmt, wo sie mit großem tam tam verkauft wurde. Ihre Konzeption wurde vom gleichen US-Berater Prosterman ausgearbeitet, der auch die Agrarreform in Vietnam durchgeführt hat. Sie sollte 600000 Bauernfamilien ohne Land, das heißt etwa 3 Millionen Menschen, begünstigen. In einer ersten Phase sollten die Großgrundbesitzer mit mehr als 500 ha Land, in einer zweiten Phase die mit 150 bis 500 ha enteignet werden, und die dritte Phase sollte die Pachtverhältnisse bei Ländereien zwischen 50 und 150 ha betreffen.

Faktisch sind in der ersten Phase 65000 Bauernfamilien, in der dritten 30000 Bauernfamilien „begünstigt" worden, weiterhin sind also 505000 Familien immer noch ohne Land. Die zweite Phase, die eigentlich die entscheidende ist, weil sie auf die Mehrzahl der Ländereien und insbesondere auf die Kaffeeplantagen zutreffen würde, ist nie durchgeführt worden. Betreffs der ersten Phase verschonte man die Ländereien der Streitkräfte und der Regierungsparteien und enteignete nur das schlechtere Land mit geringerer Produktivität.

Die neugegründeten „Agrarreformkooperativen" sind völlig vom Staat kontrolliert; sie müssen für das Land bezahlen und sind faktisch vom ersten Tag an verschuldet. Der Staat setzt auch die Verkaufspreise fest: zum Beispiel für Mais auf 31 Colon pro Quintal, dies bei Produktionskosten von 38 Colones. Dazu kommt, daß der Staatshandel zwar diesen Aufkaufspreis garantiert, selber aber nur 20% der Produktion abnimmt. So sind die Bauern gezwungen, den weitaus größten Teil (ca. 60%) bei Zwischenhändlern, die wir Cojoten nennen, loszuwerden. Diese Cojoten zahlen nur 17 Colones und verkaufen den Mais zu 30 Colones weiter, stecken als 50% Gewinn in die Tasche.

Die dritte Phase der Agrarreform, die die kleinen Pachtländereien betrifft, säte nur Zwietracht unter den Bauern, sie war unserer Meinung nach von den USA bewußt so angelegt.

In einem Fernsehfilm über die Agrarreform in El Salvador konnte man jüngst die Auffassung hören, die Bauern wollten gar keine Agrarreform, sondern sehnten den alten Zustand zurück!

Ja, aus genau eben diesen Gründen. Die Bauern waren auch gar nicht vorbereitet. Da kam man hin und sagte: Das ist jetzt dein Land, bebau es. 67% der Bauern sind Analphabeten.. Sie kriegen überhaupt keine Unterstützung, keine technische Hilfe, keine Kredite, keine Beratung, müssen importierten Dünger und Pestizide kaufen, die Tag für Tag teurer werden, dann Saatgut usw. Wenn sie Kredite bei der Bank nehmen, zahlen sie 13% Zinsen und bekommen bei der Ernte einen niedrigen Preis. Das staatliche Kaffeeinstitut INCAFE bezahlt ihnen den Kaffee darüber hinaus erst 6 Monate später. Es hat nur ein Ausbeutungswechsel stattgefunden: vom Patron zur Nationalbank und zum Staatsapparat. Was Wunder, daß die Bauern das alte System zurückwünschen oder sich gleich dem bewaffneten Kampf anschließen.

Wie beurteilst Du den Prozeß, der mit den Wahlen in El Salvador in Gang gekommen ist, der Duarte und die Christdemokratie an die Macht brachte und in den internationalen Medien als die langerwartete Demokratisierung verkauft wird?

Was die Wahlen angeht, so sind überall die Bilder gezeigt worden mit langen Schlangen vor den Wahllokalen. Das sind zum Großteil keine bewußten und aktiven Stimmen für die Regierung. Denn es gab eine Notwendigkeit und ein Zwang zu wählen. Man bekam einen Stempel dafür, und wer nicht wählte war ein Kommunist. Es konnten keine linken Parteien gewählt werden, denn die Kandidaten hätten mit dem Tod zu rechnen gehabt. Dann kommt teilweise auch ein traditionelles rückständiges Bewußtsein auf dem Land hinzu, den zu wählen, der das Sagen hat.

Trotzdem gab es 100000 ungültig abgegebene Stimmen, die als Opposition zu werten sind.

Die internationale Propaganda unterstützt die gewählte Regierung als „dritten Weg zwischen Konservativismus und Revolution". Duarte wird von Kohl als „Hoffnungsträger" empfangen. Es heißt, das Volk stünde hinter ihm, doch 7 der 8 zugelassenen Parteien sind in der Opposition, es gibt Arbeitskämpfe, Demonstrationen von 60000 Personen. Duarte ist mit Versprechungen an die Regierung gekommen, deren Einlösung nun eingefordert wird. 1984 wollte er 15000, 1985 weitere 50000 neue Arbeitsplätze schaffen, insgesamt sind es ganze 100 geworden. Und jetzt gibt es ein Dekret, daß wegen der Kriegskosten kein einziger neuer Arbeiter eingestellt wird, die Arbeitsplätze also komplett eingefroren werden.

Dann hat er versprochen, den Dialog mit der Befreiungsbewegung zu beginnen, das hat er auch in der UNO verkündet,

deshalb wurde er auch gewählt. Jetzt stockt der Dialog, weil ihn das Militär nicht will. Die US-Botschaft und die US-Berater bestimmen völlig die Politik in meinem Land. Duarte behauptet, daß er Chef der Streitkräfte sei, in Wirklichkeit ist es umgekehrt: die bewaffneten Streitkräfte geben intern den Ton an, und die Reagan-Administration extern. Duarte wird die Probleme nicht lösen, da über die Probleme nicht in El Salvador entschieden wird.
Für uns hat sich die Situation kaum geändert: Die USA buttert täglich 2 Mio. $ in den Krieg, neue Spezialbataillone entstehen, Counter Insurgency Taktiken werden entwickelt. Die Bombardierungen und Vertreibungen gehen weiter, drei von fünf Arbeitern in meinem Land sind vertrieben, geflohen oder obdachlos. Das Heer bereichert sich noch an dieser Situation. Militärs rücken in Konfliktzonen ein, beschlagnahmen die Kaffeeernte oder ernten selber und stecken den Erlös ein.

Wir fordern von der Regierung, daß sie das einhält, was sie versprochen hat, weshalb sie gewählt worden ist: Rechte der Arbeiter, Meinungs- und Organisationsfreiheit, Dialog mit der Befreiungsbewegung, um den Frieden zu erreichen, als wirkliche Möglichkeit des Volkes sich zu entwickeln. In unserer Forderung nach einer politischen Lösung sind wir uns einig mit vielen Massenorganisationen, der nichtstaatlichen Menschenrechtskommission, den Studenten, der Kirche.



Was schlagt Ihr vor, wie wir Euch in Eurem Kampf unterstützen können?

Zuerst einmal unterstützt Ihr uns, indem Ihr mich als Vertreter der Gewerkschaft eingeladen habt, damit ich während der Rundreise an vielen Orten über die Situation in El Salvador und unsere Forderungen berichten kann.

Die Hauptforderung, die ich — und dafür habe ich ein Mandat von SICAFE und der Bauernorganisation bekommen — innerhalb der Kaffeekampagne an Euch und die Kaffeekonsumenten in der BRD allgemein stelle, ist, Kaffee aus El Salvador zu boykottieren und statt dessen direktimportierten Kaffee aus Nicaragua zu kaufen. Dort kommen die Erlöse den Bauern und Landarbeitern und dem sozialen Aufbau des Landes zugute. In El Salvador werden 80% der Deviseneinnahmen in den Krieg und der Rest in die Staatsverwaltung gesteckt. 70% der Devisenerlöse kommen vom Kaffeexport. Die Hälfte dieses Kaffees geht in die BRD. Der Kaffee den Ihr kauft, verwandelt sich in meinem Land in Repression, in Hubschrauber, Flugzeuge, Waffen, Bomben, Militär, LKWs. Die Bauern und Plantagenarbeiter haben nichts davon. Ein politisch begründeter Boykott des Salvador-Kaffees schwächt die Wirtschaftsmacht des Staates und gibt den Bauern Auftrieb in ihrer Forderung nach Direktvermarktung ihrer Produktion, also Abschaffung des Staatsmonopols.

Auch die Regierungspolitik in Bonn ist für uns entscheidend. Die Wiederaufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen bewirkt, daß die BRD das absichert, was die USA militärisch macht. Die Entwicklungshilfe verwandelt sich in elektronisches Kriegsmaterial, von deutschen Firmen geliefert. Da könnt Ihr was tun. Auch unmittelbare finanzielle Unterstützung können wir brauchen. Zum einen für die Gewerkschaftsarbeit, die insbesondere auf dem Land Ausbildungscharakter hat: Seminare, Bewußtseinsbildung, ideologische Orientierung, Schulung für Kader, Organisierung, Unterstützung in Arbeitskämpfen. Es mangelt an Schreibmaschinen, an didaktischem Material, Geld für Papier, Personal, eigentlich an allem, da die Landarbeiter und Bauern kaum finanzielle Mittel aufbringen können.

Dabei spielen die unabhängigen Gewerkschaften ihre politische, moralische und wirtschaftliche Unterstützung eine ungeheuer wichtige Rolle zur Verteidigung der Lebensinteressen der Bauern und Arbeiter gegenüber Staat und Patron.

Aber auch die Unterstützung der Flüchtlinge, die sich innerhalb und außerhalb El Salvadors befinden ist notwendig. Nur mit internationaler Hilfe könnte ihr Los gebessert werden. Dabei muß man bedenken, daß die Lager, die international, z. B. auch der EG vorgeführt werden, eher die in besseren Verhältnissen sind und es gibt bei weitem schlimmere Bedingungen.

Ich möchte also zusammenfassen:
1. Eine öffentliche Kampagne: „Keine Unterstützung für Staat und Militär in El Salvador!"
2. Boykott des Salvadors-Kaffees, solange die Erlöse dem Volk eher schaden als nutzen!
3. Internationale Verbreitung der Gewerkschaftsforderungen aus El Salvador.

Und genau mit diesen Zielen bin ich hierher gekommen.

Roberto, herzlichen Dank für dieses Gespräch.

Informationsbüro Nicaragua, Wuppertal

Rezensionen

„Das Brot des Siegers", Das Hackfleisch-Imperium von Christiane Grefe, Peter Heller, Martin Herbst, Siegfried Pater, Lamuv-Verlag, 286 Seiten, 24,– DM.

„El Salvador: Die Hamburger-Niederlassung von McDonald's wird von Soldaten mit locker sitzender Maschinenpistole bewacht."

Das Fast-Food-Business expandiert mit einer erschreckenden Kontinuität auf den Märkten der Welt. Allein McDonald's besitzt bereits mehrere Lokale in Brasilien, Costa Rica, Nicaragua, El Salvador, Guatemala, Venezuela usw. Dem stehen die anderen großen Fast-Food-Konzerne in nichts nach. Während „Wimpy's" den indischen Markt als lukrativ erachtet, verkauft „Burger King" seine Produkte in Hongkong, Kolumbien, Panama, Puerto Rico, Venezuela und auf den Bahamas.

Dreijährige Recherchen und ein couragierter Mitarbeiter in der McDonald's Zentrale in Chicago ermöglichten dieses spannend geschriebene Buch. Während in den ersten Kapiteln der Abriß der Ernährungsgeschichte zu kurz geraten ist, faszinieren mich doch die ausführlich beschriebenen Entscheidungskriterien zur Entwicklung eines Fast-Food-Produktes (Bsp. Hamburger) für die industrielle Fertigung. Nachdem von den Autoren dies bis in Detail erklärt wird, widmen sie sich im Hauptteil der Organisation, Ideologie und den Arbeitsbedingungen in den Unternehmen. Betriebsratsarbeit, gewerkschaftliche Organisation schlechthin, wird im Keim erstickt bzw. mit allen Mitteln bekämpft, wobei man vor Entlassungen keineswegs zurückschreckt. „Geeigneten" (d.h. lächelnden, schnellen und ruhigen) Arbeitskräften bietet man hingegen niedrige Löhne, unbezahlte Überstunden, Teilzeitarbeit usw.. Belustigend und traurig zugleich wirken die Versuche einzelner Gewerkschafter, dagegen vorzugehen. So ißt beispielsweise ein amerikanischer Gewerkschaftsfunktionär in der Mittagszeit um die 15 Hamburger, um dem Personal unauffällig Informationen mitteilen zu können.

Manager und Führungspersonal werden bei McDonald's betriebsintern geschult. Diese „Burger-Akademien" führen ihr Personal in die „Kniffe" der Betriebswirtschaft ein und indoktrinieren die völlige Identifikation mit dem Unternehmen („Wir sind ein Sieger-Team"). Jeder Arbeitsschritt ist bei McDonald's zeitlich festgesetzt und ständig per Computer zu überwachen. So darf der Kunde nicht länger als drei Minuten auf seine Bestellung warten. „Time is money", und das erwartet Ray Kroc, McDonald's Gründer, „wie man Licht erwartet, wenn man den Schalter anknipst." Ein Kapitalist alter Manier.

Einige Kapitel werden auch den Zusammenhängen zwischen Fast-Food und Ländern der Dritten Welt gewidmet. Damit man hier seinen Hamburger mit Rindfleisch (dem sog. Patty) „genießen" kann, werden jährlich tonnenweise Kraftfutter, zumeist Soja (Ölkuchen, Sojaschrot...), importiert aus Ländern der Dritten Welt. So verfüttern allein die Bayern mind. 300.000 Tonnen Ölkuchen jährlich an ihr Vieh, welche je zur Hälfte aus Brasilien und den USA kommen. Ca. 50 Mio. Tonnen umfaßt die jährlich importierte Menge an Futtermittel der EG, die zur Hälfte aus Ländern der Dritten Welt stammt, wo es somit als Grundnahrungsmittel fehlt. „Des einen Mannes Hunger, ist des anderen Mannes Fest.", bemerkt da Ray Kroc. Die lateinamerikanischen Staaten exportieren jedoch nicht nur Futtermittel, sondern auch Rinder. Ohne Rücksicht auf Ökologie und nationale Nahrungsmittelversorgung werden Wälder gerodet (siehe „blätter" Nr. 124 und 125), das Holz verkauft, die Rinder gezüchtet und auch verkauft, um Reichtum zu „produzieren", was für Carlos Urcuyo, einem Rinderzüchter, Bankier und Hamburger-Produzenten aus Costa Rica, eine „Nationale Pflicht" ist. Dieses Rindfleisch wird u. a. von den USA importiert.

Wohin es genau geht, erzählte den Autoren Sergio Quintana, Mitglied einer Kooperative in Costa Rica: „Wir versorgen McDonald's und Burger King und auch Wendy's, die kaufen auch unser Fleisch." Das bestätigt auch Alberto Amador, Präsident des Vereins für Rinderzucht in Costa Rica. Damit dürfte dann wohl McDonald's Behauptung, daß in ihren Burgern nur US-Rindfleisch sei, widerlegt sein.

Ist das Fleisch erst einmal verarbeitet (somit eine undefinierbare Masse) und tiefgekühlt, wandert es in die Fast-Food-Küchen der Welt. So gelangt es u. a. auch in den Magen so manchen Lateinamerikaners, wo es das nahrhaftere traditionelle Essen verdrängt und den Straßenverkäufern von Tortillas und Fladenbroten die Existenzgrundlage nimmt. „McDonald's umfaßt die Ideologie des freien Unternehmertums und der unbegrenzten Wachstumsmöglichkeiten, verwirklicht durch Beharrlichkeit, Bestimmtheit und Ehrenhaftigkeit, und strebt die Verkörperung der höchsten Normen im Geschäftsleben an. Dabei spiegelt es die Qualitäten von Integrität und Moral wider, insbesondere in seinem Verhältnis zu Kunden und Mitarbeitern." (The Vision of McDonald's).

Im Anhang wird auf den Film zum Buch hingewiesen („Dschungelburger"), der sich schwerpunktmäßig mit der Rinderzucht Lateinamerikas beschäftigt, sowie auf weitere Materialien und Kontaktadressen.

O.W. Altmann

Rüdiger Siebert:

Insel im schwarzen Fluß. Die Geschichte einer verkauften Kindheit in Thailand. Würzburg: Arena-Verlag, 1984

In Bangkog gibt es Hunderte von Hinterhof-Fabriken, denen hauptsächlich Kinder Montagearbeiten verrichten. Wie Sklaven werden die kleinen Arbeiter, die meist aus verarmten bäuerlichen Familien im Norden und Nordosten des Landes kommen, von den Fabrikbesitzern und Aufsehern beahndelt. Weder für die Arbeitssicherheit noch für minimale Pausen und eine ausreichende Ernährung der Kinder ist gesorgt. Die Behörden drücken häufig beide Augen zu.

Rüdiger Siebert hat über das Thema ein Jugendbuch geschrieben.

Der kleine Thon kommt aus dem Dorf Ban-Yang; seine Eltern sind hoch verschuldete Reisbauern. Eine Vermittlerin zahl Thongs Vater 500 Baht Handgeld. Der Vater kann damit die drückendsten Schulden bezahlen. Dafür muß Thong nach Bangkok. Dort muß er in einer gefängnisartig vergitterten Fabrik arbeiten.

Nach einiger Zeit schafft er es trotzdem, aus der Fabrik zu fliehen. Nun muß er sich in der riesigen Stadt Bangkok allein orientieren. Er findet Unterschlupf bei einer Frau, die unter einer Straßenbrücke eine Art Hütte bewohnt. Als Zeitungsverkäufer bestreitet er in den Straßen von Bangkok seinen Lebensunterhalt. Dort wird er wieder eingefangen von Helfershelfern des Syndikats, das Kinderarbeit an Fabriken vermittelt. Er muß in eine Puppenfabrik. Dieses Mal hat er Glück. Das „Zentrum zum Schutz der Kinderrechte" hat eine Anzeige gegen die Besitzer der Puppenfabrik erstattet, die dieses Mal nicht einfach in den Papierkorb wandert. Die kleine Hinterhof-Fabrik fliegt bei einer Polizei-Razzia auf.

Thongs Odyssee durch Bangkok ist damit noch nicht zu Ende. Er lebt eine Weile in Bangkoks größtem Squatter-Gebiet Klong Toey und kommt mit einer jugendlichen Diebesbande in Berührung. Am Schluß nimmt Thongs Geschichte eine glückliche Wendung. Die Erzählung hatte an einem thailändischen Feiertag, dem Fest Loy Krathong begonnen. Zwei Jahre später ist wieder Loy Krathon. Da treffen wir Thon in der „Kinderrepublik am Kwai", einem von einigen fortschrittlichen thailändischen Pädagogen und Sozialarbeitern ins Leben gerufenen Ausbildungszentrum für heimatlose Kinder.

Thongs Geschichte geht gut aus. Siebert läßt jedoch keinen Zweifel, daß es in Thailand noch viele Kinder gibt, die sich jahrelang als kleine Fabrikarbeiter durchschlagen müssen. Ob es für sie je eine Befreiung aus diesen unmenschlichen Bedingungen geben wird, ist offen.

Thongs Geschichte ist spannend und überzeugend geschrieben. Sehr plastisch werden die Lebensverhältnisse der Kinder in der Fabrik oder der Menschen im Slum dargestellt. Dabei verliert sich der Autor an keiner Stelle in Sentimentalität. Auch Thong, die Hauptperson der Geschichte, erregt nicht nur das Mitgefühlt der Leser. Thong wird als besonders pfiffiger und erfindungsreicher Junge geschildert. Er ist nicht nur Opfer der unmenschlichen Verhältnisse, in die er hineingeraten ist, sondern auch ein kleiner Held mit eigenen Wünschen, Plänen und Vorstellungen.

Rüdiger Siebert hat für „Insel im Schwarzen Fluß" einen Jugendbuchpreis erhalten. Hoffentlich bekommen viele Kinder und Jugendlich bei uns das Buch in die Hand. Es eignet sich auch gut als Geschenk (für Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 10 und 16 Jahren).

Einhard Schmidt

ZD-Stellen-Liste

Der DFG-VK-Landesverband hat ein neues Verzeichnis der Zivildienst-Plätze in Baden-Württemberg erstellt. Es enthält auf 32 Seiten ca. 2000 Adressen (einschließlich Telefon-Nummern) von Einrichtungen, in denen anerkannte Kriegsdienstverweigerer ihren Zivildienst ableisten können. Bei der Suche nach einer ZD-Stelle, die den eigenen Vorstellungen entspricht, ist diese Adressenliste ein unverzichtbares „Nachschlagewerk".

Die ZD-Stellen-Liste kann gegen Beilage von 4,— DM (in Briefmarken) bestellt werden bei:

DFG-VK Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner
Alberichstr. 9
7500 Karlsruhe 21

Presseerklärung

Arm aber glücklich dank MERITAL?

Die Antidepressiva ALIVAL und PSYTON, die den Wirkstoff Nomifensin enthalten, sind in der Bundesrepublik ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Gefährliche Nebenwirkungen, die bei mindestens sechs Patienten zum Tode führten, müßten eigentlich zum Rückzug des Präparates führen, meint der Bremer Pharmakologe Prof. Schönhöfer. Nomifensin sei den herkömmlichen Antidepressiva „in der Wirksamkeit unterlegen, in den Risiken aber überlegen." Auf Veranlassung des Bundesgesundheitsamtes mußte Hoechst in der Bundesrepublik den Beipackzettel von ALIVAL und PSYTON verändern und die Ärzte in einem „Rote-Hand-Brief" vor den Risiken warnen.

Nicht so in Dritte Welt Ländern. Hoechst teilte auf Anfrage mit, daß eine Benachrichtigung der Ärzte nur geschehe, wenn die „landesindividuellen gesetzlichen Regelungen" dies verlangen. Die unzureichende Arzneimittelgesetzgebung in der Dritten Welt dürfte dazu führen, daß eine Benachrichtigung der Ärzte nur in Ausnahmefällen geschieht. Aber schon immer wurde Nomifensin, das im Ausland meist unter dem Namen MERITAL verkauft wird, in Dritte Welt Ländern in unverantwortlicher Weise vermarktet. In einer afrikanischen Fachzeitschrift wird MERITAL noch im März diese Jahres als ein hochwirksames und sicheres (!) Mittel angepriesen. In Mittelamerika behauptet Hoechst gar, es seien keine toxischen Nebenwirkungen berichtet worden.

MERITAL, das den „Patienten ihre natürliche Fähigkeit sich des Lebens zu erfreuen" wiedergebe (Werbespruch), soll wohl die Stimmung der Dritten Welt aufhellen. Hoechst geht sogar so weit, MERITAL in lateinamerikanischen Diktaturen gegen „politischen Streß" zu empfehlen. Überhaupt ist nach Ansicht von Hoechst keine Lebenssituation denkbar, in der die Einnahme von MERITAL nicht anzuraten sei, seien es nun wirtschaftliche, gesellschaftliche, familiäre, politische und Arbeitsprobleme oder einfach nur Vergeßlichkeit.

Die richtige Reaktion der Firma Hoechst auf die Nebenwirkungsmeldungen wäre der weltweite Rückzug des Mittels, zumal nebenwirkungsärmere Alternativen zur Verfügung stehen. Auf jeden Fall aber muß die unverantwortliche Vermarktungspraxis in der Dritten Welt sofort eingestellt werden. Auch dort müssen alle Ärzte — wie in der Bundesrepublik — durch „Rote-Hand-Briefe" gewarnt werden.

BUKO PHARMAKAMPAGNE

Geschäftsstelle/Koordination: Dritte Welt Haus, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielfeld 1

Ein Jahr im Ausland

Es gibt eine Unzahl von Möglichkeiten, organisiert in die sogenannte „Dritte Welt" zu fahren.

Dazu gehört auch der INTERNATIONALE CHRISTLICHE JUGENDAUSTAUSCH (ICJA e. V.). Der ICJA vermittelt einjährige freiwillige soziale Dienste in Ländern Lateinamerikas, Afrikas, Asiens, u. a.

Das bedeutet Mitarbeit in sozialen und/oder politischen Aktionsgruppen und Projekten und Leben in einer Gastfamilie oder dem Projekt selbst — ein direkter Einstieg also in die Strukturen des Gastlandes, gelebte, alltägliche Auseinandersetzung mit den fremden Traditionen, der dortigen politischen und sozio-ökonomischen Situation.

Konkret heißt das z. B. Mitarbeit in Stadtteilinitiativen für Jugendliche, Slumarbeit, in Waisenhäusern, kommunalen Gesundheitszentren, ländlichen Entwicklungsprojekten, Frauengruppen, in lokalen Zeitungen u. a. in Bolivien, Costa Rica, Kolumbien, Nigeria, Ghana, Indien und anderen Ländern.

Die Gastsituation und das Begleitprogramm werden von dem einheimischen Partnerkomitee im Gastland organisiert. Dazu kommt eine Vorbereitung und Auswertung des Austauschjahres durch den ICJA hier in der BRD. Denn ein Austauschjahr beinhaltet auch den Austausch der Erfahrungen untereinander und deren Aufarbeitung, um so gemeinsam zu Perspektiven für ein weitergehendes Engagement für Frieden und Gerechtigkeit zwischen 1. und 3. Welt nach der Rückkehr zu gelangen.

In besonderen Fällen ist eine Ausbildung nötig, sonst aber nicht Vorbedingung. Wichtig ist viel mehr die Offenheit, dem Gastland als „Lernender" zu begegnen und seine Position als Europäer in einem 3. Welt-Land kritisch zu überdenken.

Die Teilnahmekosten bewegen sich zwischen 6000 und 8400 DM, je nach Zielland und Einkommen des Zahlenden. Die Teilnahmekosten decken Reise, Unterkunft, Verpflegung, Versicherung, Vorbereitung, Begleitprogramm und Auswertung. Ein Teilstipendium von seiten des ICJA ist möglich!

Das Austauschjahr beginnt und endet jeweils Ende Juli. Bewerbungsschluß ist deswegen der 31. Dezember, Ausnahmen sind möglich. Danach finden sowohl Bewerberfreizeiten als auch Vorbereitungsseminare statt.

Der ICJA ist als eingetragener Verein eine gemeinnützige Organisation. Er arbeitet ohne Gewinn und wird von der Arbeitsgemeinschaft der Ev. Jugend unterstützt.

Wer Interesse an mehr Information hat, wende sich an den **ICJA, Kiefernstr. 45, 5600 Wuppertal 2, Tel.: 02 02/50 10 81**

Türkei-Ausstellung zu verkaufen!

„Merhaba — Leben, arbeiten, Feste feiern in der Türkei", unter diesem Titel zeigte die Ausländerinitiative Freiburg im Frühjahr '85 eine große Türkei-Ausstellung, die in 4 Wochen rund 5.000 Besucher anzog. Mit 150 Foto- und Text-Tafeln sowie vielen Original-Objekten wurden folgende Raumensembles gestaltet: Basar, Klassenzimmer, Moschee, Handwerksstände, Sommerküche, Wohnräume, Beschneidungszimmer, Karagöz-Theater, Literatur-Film-Musik und Çay-Haus.

Ein großer Teil der Ausstellungsstücke wird jetzt zum Verkauf angeboten:

- sämtlich Foto-Tafeln (davon 5 im Format 2,50 × 1,50 m) sowie alle Text-Tafeln (z. T. zweisprachig), Herstellungskosten zus. ca. 8.500,— DM;
- die gesamte Basarausstattung: Stoffballen, Gewürzkörbe, Kupferwaren, Korbwaren, Schusterutensilien;
- Çay-Haus-Zubehör und ein Teil der Zimmerausstattung.

Verkaufspreis (Verhandlungsbasis): 12.000,— DM. Dieser Betrag sollte nicht gleich abschrecken: Beratung über Zuschußmöglichkeiten, Einnahmequellen und Kooperation mit anderen Trägern sowie nähere Information gibt's bei der

Ausländerinitiative Freiburg e. V., Schwarzwaldstr. 42—44, 7800 Freiburg, Telefon 0761/702666 oder 0761/32886

Zeitschriftenschau

AIB – Antiimperialistisches Informationsbulletin, Nr. 12/1985
Schwerpunkt: Internationale der Contras – Bericht vom Kongreß der Antikommunistischen Weltliga in Dallas – Gespräch mit T. Borge (Nicaragua) – Interview mit A. Ratebzad (Afghanistan) –
Außerdem Berichte zu: El Salvador, Chile, Südafrika, Tansania, Vietnam und Türkei. Artikel zu: Weltraumrüstung – Sowjetunion und Dritte Welt –
Kultur: Gespräche mit E. Cardenal
Bezug: AIB, Liebigstr. 46, 3500 Marburg, Preis: 2,50 DM

epd – Entwicklungspolitik, Nr. 20/21/85
Analysen/Berichte/Kommentare zu: Abschied von der internationalen Arbeitsteilung – zu den Gesprächen zwischen Pharma-Industrie, Kirchen und Pharma-Kampagne – Indischer Umweltbericht – Falsche Rezepte – Afrikas Theologien (II) – Südafrika-Bankengespräche der Bremischen Kirche –
Außerdem Dokumentationen zu: Erklärung der Schwarzen Bewußtseinsbewegung (BCM/Azania) zur Ausrufung des Notstandes in Südafrika – BRD-Waffenexporte – Dritte Welt – UN-Frauendekade: eine philippinische Einschätzung – Aktuelle Literatur
Bezug: Friedrichstr. 2–6, 6000 Frankfurt 17, Preis: Einzel-/Doppelnummer 3,–/4,50 DM, Einfaches Abo 52,20, erweitertes Abo 66,– DM

epk – Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr. 3/85
Schwerpunkt: Soziale Bewegungen in Asien und im Pazifik: Neue Ansätze – Die NGO-Bewegung in Thailand – Christliche Basisgemeinden auf den Philippinen – SEWA: Frauengewerkschaft in Indien – Widerstand gegen atomare Verseuchung des Pazifik – Zur Geschichte der Urban Industrial Mission in Südkorea –
Bezug: epk, Postfach 28 46, 2000 Hamburg 20, Preis: 4,– DM

Monatliches Infobulletin des Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale, Nr. 173, Oktober 1985
Nachrichten/Berichte zu: Südafrika, Sanktionen sollen Botha retten – Haiti – UdSSR, Die Lage der Arbeiterklasse – Die Notwendigkeit einer revolutionären Internationale – Zur Frauenkonferenz in Nairobi – Mexiko, Diesmal kam die PRT ins Parlament – Schweden: Gewerkschaft und Opposition bei Volvo – Fidji: Labour Party gegründet –
Bezug: Isp-Verlag, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt, Preis: 3,50 DM

Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 96, Oktober 85
Schwerpunkt: Pestizid-Export
Außerdem: Ölpalmen, Plantagen bedrohen indianischen Lebensraum – Guatemala, Demokratisierung oder bleibt die Macht der Militärs? – Aktionsbericht zu den Aktionstagen zur militärisch-nuklearen Zusammenarbeit mit Südafrika –
Außerdem: Kulturkalender Dritte Welt
Bezug: IG 3. Welt, Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21

ila-info Nr. 90, Oktober/November 85
Schwerpunktthema: Die Hungerproduzenten
Weitere Berichte zu: Nicaragua Landwirtschaft, Revolution heißt Mais und Bohnen – Peru unter dem neuen Präsidenten: Hoffnung für Peru – Chile, Breitestes Oppositionsbündnis seit 1973 – Aktionsprogramm gegen Futtermittelimporte, Kaffeekampagne – Aktion Bürger gegen Bürger u. a. m. –
Bezug: Informationsstelle Lateinamerika e. V., Römerstr. 88, 5300 Bonn 1, Preis: 3,– DM, Jahresabo 30,– DM

Peripherie, Nr. 21, Sommer 1985
Schwerpunkt: Transnationale Konzerne
Transnationale Unternehmen, Industrialisierung in der Peripherie und kapitalistischen Entwicklung – Japanische Fabrik – malaysische Arbeiter, Zum „japanischen" Modell industrieller Beziehungen – Bhopal und kein Ende oder: Der Second-hand-Kapitalismus und die Ökologie – Transnationale Konzerne der 3. Welt und der Entwicklungsprozeß armer Länder – Vorbemerkungen zu einer materialistischen Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung –
Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61, Preis: 9,– DM

Bücher für die Interschul '86

Das Informationszentrum Dritte Welt wird – wie schon in den vergangenen Jahren – einen Informationsstand auf der Interschul '86 vom 17.–21. Februar 1986 in den Dortmunder Westfalenhallen unterhalten. Diese größte Internationale Schulausstellung bietet die Möglichkeit, Zehntausende von Besuchern zu erreichen. Wir wollen dort aktuelle entwicklungspolitische Literatur, die im Bildungsbereich eingesetzt werden kann, vorstellen und vertreiben.

Anknüpfend an die guten Erfahrungen der letzten Interschul-Messen bieten wir auch wieder anderen kleinen Verlagen und Solidaritätsgruppen an, ihre Publikationen dort zu vertreiben, sofern sie uns in Kommission zur Verfügung gestellt werden und die nicht verkauften Exemplare nach der Messe zurückgegeben werden können.

Wir wollen auf diesem Wege bisher von uns noch nicht angeschriebene Verlage/Organisationen/ Solidaritätsgruppen, die sich im Bereich „Dritte Welt" engagieren, auffordern, uns je ein Ansichtsexemplar von Veröffentlichungen zu senden, die auf einer Schulmesse von Interesse sein könnten.

Informationszentrum Dritte Welt, Weißenburgerstr. 23, 46 Dortmund 1 (ab 1.1.86: Luisenstr. 17, 46 Do. 1)

Neuerscheinungen

Lateinamerika: Analysen — Daten — Dokumente

„Wirtschaftskrise und Anpassungspolitik in Lateinamerika", Juli 1985, 141 Seiten, 15,— DM

„Der ‚Plan Austral' — Währungsreform und Stabilisierungspolitik in Argentinien", 40 Seiten, 10,— DM, Hrsg. Institut für Iberoamerikakunde, Hamburg

„Vom Umgang mit Gewalt", Lateinamerika — Analysen und Berichte, Junius Verlag, Hamburg 1985, 307 Seiten, 24,80 DM

„Das Brot des Siegers", das Hackfleisch-Imperium, Grefe/Herbst/Heller/Pater, Lamuv-Verlag, Sept. 85, 286 Seiten, 24,— DM

„Atomraketen als Entwicklungshilfe", Rüstungstechnologie aus der BRD für Brasilien, Indien und Argentinien, Rudert/Schichl/Seeger, Schriftenreihe Wissenschaft und Frieden, Hrsg. und Bezug: Forum Naturwissenschaftler für Frieden und Abrüstung, August 1985, 128 Seiten, 6,— DM

„Empfehlenswerte Kinder- und Jugendbücher", Dritte Welt Nr. 7, Hrsg. und Bezug: Erklärung von Bern, Quellenstr. 25, CH-8005 Zürich, 108 Seiten, 6,— DM

„Bedrohte Völker", ein Lexikon nationaler und religiöser Minderheiten, C.H. Beck, München 1985

„Der autoritäre Staat", die Institutionalisierung von Gewalt in Sri Lanka, Dokumentation des Südasien Büro, Kiefernstr. 45, 56 Wuppertal, 23 Seiten

„Das Gen-Geschäft", Chancen und Gefahren der Bio-Technologie, Ruben Scheller, Weltkreis-Verlag, Dortmund 1985, 288 Seiten, 16,80 DM

„Wenn du mich lieben willst", Gioconda Belli, Gedichte

„Nicaragua, mi amor", Tagebuch einer Reise und das Projekt Posolera, Dietmar Schönherr, 136 Seiten

„In der Nacht leuchten die Wörter", frühe Gedichte, Epigramme, Psalmen, Ernesto Cardenal, 1. Bd. des poetischen Werkes, 191 Seiten

alle Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1985

„Hunger und Hilfe", Al Imfeld, Unionsverlag, Zürich 1985

„Kalender gegen den Krieg", Hrsg. und Bezug: Verlag Die Werkstatt, Lotzestr. 24a, 34 Göttingen, ca. 200 Seiten, 8,80 DM

„Voreingenommenheit der Bürokratie gegenüber binationalen Eheschließungen", Nesteren Inci, Dagyeli Verlag, Frankfurt 1985, 100 Seiten, 12,80 DM

„Transnationale Unternehmen", Thema der Entwicklungspolitik, Reihe: Texte zum Kirchlichen Entwicklungsdienst 34, Verlag Otto Lembeck, Frankfurt 1985, 48 Seiten, 8,50 DM

„Cuba — ein politisches Reisebuch", W. Huismann/H.J. Kröger (Hrsg.), VSA-Verlag, Hamburg 1985, 318 Seiten, 24,80 DM

„Kahlschlag im Paradies", die Vernichtung der Regenwälder — das Ende der Stammesvölker, Peter E. Stüben (Hrsg.), Focus Verlag, ökozid 1, Giessen 1985, 221 Seiten

„In der Nachfolge Europas", Autozentrierte Entwicklung in den ostasiatischen Schwellenländern Südkorea und Taiwan, Ulrich Menzel, Verlag Simon und Magiera, 1985, 315 Seiten

„Bedrohte Befreiung", zur lateinamerikanischen und katholischen Kontroverse um politische Praxis im Christentum, Beiträge von L. und C. Boff etc., Schäubele Verlag, Themen unserer Zeit 7, Rheinfelden 1985, 136 Seiten, 15,40 DM

„Atomkraft in der Dritten Welt", Energie zur Entwicklung oder Symbol für Schulden und Abhängigkeit?, Hrsg. und Bezug: Informationsdienst 3. Welt, Postfach 1686, CH-3001 Bern, Nov. 85, 75 Seiten, 7sFr

„Vom Leid und Kampf der iranischen Frauen", Roghieh Daneschgari, Organisation der Volksfedayin Irans — Mehrheit (Hrsg.)

„Außerschulische Jugendförderung in ländlichen Gebieten von Entwicklungsländern", Erich Schmitz, Weltforum Verlag, 1985, 186 Seiten, BMZ Forschungsbericht Nr. 69, 30,— DM

„Apokalypse und Revolution", über das Scheitern der iranischen Revolution, Mostafa Arki, Bezug: Amei's Buchecke, Goschenstr. 31, 32 Hildesheim, 144 Seiten, 15,— DM

„Morgen ist ein anderer Tag", Roman aus Argentinien, Ruben Gallucci, Edition Con, Bremen 1985, 140 Seiten, 18,— DM

„Verteidigung der Freude", Gedichte, Mario Benedetti, Edition Con, Bremen 1985, 140 Seiten, 16,— DM

Beide Bände direkt zu beziehen bei: Con Literaturvertrieb, Westerdeich 28, 28 Bremen

„Neuere Entwicklungen in Äthiopien", Seminarbericht des Föderungswerkes für rückkehrende Fachkräfte der Entwicklungsdienste, Bezug: Kübel-Stiftung, Postfach 66, 6140 Bensheim 1, 100 Seiten, kostenlos

„Die deutschen Entwicklungsbanken", Bielefelder Studien zur Entwicklungssoziologie Bd. 28, Verlag Breitenbach, 270 Seiten, 32,— DM

„Zur Geographie der Dritten Welt", Dickenson u. a., Daedalus Verlag, Bielefeld 1985, 260 Seiten, 36,— DM

„Ökologie und Sozialstruktur in Mali — Fallstudie Zone Lacuste", Hrsg. und Bezug: Deut. Institut für Entwicklungspolitik, Frauenhoferstr. 33—36, 1 Berlin 10, Berlin 1985, 290 Seiten

„Argentinien-De-Industrialisierung und Ansätze zu ihrer Überwindung", Edith Kürzinger, Hrsg. und Bezug: DIE (obige Adresse), 170 Seiten

„Die Kinder Sandinos ergeben sich nicht", Eindrücke von einem Aufenthalt in Los Lopez, Nicaragua, im Sommer 1984, Hrsg. und Bezug: „Nueva Nicaragua" e. V., Parkstr. 37, 62 Wiesbaden, Mai 85, Broschüre, 58 Seiten

„Völker ohne Regierung", eine Anthropologie der Anarchie, Harold Barclay, Libertad Verlag, Berlin 1985, Ed. Schwarze Kirschen Nr. 6, 320 Seiten, 24,80 DM

„Markt der offenen Herzen", Spenden — ein kritischer Ratgeber, G. Müller-Werthmann, Hoffmann und Campe, 1985, 253 Seiten, 18,— DM

Zum Schluß noch eine Neuerscheinung von Freiburger Kollegen:

„Straßenkinder von Nicaragua", Fotoband mit Texten, 32 Seiten, 6,— DM, Redaktion/Bezug: Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung, Postfach 5222, 7800 Freiburg (Bezug auch über uns möglich), für den Buchhandel: Regenbogen Buchvertrieb, Seelingstr. 47, 1 Berlin 19

Tagungshinweise

„Vom Lernbereich ‚Dritte Welt' zur Entwicklungspädagogik: Perspektive oder Sackgasse?" 29.1.—2.2.86, Hüllhorst, Information und Anmeldung: Comenius-Institut, Schreiberstr. 12, 4400 Münster

„Denn sie wissen, was sie tun: Entwicklungshilfe in der ‚Wende'-Gasse", 31.1.—2.2.86, Berchum/Hagen

Militarisierung des Pazifiks — Sicherheit des Westens?", 28.2.—2.3.86, Bad Boll, Information und Anmeldung für beide Tagungen: ESG, Kniebisstr. 29, 7000 Stuttgart 1

„Entwicklung im Bankrott — Von der Notwendigkeit entwicklungspolitischer und -theoretischer Neuansätze", 24.—26.1.86, Hofgeismar, Information und Anmeldung: Evangelische Akademie, Postfach 1205, 3520 Hofgeismar

„Wandel der Familie und Entwicklung bei uns und in der ‚3. Welt'", 26.—31.5.86, Vlotho

„Drei Welten oder eine?", (Entwicklungspolitisches Einführungsseminar), 13.—17.6.86, Vlotho

„Ökologie und 3. Welt", 1./2.11.86, Vlotho

„Islam und Befreiung", 10.—12.10.86, Vlotho

„Die türkische Gesellschaft am Scheideweg", 8.—10.12.86, Vlotho

„Rückkehr (ausländischer Arbeiter) — und was dann?", 19—21.9.86, Vlotho

„Ausländerfeindlichkeit — Rechtsextremismus — Gewalt", 12.—14.11.86, Vlotho

„Zypern — für immer geteilt?", 1.—4.10.86, Vlotho

„Ausländische und deutsche Jugendliche in der offenen Jugendarbeit", 21.—23.5.86, Vlotho

„Berufliche Ausbildung ausländischer Jugendlicher im dualen System", 12.—14.3.86, Vlotho

„Der Islam in Gesellschaft und Erziehung", 10.—12.9.86, Vlotho

„Gesellschaft und Erziehung im Mittelmeerraum — den Herkunftsländern unserer ausländischen Mitbürger", 1.—6.12.86, Vlotho

Information und Anmeldung für diese Tagungen: Jugendhof Vlotho, Oeynhausener Str. 1, 4973 Vlotho

Spuckzettel

Die DFG-VK Baden-Württemberg hat einen Bogen mit 8 verschiedenen Spuckzetteln zu den Themen Kriegsdienstverweigerung und Abrüstung herausgegeben. Die selbstklebenden Mini-Plakate im halben Postkarten-Format zeigen neben schon klassischen Slogans und Emblemen der Friedensbewegung („Frieden schaffen — ohne Waffen", Helm mit Blume, zerbrochenes Gewehr) auch einige weniger bekannte, aber ähnlich ausdrucksstarke Motive.

3 Bögen kosten inklusive Porto DM 1,40, 9 Bögen DM 3,50 (Preis für größere Mengen bitte erfragen). Bestellt werden kann gegen Beilage des entsprechenden Betrages in Briefmarken bei:

DFG-VK
Alberichstr. 9
7500 Karlsruhe 21

Viktor Lüpertz

Bergrstr 6

7801 Oberried

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg



informationszentrum dritte welt - iz3w